



Nr. 93, März 2013

165 Jahre „Manifest“

165 Jahre „Kommunistisches Manifest“

Kopf - **Hätte es ohne Engels das „Manifest“ gegeben?/**

[Engels] - **„Kommunistisches Glaubensbekenntnis“**

[1847]/Küttler - **Kapitalismus als transitorische**

Formation/Massarrat - Macht im Kapitalismus

Eurokapitalismus

Leibiger - **Euro-Projekt: Geschichte und linke Kritik/Van**

der Pijl & Holman - **Transnationale Verflechtung und**

deutsches Kapital in der EU/Schopp [i.e. Schleifstein] -

Was ist der Marshall-Plan?

Und: Peter & Krieg - **Soziologie und intellektuelles**

Engagement/Zimmer - Hans Heinz Holz - dialektisch-

materialistische Philosophie/Steven - Occupy

Democracy/Wollenberg - Basisdemokratie und

Arbeiterbewegung (II) / Swoboda - Bewegungs-

forschung in Mexiko

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

**Wir können mehr
ausrichten gegen die blinde
Zerstörungswut des Kapitalismus,
als wir denken.**

Für den neoliberalen Übervater Hayek ist die Überwindung des Kapitalismus eine Anmaßung, für Ringger ebenfalls. Doch während Hayek vor dem „verhängnisvollen“ Schritt warnt, ruft Ringger dazu auf.

Gefordert ist ein offener Sozialismus, für dessen Gelingen es keine Garantien gibt und der trotzdem gewagt werden muss.

Beat Ringger

Maßt Euch an

Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus
mit einem Vorwort von Alex Demirović

2011 - 218 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-875-8



Endlich! Die 2. Auflage

Was können wir heute bei Marx lernen? Die erfolgreiche Darstellung von Reinhart Kößler und Hanns Wienold liegt endlich in der 2. überarbeiteten Auflage vor. Sie führt in die Struktur des Marxschen Werkes und seine Methodik ein.

Die Marxsche Theorie der sozialen Evolution und der Geschichte und ihrer Akteure (Klassen und Staat) wird aus der Perspektive von „Modernisierung“ und „Globalisierung“ neu gelesen.

Reinhart Kößler, Hanns Wienold

Gesellschaft bei Marx

2. korrigierte und erweiterte Auflage

2012 - 381 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-510-8



ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
24. Jahrgang
Heft 93 (März 2013)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heining
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. David Salomon, Guido Speckmann, Dr. Gerd Wiegel

5 **Editorial**

165 Jahre „Kommunistisches Manifest“

Eike Kopf

- 8 **Hätte es ohne Engels das „Manifest“ gegeben?**
Zum 165. Jahrestag des Erscheinens des „Kommunistischen Manifests“

[Friedrich Engels]

- 22 **Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ [1847]**

Wolfgang Küttler

- 28 **Der Kapitalismus als transitorische Formation**
Historisch-kritische Bemerkungen zur Revolutionsperspektive von Marx
und im Marxismus

Mohssen Massarrat

- 48 **Macht im Kapitalismus**
-

Eurokapitalismus

Jürgen Leibiger

- 66 **Das Euro-Projekt: Geschichte und linke Kritik**

Kees van der Pijl/Otto Holman

- 95 **Transnationale Verflechtung und Stellung des
deutschen Kapitals in der EU**

J. Schopp (i.e. Josef Schleißstein)

- 111 **Was ist der Marshall-Plan?**
-

Weitere Beiträge

Lothar Peter im Gespräch mit Claudia Krieg

- 124 **Soziologie und intellektuelles Engagement**

Jörg Zimmer

- 138 **Hans Heinz Holz und das Problem der dialektisch-
materialistischen Philosophie**

Elke Steven

- 149 **Occupy Democracy**
Zur Bedeutung des Versammlungsrechts

Jörg Wollenberg

- 155 Basisdemokratie und Arbeiterbewegung**
Aus Anlass der Festschrift für Günter Benser (Teil II)

Robert Swoboda

- 164 Bewegungsforschung in Mexiko – *cultural politics*
der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO)**

Berichte

Holger Politt

- 177 Lenin in Wuhan**
Wuhan, 20. bis 22. Oktober 2012

Phillip Becher/Mark Szau

- 178 Neofaschismus und Krise**
Siegen, 3. November 2012

Ottokar Luban

- 180 Krieg und Frieden 1912 – 2012**
Basel, 22. bis 24. November 2012

Hans-Gert Graebe

- 183 Kybernetik, Informatik, Logik und Semiotik**
Berlin, 7. bis 8. Dezember 2012

Hans Günter Bell

- 185 Wohnungspolitik**
Göttingen, 15. Dezember 2012

Ingmar Gräf

- 187 Leidenschaft der Kritik**
Gießen, 18. bis 19. Januar 2013

191 Buchbesprechungen

- Neue Edition des „Manifests“ (Martin Hundt zu Gareth Stedman Jones)
Engels' Geschichte Irlands (Werner Röhr zu Marx-Engels-Jahrbuch 2011)
Bilanz der kommunistischen Weltbewegung (Günter Benser zu Theodor Bergmann)
Von Dachau nach Spanien (Thomas Ewald-Wehner zu Fr. Mühlendorfer und Peter Rau)
Stalingrad revisited (Guido Speckmann zu Jochen Hellbeck)
Poststrukturalistische Gesellschaftskritik (Sebastian Klauke zu Iris Dzudzek u.a.)
Geschichtsmythen und Nation (Moritz Krawinkel zu Henning Fischer u.a.)
Gier und Kapitalismus (Jörg Goldberg zu Rudolf Hickel)
Die Welt der 0,1 Prozent (Valentin Hemberger zu Hans Jürgen Krysmanski)

Bürgerliche und soziale Demokratie (Phillip Becher zu David Salomon)
 Medien und Demokratie in Lateinamerika (Jörg Roesler zu Hanno Bruchmann u.a.)
 Europäische Union und EU-Krise (Patrick Ölkrug zu Andreas Wehr)
 Global City Frankfurt (Joscha Metzger zu AK Kritische Geographie)

221 Autorinnen und Autoren

4 Impressum

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. David Salomon, Guido Speckmann, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. 01. 2013.

Bitte beachten Sie die diesem Heft beigelegte Eigenbeilage.

Editorial

Das „Kommunistische Manifest“ ist ein historisches Dokument im doppelten Sinne: ein durch den geschichtlichen Stand seiner Entstehungszeit geprägtes Dokument und ein geschichtsmächtiges Dokument, das seinerseits die Gesellschaftsgeschichte nachhaltig geprägt hat. Wolfgang Abendroth schrieb anlässlich des 125. Jahrestages: „Kann man sich ohne das Manifest den Aufstieg der internationalen Sozialdemokratie ... vorstellen? Wäre der Oktober 1917 ohne das Kommunistische Manifest denkbar?“ (Deutsche Volkszeitung, 15. März 1973). Eric Hobsbawm konstatierte 1998: Die Welt, die Marx und Engels im Manifest beschrieben haben, ist „unübersehbar die Welt, in der wir 150 Jahre später leben“ (Frankfurter Rundschau, 14. Februar 1998).

Marx und Engels selbst hatten das Manifest im „Vorwort“ von 1872 im gleichen Sinne als ein „geschichtliches Dokument“ behandelt: Angesichts der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung und der Erfahrungen der sozialistischen Bewegung sei es „stellenweise veraltet“. Aber zugleich stellten sie fest: „Wie sehr sich auch die Verhältnisse ... geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im Ganzen und Großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit“. Die großen Jahrestage seines Erscheinens sind Gelegenheit, sich der Geschichte und Aktualität dieser wichtigsten Programmschrift des Marxismus zu versichern (vgl. Z 33, 150 Jahre Kommunistisches Manifest, März 1998).

Das Manifest wird weithin mit den Namen von Marx assoziiert. *Eike Kopf* fragt nach dem Anteil von Engels. Er verweist auf beider enge Zusammenarbeit und ständigen Kontakt in der Zeit der Entstehung des Manifests. Engels verfasste 1847 die dem Manifest vorausgehenden Dokumente (Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“, „Grundsätze des Kommunismus“); seine Idee war es, auf die Katechismus-Form zu verzichten. Kopf führt eine Vielzahl von Formulierungen im Manifest an, die sich in Engels Schriften seit der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) bis ins Details nachweisen lassen.

Der Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ von Engels aus dem Jahr 1847, der zu den unmittelbaren Vorarbeiten des Manifests gehört, wurde erstmals 1969 veröffentlicht. Er findet sich aber nicht in der MEW (Bd. 4 mit den Schriften von 1846-1848 erschien schon 1959) und noch nicht in der MEGA². Wir dokumentieren ihn auf den Seiten 22-27.

Mit dem Formationsbegriff diskutiert *Wolfgang Küttler* ein klassisches Konzept marxistischer Geschichtstheorie. Der Kapitalismus erscheint in Küttlers Rekonstruktion als „Großformation“, innerhalb derer sich historisch dynamische Entwicklungen vollzogen und auch heute noch vollziehen. Küttler geht aus von der Diskrepanz zwischen der hochaktuellen Kritik des Kapitalismus im Manifest und dem Scheitern der bisherigen Ansätze seiner Überwindung – die „große Herausforderung für marxistisches Denken in der Gegenwart“. Er referiert die Entwicklung der Formationstheorie bei Marx und Engels und der sich

im Anschluss an sie im 20. Jahrhundert stehenden revolutionstheoretischen Fragen. Insbesondere erscheinen in dieser Perspektive die Revolutionen des 20. Jahrhunderts nicht als eigenständiger Revolutionszyklus des Übergangs zu einer neuen sozialistischen Formation, sondern als Teile des neuzeitlichen Revolutionszyklus selbst. Diese Sicht birgt auch politische Implikationen einer politischen Strategie, die sich nicht mehr als Orientierung „auf letzte Gefechte“ verstehen könne.

In die Bewegungsgesetze des Kapitals ist immer auch (politische) Macht eingeschrieben. In Auseinandersetzung mit existierenden Ansätzen zur Theorie der Macht und des Staates im Umfeld des Marxismus – die er für unzureichend hält – verweist *Mohssen Massarrat* auf die Bedeutung dieser Kategorie für das Verständnis konkreter „historischer“ kapitalistischer Gesellschaften.

Entwicklung und Krise des „Eurokapitalismus“ sind Gegenstand von drei Beiträgen, mit denen wir die Analysen zur Euro-Krise fortsetzen. *Jürgen Leibiger* bietet in seiner Darstellung der Entwicklung der EU bis zur jüngsten Eurokrise wichtige Ansatzpunkte für eine Überprüfung der bisherigen linken Positionen zum europäischen Integrationsprozess. Letzten Endes zeigt sich, dass die Linke bislang meist nur auf politische Entwicklungen reagiert hat, dass sie kein eigenes europäisches „Projekt“ besitzt. Notwendig sei es daher, in der Zukunft eigene Vorstellungen von einem progressiven europäischen Einigungsprozess zu entwickeln. *Kees van der Pijl* und *Otto Holman* untersuchen transnationale Kapitalverflechtungen und die Stellung des deutschen Kapitals in der EU. Sie vertreten die These, dass das deutsche Kapital im Zuge der europäischen Integration eine Vorrangstellung in Europa (zurück-)gewonnen hat, die es mit dem zweiten Weltkrieg verloren hatte. Für diesen Prozess spielten u.a. die Wiedervereinigung, die Auflösung der „Deutschland AG“ und die verstärkte euroatlantische Transnationalisierung des deutschen Kapitals eine wesentliche Rolle.

Eine Weichenstellung für die europäische Integration stellte der Marshall-Plan dar, der vor 65 Jahren, im April 1948, vom US-Kongress verabschiedet wurde. Bis heute wird dem Plan eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der westdeutschen und westeuropäischen Wirtschaft attestiert. Dieses positive Image des Marshall-Plans wird selbst in aktuellen politischen Initiativen immer noch sichtbar wie dem Konzept der europäischen Gewerkschaften für ein europäisches Zukunftsprogramm zur Überwindung der Eurokrise, das als „Marshall-Plan für Europa“ daherkommt. Wir nehmen das zum Anlass, einen Auszug aus einer 1948 veröffentlichten Broschüre von *Josef Schleifstein* nachzudrucken. Er zeigt, dass der Marshall-Plan Teil einer strategischen Neubestimmung in der Zeit der Herausbildung des Kalten Krieges war, in der die USA ihre hegemonialen ökonomischen und politischen Interessen gegenüber Europa neu definierten.

Weitere Beiträge: Um „Soziologie und intellektuelles Engagement“ geht es in einem Gespräch, das *Claudia Krieg* mit dem Soziologen, Politikwissenschaft-

ler und Germanisten *Lothar Peter* führte. Peter erläutert die Bedeutung der marxistischen Theorie für seine intellektuelle Arbeit und sein politisches Engagement seit den 1960er Jahren, reflektiert das Verhältnis von Marxismus und Soziologie und spricht über seine Erfahrungen damit, notwendige politische Veränderungen auch in der eigenen Lebensweise sichtbar werden zu lassen.

Der Rekonstruktion einer materialistischen Dialektik durch den Philosophen Hans Heinz Holz widmet sich der Beitrag *Jörg Zimmers*. Zimmer zeichnet insbesondere die von Holz stets vertretene Transformation der Metaphysik nach und zeigt, wie in seiner Konzeption von Dialektik der Spiegelmetapher die zentrale Rolle eines „Strukturmodells von Seinsverhältnissen“ zukommt. Holz spricht somit von Widerspiegelung nicht im Sinne erkenntnistheoretisch gefasster Abbildungen, sondern in „einem strengen ontologischen Sinn“.

Am Beispiel der Occupy-Bewegung, insbesondere der Blockupy-Aktionen 2012 in Frankfurt am Main, setzt sich *Elke Steven* kritisch mit den vielfältigen Bestrebungen von staatlicher Seite auseinander, das Versammlungsrecht einzuschränken und unterstreicht den hohen Stellenwert dieses Grundrechts als „Luftröhre der Demokratie“. Denkrichtungen kritischer Auseinandersetzung mit autoritären Tendenzen im Sozialismus beschreibt *Jörg Wollenberg* im zweiten Teil seines Beitrags „Basisdemokratie und Arbeiterbewegung“ (Teil I erschien in Z 92). Im für die Geschichte der Arbeiterbewegung zentralen Konflikt zwischen Basisdemokratie und Zentralismus würdigt er – bezogen auf die Zeit zwischen 1945 bis in die 1980er Jahre – das langjährige Wirken der in der Tradition Rosa Luxemburgs stehenden Linksozialisten wie Walter Fabian u. a..

Der ökonomische Aufstieg der Länder der bisherigen Peripherie im kapitalistischen Weltsystem wird mit Recht viel diskutiert. Wenig Aufmerksamkeit wird dabei den sozialen Auseinandersetzungen geschenkt, letzten Endes dem dynamischsten Element dieser Gesellschaften. Am Beispiel einer konkreten Auseinandersetzung im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca von 2006 zeigt *Robert Swoboda*, dass deren Entfaltung nur aus dem jeweiligen historischen und kulturellen Kontext verstanden werden kann.

Mit Wirkung zum März d.J. müssen wir die Bezugspreise für Z – wenn auch moderat – anheben. Wir reagieren damit auf die erhöhten Preise für den Postvertrieb. Die Abonnementspreise betragen in Zukunft 35,- Euro (ermäßig: 28,- Euro) für das Inland und 43,- bzw. 36,- Euro für das Ausland.

Z 94 (Juni 2013) wird sich mit Fragen von Rüstung und Militarisierung befassen.

Hätte es ohne Engels das „Manifest“ gegeben?

Zum 165. Jahrestag des Erscheinens des „Kommunistischen Manifests“

Im Januar 1848 brachte der 1825 im thüringischen Blankenhain geborene Schneider Friedrich Leßner, der 1846 in Hamburg dem Arbeiterbildungsverein angehörte und 1847 nach London emigriert war, ein Manuskript in das Büro der dortigen „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter“ mit angeschlossener kleiner Druckerei von J. E. Burghard in 46, Liverpool Street, Bishopsgate. Leßner erinnerte sich: „Als dann Anfang 1848 das ‚Kommunistische Manifest‘ in London eintraf, sollte auch ich einen bescheidenen Anteil an der Veröffentlichung dieses epochemachenden Dokuments haben: ich trug nämlich das Manuskript zum Drucker, von dem ich die Abzüge zur Korrektur an Karl Schapper brachte.“¹

Burghard war Mitglied des sich seit dem 9. Juni 1847 so nennenden internationalen „Bundes der Kommunisten“ und wollte eine „Kommunistische Zeitschrift“ herausbringen. Das Probeblatt vom September 1847 trug die vom I. Kongress angenommene Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“² Schriftsetzer, Sprachlehrer und Gründungsmitglied Karl Schapper veröffentlichte darin den Artikel „Proletarier“, worin es u. a. hieß: „Wir nennen das Blatt ‚Kommunistische Zeitschrift‘, weil wir überzeugt sind und wissen, daß diese Befreiung nur durch eine gänzliche Umgestaltung der jetzt existierenden Eigentumsverhältnisse bewirkt werden, mit einem Wort, nur auf die Gemeinschaft gegründeten Gesellschaft stattfinden kann. Es war unsere Absicht, hier ein kurzes und für alle leicht faßliches kommunistisches Glaubensbekenntnis einzuschalten, und der Entwurf eines solchen ist auch bereits geschrieben. Da dieses Glaubensbekenntnis nun künftighin unserer Propaganda als Richtschnur dienen soll, folglich von der höchsten Wichtigkeit ist, so hielten wir es für unsere Pflicht, diesen Entwurf unseren Freunden auf dem Festlande zuerst zuzuschicken, um ihre Ansichten darüber zu vernehmen. Sobald wir die Antworten von unseren Freunden erhalten haben, werden wir die nötigen Abänderungen und Zusätze machen und es in die folgende Nummer einrücken.“³ Es erschien je-

¹ Friedrich Leßner: Ich brachte das „Kommunistische Manifest“ zum Drucker, Berlin 1975, S. 66/67. Zur Entstehung und Editions-geschichte des „Manifests“ siehe u. a. Martin Hundt: Wie das „Manifest“ entstand. 2., überarb. u. erw. Aufl. Berlin 1985; Thomas Kuczynski: Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier 49, Trier 1995, sowie Wolfgang Meiser: Das Manifest der Kommunistischen Partei vom Februar 1848. Zur Entstehung und Überlieferung der ersten Ausgabe, in: MEGA-Studien 1996/1, S. 66-107.

² Siehe Martin Hundt: Wie das „Manifest“ entstand., a.a.O., S. 91.

³ Probeblatt der „Kommunistischen Zeitschrift“, Nr. 1. In: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Band I. 1836-1849, Berlin 1970, S. 504.

doch nur das Probeheft der Zeitschrift; das „Manifest“ des III. Bundeskongresses erschien als Separatdruck.

Zur Vorgeschichte des „Manifests“

Man muss berücksichtigen, dass Marx und Engels von November 1845 bis Juni 1846 in Brüssel damit beschäftigt waren, Manuskripte und Drucke für die Sammelpublikation „Die deutsche Ideologie“⁴ zu er- bzw. bearbeiten. Die letzten etwa zwei Monate dieser Arbeit überlappten sich zeitlich z. B. mit der Erarbeitung des Zirkulars gegen Hermann Krieses „Volkstribun“⁵ und Karl Grün's sozialistische Auffassungen⁶ sowie mit der praktisch-organisatorischen Tätigkeit im Brüssler kommunistischen Korrespondenzkomitee.

Auch die 1847 entstandenen Arbeiten von Marx und Engels zeigen, wie sich in weltanschaulicher Hinsicht die weitere Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung (oder Gesellschaftsphilosophie bzw. allgemeinen Soziologie), der ökonomischen und politischen Auffassungen von Marx und Engels vollzog und sich deren Verbindung mit der kommunistischen Arbeiterbewegung bis Februar 1848 fortsetzte. Die inhaltlichen Gegenstände der zeitgenössischen Debatte waren philosophischer, ökonomischer, politischer, juristischer, religiöser und künstlerischer Art; sie vollzog sich unter politischen Rahmenbedingungen, die im Vorfeld der Welle bürgerlich demokratischer Revolutionen in Europa von 1848/49 durch die Karlsbader Beschlüsse der monarchischen „Heiligen Allianz“ von 1819 (verschärft 1831 bis 1834, zweite Demagogenverfolgung) geprägt waren. Eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf das theoretische Schaffen und praktische Wirken von Marx und Engels hatte der Aufstand der Weber im schlesischen Peterswaldau und Langenbielau im Juni 1844. Das war die erste bedeutende revolutionäre Emanzipationsbewegung der noch in der Herausbildung befindlichen sozialen Klasse der deutschen Proletarier.

Marx lebte nach seiner Ausweisung aus Paris seit dem 3. Februar 1845 in Brüssel. Engels war Anfang April desselben Jahres von Barmen zu Marx nach Brüssel übersiedelt. Sie traten dort mit emigrierten deutschen und belgischen demokratischen und sozialistischen Arbeitervertretern sowie mit polnischen Emigranten in Verbindung. Von Mitte Juli bis Ende August 1845 reisten sie gemeinsam nach London und Manchester, um englische ökonomische Literatur zu studieren und Einblicke in das Leben und die politische Bewegung der englischen Arbeiter zu gewinnen. Anfang 1846 gründeten sie in Brüssel ein kommunistisches Korrespondenz-Komitee und unternahmen Schritte zur Gründung ähnlicher Komitees in London, Paris und einigen deutschen Städten.

⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Werke, Berlin 1956 ff. (nachfolgend: MEW), Bd. 3.

⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Zirkular gegen Krieses. In: MEW Bd. 4, S. 3-17.

⁶ Siehe Friedrich Engels: Deutscher Sozialismus in Versen und in Prosa. 2. Karl Grün: „Über Goethe vom menschlichen Standpunkte.“ Darmstadt, 1846; Friedrich Engels: Die wahren Sozialisten. In: MEW Bd. 4, S. 222-290 (speziell bis 260).

Aus Engels' Entwurf „Die wahren Sozialisten“ ist zu ersehen, dass es ihm und Marx 1845 bis 1847 in der weltanschaulichen Debatte mit Zeitgenossen vor allem um die „Geschichtsauffassung“⁷ ging, worunter er und Marx die allgemeine Theorie der menschlichen Gesellschaft und ihrer Geschichte verstanden. In ihrer Kritik an Feuerbachs Geschichtsauffassung heißt es 1846: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschen abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; ... auf die Geschichte der Menschen werden wir indes einzugehen haben ... Die Ideologie ist nur eine Seite dieser Geschichte.“⁸ Marx und Engels bezeichneten im November 1847 ihren Standpunkt im Unterschied zu den „utopistischen kommunistischen Systemen“ als „kritischen Kommunismus“.⁹

Die seit etwa Mitte 1846 von Engels erarbeiteten Entwürfe und Zeitungsartikel, in denen er sich mit den Auffassungen von verschiedenen Vertretern des so genannten wahren Sozialismus auseinandersetzte und sich auf Publikationen sowie die persönliche Kenntnis des Entwicklungsstandes praktischer sozialistischer Bewegungen in England, Frankreich und in deutschen Ländern stützte, trugen entscheidend zur Schärfung der theoretischen Fundierung der eigenen Auffassung von der Gesellschaft und ihrer Geschichte bei. So schrieb er z. B.: „Bootes träumt, was für Frankreich und England, wo die Bourgeoisie herrscht, gut sei, müsse auch für Sachsen gut sein, wo sie noch lange nicht herrscht. Wie wenig übrigens selbst in England und Frankreich das Proletariat gegen Fragen gleichgültig bleiben kann, die zunächst allerdings nur ein Interesse der Bourgeoisie oder einer Fraktion derselben sind, kann Bootes täglich in den dortigen Proletarierjournalen lesen. Dergleichen Fragen sind u. a. in England die Aufhebung der Staatskirche, das sogenannte equitable adjustment [gerechter Ausgleich – E. K.] der Nationalschuld, die direkte Besteuerung, in Frankreich die Ausdehnung des Wahlrechts auf die kleine Bourgeoisie, Aufhebung der städtischen Oktrois usw.“¹⁰ Engels bemühte sich, bei seinen Erwägungen die Voraussetzungen möglichst realistisch zu berücksichtigen; so schrieb er u. a. etwa Februar 1847, dass „in England ... die Chartisten in jeder einzelnen Fabrikstadt mehr Tätigkeit entwickeln als alle politischen, sozialistischen und religiösen Parteien in ganz Deutschland zusammen“.¹¹

Der Fortschritt der Erkenntnisse und deren Verbindung mit der entstehenden praktischen Arbeiterbewegung, gipfelnd im „Manifest der Kommunistischen Partei“ und dessen Annahme als Parteiprogramm des „Bundes der Kommunisten“, soll an wenigen Beispielen dokumentiert werden.

⁷ Friedrich Engels: Die wahren Sozialisten. In: MEW Bd. 4, S. 282.

⁸ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW Bd. 3, S. 18, bzw. Marx-Engels Jahrbuch 2003, S. 312.

⁹ Siehe Karl Marx: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: MEW Bd. 4, S. 358.

¹⁰ Friedrich Engels: Die wahren Sozialisten. In: MEW Bd. 4, S. 265.

¹¹ Ebenda, S. 275.

Engels hatte bereits in seiner ersten Rede in den „Versammlungen in Elberfeld ...“¹², in seinem Bericht „Das Fest der Nationen in London“¹³ und in seinem Manuskript über den Status quo oder die Konstitutions-Frage und die Bourgeoisie in Deutschland¹⁴ theoretisch fundiert grundsätzliche, programmatische Erkenntnisse für eine proletarische kommunistische Arbeiterbewegung entwickelt.

Seit Mitte August 1846 wieder in Paris lebend, setzte er sich in Absprache mit dem Brüsseler Korrespondenzkomitee mit umfangreichen Kenntnissen und soliden Erfahrungen zielstrebig für die praktische politische und organisatorische Entwicklung einer selbständigen und selbstbewussten Arbeiterbewegung in Westeuropa und Nordamerika ein. Davon zeugen seine Artikel in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“, in der Pariser „La Réforme“ und im „Northern Star“, dem zentralen Organ der Chartisten.¹⁵

Vor allem Engels bewirkte die fundierte und ergebnisorientierte Meinungsbildung und Programmdiskussion des im Sommer 1847 in London gegründeten „Bundes der Kommunisten“, wofür er sich auf die gemeinsame Arbeit in den Jahren 1845/1846 mit Marx an der geplanten Sammelpublikation „Die deutsche Ideologie“ stützen konnte. So schrieb er den Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“, der vom ersten Bundeskongress am 9. Juni 1847 angenommen und den Bundesgemeinden zur inhaltlichen Vorbereitung des zweiten Kongresses Anfang Dezember 1847 in London übermittelt worden war.¹⁶ Hierzu schreibt Martin Hundt, einer der Editoren: „Als entscheidenden Teil des ‚Entwurfs des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses‘ kann man die Punkte 7 bis 13 ansehen, in denen Engels ausführlich und sich kaum noch an die Katechismusform haltend eine historisch-materialistische Begründung des Kommunismus gab. (...) Mit dem ‚Entwurf des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses‘ konnten die Mitglieder des Bundes einen wesentlich konstruktiveren Beitrag zur Herausarbeitung des Programms leisten ... Zwischen dem I. und dem II. Kongreß kam es nun zur ersten umfassenden Programmdiskussion in der Geschichte der Arbeiterbewegung.“¹⁷

Engels analysierte in den folgenden Monaten die Krisenerscheinungen, die 1847 in Großbritannien begannen, und machte in Zeitungsartikeln deren Unterschiede zu denen von 1837 sowie 1842 deutlich. Er beschrieb die daraus entspringende und wachsende Unzufriedenheit der in ihrer Existenz bedrohten werktätigen Mas-

¹² Siehe Friedrich Engels: Zwei Reden in Elberfeld. In: MEW Bd. 2, S. 536-557.

¹³ Siehe Friedrich Engels: Das Fest der Nationen in London. In: MEW Bd. 2, S. 611-624.

¹⁴ Siehe Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: MEW Bd. 4, S. 40-57.

¹⁵ Siehe die Inhaltsübersicht in MEW Bd. 4.

¹⁶ Abgedruckt in diesem Heft, S. 22-27. Das von Engels entworfene „Kommunistische Glaubensbekenntnis“ wurde ediert in: Bert Andreas (Hrsg.), Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten (Juni bis September 1847), Hamburg 1969, S. 53-58, und in: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Redaktion: Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa. Bd. 1, Berlin 1970, S. 470-475.

¹⁷ Martin Hundt: Wie das „Manifest“ entstand, a.a.O., S. 76 und 79.

sen und vermittelte über Ländergrenzen hinweg Erfahrungen der Arbeiterorganisationen wenige Monate vor Ausbruch der Revolutionswelle von 1848/49. Das zeigte sich z. B. in seinen Artikeln für die Pariser Zeitung „La Réforme“ von Ende Oktober 1847.¹⁸

Bis etwa Ende November erarbeitete Engels auf der Grundlage des „Glaubensbekenntnisses“ die „Grundsätze des Kommunismus“.¹⁹ Am 23. November 1847 schrieb er aus Paris an Marx in Brüssel: „Überleg Dir doch das Glaubensbekenntnis etwas. Ich glaube wir tun am besten, wir lassen die Katechismusform weg und titulieren das Ding: Kommunistisches *Manifest*. Da darin mehr oder weniger Geschichte erzählt werden muß, paßt die bisherige Form gar nicht. Ich bringe das hiesige²⁰ mit, das ich gemacht habe, es ist einfach erzählend, aber miserabel redigiert, in fürchterliche Eile. Ich fange an: Was ist Kommunismus? und dann gleich das Proletariat – Entstehungsgeschichte, Unterschied von früheren Arbeitern, Entwicklung des Gegensatzes des Proletariats und der Bourgeoisie, Krisen, Folgerungen. Dazwischen allerlei Nebensachen und schließlich die Parteipolitik der Kommunisten, soweit sie vors Publikum gehört. Das hiesige ist noch nicht ganz zur Bestätigung vorgelegt, aber ich denke, bis auf einige ganz kleine Kleinigkeiten, es so durchzusetzen, daß wenigstens nichts gegen unsre Ansichten drin steht.“²¹

Hinsichtlich des neuen Titels berücksichtigte Engels die Tatsache, dass sich damals in Frankreich mehrere politische Organisationen „Manifeste“²² gaben. Im „Dictionnaire des langues Française & Allemande ... Par Chrétien Frédéric Schwan ... à Offenbach et à Francfort ... 1810“ hieß es: „*Manifeste* ... eine Schrift, worin ein Fürst oder unabhängiger Staat die Ursachen seines Verfahrens in einer wichtigen Sache und die Rechtfertigung desselben öffentlich bekannt macht.“ Am 21. Oktober 1847 erschien in der Deutsche(n)-Brüsseler-Zeitung von Karl Heinzen eine Entgegnung auf Engels' Artikel „Die Kommunisten und Karl Heinzen“, die Marx als „Heinzens Manifest in Nr. 84 der Deutschen Brüsseler-Zeitung gegen die Kommunisten“ bezeichnete.²³

¹⁸ Siehe [Friedrich Engels:] [La crise commerciale en Angleterre – Mouvement chartiste – Irlande], geplant für MEGA², Bd. I/6, bzw. in: MEW Bd. 4, S. 325-327.

¹⁹ Siehe Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW Bd. 4, S. 361-380. - „Die große Bedeutung der ‚Grundsätze des Kommunismus‘ als Vorstufe der Geburtskunde des wissenschaftlichen Kommunismus kann man nicht besser charakterisieren, als es Lenin tat, indem er gerade bei der Erwähnung dieser Arbeit von Engels hervorhob, daß man die Namen Marx und Engels mit Recht nebeneinander stellt als die Namen der Begründer des modernen Sozialismus‘ [W. I. Lenin: Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels. In: Werke, Bd. 19, S. 554].“ (Martin Hundt: Wie das „Manifest“ entstand, a.a.O., S. 96.)

²⁰ Gemeint waren seine „Grundsätze des Kommunismus“.

²¹ Engels an Marx, 23./24.11.1847. In: MEW Bd. 27, S. 107, bzw. MEGA² III/2, S. 122.

²² Siehe Friedrich Engels: The Manifesto of M. de Lamartine, geplant für MEGA², Bd. I/6, bzw. die deutsche Übersetzung in: MEW Bd. 4, S. 387-390.

²³ Siehe Karl Marx: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: MEW Bd. 4, S. 332.

Abfassung des „Manifests“

Am 27. November 1847 reisten Engels von Paris und Marx von Brüssel nach Ostende und von dort gemeinsam nach London, wo sie am 29. eintrafen und bis zum 8. Dezember am II. Kongress des „Bundes der Kommunisten“ teilnahmen. Sie (formell nur Marx) wurden dort mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms beauftragt. Am 13. kehrte Marx und am 17. Dezember Engels aus London nach Brüssel zurück. Zieht man die Verfahrensweise bei den früheren gemeinschaftlichen Publikationen „Die heilige Familie“ und „Die deutsche Ideologie“ sowie Engels' „Glaubensbekenntnis“ und Engels' „Grundsätze des Kommunismus“ in Betracht, so kann man annehmen, dass Engels – nach Verständigung mit Marx – bis zu seiner Rückreise nach Paris Ende Dezember 1847 in Brüssel am Entwurf des „Manifest“ gearbeitet hat. Das ist angesichts der an den Tag gelegten termintreuen und effektiven Arbeitsweise von Engels eine realistische Annahme. Eine Vielzahl von Formulierungen im „Manifest“ ist in den Schriften von Engels seit seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von 1845 und in den zuletzt genannten zwei Programmentwürfen bis ins Detail nachweisbar.

Am 25. Januar 1848 beschloss die Londoner Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten“: „Die Centralbehörde beauftragt hiemit die Kreisbehörde Brüssel dem B[ruder] Marx anzuzeigen, daß, wenn das Manifest der kommunistischen Partei, dessen Abfassung er auf dem *letzten* Kongreß übernommen, nicht bis Dienstag 1. Februar d. J. in London angekommen ist, weitere Maßregeln gegen ihn ergriffen werden.“ Für den Fall, dass er das Manifest nicht abfassen sollte, wurde die augenblickliche „Zurücksendung der ihm vom Kongreß zugestellten Dokumente“ verlangt.²⁴ Engels war am 29. Januar 1848 von der französischen Regierung wegen revolutionärer Betätigung unter den Pariser Arbeitern des Landes verwiesen worden und traf am 1. Februar in Brüssel ein. Wenn der von der Zentralbehörde gesetzte Termin von Marx eingehalten wurde, muss er allein die letzte Hand an des „Manifest“ gelegt haben. Allerdings hatte Marx bis dahin kaum einen mit seinen Verlegern vereinbarten Abgabetermin eingehalten.

Es ist durchaus realistisch anzunehmen, dass Marx und Engels gemeinsam bis spätestens 8. Februar die Endfassung erarbeitet haben. Selbst diese verspätete Übergabe war – so mögen beide bedacht haben – auch für die Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten“ immer noch besser als eine Rückgabe der erhaltenen Materialien und die daraufhin notwendige Suche nach anderen Autoren. Auch gibt es für die Datierung noch den Anhaltspunkt, dass Marx – wahrscheinlich in Absprache mit Engels – auf einen in der Brüsseler Zeitung „Débat social“ vom 6. Februar veröffentlichten Artikel, der die Wirksamkeit der „Association démocratique“ betraf, deren Vizepräsident Marx war, erst am 9. oder 10. desselben Monats mit einem Gegen-Artikel reagiert hat.²⁵

²⁴ MEGA² III/2, S. 384.4-9.

²⁵ Siehe [Karl Marx:] Der Débat social vom 6. Februar über die Association démocratique. In:

Vorarbeiten und Textentwürfe von Marx und Engels für das „Manifest“

Einer von zwei Textzeugen für Marx' Arbeit am „Manifest“ ist ein Planentwurf für den dritten Abschnitt „Sozialistische und kommunistische Literatur“²⁶, den Marx auf der Umschlagseite seines Heftes notiert hat, in welchem sein Manuskript für den Vortrag über den „Arbeitslohn“ enthalten ist.²⁷ Vermutlich sind diese Notizen entstanden, nachdem Marx in London gelegentlich des zweiten Bundeskongresses von Engels die „Grundsätze des Kommunismus“ erhalten hatte. Die Notizen von Marx beziehen sich eindeutig auf Engels' Antwort auf die Frage 24 „Wie unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialisten?“²⁸ Engels hatte darin geschrieben, dass sich die „sogenannten Sozialisten“ in „drei Klassen“ teilen: in Anhänger *erstens* der „feudalen und patriarchalischen Gesellschaft“, *zweitens* der „jetzigen Gesellschaft“ und *drittens* in die „demokratischen Sozialisten“ und jeweils dazu Argumentationen angeführt. Marx entwickelte daraus folgende Gliederung:

- „1) Der reaktionäre Sozialismus, feudal, religiös-kleinbürgerlich.
- 2) Der bürgerliche Sozialismus.
- 3) Der deutsch-philosophische Sozialismus.
- 4) Die kritisch-utopischen Literatur-Systeme. Owen, Cabet, Weitling, Fourier, St. Simon, Babeuf.
- 5) Die unmittelbare Parteiliteratur.
- 6) Die Kommunistische Literatur.“²⁹

Diese Gliederung stellt eine Vorstufe zu der im „Manifest“ getroffenen Gliederung dar, die folgendermaßen lautete:

- „1. Der reaktionäre Sozialismus ...
 - a) Der feudale Sozialismus ...
 - b) Kleinbürgerlicher Sozialismus ...
 - c) Der deutsche oder der ‚wahre‘ Sozialismus ...
2. Der konservative oder Bourgeoisozialismus ...
3. Der kritisch-utopische Sozialismus und Kommunismus ...“³⁰

Der zweite Textzeuge für Marx' Arbeit am „Manifest“ ist eine einzige erhaltene

MEW Bd. 4, S. 511-513.

²⁶ Siehe MEW Bd. 4, S. 482-492.

²⁷ IISG Amsterdam, Marx-Engels-Nachlass, A 22; siehe Marx-Engels-Gesamtausgabe. Frankfurt a. M. 1927 ff. (nachfolgend: MEGA¹), I/6, S. 449-499.

²⁸ Siehe Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW, Bd. 4 S. 377-379.

²⁹ Siehe MEGA¹ I/6, S. 650.

³⁰ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, geplant für MEGA², Bd. I/6, bzw. in: MEW Bd. 4, S. 482-489.

Seite mit Entwürfen zu zwei Passagen über das Wesen der Ware und das Lohnminimum.³¹ Diese zwei Passagen passen inhaltlich zu zwei Stellen in Engels' „Grundsätzen des Kommunismus“, wo sich Markierungen mit hochgestelltem Stern und Klammer *) befinden, ohne dass es dazu eine Fußnote gibt.³² Es handelt sich um ausgesprochen ökonomische Probleme, mit denen sich Marx in seinen Vorträgen über den Arbeitslohn beschäftigt hatte. Marx hatte sich nämlich nach Abschluss der Korrekturarbeiten für sein Buch „Misère de la philosophie“, das Anfang Juli 1847 erschienen war, dazu entschlossen, ökonomische Zusammenhänge in Broschüren sowie in Vorträgen für die Brüsseler ‚Association démocratique‘ darzulegen, zu deren Vizepräsident er Mitte November gewählt worden war. Das Manuskript zum „Arbeitslohn“³³ hat Marx wahrscheinlich Ende Dezember 1847 in Brüssel erarbeitet. Am 6. Januar 1848 teilte die „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“ in einer redaktionellen Fußnote mit: „In einer früheren Sitzung des deutschen Arbeiter-Vereins hatte Karl Marx über die Frage ‚Was ist Arbeitslohn?‘ einen Vortrag gehalten, klar, sachlich, und fasslich, mit einer solchen Schärfe der Kritik der jetzigen Zustände und praktischen Beweisführung, daß wir denselben unseren Lesern baldigst mittheilen ...“

Marx hatte 1845 in Brüssel in „Die heilige Familie“ zu Proudhon geschrieben: „Alle Entwicklungen der Nationalökonomie haben das *Privateigentum* zur Voraussetzung. ... Proletariat und Reichtum sind Gegensätze. Sie bilden als solche ein Ganzes. Sie sind beide Gestaltungen der Welt des Privateigentums. Es handelt sich um die bestimmte Stellung, die beide in dem Gegensatz einnehmen“³⁴. Engels schuf gleichzeitig mit seiner „Einleitung“ sowie insbesondere mit seinen Kapiteln „Das industrielle Proletariat“, „Die großen Städte“, „Die Konkurrenz“, „Die irische Einwanderung“ und „Resultate“ seines Buchs „Die Lage der arbei-

³¹ Siehe MEW Bd. 4, S. 610.

³² Siehe Engels' Antwort zu seiner Frage 5: „Die Arbeit*) ist eine Ware wie jede andere und ihr Preis wird daher genau nach denselben Gesetzen bestimmt werden wie der jeder anderen Ware. Der Preis einer Ware unter der Herrschaft der großen Industrie oder der freien Konkurrenz, was, wie wir sehen werden, auf Eins hinauskommt, ist aber im Durchschnitt immer gleich den Produktionskosten dieser Ware. Der Preis der Arbeit ist also ebenfalls gleich den Produktionskosten der Arbeit. Die Produktionskosten der Arbeit bestehen aber in gerade soviel Lebensmitteln als nötig sind, um den Arbeiter in Stand zu setzen, arbeitsfähig zu bleiben und die Arbeiterklasse nicht aussterben zu lassen. Der Arbeiter wird also für seine Arbeit nicht mehr erhalten, als zu diesem Zwecke nötig ist; der Preis der Arbeit oder der Lohn wird also das Niedrigste, das Minimum sein, was zum Lebensunterhalt nötig ist. Da die Geschäftszeiten aber bald schlechter, bald besser sind, so wird er bald mehr, bald weniger bekommen, gerade wie der Fabrikant bald mehr, bald weniger für seine Ware bekommt. Aber ebenso wie der Fabrikant im Durchschnitt der guten und schlechten Geschäftszeiten doch nicht mehr und nicht weniger für seine Ware erhält als seine Produktionskosten, ebenso wird der Arbeiter im Durchschnitt auch nicht mehr und nicht weniger als eben dies Minimum*) erhalten. Dies ökonomische Gesetz des Arbeitslohns wird aber um so strenger durchgeführt werden, je mehr die große Industrie sich aller Arbeitszweige bemächtigt.“ Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus. In MEGA¹, Bd. I/6. S. 505. Siehe MEW Bd. 4, S. 365.

³³ Siehe Karl Marx' Manuskript für den Vortrag über den „Arbeitslohn“. IISG, Marx-Engels-Nachlass, A 22; siehe MEGA¹/6., S. 449-499.

³⁴ Siehe Friedrich Engels und Karl Marx: Die heilige Familie. IV. Kapitel. In: MEW Bd. 2, S. 32 und 37.

tenden Klasse in England“ die wissenschaftliche Voraussetzung dafür, dass er am 15. März 1845 in Barmen resümierte konnte: „Schließlich habe ich noch zwei Bemerkungen zu machen. Erstens, daß ich das Wort *Mittelklasse* fortwährend im Sinne des englischen middle-class (oder wie fast immer gesagt wird: middle-classes) gebraucht habe, wo es gleich dem französischen bourgeoisie die besitzende Klasse, speziell die von der sogenannten Aristokratie unterschiedene besitzende Klasse bedeutet – die Klasse, welche in Frankreich und England direkt, und in Deutschland als ‚öffentliche Meinung‘ indirekt im Besitze der Staatsmacht ist. So habe ich auch die Ausdrücke: Arbeiter (working men) und Proletarier, Arbeiterklasse, besitzlose Klasse und Proletariat fortwährend als gleichbedeutend gebraucht.“³⁵

Ebenso erweist sich Engels' Entwurf „Der Status quo in Deutschland“ (März/April 1847) als direkte inhaltliche Vorbereitung der theoretischen und politischen Grundsätze des Kommunismus als einer der Bourgeoisie gegenüber selbständigen politischen Bewegung, wie sie wenige Monate später im „Manifest“³⁶ angenommen wurden, wenn es u. a. heißt: „Der wahre Sozialismus ist durch und durch reaktionär. Die Bourgeoisie hat diese reaktionäre Tendenz des wahren Sozialismus längst gemerkt. Sie hat aber diese Richtung ohne weiteres für die literarische Repräsentantin auch des deutschen Kommunismus genommen und den *Kommunisten* öffentlich und privatim vorgeworfen, daß sie mit ihrer Polemik gegen Repräsentativverfassung, Geschwornengerichte, Preßfreiheit, mit ihrem Geschrei gegen die Bourgeoisie nur den Regierungen, der Bürokratie, dem Adel in die Hände arbeiteten. Es ist hohe Zeit, daß die deutschen Kommunisten endlich diese ihnen zugemutete Verantwortlichkeit für die reaktionären Taten und Gelüste der wahren Sozialisten ablehnen.“³⁷ Im „Manifest“ heißt es wenig später: „Es ist hohe Zeit, daß, die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen ...“³⁸

Im folgenden gibt Engels in „Der Status quo“ eine detaillierte Charakterisierung der Bourgeoisie als „die Klasse, die in allen Ländern den in der bürokratischen Monarchie etablierten Kompromiß zwischen Adel und Kleinbürgerschaft stürzt und dadurch zunächst für sich die Herrschaft erobert“. Weiter schreibt er: „Die entscheidende Fraktion der deutschen Bourgeoisie sind die Fabrikanten. Von dem Aufblühen der Industrie hängt das Aufblühen des ganzen Binnenhandels, des Hamburger und Bremer und zum Teil des Stettiner Seehandels, des Bankgeschäfts, hängt der Ertrag der Eisenbahnen und damit der bedeutendste Teil des Börsengeschäfts ab. Unabhängig von der Industrie sind nur die Korn- und Wollexporteurs der Ostseestädte und die unbedeutende Klasse der Importeurs

³⁵ Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Vorwort. In: MEW Bd. 2, S. 234.

³⁶ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. Abschnitt III,1, c). In: MEW Bd. 4, S. 487.

³⁷ Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: MEW Bd. 4, S. 42.

³⁸ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [Vorwort.] In: MEW Bd. 4, S. 461.

fremder Industrieprodukte. Die Bedürfnisse der Fabrikanten repräsentieren also die Bedürfnisse der ganzen Bourgeoisie und der von der Bourgeoisie augenblicklich abhängigen Klassen.

Die Fabrikanten teilen sich wieder in zwei Sektionen³⁹: Die eine gibt dem Rohstoff die erste Verarbeitung und bringt ihn halbfertig in den Handel, die zweite übernimmt den halbfertigen Rohstoff und bringt ihn als fertige Ware auf den Markt. Zu der ersten Sektion gehören die Spinner, zu der zweiten die Weber. Der ersten Sektion schließen sich in Deutschland ebenfalls die Eisenproduzenten an.“⁴⁰

Allein diese Passagen zeigen, dass Engels wesentliche Voraussetzungen für den Abschnitt „I. Bourgeois und Proletariat“ des „Manifest der Kommunistischen Partei“ erarbeitet hat.

Die Liste könnte um wenigstens 45 Passagen aus Schriften von Engels erweitert werden, die vor Januar 1848 geschrieben wurden und z. T. wörtlich Eingang ins „Manifest“ gefunden haben. Einige wenige seien genannt.

- In „Der Status quo in Deutschland“ hatte Engels geschrieben: „Die Unterordnung der Douane und der Bürokratie unter das Interesse der industriellen Bourgeoisie sind die beiden Maßregeln, an deren Durchsetzung die Bourgeoisie am direktesten beteiligt ist. (...) Sie ist genötigt, das ganze Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizsystem fast aller deutschen Länder einer durchgreifenden Revision zu unterwerfen, denn dies ganze System dient der Erhaltung und Stützung eines gesellschaftlichen Zustandes, an dessen Umwälzung die Bourgeoisie fortwährend arbeitet.“⁴¹ Im „Manifest“ lesen wir: „Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine* Nation, *eine* Regierung, *ein* Gesetz, *ein* nationales Klasseninteresse, *eine* Douanenlinie.“⁴²

- In „Schutzzoll oder Freihandels-System“ hatte Engels geschrieben: „Erst wenn nur noch *eine* Klasse – die Bourgeoisie – ausbeutend und unterdrückend dasteht (...): erst dann entspinnt sich der letzte entscheidende Kampf, der Kampf zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.“⁴³ Im „Manifest“ lesen wir: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“⁴⁴

³⁹ Marx spricht dann im 20. Kapitel des zweiten Buchs des „Kapitals“ von den „zwei Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion“ (siehe MEGA², Bd. II/13. S. 367 ff.).

⁴⁰ Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: MEW Bd. 4, S. 51/52.

⁴¹ Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: MEW Bd. 4, S. 54.

⁴² Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [I.] In: MEW Bd. 4, S. 467.

⁴³ Friedrich Engels: Schutzzoll oder Freihandels-System. In: MEW Bd. 4, S. 60.

⁴⁴ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [I.] In: MEW Bd. 4, S. 463.

- In „Die Bewegungen von 1847“ hatte Engels geschrieben: „Sie [die Bourgeoisie – E. K.] will die ganze Welt nach ihrem Maßstabe einrichten, und auf einem bedeutenden Teil der Erde wird ihr dies gelingen.“⁴⁵ Im „Manifest“ lesen wir: „Die Bourgeoisie ... Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“⁴⁶

- In „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ hatte Engels geschrieben: „Je weiter das Fabrikssystem in einen Arbeitszweig eingedrungen, desto mehr nehmen die Arbeiter an der Bewegung teil; je schärfer der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten, desto entwickelter, desto schärfer das proletarische Bewußtsein im Arbeiter. (...) Im allgemeinen aber sind alle Arbeiter der Industrie für eine oder die andere Form der Auflehnung gegen das Kapital und die Bourgeoisie gewonnen, und darin sind alle einig, daß sie, als ‚Working Men‘ (...) eine eigne Klasse mit eignen Interessen und Prinzipien, mit eigener Anschauungsweise gegenüber allen Besitzenden bilden, und zugleich – daß in ihnen die Kraft und die Entwicklungsfähigkeit der Nation ruht.“⁴⁷ Im „Manifest“ lesen wir: „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zu Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“⁴⁸

- In „Grundsätze des Kommunismus“ hatte Engels geschrieben: „Die Demokratie würde dem Proletariat ganz nutzlos sein, wenn sie nicht sofort als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln benutzt würde. Die hauptsächlichsten dieser Maßregeln, wie sie sich schon jetzt als notwendige Folgen der bestehenden Verhältnisse ergeben, sind folgende.“ Es folgt ein ganzer Katalog an Übergangsmaßnahmen von „1. Beschränkung des Privateigentums durch Progressivsteuern, starke Erbschaftssteuern, Abschaffung der Erbschaft der Seitenlinien (Brüder, Neffen etc.), Zwangsanleihen pp.“ über „2. Allmähliche Expropriation der Grundeigentümer, Fabrikanten, Eisenbahnbesitzer und Schiffsreeder, teils durch Konkurrenz der Staatsindustrie, teils direkt gegen Entschädigung in Assignaten“ bis zu „12. Konzentration des Transportwesens in den Händen der Nation.“⁴⁹ Im „Manifest“ lesen wir: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den

⁴⁵ Friedrich Engels: Die Bewegungen von 1847. In: MEW Bd. 4, S. 502.

⁴⁶ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [I.] In: MEW Bd. 4, S. 466.

⁴⁷ Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Arbeiterbewegungen. In: MEW Bd. 2, S. 455.

⁴⁸ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [II.] In: MEW Bd. 4, S. 474.

⁴⁹ Siehe Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW Bd. 4, S. 373/374.

Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaus-treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.“ Es folgt, nur etwas stärker systematisiert und gestrafft, der Maßnahmenkatalog, den Engels in den „Grundsätzen“ skizziert hatte: „Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation alles Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw. usw.“⁵⁰

Engels und Marx – Marx und Engels

Die Druckvorlage, das Manuskript des „Manifests“, das Friedrich Leßner Anfang 1848 von der Zentralbehörde des Bundes bzw. Karl Schapper in die Druckerei von J. E. Burghard zu London brachte, existierte m. E. in der Handschrift von Engels, wie das auch schon beim „Entwurf des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ im Juni 1847 der Fall gewesen war. Der Erstdruck erfolgte vermutlich zwischen dem 7. und 29. Februar 1848.⁵¹

⁵⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. [II.] In: MEW Bd. 4, S. 481/482.

⁵¹ Siehe Wolfgang Meiser: Das Manifest der Kommunistischen Partei vom Februar 1848. Zur Entstehung und Überlieferung der ersten Ausgaben, a.a.O. (s. Anm. 1).

Julian Harney, der Herausgeber des „Northern Star“, schrieb 1850 in der Vorbemerkung zur englischen Ausgabe des „Manifests“, dass die deutsche Fassung von den Bürgern „Charles Marx and Frederic Engels“ im Januar 1848 verfasst, unverzüglich in London in deutscher Sprache gedruckt und wenige Tage vor Ausbruch der Februarrevolution veröffentlicht wurde.⁵²

Marx schrieb 1859 im Vorwort zu „Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft“, nachdem er das „allgemeine Resultat“, das sich ihm bis 1844 „ergab, und einmal gewonnen“, seinen „Studien zum Leitfaden diente“, dargelegt hatte, u. a.: „Friedrich Engels, mit dem ich seit dem Erscheinen seiner genialen Skizze zur Kritik der ökonomischen Kategorien (in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern) einen steten schriftlichen Ideenaustausch unterhielt, war auf anderm Wege (vergleiche seine Lage der arbeitenden Klassen in England) mit mir zu demselben Resultat gelangt ... Von den zerstreuten Arbeiten, worin wir damals nach der einen oder andern Seite hin, unsre Ansichten dem Publikum vorlegten, erwähne ich nur das von Engels und mir gemeinschaftlich verfaßte ‚Manifest der kommunistischen Partei‘ ...“⁵³ Damit waren die Autoren des Ende Februar 1848 anonym erschienen Parteiprogramms des Bundes der Kommunisten öffentlich gemacht.

1867 zitierte Marx auf S. 479 des I. Bandes des „Kapitals“ im Abschnitt über „Die moderne Industrie“ das „Manifest“ mit der Quellenangabe: „F. Engels und Karl Marx, ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘. Lond. 1848, p. 5.“⁵⁴ Später, im 25. Kapitel auf S. 746 derselben Ausgabe, wo es um die „Negation der kapitalistischen Produktion ... durch sich selbst“ geht, folgt ein weiterer Verweis auf das „Manifest“: „F. Engels und Karl Marx: ‚Manifest der kommunistischen Partei. London 1848‘, p. 11, 9.“⁵⁵

Das Vorwort vom 24. Juni 1872 zur neuen Auflage begann mit den Worten: „Der ‚Bund der Kommunisten‘, eine internationale Arbeiterverbindung, die unter den damaligen Verhältnissen selbstredend nur eine geheime sein konnte, beauftragte auf dem in London im November 1847 abgehaltenen Kongresse die Unterzeichneten mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms. So entstand das nachfolgende Manifest ... Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten fünfundzwanzig Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten

⁵² Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Manifesto of the German Communist Party. In: MEGA², Bd. I/10, S. 605.4-6.

⁵³ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft. Vorwort. In: MEGA². Bd. II/2, S. 100.26-102.10, bzw. MEW Bd. 13, S. 8-10.

⁵⁴ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Hamburg 1867, S. 479. In: MEGA², Bd. II/5, S. 399, bzw. MEW Bd. 23, S. 510/511.

⁵⁵ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Hamburg 1867, S. 746. In: MEGA², Bd. II/5, S. 610, bzw. MEW Bd. 23, S. 791 (wo Marx' Text der Erstauflage gemäß der 4. deutschen Aufl. von 1890 leicht verändert und seit der 2. Aufl. ohne Sperrungen gedruckt ist). – Siehe auch die von Marx selbst edierten Ausgaben in MEGA², Bd. II/6. S. 465.44 und 683.35-36, sowie MEGA², Bd. II/7, S. 423.41-42 und 680.36-37.

allgemeinen Grundsätze behalten im Ganzen und Großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. ... *Karl Marx. Friedrich Engels.*⁵⁶

Das nächste Vorwort unterschrieb Engels allein am 28. Juni 1883; Marx war ein Vierteljahr zuvor gestorben.

Von 1872 an also erschien Marx an erster und Engels an zweiter Stelle der Autorangaben. Dafür sorgte meines Erachtens niemand anders als Engels, der als fähiger Promotor seit September 1867 alles daran setzte, dass der „Kapital“-Verfasser Marx als theoretischer und organisatorischer Führer der internationalen Arbeiterbewegung mehr und mehr anerkannt wurde. In seinem Artikel „Marx, Heinrich Karl“ für das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. Bd. 4. Jena 1892, Sp. 1130-1133 (ebenso Bd. 5. 2. Aufl. Jena 1900, S. 705) schrieb Engels: „Im Januar 1848 arbeitete er mit Engels das ‚Manifest der kommunistischen Partei‘ aus ...“

Es ist m. E. nicht korrekt, wenn so getan wird, als sei nur Marx der Autor des „Manifest“⁵⁷.

⁵⁶ Das Kommunistische Manifest. In: Sozialdemokratische Bibliothek. XXXIII. Vierte autorisierte deutsche Ausgabe. Mit einem neuen Vorwort von Friedrich Engels. London 1890, S. 3, 4.

⁵⁷ Siehe die Bemerkung: „Natürlich trägt das ‚Manifest‘ von der ersten bis zur letzten Zeile Marx' Handschrift, es ist ein Werk von hohem literarischem Rang, aber zugleich war es eindeutig ein Parteiauftrag, das Ergebnis einer langen, komplizierten Diskussion, in der auch Engels eine große Rolle spielte (was er im Alter selbst etwas vergessen hatte).“ Martin Hundt: „Herrlich wie am ersten Tag ...“. Vor 165 Jahren wurde der Bund der Kommunisten gegründet – und das Gespenst geht immer noch um. In: Neues Deutschland, Berlin, 1.12.2012, S. 23.

[Friedrich Engels]

Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ [1847]

Friedrich Engels hat den nachstehend abgedruckten Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ maßgeblich bis zum 6. April 1847 für den nach London einberufenen Kongress des „Bundes der Gerechten“ (2. bis 9. Juni 1847) erarbeitet, auf dem der Bund in „Bund der Kommunisten“ umbenannt wurde. Der Text ist in seiner Handschrift überliefert. Die Originalhandschrift befindet sich in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Nachlass Joachim Friedrich Martens, Sign. Cod. 232 in Scrin. Er wurde zuerst 1969 veröffentlicht.¹

Engels handschriftlicher Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ wurde mit Datum vom 9. Juni 1847 von Karl Schapper (mit Bundesnamen: Carl Schill) als Präsident und Wilhelm Wolff (mit Bundesnamen: Heide) als Sekretär unterzeichnet. Er war damit bestätigte Diskussionsgrundlage des „Bundes“ und wurde auf dessen Beschluss den örtlichen Gemeinden zur Beratung zugeschickt. Zugleich war er die wichtigste schriftliche Ausgangsposition für die „Grundsätze des Kommunismus“, die Engels etwa Ende Oktober 1847 in Vorbereitung auf den zweiten Bundeskongress ausarbeitete² (vgl. hierzu den Beitrag von Eike Kopf in diesem Heft, S. 8-21). Der Text wird hier gebracht, weil er schwer zugänglich, aber für die Entstehungsgeschichte der modernen Arbeiterbewegung und des „Kommunistischen Manifests“ wichtig ist. Den Bearbeitern von Bd. 4 der MEW (erschienen 1959) stand er noch nicht zur Verfügung; in der MEGA² müsste er zukünftig in Bd. I/6 veröffentlicht werden.

(Anm. d. Red.)

Frage 1. Bist Du Kommunist?

Antwort. – Ja.

Frage 2. Was ist der Zweck der Kommunisten?

Antwort. – Die Gesellschaft so einzurichten, daß jedes Mitglied derselben seine sämtlichen Anlagen u. Kräfte in vollständiger Freiheit und ohne dadurch die Grundbedingungen dieser Gesellschaft anzutasten, entwickeln und betätigen kann.

¹ Bert Andreas (Hrsg.), Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten (Juni bis September 1847), Hamburg 1969, S. 53-58, sowie: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Redaktion: Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa, Bd. 1, Berlin 1970, S. 470-475 (der Abdruck folgt dieser Ausgabe). In der alten BRD erschien ein Nachruck z.B. in: Friedrich Engels, Grundsätze des Kommunismus, Frankfurt am Main 1972, S. 43 ff.

² Friedrich Engels, Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 361-380.

Frage 3. *Wie wollt Ihr diesen Zweck erreichen?*

Antwort. – Durch die Aufhebung des Privateigentums, an dessen Stelle die Gütergemeinschaft tritt.

Frage 4. *Worauf begründet Ihr Eure Gütergemeinschaft?*

Antwort. – Erstens auf die durch die Entwicklung der Industrie, des Ackerbaus, des Handels und der Kolonisation erzeugte Masse von Produktionskräften und Lebensmitteln, und die in der Maschinerie, den chemischen und andern Hilfsmitteln liegende Möglichkeit ihrer Vermehrung ins Unendliche.

Zweitens darauf, daß im Bewußtsein oder Gefühl eines jeden Menschen gewisse Sätze als unumstößliche Grundsätze existieren, Sätze, welche als Resultat der ganzen geschichtlichen Entwicklung keines Beweises bedürfen.

Frage 5. *Welches sind solche Sätze?*

Antwort. – Z. B. Jeder Mensch strebt danach, glücklich zu sein. Das Glück des Einzelnen ist untrennbar von dem Glück Aller, usw.

Frage 6. *Auf welche Weise wollt Ihr Eure Gütergemeinschaft vorbereiten? –*

Antwort. – Durch Aufklärung und Vereinigung des Proletariats.

Frage 7. *Was ist das Proletariat?*

Antwort. – Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ausschließlich von ihrer Arbeit und nicht vom Profit irgend eines Kapitals lebt; diejenige Klasse, deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod daher von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, mit *einem* Wort von den Schwankungen der Konkurrenz abhängt.

Frage 8. *Es hat also nicht immer Proletarier gegeben?*

Antwort. – Nein. *Arme* und *Arbeiterklassen* hat es immer gegeben; auch waren die Arbeitenden fast immer die Armen. Proletarier aber hat es nicht immer gegeben, ebensowenig wie die Konkurrenz immer frei war.

Frage 9. *Wie ist das Proletariat entstanden?*

Antwort. – Das Proletariat ist hervorgegangen aus der Einführung der Maschinen, welche seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts erfunden wurden und von denen die hauptsächlichsten sind: die Dampfmaschine, die Spinnmaschine, und der mechanische Webstuhl. Diese Maschinen, welche sehr teuer waren und also nur von reichen Leuten angeschafft werden konnten, verdrängten die damaligen Arbeiter, indem man mittelst der Maschinen die Waren wohlfeiler und schneller liefern konnte, als dies den bisherigen Arbeitern auf ihren unvollkommenen Spinnrädern und Webstühlen möglich war. Die Maschinen lieferten dadurch die Industrie gänzlich in die Hände der großen Kapitalisten und machten das wenige Eigentum der Arbeiter, das hauptsächlich in ihren Werkzeugen, Webstühlen pp. bestand, völlig wertlos, so daß der Kapitalist alles, der Arbeiter nichts übrig behielt. Damit war das Fabriksystem eingeführt. Als die Kapitalisten einsahen, wie vorteilhaft ihnen dies war, suchten sie es auf immer mehr Arbeitszweige auszudehnen. Sie teilten die Arbeit mehr und

mehr unter die Arbeiter, so daß die letzteren, die früher jeder ein ganzes Stück Arbeit gemacht, jetzt jeder nur einen Teil dieses Stücks machten. Die so vereinfachte Arbeit lieferte die Erzeugnisse schneller und daher wohlfeiler, und erst jetzt fand man fast in jedem Arbeitszweige, daß auch hier Maschinen angewandt werden könnten. So wie nun ein Arbeitszweig fabrikmäßig betrieben wurde, geriet er, gerade wie die Spinnerei und Weberei, in die Hände der großen Kapitalisten, und den Arbeitern wurde der letzte Rest von Selbständigkeit entzogen.

Allmählich sind wir dahin gekommen, daß fast *alle* Arbeitszweige fabrikmäßig betrieben werden. Dadurch ist der bisherige Mittelstand, besonders die kleinen Handwerksmeister, mehr und mehr ruiniert, die frühere Lage der Arbeiter gänzlich verändert, und zwei neue, allmählich alle übrigen Klassen verschlingende Klassen [sind] geschaffen worden. Nämlich:

I. Die Klasse der großen Kapitalisten, welche in allen fortgeschrittenen Ländern fast ausschließlich im Besitz der Lebensmittel und derjenigen Mittel (Maschinen, Fabriken, Werkstätten pp.) sind, womit diese Lebensmittel erzeugt werden. Dies ist die Klasse der *Bourgeois* oder die *Bourgeoisie*.

II. Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, der ersten Klasse, den Bourgeois, ihre Arbeit zu verkaufen, um nur dafür die Lebensmittel von ihnen zu erhalten. Da bei diesem Arbeitshandel die Parteien nicht *gleichgestellt*, sondern die Bourgeois im Vorteil sind, so müssen die Besitzlosen sich den von den Bourgeois gestellten schlechten Bedingungen fügen. Diese von den Bourgeois abhängige Klasse heißt die Klasse der *Proletarier* oder das *Proletariat*.

Frage 10. *Wodurch unterscheidet sich der Proletarier von dem Sklaven?*

Antwort. – Der Sklave ist *ein* für alle Mal verkauft. Der Proletarier muß sich selbst täglich und stündlich verkaufen. Der Sklave ist Eigentum *eines* Herrn und hat eben deshalb eine gesicherte Existenz, so elend sie sein mag. Der Proletarier ist sozusagen Sklave der ganzen Bourgeoisklasse, nicht *eines* Herrn und hat daher keine gesicherte Existenz, indem ihm niemand seine Arbeit abkauft, wenn er sie nicht nötig hat. Der Sklave gilt für eine *Sache*, nicht für ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Der Proletarier ist als eine *Person*, als ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt. Der Sklave *kann* also eine bessere Existenz haben als der Proletarier, aber dieser steht auf einer höheren Entwicklungsstufe. Der Sklave befreit sich dadurch, daß er *Proletarier wird* und von allen Eigentumsverhältnissen *nur* das Verhältnis der *Sklaverei* abschafft. Der Proletarier kann sich nur dadurch befreien, daß er *das Eigentum überhaupt* abschafft.

Frage 11. *Wodurch unterscheidet sich der Proletarier von dem Leibeigenen?*

Antwort. – Der Leibeigene hat die Benutzung eines Stückes Boden, also eines Produktions-Instruments, gegen Abgabe eines größeren oder geringeren Teils des Ertrags. Der Proletarier arbeitet mit Produktionsinstrumenten, die das Eigentum eines andern sind, der ihm für seine Arbeit einen durch die Konkur-

renz bestimmten Anteil der Produkte abtritt. Der Anteil des Arbeiters wird bestimmt durch seine eigne Arbeit, also durch ihn selbst beim Leibeigenen. Beim Proletarier wird er bestimmt durch die Konkurrenz, also zunächst durch den Bourgeois. Der Leibeigene hat eine gesicherte Existenz, der Proletarier hat sie nicht. Der Leibeigene befreit sich, indem er seinen Feudalherrn verjagt und selbst Eigentümer wird, also in die Konkurrenz tritt und sich einstweilen der besitzenden Klasse, der privilegierten Klasse anschließt. Der Proletarier befreit sich, indem er das Eigentum, die Konkurrenz und alle Klassenunterschiede aufhebt.

Frage 12. *Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Handwerker?*

Antwort. – Der im Unterschiede vom Proletarier sogenannte Handwerker, wie er noch im vorigen Jahrhundert fast überall, und jetzt noch hie und da existiert, ist höchstens *eine Zeilang* Proletarier. Sein Zweck ist, selbst Kapital zu erwerben und damit andre Arbeiter zu exploitiern. Diesen Zweck kann er oft erreichen, wo die Zünfte noch existieren oder wo die Gewerbefreiheit noch zu keiner fabrikmäßigen Betreibung der Handwerke, zu keiner heftigen Konkurrenz geführt haben [vielm. hat]. Sobald aber das Fabrikwesen in die Handwerke eingeführt worden und die Konkurrenz in voller Blüte steht, fällt diese Aussicht weg, und der Handwerker wird mehr und mehr Proletarier. Der Handwerker befreit sich also, indem er *entweder* Bourgeois wird oder überhaupt in den Mittelstand übergeht, *oder* indem er durch die Konkurrenz zum Proletarier wird (wie dies jetzt meistens geschehen) und sich nun der Bewegung des Proletariats, d. h. der mehr oder minder bewußten kommunistischen Bewegung anschließt.

Frage 13. *Ihr glaubt also nicht, daß die Gütergemeinschaft zu jeder Zeit möglich war?*

Antwort. – Nein. Der Kommunismus ist erst entstanden, seitdem es die Maschinen und andern Erfindungen möglich machten, allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Ausbildung, eine glückliche Existenz in Aussicht zu stellen. Der Kommunismus ist die Lehre von einer Befreiung, die nicht den Sklaven, den Leibeigenen oder den Handwerkern möglich war, sondern erst den Proletariern, und daher gehört er notwendig dem neunzehnten Jahrhundert an und war zu keiner früheren Zeit möglich.

Frage 14. *Kommen wir auf die sechste Frage zurück. Wenn Ihr die Gemeinschaft durch Aufklärung und Vereinigung des Proletariats vorbereiten wollt, so verwerft Ihr also die Revolution?*

Antwort. – Wir sind nicht nur von der Nutzlosigkeit, sondern sogar von der Schädlichkeit aller Verschwörungen überzeugt. Wir wissen ebenfalls, daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen sind, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien wie ganzer Klassen ganz und gar nicht abhängen. Wir sehen aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen Ländern der Welt von den besitzenden Klassen gewaltsam unterdrückt, und daß hierdurch auf eine Revolution von den Gegnern der

Kommunisten gewaltsam hingearbeitet wird. Sollte hierdurch das unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt werden, so werden wir dann ebenso gut mit der Tat, wie jetzt mit dem Wort, die Sache des Proletariats verteidigen.

Frage 15. *Wollt Ihr an die Stelle der jetzigen Gesellschaftsordnung mit e i n e m Schlage die Gütergemeinschaft einführen?*

Antwort. – Wir denken nicht daran. Die Entwicklung der Massen läßt sich nicht dekretieren. Sie wird bedingt durch die Entwicklung der Verhältnisse, in denen diese Massen leben, und geht daher allmählich vor sich.

Frage 16. *Auf welche Weise glaubt Ihr, daß der Übergang aus dem jetzigen Zustande in die Gütergemeinschaft zu bewerkstelligen sei?*

Antwort. – Die erste Grundbedingung zur Einführung der Gütergemeinschaft ist die politische Befreiung des Proletariats durch eine demokratische Staatsverfassung.

Frage 17. *Welches wird Eure erste Maßregel sein, sobald Ihr die Demokratie durchgesetzt habt?*

Antwort. – Die Sicherung der Existenz des Proletariats.

Frage 18. *Wie wollt Ihr dies durchführen?*

Antwort. – I. Durch eine solche Beschränkung des Privateigentums, welche seine allmähliche Verwandlung in gesellschaftliches Eigentum vorbereitet, z. B. durch Progressivsteuern, Beschränkung des Erbrechts zugunsten des Staats usw.

II. Durch Beschäftigung der Arbeiter in National-Werkstätten und -fabriken, sowie auf den Nationalgütern.

III. Durch Erziehung sämtlicher Kinder auf Staatskosten.

Frage 19. *Wie werdet Ihr es in der Übergangsperiode mit dieser Erziehung einrichten?*

Antwort. – Sämtliche Kinder werden von dem Zeitpunkt an, wo sie der ersten mütterlichen Pflege entbehren können, in Staatsanstalten erzogen und unterrichtet.

Frage 20. *Wird mit Einführung der Gütergemeinschaft nicht zugleich die Weibergemeinschaft proklamiert?*

Antwort. – Keineswegs. Wir werden uns in das Privatverhältnis zwischen Mann und Frau und überhaupt in die Familie nur insoweit einmischen, als durch die Beibehaltung der bestehenden Einrichtung die neue Gesellschaftsordnung gestört würde. Im übrigen wissen wir sehr gut, daß das Familienverhältnis im Laufe der Geschichte nach den Eigentumsverhältnissen und Entwicklungsperioden Modifikationen erlitten hat und daß daher auch die Aufhebung des Privateigentums den bedeutendsten Einfluß darauf haben wird.

Frage 21. *Werden im Kommunismus die Nationalitäten fortbestehen?*

Antwort. – Die Nationalitäten der nach dem Prinzip der Gemeinschaft sich

verbindenden Völker werden durch diese Vereinigung eben so sehr genötigt sein, sich zu vermischen und dadurch sich aufzuheben, wie die verschiedenen Stände- und Klassenunterschiede durch die Aufhebung ihrer Grundlage, des Privateigentums, wegfallen.

Frage 22. *Verwerfen die Kommunisten die bestehenden Religionen?*

Antwort. – Alle bisherigen Religionen waren der Ausdruck geschichtlicher Entwicklungsstufen einzelner Völker oder Völkermassen. Der Kommunismus ist aber diejenige geschichtliche Entwicklungsstufe, die alle bestehenden Religionen überflüssig macht und aufhebt.“

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

300 Ästhetik des Engagements

P. PETERSEN: Hans Werner Henze
1926-2012

K.H. GÖTZE: Kleists Mobilisierung für
den totalen Volkskrieg

W.D. HUND: Eine Fata Morgana von
Walter Benjamin

H. PEITSCH: „Ich komme von dem
Orte, an dem zu sterben mir bestimmt
gewesen war“ (Günter Anders)

R. COHEN: Paul Celan vor dem Anti-
semismus seiner deutschen Freunde

W. SCHMIDT: Die Bedeutung Antonio
Gramscis für Peter Weiss

RUTH MAY: (Un)Möglichkeit einer
sozialistischen Stadt in Deutschland

Aktuelle Analysen

I. SOLTY: Thomas Franks Kritik des
Rechtspopulismus

J. REHMANN: Occupy Wall Street vor
der Hegemoniefrage

K. HENKEL: Kuba zwischen Wandel
und Untergang

Heft 12 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · ARGUMENT VERLAG
Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg
Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org

Wolfgang Küttler

Der Kapitalismus als transitorische Formation

Historisch-kritische Bemerkungen zur Revolutionsperspektive von Marx und im Marxismus¹

Als sich 1998, gegen Ende des 20. Jahrhunderts, das Erscheinen des Kommunistischen Manifests zum 150. Male jährte, bezeichnete Eric Hobsbawm in der Einleitung zum Gedenkband die Diskrepanz zwischen der nachhaltigen Aktualität der genialen Beschreibung und Kritik der kapitalistischen Entwicklung einerseits und dem Scheitern der daran geknüpften Perspektive ihrer Überwindung durch die Revolution des modernen Proletariats andererseits als große Herausforderung für marxistisches Denken in der Gegenwart. (1998, 20) Fünfzehn Jahre später hat sich zwar die Situation, was die Aufmerksamkeit für Marx angeht, wesentlich verändert. Das Kapitalismus-Problem ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 und ihren Folgewirkungen, die sich als neue Große Krise in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft auswirken, mit aller Schärfe als gesellschaftliche Perspektivenfrage wieder in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Auch im etablierten Diskurs ist dabei die Kapitalismuskritik von Marx nach einer Periode des Totsagens und Totschweigens in ungeahnter Weise aktualisiert worden. Hier aber überwiegt bei aller Beachtung – je mehr Auswege aus der Krise gefunden zu sein scheinen, desto stärker – weiterhin die skeptische Beurteilung oder völlige Ablehnung seiner Gesellschafts- und Geschichtstheorie, soweit darin die Gestaltung einer grundsätzlich anderen Gesellschaft als existenzielle Notwendigkeit für den weiteren Fortschritt der menschlichen Zivilisation begründet wird. Die Hegemonie neoliberaler Ideologie, der zufolge es letztlich keine realistische Alternative zum globalen Kapitalismus gibt, ist trotz zeitweiliger Erschütterung nicht gebrochen, was die praktischen Orientierungen der Herrschenden in der Krise und für deren Überwindung angeht. Diese Denkweise hat bei aller vordergründigen Interessenbindung ihren realen Kern in der ungebrochenen Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus, die ihn bisher alle Krisen überstehen und nach dem Untergang des Sozialismus sowjetischen Typs wieder zum weltbeherrschenden System werden ließ.

¹ Dieser Beitrag ist die veränderte und erweiterte Fassung meines Aufsatzes „Perspektiven und Grenzen des Kapitalismus als Gesellschaftsformation. Historisch-kritische Bemerkungen zur Kapitalismuskritik von Marx“, in: *Kapitalismus und Krisen heute. Herausforderung für Transformation*, Hrsg. v. G. Krause, Berlin 2011, der auch als Diskussionsvorlage zum V. Winterkolloquium der Heinz-Jung-Stiftung (März 2012) „Revolte, Aufstand, Revolution“ (vgl. Z 90, Juni 2012, S. 183 ff.) diente. Darin werden Ergebnisse von W. Küttler, Stichwort Kapitalismus, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Hrsg. v. W. F. Haug, F. Haug u. P. Jehle, Bd. 7/1, Hamburg 2008, Sp. 238-271 (dort auch ausführliche Literaturhinweise) zusammengefasst und inhaltlich weiter reflektiert.

Damit sind die beiden widersprüchlichen und nach wie vor in den ideologisch aufgeladenen Grundlagendebatten über den Marxismus heftig umstrittenen Seiten angezeigt, mit denen auch jede konstruktiv praxisbezogene Marx-Rezeption zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert ist: Der erstaunlichen Aktualität seiner Kapitalismusanalyse und -kritik steht das Scheitern der bisher versuchten alternativen Entwicklungen und, mehr noch: der scharfe Widerspruch zwischen dem emanzipatorischen Grundanliegen von Marx und der tatsächlichen Praxis von kommunistischen Parteien an der Macht, entgegen.

Die notwendige Problematisierung der Perspektivenfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts verlangt zum einen nach Konzepten und Methoden, die den qualitativen Veränderungen im Kapitalismus seit dem zweiten Drittel des 19. und vor allem seit Ende des 20. Jahrhunderts angemessen sind. Um hier zeitgemäße Orientierungen zu finden, ist auch eine kritische Prüfung der theoretischen Rahmenvorstellungen erforderlich, auf denen die in vieler Hinsicht nach wie vor aktuelle marxsche Kritik beruhte. Auch im linken Diskurs, so vor allem in der Transformationsforschung, ist eine deutliche Distanz zu den „Großtheorien“ des 19. und 20. Jahrhunderts und darunter auch zur marxschen Formations-, Revolutions- und Klassentheorie zu beobachten (Reissig 2009, 15 ff., 20 ff.). So sehr die Transformationsfrage in konkreten Projekten auf spezielle Probleme heruntergerechnet und pragmatisch auf realisierbare Veränderungen konzentriert werden muss (Thomas 2011, 9 ff.), ist sie in linksorientierter Politik und Gesellschaftsanalyse auch und gerade im globalen Kapitalismus der Gegenwart doch immer mit gesamtgesellschaftlichen Systemfragen verknüpft.

Angesichts der Erfahrungen mit der Entwicklung des Marxismus und auch mit aktuellen Debatten ist es dabei nicht trivial, besonders darauf hinzuweisen, dass es sich beim Erbe von Marx und Engels nicht um einen in sich geschlossenen Kanon, sondern um ein offenes „work in progress“ handelt. Ihr Werk entwickelte sich in unaufhörlichem Ringen mit immer neuen Problemen, die sich aus den real ablaufenden Vorgängen für die eigene Konzeption ergaben. Ich beschränke mich im Folgenden auf einen kritischen Vergleich dieses Erkenntnisprozesses und der dabei konzipierten theoretischen und praktischen Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft mit der veränderten realen Situation, in der sich ähnliche ebenso wie ganz neue Perspektivenfragen für die menschliche Zivilisation Anfang des 21. Jahrhunderts stellen. Im Vordergrund steht dabei der direkte Zugriff auf das Werk von Marx in Bezug auf das Verhältnis von Formation und Revolution in seiner Analyse und Kritik des Kapitalismus. Die vielschichtige Entwicklung des Diskurses danach und die Analyse der seitherigen realgeschichtlichen Veränderungen können im Rahmen dieser knappen Problemskizze nur angedeutet werden.

1. Proletariat und gesellschaftlicher Umbruch

Das wichtigste dieser kritischen Probleme ist die für den Marxschen Entwurf emanzipatorischer gesellschaftlicher Praxis konstitutive Verbindung der emanzipatorischen Perspektive einer progressiven gesellschaftlichen Entwick-

lung über den Kapitalismus hinaus mit der sozialen Revolution des modernen, in der großen Industrie konzentrierten Proletariats.

Bereits in der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* wird die Befreiung dieser Klasse zugleich als menschliche Emanzipation überhaupt gekennzeichnet (MEW 1: 390f.). Der Standpunkt des neuen Materialismus, der die Praxis der Menschen bei der Produktion und Reproduktion ihrer Existenzbedingungen als Grundlage aller Geschichte betrachtet, ist „nicht die bürgerliche Gesellschaft“, sondern, so Marx in den *Feuerbachthesen*, „die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit“ (MEW 3: 7). Die Kritik der ersteren wird wissenschaftlich auf die Kritik der politischen Ökonomie gegründet, aus der sich die objektiven Bedingungen und die geschichtliche Notwendigkeit für die Herstellung letzterer ergeben. Diese ist „die Bewegung, die den bestehenden Zustand“ aufhebt, wie in der *Deutschen Ideologie* der Kommunismus als praktische Handlungsorientierung und gesellschaftliche Perspektive charakterisiert wird (MEW 3: 35).

Die soziale Revolution des Proletariats ist daher die Zukunft aller modernen Völker, die mit 1789 die politische Befreiung erreicht haben, und sie wird dort, wo noch die antif feudale Transformation nachzuholen ist wie in Deutschland, zusammen mit dieser in einem permanenten revolutionären Übergang erfolgen (MEW 1: 385 f., 391). Diese Perspektive ist auch durchweg die Leitseite für die ökonomische und gesamtgesellschaftliche Analyse, mit der das Projekt kognitiv begründet wird.

Gemäß diesem Konzept beschreiben Marx und Engels die moderne Entwicklung im Abschnitt „Bourgeois und Proletarier“ des *Manifests der Kommunistischen Partei* (MEW 4: 462-474) als fortwährenden progressiven Umwälzungsprozess, den die Kapitalisten zwar initiiert und vorangetrieben haben, den sie aber wegen der den neu geschaffenen Produktivkräften immanenten Tendenz zu immer höheren Graden der Vergesellschaftung nicht mehr beherrschen. Mit der Entwicklung der großen Industrie richten sich die Waffen, mit denen die Bourgeoisie die Feudalherren besiegt hat, gegen sie selbst, denn sie hat dadurch mit dem Proletariat auch die Klasse geschaffen, die sich ihrer gegen die Herrschaft des Kapitals bedienen wird (ebenda: 468). Denn mit der Konzentration der Produktion wird „an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation“ gesetzt und auf diese Weise „unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eignen Totengräber. ... Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“ (Ebenda: 474)

Bei aller Aktualität dieses Textes fällt eine für unser Thema wichtige Asymmetrie in der Sichtweise der historisch realen Auflösung des Feudalismus und der prognostizierten Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft auf. *Einerseits* sieht Marx zwischen beiden Transformationsprozessen die Parallele in der Sprengung von nicht mehr mit der Entwicklung der Produktivkräfte übereinstimmenden Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen. So

kann er für die Tendenz zur proletarischen Revolution feststellen, dass „unter unsren Augen eine ähnliche Bewegung“ vor sich geht wie beim Untergang der feudalen Gesellschaftsorganisation (MEW 4: 467). *Andererseits* wird im ersten Fall eine stagnierende durch eine dynamische Produktionsweise abgelöst, die auch im Prozess der eigenständigen Entwicklung nur durch die permanente Umwälzung der Produktivkräfte und aller gesellschaftlichen Lebensbereiche existieren kann. Ihre Überwindung kann somit nur dadurch erfolgen, dass die sich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ständig weiter entwickelnden Produktivkräfte von den Fesseln der Kapitalherrschaft befreit werden. Als Voraussetzungen dafür hatten Marx und Engels bereits im *Manifest* objektiv die Tendenz zur Spaltung der Gesellschaft „mehr und mehr ... in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat“ und subjektiv den Zusammenschluss der Arbeiterklasse zur Assoziation als aktive Kraft der modernen sozialen Revolution (ebenda: 463, 469ff.) ausgemacht.

Aus dieser Sichtweise folgt, dass die moderne Arbeiterklasse den gesellschaftlichen Charakter, die Bourgeoisie aber das anarchische, noch naturwüchsige Element der modernen Produktionsweise repräsentiert. Die Bourgeoisie ist nach der Prognose im *Manifest* zum einen „willenloser und widerstandsloser Träger“ des Fortschritts der Industrie (ebenda: 473), während dieser zum anderen zur Vereinigung der Arbeiterklasse führt. Darauf gründet sich die starke Prognose im *Manifest* und auch die Hoffnung, die kommende Umwälzung werde schneller erfolgen als frühere Formationsübergänge. Denn durch den hohen Vergesellschaftungsgrad des konzentrierten Kapitals werde, so heißt es dazu später im *Kapital*, die „Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches“, ungleich weniger schwierig und langwierig sein als die den Kapitalismus konstituierende „Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches“ (MEW 23: 791).

Wie sich an dieser Übernahme in das Hauptwerk zeigt, hielt Marx grundsätzlich an dieser exponentiellen Tendenzanalyse und Prognose in allen Schaffensperioden fest, wobei sich allerdings die kognitive Basis mit den umfassenden ökonomischen und historischen Untersuchungen des modernen Formationsprozesses verändert. Im ersten Band des *Kapital* wird die Perspektive von 1848 im Abschnitt über die „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ (MEW 23: 789-792), wo Marx in einer Fußnote auf das *Manifest* verweist (ebenda: 791), nochmals bekräftigt, aber nunmehr im Kontext einer umfassenden Analyse der Genesis des Kapitalismus. Darin erscheinen die zuvor ausführlich beschriebenen Entstehungsbedingungen bereits als Vorstufe der Überwindung der Kapitalherrschaft. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals geschieht durch die „Expropriation der unmittelbaren Produzenten, d.h. die Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums“ (ebenda: 789). Sobald nach hinreichend durchgreifender Verwandlung „der Arbeiter in Proletariat“ und ihrer „Arbeitsbedingungen in Kapital ... die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit“ eine qualitativ neue Form: „Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der

selbstwirtschaftende Arbeiter“, sondern auf dem Wege der immer weiteren Konzentration des Kapitals „der viele Arbeiter expropriierende Kapitalist“ (ebenda: 790). Im Ergebnis dieses Konzentrationsprozesses steht schließlich einer „beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten“ eine ständig wachsende, „durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ geschulte und organisierte Arbeiterklasse gegenüber, und die „Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt.“ (Ebenda: 791)

Einerseits schienen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 1847 wie auch weiterer folgender zyklischer Krisen und die Revolution von 1848/49, die in Frankreich bereits in eine direkte Konfrontation des Proletariats mit der Bourgeoisie herrschaft kulminierte, ebenso wie später die Pariser Kommune von 1871 diese Prognose sowohl in der Ökonomie als auch durch Verlauf und Tendenz der Klassenkämpfe zu bestätigen. Andererseits aber offenbarte deren realer Ausgang, dass weder die ökonomische noch die soziale und politische Entwicklung für den erwarteten Durchbruch reif war. Vielmehr brachte die weitere Entwicklung auf beiden Seiten der Klassenspaltung sehr bald zusammen mit sich verstärkender Polarisierung in der festgestellten Richtung auch langfristig wirkende gegenläufige Tendenzen hervor, und zwar sowohl in der mit der Konzentration des großen Kapitals immer wieder einhergehenden Behauptung und Entstehung von Kleinbetrieben als auch in der Differenzierung der Unternehmerschichten ebenso wie der Lohabhängigen. Damit wurde neben der Tendenz zur Konzentration auf den einen Antagonismus von Kapitalisten und Arbeiterklasse eine ebenso ständig zunehmende Differenzierung der Sozialstrukturen auf beiden Seiten und damit auch der gesamtgesellschaftlichen Formierungen deutlich. Insofern ist die Werk- und Problemgeschichte des marxischen emanzipatorischen Projekts auch die Geschichte einer beständigen Auseinandersetzung mit der Variabilität und Flexibilität der zu überwindenden Produktions- und Herrschaftsweise.

2. Formationsgeschichtliche Überlegungen und revolutionäre Perspektive

Diese Veränderungen erforderten umfassende Analysen und theoretische Reflexionen zur Frage des geschichtlichen Platzes der neuen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung. Es war von vornherein das Neue der marxischen Kritik, dass sie sich nicht einfach gegen eine neue ökonomisch begründete Form der Ausbeutung und Unterdrückung sowie deren Widerspiegelung in der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft richtete, sondern diese als das Grundverhältnis einer besonderen Gesellschaftsformation begriff. Was später als Formationstheorie rezipiert wurde, war ursprünglich das begrifflich-methodische und theoretische Instrumentarium der marxischen Analyse des Kapitalismus. Dafür sind zunächst drei Grundaspekte zu unterscheiden: Erstens die Erfassung der auf Warenwirtschaft, in der Produktion investiertem Kapital und der Ausbeutung von Lohnarbeit beruhenden, modernen Gesellschaftsform als einer auf eigenen ökonomischen Grund-

lagen sich entwickelnde Formation, wobei deren Bezeichnung als „kapitalistisch“ erst in der Phase der Arbeiten am „Kapital“ die bisherige, von Hegel übernommene Bestimmung als „bürgerliche Gesellschaft“ ersetzte. Zweitens deren historische Unterscheidung und Herleitung im Verhältnis zu früheren Gesellschaftsformen im Prozess der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Drittens die Begründung der Prognose des Untergangs durch die inneren Widersprüche der ökonomischen Entwicklung, auf der die Kapitalherrschaft beruht, und die daraus abgeleitete Perspektive der sozialen Revolution des Proletariats.

Dabei zeigten sich bei der Untersuchung der konkreten Prozesse, durch die sich die neue Produktionsweise als eigenständiges System und formierende Grundlage aller gesellschaftlichen Bereiche entwickelte und ausbreitete, gegenüber dem englischen Muster sehr unterschiedliche Wege ihrer Entstehung und Ausprägung. Marx befasste sich mit der konkret-historischen Vielfalt dieses modernen kapitalistischen Umwälzungsprozesses und seiner historischen Voraussetzungen in umfangreichen empirischen Forschungen. In den *Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie* und im *Kapital* konfrontiert er die kapitalistische Produktionsweise allgemein mit dem noch naturwüchsigen Charakter aller Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen (MEW 42: 383-421), und speziell mit deren Veränderungen in der europäischen Feudalgesellschaft, aus deren Auflösung sie in ihrer Ursprungsregion unmittelbar hervorgeht. Im ersten Band des *Kapital* verweist er bei der Beschreibung der ursprünglichen Akkumulation neben der typischen Auflösungsform auch auf die „unmittelbare Verwandlung von Sklaven und Leibeigenen in Lohnarbeiter, also bloßen Formwandel“ als mögliche Übergangsform (MEW 23: 789). Die unterschiedlichen Formen der Herausbildung der Kapitalistenklasse werden im von Engels edierten dritten Band des *Kapital* in Studien über das Handelskapital und die Genesis der Grundrente (MEW 25: 335-349; 790-821) analysiert. Marx unterscheidet einen revolutionären und einen konservativen Weg ihrer Entstehung, d.h. einerseits die unabhängige Herausbildung kapitalistischer Unternehmen wie in England und andererseits die allmähliche Unterwerfung feudaler und anderer vorkapitalistischer Formen durch den anpassenden Formwechsel sowohl der besitzenden Klassen als auch der unmittelbaren Produzenten und ihrer sozialen Beziehung (ebenda: 344 f.).

Neben diesen sozialökonomischen Differenzierungsprozessen ging es bei der Analyse der Voraussetzungen für die künftige soziale Revolution auch um Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen und gesamtgesellschaftlichen Strukturen. In Mittel- und Südeuropa waren am Ausgang der Revolution von 1848 mit ihren Folgeentwicklungen neben den vorwärtstreibenden auch die aus dem Widerstand feudaler Elemente sowie den Aktionen der Kapitalistenklasse resultierenden hemmenden Faktoren für die Revolutionierung der neuen Gesellschaft zu berücksichtigen. Darüber hinaus beschäftigte Marx angesichts der außereuropäischen Entwicklungen die Frage, wie die moderne Arbeiterbewegung nach einer siegreichen Revolution in den fortgeschrittenen Ländern in einer Umwelt von mehrheitlich noch in alten Strukturen verharrenden, von außen dem Kapitalismus unterworfenen Regionen bestehen könne. Hier traf das expandierende Kapital nicht nur auf den Widerstand von seit Jahrhunderten bestehenden vorkapi-

talistischen Herrschaftsformen, sondern auch auf Reste ursprünglicher Gemeinwesen vorklassengesellschaftlichen Ursprungs. (Engelberg/Küttler 1978, Kap. IV)

Vor diesem Hintergrund wandte sich Marx in seinen letzten Lebensjahren verstärkt der Entwicklung vor der Entstehung klassengesellschaftlicher Verhältnisse zu. Theoretisch und empirisch knüpfte er dabei an die Untersuchungen von Lewis H. Morgan zu den urgemeinschaftlichen Organisationsformen der nordamerikanischen Indianer, an Forschungen über die britischen und niederländischen Kolonien in Asien und an die seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufstrebende ethnologische Forschung über die europäischen Gemeindeformen sowie über die russische Obschtschina an. Ihren Niederschlag fanden seine Studien in umfangreichen Exzerpten und in den Briefentwürfen an die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch vom Frühjahr 1881 (MEW 19: 384-405; vgl. im französischen Original und mit Übersetzung und ausführlichem Kommentar MEGA², I.25, 217 ff., 823 ff.). Darin skizziert Marx seine Position zu deren Frage, ob in Russland die sozialistische Revolution auf der Grundlage der hier in den Dorfgemeinden fortbestehenden Formen des Gemeineigentums möglich sei, ohne dass sich der Kapitalismus zuvor entwickelt hätte. In diesem Zusammenhang skizzierte er als erste Ergebnisse seiner damaligen Studien allgemeine formationsgeschichtliche Überlegungen, auf die Engels dann in der Einleitung zum *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* verwies (MEW 21: 27).

Dabei ging es Marx nun auf der Basis neuer Forschungsliteratur wieder wie schon im Frühwerk um das Verhältnis von ursprünglichem Gemeineigentum, Klassengesellschaft und modernem Kommunismus. Die Vorstellung, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung in der Dialektik von Gemein- und Privateigentumsformen nach Grundtypen der Erzeugung ihrer Existenzbedingungen und der Eigentumsformen erfassen lässt, war schon in den Schriften der 1840er Jahre ausgeprägt. Bereits in der *Deutschen Ideologie* wird die bürgerliche Form als Endphase der auf die ursprünglichen naturwüchsigen Verhältnisse der „Barbarei“ folgenden klassenantagonistischen Zivilisation und damit als unmittelbare Vor- und Durchgangsstufe zur Herstellung der gesellschaftlichen „Verkehrsform selbst“ durch die soziale Revolution des Proletariats dargestellt (MEW 3: 70ff.). Im *Manifest* wird die bürgerliche Gesellschaft zunächst allgemein der bisherigen Geschichte von Klassenkämpfen (MEW 4: 462) zugeordnet. Sie hat die Ausbeutung nicht aufgehoben, sondern „neue Klassen, neue Bedingungen“ des Antagonismus geschaffen und ist insofern „selbst Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise“ (MEW 4: 463f.).

Genau in dieser Denkrichtung hatte Marx auch im *Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie* von 1859 die „bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ als „die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ charakterisiert: Die „im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“ (MEW 13: 9)

Hier wird deutlich, dass diese revolutionäre Perspektive schon unter den damaligen Bedingungen in einem gewissen Widerspruch zum Begreifen des Kapitalismus als sich auf eigenen Grundlagen entwickelndes gesamtgesellschaftliches System mit spezifischen Funktionsweisen der Steuerung, Anpassung und Stabilisierung stand. Aus der Erwartung der modernen sozialen Revolution folgt eine Relativierung und zugleich Verflüssigung der Systemstabilität im Moment des beständigen revolutionären Übergangs. Der Kapitalismus bedeutet hier permanente Transition, gehört auf der Ebene der Produktivkraftentwicklung selbst schon zu jener geschichtlichen Bewegung, mit der das moderne Proletariat den „bestehenden Zustand“ aufhebt. Engels verortete in diesem Sinne 1880 in *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* die gesamte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise als „kapitalistische Revolution“ zwischen dem Feudalismus und der proletarischen Revolution (MEW 19: 227f).

In dieser Hinsicht sah sich Marx durch Morgans Erkenntnisse auch und gerade angesichts der weltweiten Vielfalt möglicher Entwicklungsformen in der historischen und perspektivischen Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln und damit auch in der transitorischen Perspektive auf die notwendige Überwindung des Kapitalismus als dessen höchster und letzter Stufe bestärkt.

Aber die formationsgeschichtliche Begründung dieser Standortbestimmung wird jetzt von Marx durch die nähere Bestimmung übergreifender Formationsprozesse in großen Entwicklungsfolgen konkretisiert und erweitert. Ich bezeichne sie, an frühere Diskussionen anknüpfend (Küttler 1976, Engelberg/Küttler 1978), als Großformationen, um sie von der in der einschlägigen marxistischen Diskussion üblichen engeren Begriffsbestimmung zu unterscheiden, mit der asiatische, antike, feudale und bürgerliche Gesellschaften wie auch am Anfang die Urgesellschaft und am Ende die Zukunftsvorstellung vom Kommunismus auf einer Ebene als Gesellschaftsformationen erscheinen.

Nach dem modifizierten Konzept folgt die klassenantagonistische Formationsreihe auf die Urgesellschaft und entwickelt sich selbst in Koexistenz oder Mischformen mit der Stufen- und Schichtenfolge von Urgesellschaften bzw. deren Auflösung bis hin zu ihrer „modernsten Form“, der Territorialgemeinde mit gemeinschaftlicher Bodennutzung und privater Hauswirtschaft in der russischen Obtschchina. Die Entwicklung von privaten Aneignungsformen im Rahmen des noch dominierenden Gemeineigentums hatte als Konsequenz des Übergangs zu Viehzucht und Ackerbau am Anfang der Herausbildung von klassengesellschaftlichen Kulturen gestanden und war nun die Form, in der archaische Strukturen im Rahmen von Klassengesellschaften erhalten blieben. Dagegen trägt nach Marx die kapitalistische Gesellschaft umgekehrt den Dualismus von schon vergesellschafteter Form der Produktivkräfte und noch privater Aneignung der Produktionsmittel in sich. In der Situation Russlands existieren *beide* Konstellationen, die eine innerhalb der Dorfgemeinde und die andere als deren „historisches Milieu“, durch „die Gleichzeitigkeit mit der kapitalistischen Produktion“, die ihr „fix und fertig ... die materiellen Bedingungen der in großem Maße organisierten kollektiven Ar-

beit“ darbiere. Daher könne sie unter den Vorbedingungen des Sieges der proletarischen Revolution im Westen und der Bauernrevolution in Russland „der unmittelbare Ausgangspunkt des ökonomischen Systems werden, zu dem die moderne Gesellschaft tendiert ..., ohne mit ihrem Selbstmord zu beginnen“ (MEW 19: 405).

Die erste Voraussetzung für diese Perspektive einer formationsgeschichtlichen „Triade“ Urkommunismus – Klassengesellschaft – moderner Kommunismus (Herrmann 1984) ist somit, dass sich das „kapitalistische Gesellschaftssystem heute, in Westeuropa ebenso gut wie in den Vereinigten Staaten, im Kampfe befindet gegen die Wissenschaft, gegen die Volksmassen und gegen die Produktivkräfte, die es erzeugt“ und dass es sich also in einer Krise befindet, „die erst mit seiner Abschaffung“ enden wird. Sie wird zweitens dadurch erleichtert, dass dieses Ende zugleich die „Rückkehr der modernen Gesellschaften zum ‚archaischen Typus‘ des Gemeineigentums“ bedeuten werde, nun allerdings – so Marx’ von der späteren Revolutionsgeschichte nicht bestätigte optimistische Überzeugung – auf Basis der modernsten Produktivkräfte, so dass man diesen Vergleich nicht zu fürchten brauche (MEW 19: 385f.).

In diesem Text wird direkt an Passagen aus dem *Manifest* und aus dem ersten Band des *Kapital* angeknüpft: Die Bourgeoisie hat mit der großen Industrie, so heißt es im *Manifest*, „massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen“, von denen kein früheres Jahrhundert ahnen konnte, dass sie „im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten“ (MEW 4: 465). Aber zugleich zeigen die sich häufenden Krisen die „Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse“ (ebenda: 467). Im *Kapital* schreibt Marx, mit dem „Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale ... entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung der Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes“ (MEW 23: 790).

Hier wird übereinstimmend durch Metaphern von der Empörung und der Auflehnung der Produktivkräfte die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus bekräftigt: Die neue Qualität der modernen Umwälzung besteht nicht mehr wie bei der Entstehung der bürgerlichen im Schoße der feudalen Gesellschaft und überhaupt bei früheren Neuformierungen lediglich im Formwechsel der Ausbeutung. Die Alternative zum bürgerlichen Formationsprozess ist vielmehr, dass die mit der großen Industrie entstandenen Produktivkräfte, denen die Tendenz zur fortschreitenden Vergesellschaftung immanent ist, durch das Proletariat von den Fesseln der Kapitalherrschaft befreit werden.

Gesamtgeschichtlich, vom allgemeinen Fortschritt und der Perspektive der Emanzipation der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung wie auch

der Gestaltung ihres Zusammenlebens her gesehen, ergaben sich daraus unterschiedliche Inhalte formationsgeschichtlicher Betrachtung: als Formierung der menschlichen Gesellschaft aus der Natur und in Wechselbeziehung zur Natur; als Formwechsel der Ausbeutung auf Grund des Privateigentums an Produktionsmitteln, im Prozess der Entwicklung antagonistischer Gesellschaften und schließlich als Dialektik von Gemeineigentum und Privateigentum in der Folge ursprünglicher Gemeinwesen, klassenantagonistischer Formationen und der daraus hervorgehenden Entwicklung zum Sozialismus und Kommunismus, womit Marx und Engels die transkapitalistische Entfaltung der menschlichen Gesellschaft zu sich selbst auf den Begriff künftiger Perspektiven brachten.

Aber wie 1848, so erfüllten sich auch Anfang der 1880er Jahre die daran geknüpften Erwartungen nicht. Die Frage, ob die russische Dorfgemeinde im Zuge einer Bauernrevolution hilfreich für die moderne soziale Revolution im Westen und diese umgekehrt stimulierend für die Revolutionierung Russlands sein könne, hatte sich schon wenige Jahre später durch die realgeschichtliche Entwicklung erledigt. In Russland war statt der vorübergehenden revolutionären Situation Anfang der 1880er Jahre die fortschreitende Auflösung der archaischen Strukturen infolge der Expansion des Kapitalismus festzustellen, worauf Engels 1894 im Nachwort zu seinem 1875 veröffentlichten Artikel *Soziales aus Rußland* nachdrücklich hinwies (MEW 22: 421-435, vgl. analog dazu Lenin, *Was sind die Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, LW 1, 119-338).

Die vorläufige Stabilisierung im Rahmen der europäischen Nationalstaaten im Westen konstatierte Engels 1895 kurz vor seinem Tode als Bilanz in der Einleitung zur Neuausgabe von Marx' Schrift *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850*. Hier charakterisierte er die „auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage“ fortschreitende ökonomische bzw. industrielle Revolution auf dem europäischen Kontinent als Hauptursache dafür, dass sich die damaligen Erwartungen, die Revolution könne bereits bis zur „Beseitigung der kapitalistischen Produktion“ fortgeführt werden, nicht erfüllt hatten – obwohl es reale Tendenzen im Revolutionsgeschehen gab, die darauf hindeuteten (MEW 22: 513-516, Zitat 515). Aber auch er hielt angesichts des raschen Aufschwungs der Arbeiterbewegung im nationalstaatlichen Rahmen, besonders in Deutschland, an der Perspektive einer unvermeidlich bevorstehenden proletarisch-sozialistischen Umwälzung fest, für die er in einem neuen, wieder von den Zentren ausgehenden Anlauf gerade die veränderten Bedingungen und Kampfformen, darunter auch die weitgehende Nutzung des Parlamentarismus und der bürgerlichen Gesetzlichkeit, analysierte (ebenda: 518-527).

3. Periphere Revolution als Treibsatz?

Anders als erwartet, gewissermaßen mit umgekehrten Vorzeichen, gewann diese Perspektive jedoch mit den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und der zeitlich parallelen Welle revolutionärer Umwälzungen in Mexiko, der Türkei, im Iran und in China wieder höchste Aktualität in theoretischer und praktischer Hinsicht. Die Marxsche Perspektive von 1881 schien sich ab 1905 und besonders

durch den ersten Weltkrieg und seine Folgen nach 1917 in gegenläufiger Richtung zu wiederholen, indem die Initiative Russlands der revolutionären Bewegung im Zentrum neue Impulse geben und schließlich wie zuerst durch die Sowjetmacht zum Durchbruch verhelfen könnte. Obwohl auch diese Verbindung der peripheren mit einer zentralen Umwälzung ausblieb, hatte die sich aus Imperialismus, Krieg und Revolution ergebende Möglichkeit bzw. realgeschichtliche Tendenz eines allgemeinen Umwälzungsprozesses in dieser Richtung weitreichende Folgen für die Auseinandersetzungen über die Wege sozialistischer Transformation in der internationalen Arbeiterbewegung. Bezogen auf die Auffassung vom Kapitalismus war es dabei wiederum die entscheidende Frage, ob eine über diesen hinausweisende Entwicklung möglich und tragfähig sein könne, wenn sie – wie es die Bolschewiki unter Führung W.I. Lenins in Russland unternahmen – in einem rückständigen Land, an der Peripherie des Kapitalismus und mittels der Diktatur der revolutionären Partei durchgesetzt werden sollte.

Einerseits setzten sozialdemokratische Theoretiker mehrheitlich auf eine evolutionäre Transformation durch die Arbeiterbewegung (etwa Eduard Bernstein) und die Wandlungen innerhalb des Kapitalismus, die über dessen fortschreitende Konzentration im „Ultraimperialismus“ zur Transformation in Richtung auf den Sozialismus führen würden (etwa Karl Kautsky). Sie lehnten den sowjetischen Weg mit unterschiedlichen Begründungen als grundsätzliche Abweichung vom Marxschen Projekt ab. Auch revolutionäre Sozialisten wie Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci kritisierten die repressiven Tendenzen im Herrschaftssystem der Bolschewiki und setzten auf revolutionäre Entwicklungen in den Zentren, Gramsci unter dem Eindruck des Faschismus in Italien vor allem auf die Herausbildung einer breiten hegemonialen Bündniskonstellation.

Andererseits wurden die russische Revolution und die sowjetische Gesellschaftsentwicklung durch den in der Folge äußerst rezeptionsmächtigen Leninismus als neue Version des revolutionären Marxismus theoretisch begründet. Lenin hielt sich zwar „orthodox“ an die Marxsche Projektion der revolutionären Umwälzung des Kapitalismus durch das moderne Proletariat und teilte auch im Prinzip die Auffassung von Marx, dass die Entscheidung letztlich in den Zentren fallen werde. Aber er trug der Verlagerung des Revolutionsgeschehens in die Peripherie dadurch Rechnung, dass er die Gesamtheit heterogener Veränderungen, die sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts infolge der Strukturwandlungen zum Imperialismus und der weltweiten Expansion des Kapitalismus vollzogen hatten, als unmittelbare Voraussetzungen und Ausgangssituationen der neuen Revolutions-epoche betrachtete. Formationsgeschichtlich bezieht Lenin in seiner Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (LW 22) sowie in anderen Arbeiten im ersten Weltkrieg bzw. nach 1917 das transitorische Moment auf den Monopolkapitalismus, worin er wie Marx im *Kapital* tendenziell eine Stufe der Vergesellschaftung erkennt, die als unmittelbare Vorbereitung des Sozialismus erscheint (ebenda: 304 ff. und vor allem in: *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*, LW 25: 367 ff.) – damit sieht er wie Marx 1881 das „historische Milieu“ der Reife des Kapitalismus für seine Überwindung als gegeben an. Wiederum ist es eine antizipierende Tendenzanalyse sowohl für die Peripherie

wie für das Zentrum, die auf das Endstadium des Kapitalismus schließen lässt. In Lenins Analyse der *Entwicklung des Kapitalismus in Rußland* (LW 3) wird der Zusammenhang der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse sowohl in den Anfängen auf dem Lande als auch in den „Gipfeln“ der industriellen Ballungsräume hervorgehoben, um den Kapitalismus als Entwicklungsdominante auch der rückständigen russischen Gesellschaft nachzuweisen (so auch LW 1: 510ff., LW 6: 41). Unter diesen Bedingungen sieht er die Erfolgchance für den revolutionären Durchbruch im Bündnis des Industrieproletariats zunächst mit der gesamten Bauernbewegung gegen den Zarismus und später mit der Dorfarmut gegen alle mit der kapitalistischen Ausbeutung verbundenen Klassen (*Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*, LW 9: 90). Einen so realisierten direkten Übergang von der Vollendung der antifeudalen zur sozialistischen Revolution betrachtete er wie Marx 1848 für Deutschland als möglichen Beginn des weltweit zum Sozialismus führenden Umwälzungsprozesses, nun aber durch den Impuls von einem Lande außerhalb der am meisten entwickelten Länder. Auf die rückständigen Ausgangsbedingungen in Russland bezogen, hatte Lenin nach dem Sieg der Revolution und dem Scheitern des im Bürgerkrieg durchgesetzten „Kriegskommunismus“ das Programm der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) für die Transformation im Rahmen einer multistrukturellen Gesellschaft mit gemischten Wirtschaftsformen unter dem Kommando der Sowjetmacht konzipiert.

Ähnlich dem *Manifest* verglich auch Lenin den aktuellen mit dem bürgerlichen Revolutionsprozess: Im Zustand seiner allgemeinen Krise verhalte sich – so Lenin 1921 in seiner Rede *Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution* – der Imperialismus bzw. Monopolkapitalismus zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus ähnlich wie der Feudalismus zur bürgerlichen Umwälzung, und zwar in der Weise, dass ausgehend von 1917 die Bourgeoisie in die gleiche Lage versetzt werde wie nach 1789 die Feudalklasse durch die Bourgeoisie (LW 33: 32).

Diese Sichtweise bestimmte weitgehend die Vorstellung vom Kapitalismus innerhalb des Marxismus-Leninismus. Sie wurde zunächst durch J. W. Stalin vollends auf die Führungsrolle der Sowjetunion, d.h. des „Sozialismus in einem Lande“ als Zentrum des Übergangs ausgerichtet (1926) und nach dem XX. Parteitag der KPdSU wieder wie bei Lenin auf eine nun als langfristig betrachtete Epoche der Koexistenz bezogen. Im weiteren Verlauf wurde die zunächst infolge veränderter Kräfteverhältnisse in den 1960er Jahren noch optimistische Übergangsperspektive angesichts des danach wieder wachsenden ökonomischen Rückstands zu den entwickelten kapitalistischen Ländern zeitlich und räumlich immer weiter in die Zukunft verschoben. Das bedeutete für die Formationsfrage zugleich die indirekte Akzeptanz einer immer weiter ausgedehnten Entwicklung des Kapitalismus und damit zugleich die Relativierung der Leninschen Prognose, mit dem Imperialismus sei dessen Endstadium erreicht. Die Entwicklung des „real existierenden“ Sozialismus wurde zunehmend defensiv als Vorgang nach- und aufholender Bewältigung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ und ihrer Verbindungen mit den „Vorzügen des Sozialismus“ gedeutet. Wenn auch immer wieder mit dem Blick auf die kapitalisti-

schen Zentren und deren revolutionäre Perspektiven, hatte sich seit 1917 somit das revolutionäre Übergangsmoment in die Peripherie verlagert und war, trotz Einbeziehung mitteleuropäischer Staaten und der DDR nach 1945, auf diese beschränkt geblieben, mit einer weltweiten Erweiterung des Einflusses in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, aber zugleich zum Preis der strukturellen Rückständigkeit und ideologischer Engführung, die auch nach der Stalin-Ära nie ganz überwunden wurde.

In den westlichen Grundlagendebatten über Merkmale und Trends moderner Gesellschaftsentwicklungen wurde „Kapitalismus“ während des Kalten Krieges im Gegensatz zu früheren Konzeptionen, die zumeist bei Teilrezeption der Marxschen Analyse den Kapitalismus als herrschendes System zu erklären und eigene systemkonforme Reformvorstellungen zu begründen suchten (u.a. Max Weber, Werner Sombart oder Joseph Schumpeter), als gesellschaftstheoretischer Systembegriff weitgehend marginalisiert oder ganz ausgeklammert. Zunächst geschah dies im Rahmen von komplexen Alternativkonzepten wie der Industriegesellschafts-, Konvergenz- und Entwicklungstheorie. Im „goldenen Zeitalter“ des regulierten Kapitalismus konnte die Qualifizierung der westlichen Gesellschaften als „kapitalistisch“ zugunsten sekundärer Merkmale vermieden werden, um den „Fluch vom Begriff zu nehmen“, wie der amerikanische Soziologe Richard Sennett (2000: 9) schreibt.

Statt als umfassendes Gesellschaftssystem erschien der Kapitalismus als eines von vielen, aber keinesfalls als das bestimmende und alles beherrschende Merkmal der modernen Gesellschaft (Pongs 2000). Erst recht zerfaserte der Systemdiskurs nach der Epochenwende von 1989-91 – zum einen im Zeichen des über den „realen“ Sozialismus triumphierenden westlichen Modells, in dessen globaler Ausbreitung das Ende, d.h. die liberale Vollendung der Geschichte Realität zu werden schien, und zum anderen unter dem Einfluss der postmodernen Negation aller großen Theorien und Erzählungen.

4. Ein neues Entwicklungsstadium des Kapitalismus

Mit dem alle Bereiche des Lebens und alle Erdteile erfassenden „Erdrutsch“ (Hobsbawm 1994: 503ff.) seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hat sich der Bezugsrahmen, in dem das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bisher im Pro und Kontra betrachtet wurde, gegenüber der zweiten Hälfte des 19. und den Umwälzungsprozessen des „kurzen 20. Jahrhunderts“ nochmals grundlegend verändert. Die aktuelle Umwälzung ist wieder vom Kapitalismus ausgegangen und wurde zur Grundlage sowie Triebkraft eines neuen Entwicklungsstadiums dieser Produktionsweise. Und in den neuesten Entwicklungen des globalen Kapitalismus scheint dieser seine 1848 von Marx und Engels in einem damals genialen Vorgriff treffend festgestellte Fähigkeit zur permanenten Umwälzung der Produktivkräfte – und damit auch aller Lebensbereiche – erst voll zu entfalten: Die Bourgeoisie kann nicht existieren, „ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“, während die „unverän-

derte Beibehaltung der alten Produktionsweise“ die Existenzbedingung der früheren herrschenden Klassen war. „Alle festen eingesteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.“ (MEW 4: 465)

Dabei aber brachte die Entwicklung des Kapitalismus neben Krisenzyklen und revolutionären Erschütterungen auch die Fähigkeit zur systemstabilisierenden Erneuerung und Veränderung in und, wie vor allem Schumpeter gezeigt hat, gerade durch Krisen und Revolutionen hervor. Vor allem hat sie in mehrfacher Hinsicht das an anderer Stelle bereits angedeutete asymmetrische Verhältnis in der damaligen Auffassung von Kapitalismus, Revolution und Formation aufgezeigt: 1. – wie gezeigt – in der unterstellten Analogie zwischen bürgerlicher Revolution, die eine stagnierende Ordnung überwindet, und der sozialistischen Umwälzung, die eine dynamisch fortschreitende Entwicklungsform von ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsform befreit, was auch mit der revolutionären Alternative von 1917 und danach nicht gelang; 2. zwischen finaler sozialer Polarisierung und gegenläufiger Differenzierung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit; 3. zwischen Ökonomie und soziokulturellen Strukturen mit deren rückwirkenden Einflüssen durch Steuerung und Anpassung des sich ständig verändernden Kapitalismus. Auf der einen Seite bewies das Kapital in den späteren Stadien der Produktionsweise gerade im Vorgang der weiteren Konzentration beträchtliche Steuerungsfähigkeiten. Und auf der anderen erreichte die Arbeiterbewegung trotz aller Erfolge nicht das Ziel der dauerhaften Überwindung des Kapitalismus, letztlich auch infolge ihrer strukturellen und regionalen Differenzierung. So vollzogen und vollziehen sich die permanenten Umwälzungen weiter im Rahmen des Kapitalismus.

Griff somit die Entwicklungsskizze von Marx im *Manifest* in den damaligen Verhältnissen weit voraus, so werden nun mit ihrer Aktualität zugleich auch die Grenzen der damals möglichen Erkenntnisse deutlich. Trotz der katastrophalen Krisen und tief greifenden revolutionären Erschütterungen, die zur Entstehung eines nicht vom Kapital beherrschten alternativen Gesellschaftssystems führten, und ungeachtet weitreichender Erfolge der Arbeiterbewegung bei inneren Wandlungen und sozialen Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist die Marxsche Prognose der Überwindung des Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts nicht verwirklicht worden. Sie erscheint aber auch perspektivisch infolge der tiefgreifenden ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderungen sowohl in den Zentren als auch in den Peripherien nunmehr als überholt. Dass der Gegensatz von Kapital und Arbeit unverändert fortbesteht, ändert m.E. an dieser Einsicht nichts Wesentliches. Von den 1917 begonnenen Umwälzungen ist trotz zeitweilig großer weltweiter Wirkung eine qualitativ neuartige Entwicklung, die den Kapitalismus in jene Lage unaufhaltsamen Verfalls und transformatorischer Prozesse versetzen können, in die dieser die Feudalgesellschaften und alle vorgefundenen Strukturen früherer Formationen brachte, *nicht* ausgegangen. Das gilt zum einen für die ursprüngliche marxsche Prognose, dass die vom Kapitalismus geschaffenen Produktivkräfte von den Fesseln der Kapitalistenherrschaft befreit werden. Stattdessen waren es peri-

phere Revolutionen mit der Tendenz nachholender Entwicklung (Kossok 2000, 289 ff.), und die darin implizierten antikapitalistischen Vorstöße in der Eigentums- und Machtfrage sowie in den Sozialverhältnissen erwiesen sich nach 1989 als reversibel und obendrein in einen sehr kruden Kapitalismus reintegrierbar. Die Exempel der NÖP in Russland und der aktuellen Entwicklung Chinas sowie auch die mit einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Verbindung gebrachten Ansätze transformatorischer Entwicklung in Lateinamerika – mit begünstigenden wie erschwerenden Bedingungen (Crome 2006, 7) – bekräftigen zwar die Offenheit der seit dem 20. Jahrhundert sich vollziehenden Formationsprozesse für alternative Entwicklungen, aber eine allgemeine dauerhafte Überwindung des Rahmens der kapitalistischen Produktionsweise wurde und wird bislang nicht angezeigt.

Auf der anderen Seite haben auch weitreichende reformsozialistische Wandlungen in entwickelten westlichen Ländern den Formationsprozess in seiner kapitalistischen Grundlage nicht angetastet. Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts gab es auch in Schweden, Deutschland und Frankreich erhebliche neoliberale Rückschläge. Schließlich ist auch die Ungleichmäßigkeit trotz und gerade unter den Bedingungen der Globalisierung sowohl in der Bandbreite der Entwicklungspfade als auch in der Aufsplitterung der sozialen Strukturen nochmals gewachsen. Die langen Konjunkturwellen ebenso wie die kurzen Krisenzyklen führten bisher ebenfalls nicht zu Tendenzen der Auflösung, sondern nur zu stadialen Veränderungen der Produktionsweise. Die bisherigen Revolutionen und Entwicklungen zum und im „realen“ Sozialismus stehen insofern ebenso wie die durch Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sowie durch die Erfolge der Arbeiterbewegung erreichten Formen eines regulierten Kapitalismus nicht außerhalb, sondern – als Alternativen – *innerhalb* dieser Entwicklungsreihe.

Im aktuellen hochtechnologischen Stadium werden abermals Potentiale menschlicher Schöpferkraft in Wissenschaft und Technik, in Produktion und Kommunikation geschaffen. Sie übertreffen bei weitem alle bisherigen Vorstellungen nicht nur quantitativ, sondern auch in der Qualität der Möglichkeiten, die natürlichen und soziokulturellen Existenzbedingungen zu verändern. Aber im gegebenen Rahmen des ebenfalls auf neue Weise global entfesselten Kapitalismus werden mit den produktiven wiederum auch seine damit untrennbar verbundenen, verheerend destruktiven Potenzen und realen Wirkungen unermesslich gesteigert. Das geschieht *einerseits* weiterhin im Rahmen der von Schumpeter erkannten Systemlogik von Krise und Innovation als Moment ständiger Stabilisierung und Erneuerung der Kapitaldominanz. *Andererseits* verstärkt sich dabei auch jedes Mal das katastrophale Ausmaß der dafür in Kauf genommenen Verluste. In der Verflechtung ökonomischer, sozialer, politischer, demographischer und ökologischer Krisensymptome zeichnen sich damit strukturell und räumlich existenzielle Bruchzonen für den Bestand der Zivilisation überhaupt ab, wenn sich die herrschenden Entwicklungstendenzen ungehindert fortsetzen. Derartige Grenzen, an die der Kapitalismus im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur, in der Organisation der Produktion, in der Entwicklung von Wissenschaft durch destruktive Beschränkung des Fortschritts

immer wieder gerät, hat er auch immer wieder von Neuem überwunden. „Daraus aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt und daher *ideell* darüber weg ist,“ schreibt Marx dazu in den *Grundrissen*, „folgt keineswegs, daß es sie *real* überwunden hat, und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich seine Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden. ... Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken in seiner eignen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Aufhebung durch es selbst hintreiben.“ (MEW 42: 323f.)

5. Kapitalismus als Großformation – Fortschrittsfrage heute

Aber mit der langfristigen Fortsetzung und seit Ende des 20. Jahrhunderts nochmaligen Verstärkung dieses Prozesses ständiger Be- und Entgrenzung ist der Transformationsdruck auf den global dominierenden Kapitalismus keineswegs kleiner geworden. Denn die menschliche Gesellschaft befindet sich nunmehr in einer – auch gegenüber den von Marx und Engels im *Manifest* beschriebenen Prozessen ständiger Umwälzungen – neuartigen, die Entwicklung derart beschleunigenden und vertiefenden Produktivkraftrevolution und kulturellen Umwälzung, dass sie, wie in den Debatten über die Folgen der digitalen Revolution reflektiert wird, in der Tendenz wiederum über die Grenzen des kapitalistischen Charakters hinauszudeuten scheint

Das Kernproblem besteht folglich darin zu prüfen, ob und wie in der Marxschen Tradition emanzipatorischer gesellschaftlicher Fortschritt ohne das Junktim mit der sozialen Revolution des modernen Industrieproletariats zu denken ist. Hier nun bietet die von Marx im Spätwerk konzipierte Erweiterung des formationsgeschichtlichen Bezugsrahmens die Möglichkeit eines tragfähigen Lösungsansatzes. Einerseits muss er dafür von der utopielastigen Triade Urkommunismus – Klassengesellschaft – Kommunismus gelöst werden, Andererseits aber bleibt auch dann der leitende Bezug auf das transkapitalistische Moment des Übergangs erhalten, wenn der Kapitalismus selbst als Entwicklungsreihe gesehen und diese insgesamt sowohl als Vielfalt auf dieser Produktionsweise beruhender Entwicklungsformen als auch – und darauf kommt es mir besonders an – als Vorbereitung des Übergangs zu einer immer dringlicher werdenden grundsätzlichen Richtungsänderung der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen wird. Der Marxsche Entwurf ist dafür methodisch unabhängig vom Inhalt der Vorstellungen über die Urgesellschaften und auch vom Streit über den Charakter der russischen Dorfgemeinde interessant, wenn die Unterscheidung von Großformationen auf der Basis von Grundtypen der Erzeugung der Existenzbedingungen der Menschen, des Eigentums an Produktionsmitteln und der gesellschaftlichen Organisation auf die Gesamtentwicklung der Gesellschaften angewandt wird, die – so Marx eingangs seines Hauptwerks – „auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruhen“ (MEW 23: 49). In dieser Sichtweise kann die auf Warenproduktion, Marktwirtschaft und Investition von Kapital gegründete moderne Produktionsweise angesichts der

Dimension ihrer realgeschichtlichen Entwicklung nicht nur seit Ausgang des 20. Jahrhunderts, sondern auch in der gesamten nun schon fünfhundertjährigen Formierung im Unterschied von der Marxschen Projektion nicht als bloßes Übergangsmoment, sondern vielmehr als Grundtyp einer eigenständigen Entwicklungsreihe und damit selbst als Großformation aufgefasst werden.

Die Stadien, Wege und Typen des Kapitalismus können in diesem Rahmen ähnlich den asiatischen, antiken und feudalen Gesellschaften innerhalb der auf Grundeigentum beruhenden Entwicklungsreihe als aufeinander folgende oder in der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen untereinander und mit vorgefundenen fremden Formen koexistierende Formationen begriffen werden. Die Übergänge zwischen ihnen werden ebenfalls in ähnlicher Weise trotz des gleichbleibenden Grundcharakters der Produktionsform jeweils durch Einschnitte in den Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen gekennzeichnet, die sich aber angesichts der neuartigen Dynamik der modernen Formationen und des erreichten Zivilisationsgrades in anderen Formen und Ausmaßen vollziehen. Dabei sind Revolutionen „von unten“ und Systemveränderungen „von oben“ nur die unterschiedlichen Seiten einer sich immer mehr beschleunigenden Entwicklung mit ebenso gewaltigen Fortschritten wie auch katastrophalen Rückschlägen. Der Gesamtzyklus neuzeitlicher Revolutionen (Kossok 1982, Kossok/Küttler 1988) kann so, ausgedehnt auch auf die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, als Folge den inneren Formenwechsel dieser Entwicklungsreihe begleitender und mit verursachender Umbrüche betrachtet werden. Sie erscheine dann auch als Bruchzonen der Globalisierung, wenn man diese insgesamt mit der Entstehungsgeschichte des kapitalistischen Weltmarktes in Beziehung setzt. (Middell 2008: 200 ff.)

In diesem lange währenden Formationsprozess hat sich die kapitalistische Produktions- und Existenzweise der Zivilisation längst von der Systemverbindung mit der bürgerlichen Gesellschaft gelöst, in der sie sich in Europa im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt und die auch dort im frühen Stadium des Handels- und Manufakturkapitalismus im noch überwiegend spätfudal-absolutistisch verfassten, frühneuzeitlichen Staatensystem allenfalls in den Niederlanden und in England nach der Revolution ihren Rahmen gebildet hatte. Mit der weltweiten Expansion des Kapitalismus im 19., seiner Konfrontation mit einem alternativen Gesellschaftssystem im 20. und der globalen Herrschaft seit der Epochenwende von 1989-91 ist an die Stelle dieser ursprünglichen Systemverbindung von *kapitalistischer* Produktionsweise und *bürgerlicher* Gesellschaftsordnung eine Vielfalt unterschiedlicher Formationsbeziehungen im Rahmen der kapitalistischen Großformation getreten. Sie reichte schon im 19. Jh. von den britischen Unternehmern bis zu den kapitalistisch wirtschaftenden Gutsherren ostwärts der Elbe und den für den Markt produzierenden Plantagenbesitzern in den USA und sie umfasst heute, um nur extreme Gegenpole zu nennen, das „Imperium“ des westlichen Finanzmarktkapitalismus ebenso wie einen dynamischen Kapitalismus unter kommunistischer Herrschaft in China (Haug 2012).

Aber auch und gerade in der veränderten Sichtweise einer Entwicklungsreihe bzw. Großformation, die einen schrittweise über viele Zwischenstufen er-

folgenden Entwicklungsprozess retrospektiv und als Handlungsorientierung für die Lösung unaufschiebbarer Existenzfragen umfasst, hat sich die emanzipatorische Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen nicht erledigt. Vielmehr ist sie angesichts der Tiefe und des Ausmaßes der progressiven und destruktiven Tendenzen des aktuellen globalen Umwälzungsprozesses gegenwärtig umso dringlicher geworden. Sie ist auch nach wie vor gleichbedeutend mit der Frage, wie und von welchen sozialen Kräften und mit welchen gesellschaftsperspektivischen Ideen die Existenz der menschlichen Zivilisation in ihrer Gesamtheit, d.h. nicht nur in den Zentren, nachhaltig gesichert und weiter entwickelt werden kann. Nicht mehr und nicht weniger besagt zunächst, für sich gelesen, die viel zitierte Textstelle von Marx' *Vorwort* zu seiner Schrift *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* von 1859: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ Daher stellt sich die Menschheit immer nur „Aufgaben, die sie lösen kann“, wobei wiederum „die Aufgabe selbst nur entspringt, wenn die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“ (MEW 13: 9). Im Kontext gesehen, sind hier aber zwei unterschiedliche Fortschrittsperspektiven enthalten, zum einen die Bewahrung, Sicherung und weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Existenzbedingungen im Verhältnis der Menschen zueinander und zur Natur auf den je erreichten Grundlagen und zum anderen die Verbindung dieser allgemeinen mit der besonderen Aufgabe der Überwindung des Kapitalismus durch die soziale Revolution des modernen Proletariats. Marx macht hier keinen wesentlichen Unterschied, weil er beides, die Formulierung der Aufgabe und die Reife der Verhältnisse für die darin implizierte Lösung, als grundsätzlich gegeben ansah – eine Grundposition, die im Marxismus-Leninismus bis zur Epochewende 1989ff. verbindlich blieb.

Projizieren wir diesen Fortschrittsbegriff ohne die damalige Gewissheit einer kurz- oder mittelfristig bevorstehenden Überwindung des Kapitalismus auf eine weiter fortschreitende langfristige Formierung und zugleich Transformation, so sind diese Aufgaben und ihre objektiven Bedingungen nicht weniger anspruchsvoll im Sinne von nötigen Umgestaltungen und keineswegs ohne tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Denn so sehr die Transformationsfrage vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern in konkreten Projekten auf spezielle Probleme heruntergerechnet und pragmatisch auf realisierbare Veränderungen konzentriert werden muss, ist sie in linksorientierter Politik und Gesellschaftsanalyse auch und gerade im globalen Kapitalismus der Gegenwart doch immer mit gesamtgesellschaftlichen Systemfragen verknüpft. Diese aber lassen sich ebenso wenig in der ausschließlichen Beschränkung auf allmähliche schrittweise Schritte des Übergangs wie im Sinne letzter Gefechte und vollständiger Lösungen der Widersprüche erkennen, in denen sich die kapitaldominierte Produktionsweise entwickelt. Außerdem muss eine realistische Reflexion der Chancen progressiven gesellschaftlichen Wandels auch die Mög-

lichkeit erneuter katastrophaler Fehlentwicklungen und Rückschläge einbeziehen, wie sie mehr denn je in der gewaltigen Steigerung der destruktiven Mittel angelegt sind, die zur Herrschaftssicherung und -ausweitung eingesetzt werden können. Das Übergangsmoment, das in der Losung: „Eine andere Welt ist möglich“ eindringlich zum Ausdruck kommt, umgreift aber – schon im gesamten 20. Jahrhundert und noch viel mehr im globalen finanzmarktgesteuerten Kapitalismus am Anfang des 21. Jahrhunderts – eine Vielfalt teils gegenläufiger, teils sich verstärkender Prozesse und Bewegungen. Nachholende Vorgänge kapitalistischer Umwälzung mischen sich mit reaktionären Tendenzen des fundamentalistischen Kampfes gegen alle Resultate der modernen Zivilisation, die mit imperialistischer Unterdrückung per se identifiziert werden. Alte und neue Klassenkonstellationen, vor allem aber der nach wie vor in allen kapitalistisch strukturierten Gesellschaften dominante; aber in Form und Inhalt stark modifizierte und differenzierte Gegensatz von Kapital und Arbeit, bringen sehr unterschiedliche Formen sozialer Auseinandersetzung mit ebenso vielschichtigen Möglichkeiten von Bündnissen hervor. Was als „Große Krise“ wie und in noch anderer Qualität als 1929ff. erscheint, kann weder in den globalen Dimensionen und ganz unterschiedlichen regionalen Wirkungen eindeutig bestimmt noch in der Frage, ob hier wieder eine längere Stabilisierungs- und Aufschwungsphase folgt oder andere, neuartige Prozesse des Systemwandels zu Tage treten, eindeutig entschieden werden. Allenfalls sind Tendenzen der einen oder anderen Richtung auszumachen (Busch 2012). Theoretische Arbeit und interdisziplinäre wissenschaftliche Analysen können dazu Rahmenbedingungen und mögliche Tendenzen aufzeigen und die Wirkungen und Gegenwirkungen dieser oder jener praktischen Entscheidung für konkrete Transformationen analysieren, aber nicht, wie im „Zeitalter der Extreme“ mit allseits verheerenden Folgen versucht, Weltanschauungen als objektiv gültige praktische Direktiven der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft begründen.

„Großformation“ soll in diesem Sinne wohlverstanden nicht etwa der Begriff einer neuen historisch unbegrenzten Projektion kapitalistischer Herrschaft sein, sondern neben der räumlichen und zeitlichen Dimension kapitalistischer Entwicklung auch eine langfristige Tendenz zu einer „anderen Gesellschaft“ umreißen. Deren Konturen lassen sich zwar aus Defiziten und Destruktionskräften im gegenwärtigen Kapitalismus ableiten – im Hinblick auf die Veränderungen der Arbeitswelt, der Reproduktion, der Geschlechterverhältnisse, der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Eigentumsverhältnisse, der neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik, der Abhebung der Finanzmärkte von der Produktionssphäre mit fatalen Rückwirkungen, der drohenden Umweltkatastrophe infolge des Klimawandels, um nur einige wichtige Elemente notwendiger Veränderung der Existenzbedingungen zu nennen. In diesem Sinne könnten die gegenwärtigen Umwälzungsprozesse seit Mitte des 20. Jahrhunderts auch als zweite „große Transformation“ verstanden werden, um den Begriff Polanyis (1978) zu verwenden, mutatis mutandis im Sinne des Vergleichs mit der industriellen, aber auch mit der am Anfang der Zivilisation stehenden neolithischen Revolution auf einen anstehenden grundlegenden

Qualitätswechsel des Geschichtsprozesses bezogen. Aber die Fristen und konkreten Wege dieses Wandels sind nicht in ein konkretes Modell zu fassen, wie es mit den früheren Sozialismus- und Kommunismusvorstellungen versucht wurde.

Literatur

- Busch, U. (2012) *Jenseits der Orthodoxie. Ansätze für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie*, zusammengestellt v. U. Busch, in: *Berliner Debatte Initial 2*.
- Crome, E. (2006), *Sozialismus im 21. Jahrhundert*, Berlin.
- E. Engelberg, E./ Küttler, W. [Hrsg.] (1978), *Formationstheorie und Geschichte*, Berlin.
- Haug, W. (2012), *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg.
- Herrmann, J. (1984), *Geschichtstriade und Gesellschaftsformation*, in: *Sitzungsberichte der AdW der DDR*, 17 G, Berlin.
- Hobsbawm, E. (1998), *Das Kommunistische Manifest*, in: *ders. u.a., Das Manifest – heute*, Hamburg, S. 10-27.
- Hobsbawm, E. (1994), *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Kossok, M. [Hrsg.] (1982), *Revolutionen der Neuzeit 1500-1917*, Berlin.
- Kossok, M. (2000), *Das 20. Jahrhundert – eine Epoche der peripheren Revolutionen?*, in: *Ders., Ausgewählte Schriften*, Bd.3, S. 289-295.
- Kossok, M./Küttler, W. (1988), *Die bürgerliche Revolution. Grundpositionen einer historisch-vergleichenden Analyse*, in: Kossok, M. [Hrsg.], *Vergleichende Revolutionsgeschichte, Probleme der Theorie und Methode*, Berlin.
- Küttler, W. (1976), *Inhaltsbestimmung und Periodisierung von Gesellschaftsformationen in Marx' Briefentwürfen an Vera Sassulitsch*, in: Bartel, H. u.a. [Hrsg.], *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*, Bd. 1, Berlin, S. 217-246.
- Küttler, W. (1978), *Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Russland vor 1905*, Berlin.
- LW = Lenin, W. I., *Werke*, Bd. 1 fortlaufend, Berlin 1956 ff.
- MEGA = Marx, K./Engels, F., *Gesamtausgabe*, Abt. I-IV, fortlaufend Berlin 1975 ff.
- MEW = Marx, K./Engels, F., *Werke*, Bd. 1 fortlaufend, Berlin 1955 ff.
- Middell, M. (2008), *Neue Trends der Weltgeschichtsschreibung*, in: Eichhorn, W./Küttler, W. [Hrsg.], *Was ist Geschichte?*, Berlin, S. 181-202.
- Polanyi, K. (1978), *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.
- Pongs, A (2000), *Vorwort*, in: *Ders. [Hrsg.], In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?* Bd. 2, München, S. 11-13.
- Reißig, R. (2009), *Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden.
- Sennett, R. (2000), *Der flexible Mensch*, Berlin.
- Thomas, M. [Hrsg.] (2011), *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen*, Münster u.a.

Macht im Kapitalismus

Die Beschäftigung mit Macht im Kapitalismus ist nicht nur eine intellektuelle Herausforderung, sondern sie ist auch eine wissenschaftlich und politisch wichtige Aufgabe, um strategische Reformen zur Transformation des Kapitalismus aufzuzeigen. Der Kapitalismus ist, wie bereits an einer anderen Stelle ausgeführt, immer ein *Historischer Kapitalismus*, und daher geprägt durch sein jeweils historisch gegebenes Umfeld.¹ Er ist nie in der Reinheit und in den inneren Gesetzmäßigkeiten des *Logischen Kapitalismus* vorzufinden, sondern stets als eine Synthese aus dem Zusammenwirken der reinen Gesetzmäßigkeiten mit dem jeweiligen historischen Umfeld. Daher finden wir zahlreiche unterscheidbare Kapitalismen vor, die sich in Abhängigkeit von Zeit und Raum abgrenzen und systematisieren lassen. Entlang der Zeitachse im selben Raum, z. B. in Deutschland, stoßen wir innerhalb von 150 Jahren auf gänzlich verschiedene Kapitalismen, den preußisch autoritären, den imperialistischen, den faschistischen, den keynesianischen und den neoliberalen Kapitalismus. Ebenso beobachten wir entlang der Raumachse, aber zum selben Zeitpunkt, z.B. zu Beginn des 21. Jahrhunderts, unterschiedliche Typen des Kapitalismus, so den anglosächsischen Kapitalismus in den USA, den rheinischen Kapitalismus in Westeuropa, den staatlich kontrollierten Kapitalismus in China,² den rentierstaatlichen Kapitalismus in den Ölstaaten etc. Das historische Umfeld kann dabei in drei unterscheidbare Kategorien unterteilt werden: *Erstens natürliche Gegebenheiten, zweitens Relikte vorkapitalistischer Strukturen, drittens und vor allem herausgewachsene Machtpotentiale*. Die ersten zwei Kategorien sind physisch bzw. historisch vorgegeben, verlieren mit der Entwicklung des Kapitalismus jedoch ihre gestaltende Wirkung. Umso stärker rückt allerdings die dritte Kategorie, nämlich Macht als gestaltende Ressource des historischen Kapitalismus, in den Vordergrund, vor allem wenn es darum geht, für heute und die Zukunft Reform- und Transformationsstrategien zu beschreiben. In allen ökonomischen Schulen herrscht das große Missverständnis vor, ökonomische Gesetzmäßigkeiten reichen aus, um sowohl die Produktion wie die Verteilung von Reichtum befriedigend erklären zu können. Diese Verabsolutierung der Ökonomie versperrte bisher ganz fundamental den Blick auf die Macht als entscheidenden Hebel zur Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer. Die Unterscheidung zwischen dem *Logischen* und dem *Historischen Kapitalismus* dient u. a. auch methodisch dazu, Macht als historische Kategorie mit einem Eigenleben und mit eigener Logik zu erkennen, die von der Ökonomie, auch von der kapitalistischen, unabhängig existieren kann. Macht hat es vor dem Kapitalismus gegeben, sie wird

¹ Massarrat 2011, 56f.

² Im Unterschied zum Staatskapitalismus in Russland. In China existiert dagegen ein echter Kapitalismus mit Konkurrenz und selbständigen Unternehmern, der unter der Kontrolle der KP sein Dasein fristet und sogar floriert.

auch nach dem Kapitalismus fortbestehen.³ Dies genauer zu begründen ist die Aufgabe dieses Beitrages. Vorausschickend möchte ich aber schon jetzt hervorheben, dass sich hinter sämtlichen Verteilungsvorgängen im Kapitalismus sowohl national wie aber auch international Machtverhältnisse verbergen, ohne deren Berücksichtigung die Verteilungsrelationen nur unzureichend erklärt werden können. Der Grad der Verelendung des Proletariats und die sehr niedrige Lohnquote im 18. und 19. Jahrhunderts, um ein Beispiel zu nennen, resultierte aus der dramatischen Diskrepanz zwischen der Macht der Kapitalisten und des Proletariats, während umgekehrt der gestiegene Anteil am Wohlstand des Proletariats und die höhere Lohnquote im entwickelten Kapitalismus daraus zu erklären ist, dass die Machtdiskrepanz deutlich geringer geworden ist. Mit anderen Worten: Die Veränderung der Mehrwertrate im Kapitalismus ist eine Variable der Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital. In traditionellen, auch marxistischen Kapitalismusanalysen spielt Macht zwar im Hintergrund eine Rolle, die Veränderung der Mehrwertrate bzw. der Lohnquote wird jedoch stillschweigend in der Regel als ein rein ökonomischer Vorgang aufgefasst. In der neoklassischen Ökonomie stellen rein ökonomische Modelle die Grundlage sämtlicher ökonomischen Vorgänge dar, in entsprechenden Theorien kommt Macht so gut wie nicht vor.⁴ Hier soll zunächst die herausragende Relevanz von Macht im Kapitalismus – die bisher nur eine Hypothese darstellt –, genauer begründet werden. Erst dann kann auch plausibel gemacht werden, weshalb es ohne Machtanalyse als Ergänzung zur Kapitalismusanalyse nicht möglich ist, Reformstrategien über den Kapitalismus hinaus zu entwickeln. Aus diesem Erfordernis heraus entstehen Fragen nach den Quellen der Macht, nach dem Verhältnis zwischen Macht und Herrschaft, Macht und Eigentum, Macht und Staat und schließlich Macht und Kapitalismus. Die Beschäftigung mit diesen Fragen dient der Formulierung der Grundlagen einer fundierten Machttheorie. Dies soll im Folgenden schrittweise und auf der Basis einer systematischen Kritik bestehender Machttheorien erfolgen.

Herkömmliche Machttheorien

Die allgemein akzeptierte Definition von Macht, die in die internationale Diskussion Eingang gefunden hat, geht auf Max Webers Analyse politischer Gemeinschaften zurück: „Jede (nicht nur die ‘staatliche’) Rechtsordnung“, schreibt Weber, „wirkt durch ihre Gestaltung direkt auf die Machtverteilung innerhalb der betreffenden Gemeinschaft ein, die der ökonomischen Macht sowohl wie auch jeder anderen. Unter ‘Macht’ wollen wir dabei hier ganz allgemein die Chance eines Menschen oder einer Mehrzahl solcher verstehen, den eigenen Willen in einem Gemeinschaftshandeln auch gegen den Widerstand anderer Beteiligter durchzusetzen.“⁵ Diese Definition ist jedoch m. E. ungenau, da sie die

³ Mehr dazu vgl. Massarrat, 2006: 50f.

⁴ Zu konkreten Beispielen von Macht- und Verteilungsverhältnissen siehe den letzten Abschnitt dieses Beitrages.

⁵ Weber 1976; S. 531.

Macht auf ihre spezifischen Phänomene an der Oberfläche zwischen den menschlichen Beziehungen reduziert und ihre gesellschaftlichen Quellen einschließlich der Triebkräfte der Machtvermehrung außer Acht lässt. Gefragt ist dagegen eine umfassendere Definition, die es erlaubt, alle Machtformen in ihrer vielfältigen Realität erfassen zu können. In Anlehnung an Weber, Parsons, Durkheim und andere, nicht marxistische Klassiker, liefert Michael Mann, ein international renommierter Machttheoretiker, in seinem zweibändigen Werk *Geschichte der Macht*, neben einer umfassenden historischen Analyse der Macht, auch die Grundlagen einer im wesentlichen soziologischen Machttheorie.

Michael Mann unterscheidet zunächst zwischen *extensiver* und *intensiver* Macht einerseits sowie *autoritativer* und *diffuser* Macht andererseits.⁶ Als *extensive* Macht bezeichnet er das Vermögen, eine horizontal weiträumig große Zahl von Menschen mit einem Mindestmaß von Bindung zu organisieren, wogegen er die Fähigkeit zu einem vertikal straffen Zusammenschluss von Menschen mit starker Bindung als *intensive* Macht definiert. Der Unterschied zwischen *autoritativer* und *diffuser* Macht besteht für Mann in einer klaren Anweisung der Machthaber und im Gehorsam der Unterworfenen einerseits und einer spontanen, unwillkürlichen und lockeren Beziehung zwischen Machthabern und Unterworfenen andererseits.⁷

Diese Unterscheidung ist zur Illustration soziologischer Besonderheiten von Machtformen hilfreich. Beispielsweise ist gewerkschaftliche Macht intensiv, die hegemonial-imperiale Macht dagegen extensiv und diffus. Um sich jedoch den Quellen der Macht anzunähern, integriert Mann, in Anlehnung an marxistische und weberianische Soziologen, drei geläufige Machtinstitutionen, *Klasse*, *Status* und *Partei*, die „den Rang einer dominanten deskriptiven Orthodoxie einnehmen,“⁸ in sein Konzept. Michael Mann unternimmt eine weitere Differenzierung und löst die Machtinstitution *Partei* in *politische* und *militärische* auf, um der gesellschaftlichen Realität näher zukommen.⁹ Mann betrachtet die vier gesellschaftlichen Institutionen als Grundtypen von Machtquellen. Tatsächlich stellen sie ein Raster von geeigneten soziologischen Kategorien zur systematischen soziologisch-phänomenologischen Gesellschafts- und Staatsanalyse dar, die er in seinem profunden Werk auch zur Richtschnur der historischen Analyse von Machtinstitutionen und Machterscheinungen heranzieht. Michel Manns und generell die traditionellen Machttheorien reichen m. E. allerdings für eine präzise Analyse komplexer Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge ebenso wenig aus, wie für höchst undurchsichtige Enteignungs-, Aneignungs- respektive soziale und ökologische Externalisierungsprozesse.¹⁰

⁶ Mann 1994: S. 24.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda, S. 28.

⁹ Ebenda, S. 4 ff.

¹⁰ Massarrat, 2006, S.64 ff.

Reduktion von Macht auf Eigentum und Klassenherrschaft

In der marxistischen Gesellschaftsanalyse wurden lange Zeit Macht und Herrschaft als identische Begriffe aufgefasst. Machttheorie ist in dieser Tradition Herrschaftstheorie, und letztere wurde mehr oder weniger unter materialistischer Staatstheorie subsumiert. In dieser Lesart ist auch der Staat selbst in *letzter Instanz* doch nichts anders als das Instrument, mit dem die herrschende Klasse ihre Interessen durchsetzt. Bekanntlich war es Marx selbst nicht vergönnt, sein Buch über den Staat zu schreiben.¹¹ Marx Beschäftigung mit dem Staat beschränkt sich im Wesentlichen auf seine politischen Schriften im Zusammenhang mit der Französischen Revolution.¹² Dabei spricht Marx in diesen Schriften, wie der Staatstheoretiker Klaus Funken meint, nicht vom Staat, sondern vom Staatsapparat.¹³ Wie auch immer - Marx hinterließ auf jeden Fall eine riesige Theorielücke bei einer der in der marxistischen Theoriebildung und linken Praxis wichtigsten Frage, die bis heute nicht befriedigend beantwortet worden ist. Bis Mitte des letzten Jahrhunderts stützten sich materialistische Staats- (und Macht-) Analysen auf Analysefolien, die Engels und Lenin geliefert hatten. Nach Engels ist der Staat in seiner verallgemeinerbaren Form im Unterschied zu Stammesgesellschaften gekennzeichnet *erstens* durch das Staatsgebiet und die Staatsangehörigkeit sowie *zweitens* durch öffentliche Gewalt.¹⁴ Der Staat ist nach Engels nicht neutral, da er „aus dem Bedürfnis entstanden ist, Klassengesetze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel ein Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wirkt und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor *allem* Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der feudale Staat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“¹⁵ war.

Engels will somit seine Definition ausdrücklich auch auf den Kapitalismus angewandt wissen. Demnach usurpieren die herrschenden Klassen, also auch die Bourgeoisie, den Staat für ihre Zwecke, „solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung“ solange, schreibt Engels weiter, „wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesell-

¹¹ Marxens ursprünglich geplanter Aufbau seines Gesamtwerkes sollte, wie Roman Rosdolsky in seinem Werk „Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapitals“ zusammengetragen hat, insgesamt 6 Bücher umfassen: vom Kapital, vom Grundeigentum, von der Lohnarbeit, vom Staat, vom auswärtigen Handel und vom Weltmarkt. Rosdolsky, 1969 : 43ff.

¹² So in „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ und in: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ Vgl. Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Band I: 1968.

¹³ Funken, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch 1973: 92.

¹⁴ Engels (1884) 1984: 164f.

¹⁵ Ebenda: 166/67

schaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“.¹⁶

Lenin entwickelt in *Staat und Revolution* seine Staatstheorie ausdrücklich mit Bezug auf Engels Ausführungen zum Staat und spitzt sie, wie u. a. in folgendem Zitat ersichtlich, auf seine ihm eigentümliche Weise zu: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur EINER Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das PROLETARIAT, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze HISTORISCHE PERIODE, die den Kapitalismus von der ‘klassenlosen Gesellschaft’, vom Kommunismus, trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz, unbedingt eine DIKTATUR DER BOURGEOISIE. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das EINE sein: DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS.“¹⁷

Die Gleichsetzung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft mit Herrschaft der Bourgeoisie oder mit Klassenherrschaft und Identifizierung des Kapitaleigentums mit Macht ist unter führenden marxistischen Theoretikern sehr weit verbreitet. Selbst Hannah Arendt, der man keinen wie auch immer begründeten Dogmatismus unterstellen kann und deren Totalitarismuskritik ein international anerkanntes Standardwerk ist, betrachtet Macht- und Kapitalakkumulation als identische Prozesse und den Staat letztlich wie Engels und Lenin als Instrument der Klassenherrschaft. In dem Kapitel ihres Werkes über Imperialismus preist sie den Machttheoretiker Hobbes als eine Art zu früh geborene Seele und Vordenker der Bourgeoisie, vor allem weil sie in Hobbes Darstellung der Triebkräfte der Machtakkumulation glaubt, eine vorweggenommene plausible Begründung für die Kapitalakkumulation zu sehen: „Zu dem aus der Verabsolutierung der Macht sich automatisch ergebenden Prozeß einer unabsehbar fortschreitenden Machtakkumulation kam Hobbes aus der theoretisch unbestreitbar richtigen Einsicht, daß eine unabsehbar fortschreitende Besitzakkumulation sich nur halten kann, wenn sie sich auf eine ‘unwiderstehliche Macht’ gründet. Der unbegrenzte Prozess der Kapitalakkumulation bedarf zu seiner Sicherstellung einer ‘unbegrenzten Macht’, nämlich eines Prozesses von Machtakkumulation, der durch nichts begrenzt werden darf außer durch die jeweiligen Bedürfnisse der Kapitalakkumulation. Geht man, wie Hobbes es tat, von der Voraussetzung aus, dass der Staat wesentlich dazu da ist, Besitz zu schützen, und lebt man unter den Bedingungen einer neuen besitzenden Klasse, die aus der Binsenwahr-

¹⁶ Ebenda: 168.

¹⁷ Lenin 1972: Kapitel 2.

heit, daß 'man die Macht und die Mittel, gut zu leben, über die man gegenwärtig verfügt, nur sichern kann, indem man mehr Macht und mehr Mittel erwirbt', ein allgemeines Prinzip des Handelns gemacht hat, so kann man zu dem Ergebnis des Leviathan kommen. Die Konsequenz des Schlusses ändert sich nicht durch die historische Tatsache, daß der Staat wie die Bourgeoisie nahezu dreihundert Jahre brauchten, um die ‚Wahrheit dieser theoretischen Einsicht in die Zweckmäßigkeit der Praxis‘ zu überführen.¹⁸

Um die zentralen Thesen Hannah Arendts, die sich hinter ihren literarisch brillanten, inhaltlich aber ein wenig ausschweifenden Formulierungen verbergen, auf den Punkt zu bringen, kann ihr Gedankengang in Bezug auf die Wechselbeziehung zwischen Macht- und Kapitalakkumulation wie folgt zusammengefasst werden: Machtakkumulation gehöre zum Wesen der Kapitalakkumulation genauso wie die Existenz der Bourgeoisie grundsätzlich von staatlicher Macht abhänge. Daher sei Hobbes Leviathan das am besten und scharfsinnigsten formulierte Programm zur machtpolitischen Absicherung der Kapitalakkumulation. Die Bourgeoisie handelt allerdings erst am Ende des 19. Jahrhunderts mit einer dreihundertjährigen Zeitverschiebung und bemächtigt sich nach Handreichungen ihres Vordenkers und Machttheoretikers Hobbes des Staates, um die Fortexistenz der Kapitalakkumulation abzusichern. Damit überspringt Arendt die gesamte Epoche der bürgerlichen Emanzipation von feudalistischen und absolutistischen Relikten der Staats- und Machtstrukturen, sie ignoriert auch die historischen Tatsachen der liberalen Bourgeoisie, des jenseits staatlicher Schranken florierenden Freihandels und Adam Smith als Hauptvertreter des klassischen Liberalismus und des liberalen Bürgertums, als hätten sie mit dem aufsteigenden Kapitalismus nichts zu tun gehabt.

Hanna Arendt ist sich offensichtlich über diesen Widerspruch im Klaren, reduziert die Hauptmerkmale des vorimperialistischen Zeitalters jedoch auf die „liberalen Konzeptionen, denen die ursprüngliche Abneigung der bürgerlichen Klasse für öffentliche Angelegenheiten und ihre angeborene Feindschaft gegen politisches Handeln überhaupt noch innewohnt“ um sie dann lediglich als „zeitweilige Kompromisse zwischen den Maßstäben der abendländischen Tradition und dem neuen Glauben an das dynamische sich selbst speisende und dauernd steigende Prinzip des Besitzes“¹⁹ klein zu reden. Arendts Einschätzung, richtiger Fehleinschätzung, des Verhältnisses zwischen Macht, Kapitalismus und Staat und die Neigung, Hobbes zum scharfsinnigsten Machttheoretiker des Bürgertums zu krönen, rührt daher, dass sie den imperialistischen Kapitalismus ahistorisch mit Kapitalismus gleichsetzt und den Historischen vom Logischem Kapitalismus nicht unterscheidet. Tatsächlich hat Arendt den Imperialismus im Auge, wenn sie die Symbiose von Kapitalakkumulation und Hobbes'scher Machtakkumulation beschreibt: „Erst als die Akkumulation des Kapitals die Grenzen des nationalen Territoriums und staatlich gesicherten Gebietes erreicht

¹⁸ Arendt 1986: 326.

¹⁹ Ebenda: 330.

hatte und die Bourgeoisie den Prozeß des Groß und Größer, der in der kapitalistischen Produktion selbst lag, weder unterbrechen konnte noch wollte, war man bereit, zuzugeben, dass der gesamte Akkumulationsprozeß eigentlich auf einem Machtprozeß beruhte und nur durch diesen gesichert werden könne. Der imperialistisch gesinnte Unternehmer, den die Sterne ärgerten, weil er sie nicht annectieren konnte, begriff und war bereit zuzugestehen, dass Macht, die um ihrer selbst willen verfolgt wird, und nur sie, automatisch mehr Macht erzeugt. Als die Kapitalakkumulation an ihre Grenze und zu einem gewissen Stillstand gekommen war, wurde zum ersten Mal allen auch ohne alle Beihilfe von Seiten logischen Denkens klar, dass der Motor nur durch einen neuen machttakumulierten Prozeß wieder zum Anrollen gebracht werden konnte, um dann unter der Devise 'Expansion ist alles' den Erdball zu überrollen.²⁰

Tatsächlich konnte sich Hannah Arendt – wie übrigens auch die überwältigende Mehrheit der Marxistinnen und Marxisten im 20. Jahrhundert – angesichts imperialistischer Expansionen um die Jahrhundertwende und während der beiden Weltkriege eine Bourgeoisie schwer vorstellen, die nicht mit, sondern gegen die Staatsmacht und ohne eine gleichzeitige Machttakumulation Kapital akkumulieren konnte. Schließlich legte die wirtschaftsliberale Bourgeoisie schon damals – und noch offensichtlicher das neoliberale Bürgertum heute – allzu häufig und schamlos eine Heuchelei an den Tag, indem sie den Staat aus der Wirtschaft zurückzudrängen versucht, wenn er ihr schadet und umgekehrt nach ihm zu rufen – wie auch jetzt nach der Weltfinanzkrise 2009 –, wenn die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden sollen. Ungeachtet dieser der Bourgeoisie innewohnenden Tendenz sind das Bürgertum, seine Weltanschauung und sein politisches Handeln nur im historischen Kontext zu begreifen, und dieser Kontext ist einem permanenten Wandel unterzogen. Die Weltanschauungen eines Ökonomen und Philosophen wie Adam Smith und Thomas Hobbes liegen genauso weit auseinander wie die liberale von der imperialistischen Bourgeoisie und wie die Logik der Macht von der Logik der Kapitalakkumulation.

Die staats- und machttheoretischen Ansätze Engels, Lenins und bedingt auch Arendts mögen im Hinblick auf die Identifizierung des Staates als Instrument der herrschenden Klasse auf die Verhältnisse in vorkapitalistischen Gesellschaften zutreffen. Hier findet auch die Aneignung des Mehrprodukts direkt und ohne Vermittlung über den Markt statt. Und hier treten die Hauptklassen der Gesellschaft auch offen und unmittelbar einander gegenüber. Im Gegensatz dazu beruht die kapitalistische Gesellschaft aber nicht auf unmittelbarer Unterdrückung und gewaltsamer Aneignung des produzierten Mehrprodukts, sondern auf freiem Austausch von allen Warengattungen, also auch auf dem freien Verkauf der Ware Arbeitskraft. Welche Konsequenzen hat aber diese neue Beziehung in der Gesellschaft für den Staat? Ist der kapitalistische Staat ein Instrument der Klassenherrschaft, ist er eine vermittelnde und neutrale Instanz zwischen den Klassen, und welche Funktionen erfüllt dieser Staat?

²⁰ Ebenda: 327.

Alle diese Fragen, die Marx selbst nicht mehr untersuchen konnte, blieben auch beinahe ein Jahrhundert nach seinem Tod weitgehend unbeantwortet. Die Unterbrechung der Formulierung einer marxistischen Staatstheorie mag daran gelegen haben, dass die Dominanz der Gewalt innerhalb und zwischen den kapitalistischen Staaten, die imperialistische Expansion, zwei Weltkriege und dann der Faschismus über den gesamten Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des zweiten Weltkrieges den Blick für die Neuartigkeit des Staates im Kapitalismus versperrte und man eher geneigt war, auch diesen Staat analog zu den Staaten in vorkapitalistischen Gesellschaften als Herrschafts- und Gewaltinstrument der herrschenden Klasse anzusehen und Macht mit dem Staat und diesen wiederum als Instrument der herrschenden Klasse zum Schutz und zur Vermehrung von Eigentum gleichzusetzen. Fest steht, dass diese Gleichsetzung in der marxistischen Diskussion dazu geführt hat, die Machttheorie unter Herrschaftstheorie zu subsumieren. Um jedoch den Kapitalismus in seiner jeweils historischen Gestalt, wie in seinen heutigen Erscheinungsformen präziser zu beschreiben und vor allen Dingen die innergesellschaftlichen wie globalen Verteilungsmechanismen von Einkommen und Vermögen angemessen erfassen zu können, kommen wir um eine materialistische Theorie des Staates und einer materialistischen Theorie der Macht im Kapitalismus nicht umhin. Wie unten zu zeigen sein wird, liefert erst das Zusammenwirken dieser beiden Instanzen die begriffliche und praktische Sicherheit zur Durchdringung der komplexen Realität.

Staat im Kapitalismus

Die einzelnen Versuche, den kapitalistischen Staat in seiner Differenziertheit zu erfassen, blieben wie der von Antonio Gramsci im Ansatz stecken. Gramsci durchbricht zwar das reduktionistische Verständnis vom Staat als Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und erkennt, dass der Staat sich in der kapitalistischen Gesellschaft nicht durch Administration und Gewalt, sondern vor allem durch einen hegemonialen Konsens der herrschenden Klasse mit der Zivilgesellschaft legitimiert. Mit seinem Begriff „herrschender Block“ als Umschreibung eines sozialen Gebildes weit über die Bourgeoisie hinaus verweist Gramsci auf historisch reale Machtallianzen, lässt aber offen, in welchem Verhältnis die jeweiligen Partikularinteressen innerhalb des Blocks zueinander stehen und ob diese mit der Reproduktion des Kapitals im Einklang stehen.²¹ Zweifelsohne war Gramscis Vorstoß ein Fortschritt, eine plausible Begründung für den hegemonialen Staat im Kapitalismus liefert allerdings auch er nicht. Hannah Arendts Versuch eines Staatskonzepts fällt hinter Gramscis Ansatz zurück und steht eher in der Tradition von Engels' und Lenins Staatsverständnis. Eine Debatte über den Staat im Kapitalismus sowie die Begründung einer materialistischen Staatstheorie begann erst mit der 1968er Bewegung und der Rekonstruktion der unterbrochenen marxistischen Theorieentwicklung und nachdem die Entfaltung der bürgerlichen Demokratie die

²¹ Ausführlicher vgl. Neubert 2001.

Wahrnehmung erleichterte, dass der Staat im Kapitalismus sich längst von einem ausschließlichen Herrschaftsinstrument der Kapitalisten wegbewegt und für andere gesellschaftlichen Klassen und Schichten geöffnet hatte.

An der Entfaltung einer am Marxschen Kapitalbegriff angelehnten Staatstheorie beteiligten sich in den 1970er Jahren in Deutschland u. a. Bernhard Blanke, Joachim Hirsch, Elmar Altvater, Heidi Gerstenberger, Projekt Klassenanalyse, Klaus Funken und vor allem Josef Esser.²² Zu den meist beachteten internationalen marxistischen Staatstheoretikern, die den Diskurs mit beeinflussten, gehören sicherlich Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas.²³ Bei diesem Diskurs ging es grundsätzlich um eine umfassende Analyse der Grundstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft und um das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik, zwischen Kapital und Staat. Die ursprünglich in diversen Varianten diskutierte These, dass der Staat sich im Kapitalismus durch Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen und als vermittelnde Instanz zwischen den untereinander konkurrierenden Einzelkapitalen legitimiere, reichte alsbald nicht mehr aus. Nicht zuletzt musste angesichts des Keynesianischen Interventions- und Sozialstaats zur Kenntnis genommen werden, dass die Reichweite staatlicher Handlungen über die engeren Aufgaben zur Herstellung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals weit hinaus geht und noch wichtiger der Sozialstaat aus den Klassenkämpfen und neu entstandenen Interventionspotenzialen der Gewerkschaften und Machtverschiebungen zu Gunsten der Lohnabhängigen hervorgegangen ist. Zur Bestimmung von Form und Inhalt des real existierenden Staates bedurfte es jedenfalls der Erweiterung von unzureichenden Erkenntnissen über das Wesen und die logische Ordnungsstruktur des Staates in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Josef Esser, einem der profiliertesten marxistischen Staatstheoretiker, kommt der Verdienst zu, den Faden zu einer fundierten Staatstheorie weiter gesponnen zu haben. In seinem aufschlussreichen, 1975 publizierten Buch unterstreicht er zunächst die „Notwendigkeit der logischen Ableitung als Voraussetzung für die historische Analyse (...) aus der These, dass nur so Bedeutung und Reichweite des Staates sowohl für das Funktionieren des kapitalistischen Reproduktionsprozesses selbst als auch für die Strategie der Arbeiterklasse einzuschätzen sei“, um auf der Basis einer zuvor abgeschlossenen Auswertung aller neueren und aktuellen Staatstheorien festzustellen, dass „unsere bisherigen Ergebnisse (...) für diese Fragestellung nicht gerade ermutigend sind: keinem der Ansätze ist es gelungen, die logische Notwendigkeit von Form und Funktion der Politik zu begründen.“²⁴

Esser ging es also zuallererst um die *logische* Herleitung des kapitalistischen Staates als Voraussetzung für die Analyse des konkreten historischen Staates. Letzterer umfasst freilich mehr an konkreten Strukturelementen, als die, die

²² Esser 1975.

²³ Poulantzas 1974.

²⁴ Esser 1975: 151.

ausschließlich für die Reproduktion des Kapitals erforderlich sind, genauso wie der Historische Kapitalismus in seiner Gesamtheit wesentlich mehr Elemente als der Logische Kapitalismus verkörpert. Für die logische Analyse des Staates greift Esser auf die Marxsche Methode der Kapitalanalyse zurück, die mit der Analyse der Warenform beginnt. Wie das Kapital selbst muss auch, so Esser, die Politik des Kapitals aus der Logik der Warenform her begründet werden. Und im Kapitalismus stehen sich zum einen Warenbesitzer als freie und mit freiem Willen ausgestattete gleiche Rechtssubjekte gegenüber, da sonst die Gesellschaft aufhören würde, kapitalistisch zu sein. Und zum anderen stehen außerdem das Kapital und die Ware Arbeitskraft insofern in einem Herrschaftsverhältnis zueinander, als sich das Kapital die Mehrarbeit von Arbeitskraft aneignet. Der Staat im Kapitalismus hat seinen Platz und seine Funktion in diesem doppelten Verhältnis des freien Austauschs unter den Warenbesitzern und des Herrschaftsverhältnisses zwischen Kapitalisten und Arbeitern, das zwecks seiner ständiger Aufrechterhaltung einer *außerökonomischen Gewalt* bedarf. Worin besteht aber der Unterschied zwischen diesem Staat und dem Engels'schen Staat als Machtapparat in der Hand der herrschenden Kapitalistenklasse? Und warum nimmt dieser Staat nicht die Form eines privaten Apparates der herrschenden Klasse an, wie wir ihn von den vorkapitalistischen Gesellschaften kennen?

Essers Antwort auf diese fundamentale Frage hatte der russische Rechtstheoretiker Paschukanis²⁵ bereits 1929 geliefert, die Esser aufgreift und in seine Staatstheorie einarbeitet. Die Funktionsfähigkeit der außerökonomischen Gewalt würde im Kapitalismus, so Esser, „erheblich beeinträchtigt, wenn einer oder mehrere dieser Warenbesitzer die Gewalt zur Aufrechterhaltung der Warenproduktion bei sich monopolisiert hätte. Die Freiheit und Gleichheit aller wäre zugunsten der Besitzer des Gewaltmonopols aufgehoben; die Gleichwertigkeit der Waren-Äquivalente wäre zerstört. Damit ist die Notwendigkeit bewiesen, dass diese Gewaltfunktion monopolisiert sein muss von einer nicht am Warenaustausch beteiligten Einrichtung.“²⁶

Diese außerökonomische Gewalt muss daher als eine „abstrakte Kollektivperson“ auftreten und ihren Zwang in zentralen Feldern, die zugleich staatliche Tätigkeitsfelder sind, wirksam werden lassen: *erstens* durch Wahrnehmung der *Friedensgarantie* für alle Warenbesitzer durch Kodifizierung und Durchführung der allgemeinen Gesetze; *zweitens* durch Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Geldes als Wertmaßstab für alle Waren; und *drittens* zur Regelung der Außenbeziehungen. Engels Staat als Herrschaftsinstrument des Kapitals kann demnach bestenfalls für den noch nicht entwickelten Kapitalismus in Europa des neunzehnten und für die unterentwickelten Länder des zwanzigsten Jahrhunderts gelten. Im entwickelten Kapitalismus ist nach Esser die Notwendigkeit der Trennung der Politik von der Ökonomie, der Trennung des Staates vom Ka-

²⁵ Paschukanis 1929.

²⁶ Esser 1975: 156f.

pital aus der Warenform begründet. Im Übrigen ist diese Begründung, dies sei hier nur in Parenthese erwähnt, für die Trennung der Politik von der Ökonomie gleichzeitig auch eine materialistische Begründung für die bürgerliche Demokratie. Denn die innergesellschaftliche Friedensgarantie ist nur dann gegeben, wenn die Besitzer der Ware Arbeitskraft Dank ihrer Kampfkraft jene *Macht* eringen, die nötig ist, um die Realisierung des vollen Wertes ihrer Arbeitskraft durchzusetzen. Diese gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Hauptklassen zur gewaltlosen Durchsetzung ihrer Interessen setzt allerdings, wie wir wissen, wiederum die bürgerliche Demokratie voraus. Fest steht jedenfalls schon jetzt, dass der bürgerliche Staat mit seinem Doppelcharakter und seinem Wesen nach mit Hobbes Machttheorie, die die Besitzakkumulation der herrschenden Klasse garantiert, nicht erfasst werden kann. Vielmehr ist er das gesellschaftliche Produkt sozialer Kämpfe von mehreren Klassen und Schichten. Im *Logischen Staat* – wie übrigens auch im *Logischen Kapitalismus* – muss von einem Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse ausgegangen werden. Denn nur so kann sich der Lohn mit dem wirklichen Wert der Ware Arbeitskraft decken. Damit ist aber erst eine begriffliche Grundlage geschaffen, um den kapitalistischen Staat in seinen historischen Erscheinungsformen zu erfassen, der Logische Staat ist in der Praxis jedoch ebenso weit entfernt vom Historischen Staat, wie sich der Logische Kapitalismus vom Historischen Kapitalismus unterscheidet. Esser selbst war sich darüber sehr wohl im Klaren, dass die logische Herleitung des Staates um eine historisch konkrete Analyse erweitert werden müsste: „Doch erst diese historische Konkretisierung, und zwar im Sinne einer Nachzeichnung des historisch konkreten Reproduktionsprozesses als vermittelte Einheit von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Faktoren unter Einbeziehung des Weltmarktes ist die Voraussetzung für eine empirisch fundierte Staatstheorie des entwickelten Kapitalismus.“²⁷

Dieser Anspruch wurde in den weiteren Debatten und Forschungsprojekten jedoch leider weder bei Esser noch bei anderen erfüllt. Mit der Forcierung der neuesten Stufe der Globalisierung und der beginnenden Standortkonkurrenz unter den kapitalistischen Staaten verschob sich das Forschungsinteresse kritischer Staatstheoretiker ohnehin auf neue wichtige und auch weniger wichtige Fragen. Anstatt die Staatstheorie um weitere in kapitalistischen Gesellschaften das Verhältnis von Politik zu Ökonomie beeinträchtigende Strukturelemente, wie Interventionspotentiale mächtiger Machtgruppen, die die systemtransformierenden Reformen beeinträchtigen, zu erfassen und die Staatstheorie um eine Machttheorie zu erweitern, gerieten kritische Staatstheoretiker unter dem massiven Druck der marktradikalen staatsfeindlichen Fundamentalisten in die wissenschaftliche Defensive.²⁸ Tatsächlich konzentrierten sich fortan die Debatten auf die Rolle des Nationalstaates, auf die Aushebelung nationalstaatlicher Funktionen im Globalisierungsprozess und auf die Frage nach der Abhängigkeit der National-

²⁷ Ebenda: 159.

²⁸ Vgl. dazu Panitch 1998: 35.

staaten von den Multinationalen Konzernen und der Finanzwelt. Die „empirisch fundierte Staatstheorie“ ist jedoch der *Historische Staat*, der stets als eine Symbiose aus dem *Logischen Staat* und ganz konkreten Machtkonstellationen erscheint. Ob wir es in konkreten Fällen mit einem imperialistischen Staat, mit einem Hegemonialstaat, mit einem keynesianischen Sozialstaat, mit einem neoliberalen Unternehmerstaat, mit einem Rentierstaat in Rohstoffexportierenden Ländern oder aber mit einem aus der Kombination dieser Staaten geformten Staat zu tun haben, hängt von den Machtressourcen der gesellschaftlichen Kontrahenten ab, die diese im Kapitalismus jeweils zu mobilisieren in der Lage sind. Auch für die Entstehung von Mechanismen und Relationen der Reichumsverteilung national und international für wirtschafts- und sozialpolitischen Muster und vieles mehr sind in letzter Instanz die jeweils mobilisierten Machtressourcen ausschlaggebend. Grund genug also, sich präziser mit den Quellen der Macht zu befassen.

Grundlagen einer materialistischen Machttheorie

Ich knüpfe dazu zunächst an meinem eigenen bereits an einer anderen Stelle entwickelten machtheoretischen Ansatz an. Demnach ist Macht, durch Erweiterung von Webers Auffassung, „als Möglichkeit und Fähigkeit zur Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen zu begreifen (...), um den eigenen Willen und eigene Interessen zu Lasten Dritter durchzusetzen“.²⁹ Auch eine positive Formulierung, die auf Überwindung des Monopols hinausläufe, unterstreicht die Bedeutung von Monopolisierung als zentralem Begriff der Machttheorie. Monopolisierung bedeutet allerdings immer auch Ausgrenzung. Die Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen wie Grund und Boden, Rohstoffe, Institutionen, Wissen und anderes mehr ist also Ausgrenzung Dritter von der Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen. Die Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen werden de facto oder de jure gezwungen, sich dem Diktat der Machthaber zu unterwerfen, sie sind so zur Ohnmacht verdammt. Auf der Basis dieser Definition wurde an derselben Stelle im ersten Schritt zwischen drei funktional zu trennenden Machtquellen, den *primären*, den *sekundären* und den *legitimierenden* Machtquellen, unterschieden.³⁰ Das *Eigentum an Produktionsmitteln* stellt demnach die Quelle der primären Macht dar. Die Klassenherrschaft deckt sich so gesehen mit der primären Macht. Tatsächlich war das Eigentum an Produktionsmitteln auch historisch nicht nur das gesellschaftliche Fundament für die herrschenden Klassen. Es bildete auch die gesellschaftliche Basis aller bisherigen Gesellschaftsformen und Produktionsweisen, die sich nicht nur durch Eigentumsformen (privat oder kollektiv) und Eigentumsinhalte (Grund und Boden, sonstige natürliche Ressourcen und Kapital) unterscheiden, sondern auch der maßgebliche gesellschaftliche Hebel dafür sind, wie die produzierten Produkte und Dienstleistungen unter den sozialen Gruppen verteilt werden. Macht ist aber mehr als Klassenherrschaft und Eigentum an Produktionsmitteln. Und

²⁹ Massarrat, 2006: 50 f.

³⁰ Ebenda: 47 f.

dies nicht nur in vorkapitalistischen Gesellschaften, sondern erst recht im Kapitalismus. Daher existieren neben der *primären* Macht auch zahlreiche andere Machtquellen (institutionell-staatliche, militärische, kontextuelle, global institutionelle, hegemoniale, patriarchalische, illegale und intergenerative Macht), die die primäre Verteilung des produzierten Reichtums zusätzlich modifizieren und die ich deshalb unter dem Begriff *sekundäre Macht* subsumiere. Hinzu kommen die *legitimierenden Machtformen*, wie die kulturellen und medialen Machtquellen.³¹

Macht hat in allen Gesellschaften, also auch in den kapitalistischen Gesellschaften, eine eigenständige Existenzweise, allein schon deshalb, weil sie einer anderen Logik folgt als der des Kapitals. Macht folgt der Logik des Monopols, der Logik des Beharrens und des Konservierens bestehender Verhältnisse. Monopol ist ein Zustand, der nur mit Macht, einschließlich militärischer Macht, aufrechterhalten werden kann. Und umgekehrt wohnt der Macht die Eigenschaft inne, Ressourcen zu monopolisieren. Mächtige Individuen oder gesellschaftliche Gruppen, die mit Machtressourcen ausgestattet sind, neigen zu allererst dazu, Monopole zu errichten. Und umgekehrt sind Monopolisten gleichzeitig auch die Mächtigen. Macht ist also ein Instrument zur Privilegierung Weniger und zur Ausgrenzung und strukturellen Benachteiligung vieler. Als solche ist sie so auch nur ein wirkungsmächtiger Hebel der Umverteilung (Nullsummenspiel), jedoch nicht ein Mittel zur Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums (Plussummenspiel). Monopol beruht auf Ausgrenzung, und monopolistische Aneignung setzt Ausgrenzung voraus. Daher mangelt es dem Monopolisten strukturell an der gesellschaftlichen Legitimation, mehr noch: er ist der permanenten Gefahr ausgesetzt, durch Ausgrenzte beseitigt zu werden. Die Selbstbehauptung lässt dem Monopolisten nur eine Alternative übrig: die Machtvermehrung. Noch mehr Macht, um das geschaffene Machtpotential zu sichern, die grenzenlose Machtakkumulation wird also zur treibenden Kraft der Überwindung der Legitimationslücke. Machtakkumulation steht also im direkten Verhältnis zur sinkenden Legitimation. Das ist der Kern der materialistischen Machttheorie. Die akkumulierte Macht in materialisierter Form ist aber nichts weiter als die quantitative Vermehrung der monopolisierten Ressourcen (z. B. Vermehrung von Eigentumsrechten bzw. territoriale Ausdehnung des Besitzes) bei gleichzeitiger Vermehrung von Machtinstrumenten (Waffenarsenalen etc). Schöpferische Tendenzen gehen nur insofern mit der Reproduktion von Macht einher, wie sie zur Absicherung des Monopols (und des Herrschaftssystems) erforderlich sind, das seinem Wesen nach keine andere Perspektive als gesellschaftliche Stagnation zulässt.

Im Unterschied zu der hier begründeten materialistischen Machttheorie führt Thomas Hobbes, der wohl bedeutendste bürgerliche Machttheoretiker, Macht auf das ständige Streben nach Glück zurück. In Leviathan definiert Hobbes „Macht als die Fähigkeit, die einem die Mittel zum Überleben und zum angenehmen Leben verschafft.“³² Hobbes geht dabei von Individuen aus, die ihren

³¹ Ebenda: 48 f.

³² Ottmann 2006: 285.

natürlichen Trieben, u. a. der Gier, folgen und alle ihre Talente einsetzen, um diese Triebe zu befriedigen. Macht ist Hobbes zufolge ihrem Wesen nach dynamisch, wobei die Dynamik bei genauerem Hinsehen im Hobbes'schen Konzept nur im Sinne bloß quantitativer Vermehrung vorstellbar sein kann. Man kann das erreichte Machtpotential ganz im Sinne der oben beschriebenen Machtlogik auf Dauer nur durch den Erwerb von zusätzlicher Macht erklären. Die Machtakkumulation wird in diesem Konzept zum Selbstzweck. Und sie ist in der Hobbes'schen Gedankenwelt auch unveränderbar, da Gier als Hauptantriebskraft der Macht und Machtakkumulation eben eine natürliche Konstante und menschliche Eigenschaft sei. Genau diese menschliche Eigenschaft sei es auch, die den Menschen zu immer mehr und zu noch mehr Macht hintreibe und das Streben nach Glück zu einem grenzenlosen Ziel mache.

Diese anthropologische Begründung mag zwar angesichts des in allen Gesellschaften zu beobachtenden grenzenlosen Machthungers der mächtigen Eliten plausibel erscheinen, sie kann – selbst wenn die anthropologische Annahme zutreffen sollte – jedoch nicht erklären, weshalb immer nur einer dünnen Schicht das Privileg zuteil wird, ihre „natürliche“ Neigung auszuleben, während dasselbe Privileg überall und ausnahmslos der überwältigenden Mehrheit der Menschen vorenthalten bleibt. Und weshalb kann denn, so eine weitere Frage, dieser allgemeine Trieb, dem angeblich alle Menschen erliegen, nicht zu einem Machtausgleich führen? Die ebenfalls anthropologische Antwort, dass Gier wie die natürlichen Talente bei Menschen nicht gleich, sondern eben unterschiedlich verteilt sind, könnte bestenfalls geringfügige Machtunterschiede begründen, jedoch nicht eine Machtungleichheit in der Gesellschaft, die sich in einem unermesslichen Machtpotential einer Minderheit und der Ohnmacht der überwältigenden Mehrheit widerspiegelt. Machtungleichheit und Machtakkumulation lassen sich nicht anthropologisch, sondern nur gesellschaftlich oder, wie oben dargelegt, materialistisch erklären.

Machtakkumulation versus Kapitalakkumulation

Das Kapital in seiner Reinheit und in seiner Identität mit sich selbst folgt – um auf die irritierende Gleichsetzung von Macht- und Kapitalakkumulation durch Hannah Arendt zurückzukommen – dagegen der Logik der Konkurrenz, der Logik der „schöpferischen Vernichtung“ (Schumpeter). Vernichtung und Erneuerung sind unter den Bedingungen der freien Konkurrenz elementare Bewegungsmomente der Kapitalakkumulation. Die Einheit und wechselseitige Bedingtheit dieser nur scheinbar gegensätzlichen Extreme garantiert die Funktionsweise eines seinem Begriff entsprechenden Kapitalismus. Überall dort, wo die Erneuerung und die damit einhergehende Vernichtung nicht stattfinden, wirken Faktoren aus dem kapitalistischen Umfeld, die die Kapitalakkumulation beeinträchtigen. Die Erneuerung durch eine neue Erfindung, die zu einer Erhöhung der Produktivität führt oder durch ein neues Produkt stattfindet, bewirkt zunächst eine Expansion der Kapitalakkumulation und zwar solange bis das Profitwachstum mit dem Kostenwachstum nicht mehr Schritt hält und demzufolge die Profitrate im Verhältnis zur Profitrate der Mitkonkurrenz zu sinken beginnt. Irgendwann wird es aber unver-

meidlich, die veraltete Technologie vom Markt zu nehmen, d.h. also Kapital zu vernichten, um von neuem beginnen zu können. Dieser Vorgang wiederholt sich nicht nur bei den einzelnen Kapitalisten, sie wiederholt sich auch innerhalb einer Branche und innerhalb einer Volkswirtschaft. Insofern ist die durchaus weit verbreitete Annahme, dass die Kapitalakkumulation die treibende Kraft eines materiell grenzenlosen Wachstums ist, ein Irrtum. Tatsächlich mündet jede Periode der Kapitalakkumulation in eine Periode der Kapitalvernichtung ein. Akkumulation und Vernichtung sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Somit kann Kapitalakkumulation auch in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft stattfinden, ohne dadurch ins Stocken geraten zu müssen. Auch im Unterschied zur Macht, die dazu neigt, bestehende Verhältnisse zu konservieren, wohnt dem Kapital die Tendenz inne, die Verhältnisse umzukrempeln, sie zu revolutionieren und dabei auch eine ungeheure Dynamik zu entwickeln.

Im Lichte der obigen Argumentation stellt das Privateigentum am Kapital – und das mag überraschen – einen Anachronismus dar, da das Privateigentum aus der Macht und damit aus der Möglichkeit zur Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen entspringt, während das mit Konkurrenz untrennbar verbundene Kapital einer dem Monopol entgegen gesetzten Logik folgt. Tatsächlich ist dieser Anachronismus auch ein Produkt der Geschichte, nämlich der dem Kapitalismus vorausgehenden feudalistischen Produktionsweise in Europa, in der das Privateigentum an Grund und Boden das gesellschaftliche Fundament darstellte. Ein krasserer Anachronismus ist allerdings der Monopolkapitalismus, der dadurch entsteht, dass sich das Privateigentum am Kapital gemäß der Machtlogik quantitativ solange vermehrt bis das gesamte Kapital einer Branche in einer einzigen Hand konzentriert ist. Im Monopolkapitalismus dominiert die Logik der Macht den gesamten Prozess der Kapitalverwertung. Hier sind auch ökonomische Stagnation und Fäulnistendenzen sowie soziales Elend, wie Lenin sie in seiner Imperialismustheorie hervorhob, die einzig denkbare Konsequenz ökonomischer Tätigkeit, die jedoch nicht aus kapitalistischer Konkurrenz hervorgeht, wie Lenin glaubte, sondern das Resultat der die Konkurrenz aushebelnden Machtakkumulation ist. Und es ist auch der Monopolkapitalismus – in abgeschwächter Form auch der oligopolistische Kapitalismus –, der zum Imperialismus führt, weil er nicht nur auf nationaler Ebene weitere Entwicklungen blockiert, sondern auch außerstande ist, auf die ökonomischen und sozialen Krisen hin, die er national selbst produziert, gangbare Lösungen zu reproduzieren.

Die Kapitalakkumulation, gerade weil sie mit „schöpferischer Vernichtung“ einhergeht, muss dagegen – wie bereits hervorgehoben – nicht, wie oft irrtümlich angenommen wird, zu exponentiell materiellem Wachstum führen, sie muss auch keineswegs, wie in fast allen klassischen Imperialismustheorien unterstellt wurde, zwangsläufig zum Imperialismus führen.³³ Dagegen führt eine Symbiose aus Kapitalakkumulation und Macht- bzw. Besitzakkumulation nicht nur nach außen zum Imperialismus, sondern auch nach innen zur Kon-

³³ Ausführlicheres dazu bleibt einem gesondertem Beitrag vorbehalten.

zentration des Realkapitals, des Bank- und Finanzkapitals sowie zu gigantischen Eigentumsformen, zu undurchschaubaren Holding- und Konzernkonglomeraten, die dazu übergehen, den Staat und alle gesellschaftlichen Institutionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Genau genommen ist in dieser gefährlichen Symbiose wesentlich stärker die Eigentumsmacht und der Besitz, die der Logik grenzenloser Machtakkumulation folgen, die treibende Kraft des Imperialismus und der Kapitalkonzentration und weniger das Kapital, obgleich es ungeheuer schwer fällt, diese Unterschiede in den Handlungen der real existierenden Kapitalisten und ihrer Vertreter zu erkennen.

Macht als Haupthebel der Umverteilung im Kapitalismus

Selbst die Teilung des Wertes in Lohn und Profit im Kapitalismus beruht auf der Macht des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln. Doch wird diese primäre Reichtumsteilung im Austauschprozess, national wie global, durch zahlreiche teils sichtbare und teils unsichtbare Umverteilungsmechanismen, wie folgende Beispiele veranschaulichen, sekundär modifiziert. Dahinter verbergen sich stets Macht und nichts anderes als Machtmechanismen:

- 1) Die fast überall sinkende Lohnquote der letzten drei Dekaden im Neoliberalen Kapitalismus resultiert eindeutig daraus, dass im gleichen Zeitraum die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit zu Lasten der Lohnarbeit verschoben wurden. Im neoliberalen Staat dominiert eben der Unternehmerstaat. Die steigende Massenarbeitslosigkeit, d.h. ein Überangebot von Arbeit – ein wichtiges Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftspolitik – steht im direkten Verhältnis zu sinkender Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, sinkende Löhne und zunehmende Präkarisierung wird zum Erkennungsmerkmal dieses Kapitalismus.
- 2) Auch die umfangreichen Steuerschenkungen an die Kapitaleseite im neoliberalen Kapitalismus und die grundsätzlichen Richtungsänderungen der nationalen Steuerpolitiken (Senkung der Spitzensteuersätze, Abschaffung der Vermögenssteuern, Erhöhung von Mehrwertsteuern) sind sämtlich Ausdruck von Machtverschiebungen, die zu Lasten der Lohnseite stattgefunden haben.
- 3) Die sinkenden Anteile des Handelsvolumens und die sinkende Kaufkraft des Südens sowie die wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen Nord und Süd in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde lange Zeit als Ergebnis eines Ungleichen Tauschs im Nord-Süd-Handel und einer spezifischen Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt angesehen. Tatsächlich resultierten die global ungleiche Einkommensentwicklung und wachsende Armut im Süden aus dauerhaft sinkenden Preise von agrarisch und mineralischen Rohstoffen als Ergebnis von Überproduktion derselben, die der kapitalistische Norden mit Hilfe der Macht sämtlicher von ihm beherrschten internationalen Institutionen wie des IWF, der WTO und der Weltbank (eben der institutionellen Macht) und durch verordnete Exportförderung und Strukturanpassungsprogramme künstlich in-

duziert und am Leben gehalten hat. Eine strukturelle Überproduktion der agrarischen Exportprodukte ist aber der Hauptfeind hunderter Millionen Kleinproduzenten im Süden, die dank sinkender Preise immer ärmer wurden, und sie ist gleichzeitig der Hauptförderer des Wohlstandes der Verbraucher im kapitalistischen Norden, weil diese immer weniger für den Konsum dieser Produkte bezahlen mussten. Die Rohstoffpreise steigen seit Anfang des 21. Jahrhunderts, weil sich die Machtverhältnisse in jenen Institutionen ein wenig zu Gunsten des Südens verschoben haben³⁴.

- 4) Die Öleinnahmen der Eigentümer von Ölquellen, ob Privat- oder Staatseigentümer, beruhen nicht auf eigenen Leistungen der Eigentümer, sondern allein auf ihrer Monopolmacht, ausschließliche Besitzer der jeweiligen Ölquellen zu sein. Dank dieser Macht sind sie in der Lage, Ölrenten und damit Umverteilungen größeren Ausmaßes zu Lasten der Verbraucher durchzusetzen.
- 5) Die Hegemonialrente ist ein prägnantes Beispiel für globale Umverteilung gigantischen Ausmaßes mit Hilfe der militärisch gestützten Hegemonialmacht. Die USA saugen gegenwärtig durch Auslandsverschuldung im Schnitt jährlich ca. 1.100 Milliarden Dollar Hegemonialrente (immerhin 1,6 Prozent des Weltsozialprodukts und 7,6 Prozent des US-Sozialprodukts) aus dem Rest der Welt in die US-Ökonomie an, nur weil sie es schaffen, ihre Währung als Weltgeld durchzusetzen, indem sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln dafür sorgen, dass der Ölhandel mit Dollar abgewickelt wird.
- 6) Die Einnahmen im Finanzsektor resultieren sämtlich durch Umverteilung aus den produktiven Sektoren. Dabei ist die institutionelle Macht der Hebel dieser Umverteilung. Denn im Finanzsektor werden keine Werte geschaffen, hier fließen Dank der Macht der Investmentbanken und der Finanzspezialisten, die sich durch undurchsichtige und hochkomplex konstruierte Finanzprodukte eine Monopolmacht zulegen, Geldvermögen der Reichen. In dem aber dieser Sektor die gesamte Ökonomie beherrscht und dieser ihre Renditeregeln überstülpt, gewinnt er zusätzlich eine Art nationaler Hegemonialmacht, die mittels Beeinflussung von Kreditpolitik, Staatsverschuldung und Finanzspekulationen eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben herbeiführt.

Diese Beispiele aus der Makroebene können um ein Vielfaches in allen gesellschaftlichen Bereichen bis in die Mikroebene erweitert werden. Auch auf Mesoebene zwischen und innerhalb der Sektoren und zwischen gesellschaftlichen Gruppen können mit Hilfe institutioneller Absicherung monopolistische Situationen entstehen, die einseitige Umverteilungen herbeiführen, so z. B. zu Gunsten der Rechtsanwälte, Ärzte (Chefärzte, Zahnärzte, etc.), Bauern durch staatliche Subventionen, etc. Mit diesen Beispielen soll noch einmal unterstrichen werden: Eine fundierte Machttheorie liefert die Grundlage dafür, an wel-

³⁴ Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 2006:66ff.

chen gesellschaftlichen Stellschrauben anzusetzen ist, um im Kapitalismus Reformen für „gerechte“ Einkommensverteilung durchzuführen.

Literaturverzeichnis:

- Ahrendt, Hannah 1986: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich.
- Baumert, Mark/Franke, Georg Merlin 2010: Die „Grand Strategies“ des Römischen Reiches und der Vereinigten Staaten von Amerika unter besonderer Berücksichtigung der Strategietheorie von Edward N. Luttwak. Studien zur internationalen Politik, Heft 1/2010, Hamburg.
- Boccarda, Paul 1973: Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/Main.
- Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch 1973: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/Main.
- Engels, Friedrich (1884) 1984: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx Engels Werke, Bd. 21, Berlin.
- Esser, Josef 1975: Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt/New York.
- Funken, Klaus 1973: Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/Main.
- Hobbes, Thomas; Iring Fetscher (Hrsg.) 1966: Leviathan, Frankfurt/Main.
- Huffschmid, Jörg 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
- Kagan, Robert: 2002, Power and Weakness, in Policy Review Nr.113, May/June, 2002.
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1972: Staat und Revolution, in: Lenin Werke, Band 25, Berlin.
- Massarrat, Mohssen 2011: Missverständnisse über Kapitalismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 88, Frankfurt
- Neubert, Harald 2001: Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei, Hamburg.
- Ottman, Henning 2006: Geschichte des politischen Denkens Band 3/1, Stuttgart/Weimar.
- Panitch, Leo 1998: Die Verarmung der Staatstheorie, in: Görg, Christoph/Roth, Roland: Kein Staat zu machen, Münster.
- Paschukanis, Eugen 1929: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Wien-Berlin.
- Poulantzas, Nicos 1974: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/Main.
- Projekt Klassenanalyse 1971: Zur Kritik der „Sozialstaatsillusion“, in: Sozialistische Politik, Heft 14/15.
- Rosdolsky, Roman 1969: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen 'Kapitals', B I, Frankfurt am Main
- Stiglitz, Joseph 2010: Im Freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München.
- Vontobel, Werner 2010: Sammeln statt Denken, in: der Freitag vom 6. Mai 2010.

Jürgen Leibiger

Das Euro-Projekt: Geschichte und linke Kritik

Ende 2008, die Weltwirtschaft war in die seit Dezennien schwerste Krise gestürzt, feierte Jean-Claude Trichet, damals Präsident der Europäischen Zentralbank, den zehnten Jahrestag der Euro-Einführung mit den Worten, es sei offensichtlich, „dass sich die einheitliche Währung während dieser Krise als Vertrauens- und Stabilitätsanker erwiesen hat“.¹ Dies sei „Ausdruck der institutionellen Stärke, Kohärenz und Einheit des Eurosystems – und damit der Beweis für seine Fähigkeit, im europäischen Geiste auf Basis hoher Standards sowie gemeinsamer Werte und Grundsätze zu agieren.“² Ein Jahr später war es mit der Euphorie vorbei. Das Wort von der Euro-Krise machte die Runde und inzwischen – nach weiteren vier Jahren – ist die Euro-Zone vom scheinbaren „Vertrauens- und Stabilitätsanker“ der Weltwirtschaft zu einem ihrer größten Unsicherheitsfaktoren geworden. Ihr Bestand ist offen in Frage gestellt. Selbst Regierungsmitglieder der Euro-Länder zweifeln nicht mehr daran, dass die Wirtschafts- und Währungsunion „grundlegende Konstruktionsfehler“ aufweist. „Die Krise hat längst auch eine politische Dimension. In vielen Teilen Europas sind Nationalismus und Populismus auf dem Vormarsch, während gleichzeitig Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa nachlassen.“³

1. Von der Eurosklerose zur „Europhorie“

Dass in der bisherigen Geschichte keine Währungsunion dauerhaft hielt, ohne dass die beteiligten Staaten ihre Souveränität aufgaben, hat wenig zu bedeuten, denn noch nie gab es im Kapitalismus eine ähnlich stark integrierte Staatengruppe wie die Europäische Union. Obwohl den wichtigsten Entscheidungsträgern von Anfang an klar war, dass man sich auf risikoreichem Terrain bewegte, glaubten sie sich angesichts dieses Integrationsstandes Optimismus leisten zu dürfen, zumal das politische und ökonomische Interesse der dominierenden Eliten an einer Währungsunion groß war. Gewisse Erfahrungen mit einer währungspolitischen Integration lagen freilich vor: Im Jahr 1993 zerbrach das Europäische Währungssystem, das Ende der siebziger Jahre die europäische „Währungsschlange“ (1972 bis 1979) ersetzt hatte, durch den Austritt Italiens und Großbritanniens. Trotz der Interventionsverpflichtung der nationalen Zentralbanken war es den beteiligten Staaten, vor allem auch Deutschland, zu teuer, die Wechselkurse der beteiligten Währungen innerhalb der vereinbarten Bandbreite zu halten. Dieser Misserfolg gab den skeptischen Stimmen zwar Auftrieb, man hielt jedoch am Fahrplan Richtung Währungsunion fest.

¹ Interview mit der FAZ am 17. Dezember 2008, www.ecb.int.

² Jahresbericht der EZB 2008, S. 12.

³ Abschlussbericht der Außenminister (Gruppe zur Zukunft Europas) vom 17. September 2012, dokumentiert bei www.blaetter.de.

Kasten 1: Eckdaten der Euro-Geschichte I

- 1990: Die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion EWWU „zu einer schrittweisen Konvergenz der Politiken und wirtschaftlichen Ergebnisse“ tritt in Kraft.
- 1993: Vertrag von Maastricht tritt in Kraft
- 1994: Zweite Stufe der EWWU; Gründung des Europäischen Währungsinstituts
- 1997: Vertrag von Amsterdam, Stabilitäts- und Wachstumspakt SWP
- 1998: Gründung der Europäischen Zentralbank EZB
- 1999: Dritte Stufe der EWWU; es gelten unwiderrufliche Umtauschkurse, Einführung des Euro als Buchgeld
- 2002: Einführung des Euro als Bargeld
- 2005: Nachdem Frankreich und Deutschland den SWP verletzt haben, wird er ausgesetzt
- 2009: Viele Euro-Mitgliedsländer verstoßen in der Krise gegen den SWP
- 2010: Griechenland droht zahlungsunfähig zu werden, Beginn der Diskussion über einen Austritt aus der Euro-Zone; Beginn der Reformüberlegungen zum SWP und der Schaffung von „Euro-Rettungsschirmen“
- Mitgliedsländer: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (alle 1999), Griechenland (2001), Slowenien (2007), Zypern, Malta (2008), Slowakei (2009), Estland (2011)

Bei manchen Entscheidungsträgern wird die Währungskrise von 1992/1993 die Entschlossenheit hinsichtlich der Währungsunion sogar bestärkt haben, zeigte sie doch, welche Verluste derartige Turbulenzen in einer exportorientierten Wirtschaft hervorrufen konnten. Hinzu kam, dass die Einführung der D-Mark in der DDR im Jahr 1990 für die damalige Kohl-Regierung und das Großkapital ein voller Erfolg war: Mit der D-Mark wurde ihr Herrschaftsgebiet fast automatisch um Ostdeutschland erweitert. Was Keynes, sich auf Lenin berufend, gesagt hatte, bewahrheitete sich auf frappierende Weise „Es gibt kein feineres und sichereres Mittel, die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft umzustürzen, als die Vernichtung der Währung.“⁴ Warum den Coup nicht wiederholen und eine deutsch dominierte europäische Währungszone schaffen?

Bundeskanzler Helmut Kohl warb für eine Europäische Währungsunion mit dem Argument, sie zwinge zum Frieden in Europa. Aber natürlich ging es nicht zuerst um den Erhalt des Friedens und noch nicht einmal um die politische Integration Westeuropas. Das Projekt Währungsunion sollte die Antwort des tonangebenden europäischen Kapitals auf die Herausforderungen der Globalisierung und den Wettbewerb in der Triade USA-Japan-Europa sein.

Zur Erinnerung: Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bret-

⁴ Zitiert in: Keynes: Kein Inflationist, www.keynes-gesellschaft.de.

ton Woods und der Weltwirtschaftskrise 1974/75 setzte angesichts der voranschreitenden Globalisierung und der Verschiebung weltwirtschaftlicher Kräfteverhältnisse zugunsten des asiatisch-pazifischen Raums die Suche nach einer europäischen Antwort ein. Das Großkapital Frankreichs und Deutschlands – um die Hauptakteure des Euro-Prozesses in den Focus zu rücken – agierte zwar selbstbewusst auf der Weltbühne, hatte jedoch keine mit Japan oder den USA vergleichbare binnenwirtschaftliche Basis. Das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt betrug Mitte der 1980er Jahre 3 Billionen US-Dollar, das war ein Viertel der Weltproduktion, Japan lag bei 1,3 Billionen und legte ein stürmisches Wachstum vor. Chinas Wirtschaft begann sich zu regen; eine Bevölkerung von damals einer Milliarde Menschen begab sich mit zweistelligen Wachstumsraten in die Startlöcher für eine Aufholjagd. Deutschlands und Frankreichs Produktion betrug 0,9 und 0,7 Billionen Dollar und ihr Wachstum blieb deutlich hinter dem Tempo, das die USA und Japan, ganz zu schweigen von China, vorlegten, zurück. Allein die gewaltigen Unterschiede der Bevölkerungsgröße und deren Dynamik gaben keinen Anlass für Optimismus hinsichtlich des künftigen Platzes der einzelnen europäischen Länder und ihres Kapitals in der Weltwirtschaft. Das Wachstum in Westeuropa war zudem ins Stocken geraten und die Arbeitslosigkeit wuchs; man sprach von einer „Eurosclerose“. Trotz seiner damaligen Schwächung blieb der Dollar die wichtigste internationale Reserve- und Anlagewährung und dominierte den Welthandel. Die USA konnten sich international bequem in ihrer eigenen Währung verschulden und erzielten aufgrund des großen Dollarbedarfs beträchtliche Zentralbankgewinne; vor allem aber gaben sie der Welt den währungspolitischen Takt vor.

Deshalb wurden ab Mitte der 1980er Jahre die seit den sechziger Jahren diskutierten Pläne⁵ zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes mit freiem Güter- und Leistungsverkehr, freiem Kapitalverkehr und Freizügigkeit der Arbeitskräfte sowie einer einheitlichen Währung forciert. Damit sollte eine den überseeischen Konkurrenten ebenbürtige Marktdimension entstehen. Die Konkurrenz innerhalb Europas, die Konkurrenz der Staaten und Standorte um Kapitalinvestitionen und die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander sollten angefacht und angeblich nationale „Verkrustungen“ des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems „aufgebrochen“ werden. Was immer den Bürgern über die Vorteile einer gemeinsamen Währung vermittelt wurde, so diente dieses Projekt zuallererst der weiteren internationalen Expansion des Großkapitals. Die angestrebte *Vollendung* des Binnenmarktes wird erst mit einer einheitlichen Währung vollzogen; sie ist das Tüpfelchen auf dem i. Sie sollte nicht nur die mit den Kursschwankungen der einzelnen Währungen verbundenen außenwirtschaftlichen Risiken beseitigen und die mit Währungsumrechnung und -tausch entstehenden Kosten vermindern. Sie bot vor allem die Chance, der Vorherrschaft des Dollars und der damals erwarteten Stärkung der Rolle des japanischen Yen per-

⁵ Eine ausführliche Schilderung dieser Vorgeschichte des Euro findet sich bei David Marsh, *Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Währung*, Hamburg 2009. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, *Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion*, Frankfurt 2004.

spektivisch Paroli bieten zu können. Keine nationale Währung Europas, auch nicht die starke D-Mark, wäre dazu allein in der Lage gewesen. Die in Deutschland seit Beginn der 1980er Jahre verfolgte neoliberale Strategie der exportorientierten Modernisierung erfuhr mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und einer europäischen Währung ihre logische Fortführung. Natürlich gab es – abgesehen von der offenen Gegnerschaft nationaler und konservativer Kreise und der linken Kritik – angesichts der Unsicherheiten, die mit einem solchen „Experiment von historischer Dimension“⁶ (so Otmar Issing, einer der wichtigsten Konstrukteure des Euro) verbunden sind, auch Bedenken der wirtschaftlich-politischen Elite. Sie wurden in Deutschland aber auch zu dem Zweck kultiviert, möglichst die eigenen Vorstellungen über die Konstruktion der Währungsunion gegenüber Frankreich durchzusetzen, eine Strategie, die alles in allem erfolgreich war.

Der Rückhalt des Euro-Projektes beim Großkapital war die Basis dafür, dass es trotz aller Kritik und vielfältigen Widerstandes zustande kam. Das schließt Interessengegensätze und unterschiedliche Vorstellungen über seine Verwirklichung sowie Schwankungen in der Haltung bestimmter Interessengruppen nicht aus. Dies betrifft die Interessenunterschiede zwischen dem binnenwirtschaftlich und dem exportorientierten Kapital, verschiedene konzeptionelle Grundlagen der Geld- und Währungspolitik der beteiligten Staaten und ihrer Zentralbanken, die Vorstellungen der involvierten politischen Eliten und natürlich die jeweiligen nationalen Interessen. Die Wirtschaftswissenschaftler zeigten sich tief gespalten.⁷ Noch bevor der Euro verwirklicht wurde, hatte das Bundesverfassungsgericht zweimal – 1993 und 1998 – über Klagen gegen das Projekt zu entscheiden. Nicht selten wurden langfristige-strategische Ziele von kurzfristigen wirtschafts- und konjunkturpolitischen sowie macht- und wahltaktischen Überlegungen der Akteure beeinflusst oder überlagert. Das war beispielsweise 1997 der Fall, als die gerade ins Amt gelangte französische Linksregierung unter Lionel Jospin, der neben Sozialisten auch Grüne und FKP-Minister angehörten, ihre Zustimmung zum SWP von einer Reihe an Bedingungen (darunter die Aufnahme eines Kapitels über staatliche Beschäftigungspolitik in den Vertrag von Amsterdam) abhängig machte. Freilich blieb dieser Passus ohne jegliche praktische Bedeutung.

Das französische Interesse an einer schnellen, der politisch-ökonomischen Integration vorausseilenden Währungsunion mag größer als in Deutschland gewesen sein, weil die Deutsche Bundesbank in Europa die geldpolitische Richtung vorgab und sich das französische Kapital in einer rasch verwirklichten Union stärkeren Einfluss auf die Geld- und Währungspolitik versprach. Aber wie die damaligen Verlautbarungen der deutschen Unternehmerverbände und des Finanzkapitals zeigen, gab es – anders als in der Bevölkerung und bei den klein- und mittelständischen Unternehmen – auch hier eine überwältigende Zustimmung. Der FDP-

⁶ Otmar Issing, *Der Euro*, München 2008, S. 45.

⁷ Vertreter der „Krönungstheorie“ vertreten die Meinung, dass eine gemeinsame Währung erst am Ende eines Prozesses der Wirtschaftsintegration stehen kann, während die „Monetaristen“ von der Währungsunion genau diejenigen Impulse erwarteten, die zu einer solchen Integration führen.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher startete im Frühjahr 1987 eine Kampagne für die Währungsunion. In einem Rückblick stellt er fest, dass „diese Idee eigentlich nur aus Deutschland kommen konnte ...“⁸, und er lässt seinen Stolz darüber erkennen, dass sein Vorstoß früher als die französische Initiative kam. Ihr starker Anklang in Bank- und Industriekreisen⁹ war ausschlaggebend dafür, dass er im Februar 1988 ein Memorandum nachschob, das den Anstoß für die Schaffung einer Kommission unter Jacques Delors gab, die dann jenen Plan ausarbeitete, der dessen Namen erhielt. Später, 1996, konstatierte *Der Spiegel* in einem Artikel „Starke Lobby für den Euro“, dass „Banker und Industrielle ... immer heftiger ... auf einen schnellen Abschied von der Mark (drängen)“. Auf die Frage nach den Vorteilen, die sie bei der Währungsunion erwarteten, antworteten die durch Allensbach befragten Führungskräfte: Stärkung auf dem internationalen Kapitalmarkt (79 Prozent), stärkerer Binnenmarkt (72 Prozent), Behauptung im internationalen Konkurrenzkampf (70 Prozent), solidere Wirtschaftspolitik einzelner Mitgliedsländer (66 Prozent) und – die Frage ist verräterisch – moderatere Gewerkschaften (43 Prozent).¹⁰ Als 1997/1998 im Vorfeld der Euro-Einführung auch angesichts dessen, dass die Beitritts-Kriterien von einer ganzen Reihe Länder, darunter auch Deutschland, kaum oder nur mit Tricks eingehalten wurden, skeptische Stimmen stärker wurden, veröffentlichten die Vorsitzenden der Wirtschaftsverbände BDI, BDA, DIHT, ZDH gemeinsam mit dem DGB (sic!) positive Stellungnahmen im *Handelsblatt*. BDA-Chef Hans-Olaf Henkel jubelte, „der Euro wird uns Beine machen“, und er meinte damit kapitalfreundliche Reformen am Steuer- und Sozialsystem sowie in der Beschäftigungspolitik.¹¹ Leon Brittan, damals EU-Außenhandelskommissar, verkündete: „Die EWU zwingt den europäischen Ländern eine Thatcheristische Politik auf.“¹²

Der entscheidende Punkt der Euro-Konstruktion für das deutsche Kapital war, dass es einen großen einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum möglichst zum Nulltarif haben wollte. Der europäische Markt sollte brutal geöffnet werden. Man wollte neue Möglichkeiten schaffen, mittels des Standort-Arguments Druck auf Löhne, Sozialabgaben und Steuern sowie die Politik überhaupt auszuüben. Das Zentralbank-Statut und die so genannten Konvergenzkriterien der Euro-Zone dienten keineswegs einer ökonomischen oder womöglich politischen Konvergenz. Vielmehr sollte mit ihnen eine einheitliche, „neutrale“ Geld- und Währungspolitik einer Europäischen Zentralbank für eine stabile und „harte“ Währung überhaupt erst möglich werden. Deshalb wurden Forderungen nach relativ nahe beieinander liegenden und niedrigen Inflationsraten und Zinssätzen der beteiligten Länder er-

⁸ Hans-Dietrich Genscher, Die europäische Einigung und die Einführung einer gemeinsamen Währung, Rede auf der Tagung des Politischen Clubs im Herbst 2010, Evangelische Akademie Tutzing 2010.

⁹ Vgl. Marsh, a. a. O., S. 176.

¹⁰ *Der Spiegel* Nr. 27/1996, S. 78, 81.

¹¹ Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 4. Mai 1998.

¹² Zitiert in: Jörg Huffschmid/Geert Reuten/Robert Went, Euroland, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/1999, S. 34.

hoben. Lügen die Inflationsraten weit auseinander, hätte eine einheitliche Geldpolitik, die sich am Durchschnitt orientiert, für die Länder mit davon stark abweichenden Werten negative Folgen. Und es sollte ausgeschlossen sein, dass die Zentralbank oder die starken Länder der Eurozone in irgendeiner Weise zur Finanzierung der Länder mit Defiziten etwa durch Finanzausgleich oder Monetarisierung der Staatsschuld mittels der Europäischen Zentralbank herangezogen würden. Deshalb die so genannte „Unabhängigkeit“ der EZB von Regierung und Parlament, die Forderung eines „unpolitischen Euro“ (Ottmar Issing), das heißt einer von Regierungs- und Parlamentseinflüssen freien Geldpolitik, einer Defizit- und Schuldengrenze sowie die No-Bail-Out-Klausel. Auch die damalige französische Regierung, die eigentlich nichts von der deutschen Konstruktion einer „unabhängigen“ Zentralbank hielt, beugte sich dieser Forderung. Damit war – mit Ausnahme des von den schwächeren Euro-Ländern geforderten, völlig unterdimensionierten Kohäsionsfonds – festgeschrieben, dass die Konkurrenz der Staaten und Standorte durch keinerlei Finanzausgleichs- und Solidaritätsprinzipien relativiert werden konnte. Ein solches Regime einer „freien“ Marktwirtschaft ist immer ein Regime des Stärkeren. Es wird nicht zur Egalisierung, sondern zur Verstärkung von nationalen Niveauunterschieden führen, ein als Myrdal-Syndrom bezeichneter Effekt.¹³ Das international orientierte deutsche und französische Kapital wollte die Märkte der schwächeren Mitglieder; keinesfalls wollte sie die Schwäche dieser Mitglieder mittels europäischer Instrumente aktiv überwinden. Wären die Kriterien einer real-ökonomischen Konvergenz zugrunde gelegt worden – in ihrem Mittelpunkt müssten neben Inflationsraten und Zinssätzen solche Kriterien wie Produktivität und Lohnstückkosten, Steuern und Sozialleistungen, Leistungsbilanzen und die Beschäftigung stehen – hätten einige der Euro-Länder gemäß der Theorie optimaler Währungsräume gar nicht an der Währungsunion teilnehmen können, zumindest nicht ohne entsprechende Faktormobilität und/oder einem adäquaten Finanzausgleich. Sie sollten aber wegen ihrer Märkte und einer fragwürdigen politischen Symbolik unbedingt dabei sein.

Gerne hätten sich die ökonomisch schwächeren Kandidaten der Währungsunion einen besser ausgestatteten Struktur- und Kohäsionsfonds zum Ausgleich der bestehen Konkurrenz Nachteile gewünscht. Sie konnten sich jedoch letztlich nicht durchsetzen. Deshalb auf die Teilnahme am Euro zu verzichten, kam für die dort herrschenden Eliten nicht in Frage: Zu verlockend waren der große europäische Binnenmarkt, der Zugriff auf eine der D-Mark vergleichbare starke Währung, der verbesserte Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und die zu erwartenden niedrigeren Zinssätze. Dieser Elite war es angesichts ihrer ökonomischen Stellung auch völlig egal, dass ihre Länder gemäß der SWP-Bestimmungen im Falle von Defiziten zu Haushaltseinsparungen und Lohn- und Sozialdruck verpflichtet waren, die nicht mehr mög-

¹³ Gunnar Myrdal, Wirtschaftsnobelpreisträger, entwickelte diese These im Rahmen seiner Theorie der Unterentwicklung. Auch Paul Samuelson hat vor einigen Jahren gezeigt, dass Außenhandel nicht unbedingt (wie es seit Ricardo in den Lehrbüchern steht) zu einer Win-Win-Situation führt, eine eigentlich wenig überraschende Feststellung.

che äußere Abwertung somit durch eine innere Abwertung zu Lasten vor allem der lohn- und sozialabhängigen Schichten zu ersetzen hätten.

Kasten 2: Die Einführung der D-Mark in der DDR als Fallbeispiel

„Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehn wir zu ihr“ wurde Anfang 1990 in der DDR skandiert. Damit wurde, was später als die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in die Geschichte einging, quasi von „unten“ forciert und konnte sich auf die Legitimation durch die Straße, die durch Wahlergebnis vom 18. März 1990 auch formal bekräftigt wurde, berufen. Auch wenn das keine „Währungsunion“ war, sondern die Einführung der D-Mark und des mit ihr verbundenen Wirtschaftssystems in der DDR, lassen sich anhand dieses Vorgangs eine Reihe grundsätzlicher Fragen einer Währungsunion im Zeitraffer beobachten. Mit dem Umtausch der Mark der DDR in D-Mark wurde die in der DDR verwendete Währung am 1. Juli 1990 mit einem Schlag stark aufgewertet, was ihre Exportmärkte in Osteuropa zusammenbrechen ließ, zumal diese Handelspartner nur sehr eingeschränkt über westliche Valuta verfügten. Da auch auf dem Binnenmarkt die DDR-Güter von Waren aus der Bundesrepublik schlagartig verdrängt wurden und die jetzt in D-Mark anfallenden Arbeitskosten (Löhne und Gehälter wurden 1:1 umgerechnet) sich im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität (hier betrug die Relation etwa 1: 0,45) vervielfachten, die Lohnstückkosten somit unvermittelt explodierten, kollabierte die DDR-Wirtschaft im Sommer 1990. Der durchschnittliche Umtauschkurs lag zwar insgesamt wohl unter 1:1, aber trotzdem nicht annähernd bei der Produktivitätsrelation. Freilich: Ein anderer Umtauschkurs beim Bargeld als 1:1 hätte die Bevölkerung der DDR existenziell gefährdet. Der Fehler lag also nicht so sehr bei diesem Kurs, sondern darin, die Wirtschaft der DDR unter diesen Bedingungen unvermittelt und ungeschützt der Konkurrenz aus der damaligen Bundesrepublik auszusetzen und sie ihrer Exportmärkte zu berauben.

„Sind wir noch zu retten?“ fragte ich damals in der „Sächsischen Zeitung“ in einer „40-Tage-Bilanz der Währungsunion“. Diese Frage stellte sich auch die letzte DDR-Regierung unter Lothar de Maiziere und beantwortete sie negativ. Am 5. August 1990 suchte er Helmut Kohl in dessen Urlaubsquartier am österreichischen Wolfgangsee auf, um auf einen rascheren Beitritt zur BRD als ursprünglich vorgesehen zu drängen. Alles in allem passte das in die politische Agenda der Bundesregierung und am 3. Oktober 1990 wurde der Beitritt, die politische Einheit, vollzogen. Der ökonomische Absturz Ostdeutschlands ging zwar weiter, endete aber infolge der Einbeziehung in das politisch-ökonomische Gesamtsystem der Bundesrepublik mit seinen sozialen, fiskalischen und föderalen Ausgleichs- und Transfersystemen, verbunden mit einer massiven Arbeitskräftewanderung von Ost nach West, nicht in einem bodenlosen Chaos mit einer womöglich politischen Destabilisierung. Freilich hängt der Osten in mancherlei Hinsicht der gesamtdeutschen Entwicklung wie ein Klotz am Bein, weil sich trotz der gewaltigen Transfers und der Existenz vieler Gewinner der Einheit kein völlig selbst tragendes Wirtschaftsgebiet entwickelt hat. Für nicht wenige Bürger Ostdeutschlands waren diese Vorgänge mit katastrophalen Folgen und Arbeitslosigkeit verbunden, aber man stelle sich vor, diese Transfers und die damit verbundene Politik- und Finanzkoordination wären der „Währungsunion“ nicht unmittelbar gefolgt!

Doch obwohl die politische Einheit Deutschlands entsprechend der Theorie des optimalen Währungsraums eigentlich die verlässliche Basis einer erfolgreichen Währungsunion ab-

gibt, fällt ein objektives Urteil zwiespältig aus. So schrieb Hans-Werner Sinn 2003, „dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann.“¹⁴ Der Angleichungsprozess von Ost und West kam zum Erliegen; im Osten haben sich dauerhaft abgehängte und arme Regionen herausgebildet und es ist offensichtlich, dass über den föderalen Finanzausgleich hinausgehende Transferleistungen noch lange Zeit erforderlich sein werden. Will man die deutsche mit der europäischen Währungsunion vergleichen, drängt sich deshalb die Frage auf, um wie viel problematischer letztere angesichts kultureller, sozial-ökonomischer und politischer Differenzen sowie fehlender Ausgleichsmechanismen sein muss, wenn schon die erstere mit weitgehendem Finanzausgleich und einheitlichen politischen Institutionen nur höchst unvollkommen funktionierte.¹⁵

Man könnte den Konstrukteuren der Währungsunion zugute halten, ihr Marktoptimismus sei einfach zu groß gewesen und sie hätten im Einklang mit dem Mainstream der ökonomischen Lehre geglaubt, der Markt sei der beste Ausgleichsmechanismus und würde in den schwächeren Ländern das Bemühen um einen wirtschaftlichen Aufholprozess verstärken. Man könnte ihnen auch zugute halten, dass es nur wenig Erfahrung mit einer Währungsunion unter solchen Bedingungen gab. Doch beide Argumente sind verfehlt.¹⁶ *Erstens* gab es eine Theorie der Währungsräume, nach der es eine solche Union unter diesen Bedingungen nicht hätte geben dürfen.¹⁷ Otmar Issing, der seinerzeit als Chef-Ökonom der EZB ihre geldpolitische Strategie bestimmt hatte, konstatierte, die Euro-Gruppe verkörpere „alles andere als einen optimalen Währungsraum“.¹⁸ Und *zweitens* gab es – wie bereits erwähnt – praktische Erfahrungen; sie lagen zudem in Deutschland nicht nur unmittelbar vor der Tür, sondern sie lagen im eigenen Haus vor: die innerdeutsche „Währungsunion“ von 1990. Es war also keineswegs wissenschaftliche Ignoranz oder fehlende Erfahrung, sondern es waren die dominierenden Interessen, die zu genau dieser Konstruktion der Währungsunion führten.

¹⁴ Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* München 2003, S. 221.

¹⁵ Dieser Vergleich lag auch meiner kritischen Beurteilung des Projekts EU-Währungsunion in einem Artikel von 1992 zugrunde (vgl. Sächsische Zeitung 28./29. März 1992).

¹⁶ Vor allem Heiner Flassbeck wiederholt häufig das Argument, dass fehlende wissenschaftliche ökonomische Kenntnisse und Ignoranz die Ursache dafür seien, dass eine solche Politik betrieben wird. Vgl. zum Beispiel Heiner Flassbeck *Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2010, S. 14, 125. Auch Albrecht Müller stellt „Denkfehler“ in den Vordergrund seiner Kritik (Albrecht Müller, *Die Reformlüge*, München 2004). Der Einwand gegen diese Argumentation mindert freilich nicht die Verdienste dieser beiden Ökonomen um die Kritik neoliberaler Wirtschaftspolitik.

¹⁷ Die Theorie der optimalen Währungsräume wurde in den 1960er Jahren entwickelt. Der Anstoß dazu kam vor allem von dem kanadischen Ökonomen Robert Mundell, der dafür 1999 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt. Nach dieser Theorie setzt eine erfolgreiche Währungsunion voraus, dass die beteiligten Wirtschaften entweder hinsichtlich Struktur und Produktivitätsniveau, aber auch politischer und sozialer Momente stark konvergiert sind oder über Ausgleichsmechanismen (Faktormobilität, innere Abwertung oder finanziellen Ausgleich) verfügen, die im Falle ökonomischer Schocks die nicht mehr mögliche Wechselkursanpassung ersetzen.

¹⁸ Issing a.a.O. S. 44.

2. Die linke Kritik an der Währungsunion

Breite Bevölkerungskreise der potenziellen Euro-Länder waren und blieben skeptisch. Volksabstimmungen fielen negativ aus oder wurden wegen dieses zu erwartenden Votums vermieden. Trotz des europäischen Einigungsprozesses, dessen Vorteile durchaus gewürdigt werden, ist die Bevölkerung zumeist nicht so „internationalistisch“ eingestellt wie das Groß- und Finanzkapital. Das hat nicht unbedingt etwas mit Nationalismus, den es natürlich gibt, zu tun, sondern damit, dass der gesamte Prozess der Internationalisierung und Globalisierung asymmetrisch verläuft: Die Entwicklung der politischen und demokratischen Institutionen hält nicht Schritt mit der Globalisierung der Wirtschaft. Hinzu kommt, dass die ethnisch-kulturellen, sozialen und rechtlichen Differenzen innerhalb Europas groß sind und dass die internationale Mobilität der Bevölkerung – ein wichtiges Moment notwendiger Ausgleichsbewegungen in einer Währungsunion – unvergleichlich geringer ausgeprägt ist als beim Kapital und den Vertretern des Kapitals. Ein Finanzausgleichssystem hätte angesichts des sozialökonomischen und Produktivitätsgefälles innerhalb Europas (das Pro-Kopf-Einkommen des ärmsten Landes beträgt etwa 66 Prozent des reichsten Landes) eine beträchtliche Dimension annehmen müssen. Es ist fraglich, ob eine ausreichende Mehrheit der Bevölkerung der reicheren Länder dies zu tragen bereit gewesen wäre. Und schließlich bestand und besteht der begründete Verdacht, dass mühsam behauptete demokratische Rechte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bei einer politisch ergänzten Währungsunion durch europäische Institutionen ausgehöhlt werden. Gerechterweise muss dazu festgestellt werden, dass auf die Frage, wie das Verhältnis demokratischer Institutionen in dieser Breite und Tiefe – von lokal bis international – praktisch und bürgernah zu gestalten wäre, auch die Linke noch keine tragfähige Antwort hat. Die Kluft zwischen der „realen Utopie“ eines vereinten Europa und des gegenwärtig möglichen und für eine erfolgreiche Währungsunion notwendigen europäischen Zusammenhalts ist nach wie vor groß.

Noch bevor sich eine systematische linke Kritik am Euro-Projekt formierte, wurde es von national-konservativen und chauvinistischen Kreisen attackiert. Ihnen ging es nicht darum, eine Einheitswährung funktionsfähig zu machen, sondern um die Kritik an der Aufgabe der starken D-Mark, an nationaler politischer Souveränität und am erforderlichen finanziellen Ausgleich zwischen den Euroländern. Eine europäische Integration gehörte überhaupt nicht zu ihren Zielen. Die Unterscheidung zwischen ihnen und jenen Kritikern, die eine Einheitswährung angesichts der ökonomisch-politischen Kluft innerhalb Europas ablehnten, fällt manchmal gar nicht so leicht. Jörg Huffs Schmid, der angesichts des Scheiterns des EWS im Jahr 1993 dem Projekt einer Währungsunion anfangs „keine Realisierungschance“ einräumte¹⁹, machte dieses Dilemma deutlich. Auf einer Tagung des IMSF arbeitete er die fatalen Folgen einer Währungsunion à la Maastricht heraus und konstatierte, dass dies allmählich auch in der öffentlichen

¹⁹ Jörg Huffs Schmid, *Wem gehört Europa?* Bd. 1, Heilbronn 1994, S. 117.

Diskussion wahrgenommen würde, „dort allerdings nun so nationalchauvinistisch umgedreht wird, dass man schon deshalb versucht ist, für den sofortigen Vollzug der Währungsunion zu sein – wenn man nicht befürchten müsste, dass die dann aufbrechenden Widersprüche und Konflikte zu noch ganz anderen Dimensionen von Chauvinismus führen können.“²⁰

Linke Kritik am Euro-Projekt unterschied und unterscheidet sich fundamental von deren nationalistischer Ausprägung. Ihr geht es nicht darum, die europäische Integration abzulehnen oder zu verzögern. Sie bejaht vielmehr deren Notwendigkeit und Perspektive, um die oben erwähnte Asymmetrie zu überwinden. Sie lehnt jedoch das neoliberal orientierte, auf monetaristischen Grundlagen beruhende Euro-Projekt ab, weil es ihm an demokratischer Legitimation und an sozial-ökologischer und beschäftigungspolitischer Ausrichtung fehlt. Dabei gab es innerhalb der linken Kritik graduelle Unterschiede: Zum einen wurde die Einheitswährung als Projekt des Großkapitals prinzipiell abgelehnt, weil sie Europa zu spalten droht. Dies war die Argumentation vor allem von PDS und DKP. Zum anderen wurde der Euro unter der Bedingung bejaht, dass seine aus linker Sicht fehlerhafte und schädliche Konstruktion korrigiert wird, wobei durchaus Chancen einer Korrektur ausgemacht wurden. Weitere Nuancen ergaben sich unter anderem daraus, dass verschiedene Zeithorizonte zugrunde gelegt wurden, sowie aus der Einschätzung, ob und wann eine ausreichende Basis für eine Währungsunion zu schaffen wäre.

Zwei Phasen dieser Kritik lassen sich unterscheiden. In einer *ersten Phase* – sie reicht bis 1998, als der endgültige Beschluss über die Einführung des Euro getroffen wurde – wurde die einheitliche Währung entsprechend dem Maastricht-Zeitplan abgelehnt. Entweder wurde der Zeitplan zur Einführung des Euro für unrealistisch gehalten oder eine einheitliche Währung zumindest solange für verfrüht erachtet, wie nicht eine stärkere wirtschaftliche Konvergenz erreicht wird, die mit einem weit fortgeschrittenen politischen Einigungsprozess verbunden ist. Nach Einführung des Euro erhielt die Kritik in einer *zweiten Phase* einen anderen Tenor: Die einheitliche Währung wird als gegebene Tatsache hingenommen, das heißt es wird nicht etwa die Forderung nach Rückabwicklung gestellt. Es wird jedoch die Kritik am Euro-System und seinen Unzulänglichkeiten fortgesetzt, ohne – bis auf wenige Ausnahmen – sein Scheitern zu prognostizieren. Vielmehr werden die Bedingungen herausgearbeitet, die geschaffen werden müssten, um den bereits eingeführten Euro erfolgreich zu machen und das Projekt zu „heilen“.

Explizit ausgesprochen wurde dieser Perspektivenwandel von Elmar Altvater und der AG Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe). Nachdem 1998 der Euro beschlossene Sache war, schrieb Altvater: „Die EWWU ist zu weit vorangebracht, als dass sie ohne pathologische Rückfälle in nationalistische

²⁰ Jörg Huffscheid, Alternative Wirtschaftspolitik für Europa, in: Internationalisierung – Finanzkapital – Maastricht II. Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen. Beiträge einer Tagung von IMSF, Z und AK Kapitalismusforschung Berlin, IMSF Forschung und Diskussion 12, Frankfurt am Main 1996, S. 113.

Positionen gestoppt oder gar vom Wege abgebracht werden könnte. Unmittelbar nach dem Vertrag von Maastricht war diese Option noch gegeben. Heute ist sie nur zu einem Preis zu realisieren, der zu hoch ist. Dies ist der Grund dafür, dass der Verfasser 1992/93 – heftige und böse Kritik provozierend – gegen den Maastricht-Vertrag und die EWWU argumentierte ..., im Jahre 1998 aber die EWWU zu unterstützen ... gezwungen ist ... Politische Positionen haben ihre Zeit, und wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben.²¹ Dies war im Prinzip auch die Position von Bündnis 90/Die Grünen, denen Altvater damals noch angehörte und die den Verträgen im Bundestag zustimmten, dies allerdings auch 1992, als Altvater noch auf anderen Positionen stand.

Rudolf Hickel, der bekannteste Ökonom der Memo-Gruppe, geht schon 1995 davon aus, dass sich „die Frage, ob die Währungsunion vollendet werden soll, gar nicht mehr (stellt). Es kann nur noch um die Bedingungen gehen, die dabei konkret berücksichtigt werden sollen.“²² Er schließt seine Analyse mit den Worten: „Es geht nicht um den Versuch, die D-Mark noch für einige Zeit zu retten. Unbedingt verhindert werden muss, dass das Gesamtprojekt scheitert, denn das würde zu einem politisch katastrophalen Rückschlag führen. Am Ende stünde ausschließlich die nationale DM-Hegemonie. Dazu gehört aber auch, die Chancen und Bedingungen einer einheitlichen Euro-Währung zu verbessern. Ein Labortest bzw. eine Strategie nach dem Prinzip ‚Versuch und Irrtum‘ taugt nicht für diesen hochsensiblen Bereiche der Geldwirtschaft.“²³ Wenn diese Bedingungen nicht geschaffen werden könnten, sei eine Verschiebung der Währungsunion unvermeidbar.²⁴ Jörg Huffs Schmid lehnt die Währungsunion zu diesem Zeitpunkt – 1995 – noch ab und plädiert für die Rückkehr zum EWS, ergänzt um weitere wirtschaftspolitische und soziale Alternativen. Ab 1998, als der Euro beschlossene Sache ist, gibt auch Huffs Schmid diese Haltung auf. „Danke, Frankreich!“ titelt er einen Artikel, in dem er die Hoffnung zum Ausdruck bringt, dass es unter dem Einfluss der neuen französischen Linksregierung zu einer Revision der Verträge kommen möge, „die eine Weiterentwicklung der europäischen Integration zu einer tragfähigen europäischen Union erlaubt.“²⁵

In den ersten Jahren nach Maastricht wurde von den meisten linken Kritikern betont, dass eine Währungsunion auf der Basis des dort geschlossenen Vertrags infolge seiner einseitigen Orientierung auf monetäre Stabilität keine realwirtschaftliche Konvergenz bewirke, dieser vielmehr entgegenwirke. Die

²¹ Elmar Altvater, Die DM ist tot! Es lebe der Euro!? Die 50-jährige Geschichte der DM und die Perspektive des Euro, in: PROKLA 112 (1998), 422, 430.

²² Rudolf Hickel, Die Euro-Währung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1995, S. 1474.

²³ Ebenda, S. 1481.

²⁴ Rudolf Hickel, Verräterische Sorgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 112/1997, S. 1322.

²⁵ Jörg Huffs Schmid, Danke, Frankreich! In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1998, S. 692.

Memo-Gruppe, die 1992 eine der ersten ausführlichen linken Analysen des Projekts vorlegte und es auch in den Folgejahren regelmäßig kritisch kommentierte, schrieb dazu: „Denn eine Wirtschaftspolitik, die für ganz unterschiedliche Bedingungen, wie sie in den Mitgliedsländern der EG vorliegen, unablässig den Vorrang der Antiinflationpolitik wiederholt und den differenzierten Einsatz verschiedener Politikinstrumente verhindert, trägt nicht zur Konvergenz, sondern zum weiteren Auseinanderdriften der realen wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen bei.“²⁶ Eine Währungsunion wird nicht abgelehnt, da sie aber eine weitgehende Angleichung der Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer voraussetzt, wird ihr erst nach einer solchen Angleichung eine reale Chance eingeräumt. Nicht eine Währungsunion stehe auf der Tagesordnung, vielmehr solle das Europäische Währungssystem mit engen Bandbreiten reaktiviert und eine gesamteuropäische Integrationspolitik eingeleitet werden.²⁷ Am ausführlichsten setzt sich das Memorandum '96 mit der Währungsunion auseinander und vergleicht es mit den historischen Erfahrungen und Vorschlägen. Der Tenor lautet: Es könne nicht nur um eine Verschiebung gehen, vielmehr sei „der entscheidende politische Eingriffspunkt das Modell selbst, dessen Ausgestaltung und Ziele, die auf steigende Beschäftigung, auf regionalen Ausgleich und soziale Integration gerichtet sein sollten.“²⁸ Hinsichtlich des europäischen Währungssystems stünden zunächst die wirtschaftliche Annäherung und erst dann eine Vergemeinschaftung des Geldes und der Geldpolitik an.

Im Memorandum '98 muss dann konstatiert werden, dass man sich mit diesen Vorschlägen nicht habe durchsetzen können. Nun komme es darauf an, die Spielräume des Vertrages zu nutzen und „längerfristig auf eine Veränderung ... in Richtung auf eine ausgewogenere wirtschaftspolitische Orientierung hinzuarbeiten.“²⁹ Die frühere Argumentation, die Einheitswährung würde zu solchen ökonomischen und sozialen Divergenzen führen, die unweigerlich das alte nationalistische Gedankengut wieder aufleben ließen, wird jetzt nicht mehr thematisiert. Dabei mag der von Jörg Huffs Schmid gezeigte verhaltene Optimismus hinsichtlich des französischen Linkseinflusses auf die weitere Gestaltung der Währungsunion eine Rolle gespielt haben. Andererseits mag diese Wende auch mit dem Selbstverständnis der Memo-Gruppe – nach möglichen Veränderungspotenzialen unter den historisch konkret gegebenen Bedingungen zu suchen und konkrete alternative Politikangebote auszuarbeiten – zu begründen sein.

Bei politischen Abstimmungen heißt es *Hic Rhodus, hic salta*: dagegen, dafür oder mit Enthaltung votieren. Von den im Bundestag vertretenen Parteien lehnte die PDS als einzige das Euro-Projekt ab. Sie argumentierte ähnlich wie die

²⁶ AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '92, Köln 1992, S.208.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 210, 240ff.

²⁸ AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '96, Köln 1996, S. 227.

²⁹ AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '98, Köln 1998, S. 26.

DKP, die es als ein „Projekt des europäischen Großkapitals“ bekämpfte, weil es ausschließlich den Interessen des Großkapitals diene.³⁰ Das Projekt führe zu mehr Arbeitslosigkeit und Armut, zu mehr Standortkonkurrenz mit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping, zu mehr sozialer und regionaler Polarisierung, zu mehr Verkehr, zu weniger Demokratie, zu mehr Dominanz des deutschen Imperialismus und zu mehr Nationalismus und weniger Völkerverständigung. In einer umfassenden Analyse begründet Sylvia-Yvonne Kaufmann, damals noch PDS-Mitglied, die ablehnende Haltung ihrer Partei: „Dieser Euro spaltet Europa“ und „kann Nationalismus reproduzieren ... Die Währungsunion kann ... zum Totengräber der europäischen Integration und des gesamteuropäischen Zusammenschlusses werden, weil sie eine gigantische Neuverteilung von unten nach oben begünstigt, in fast allen Mitgliedsländern der Gemeinschaft neuartige ökonomische Konflikte ausbrechen lässt und soziale Krisen auslöst oder nachhaltig verschärft.“³¹ In der Bundestagsdebatte über den Vertrag am 23. April 1998 argumentierte Gregor Gysi: „Man kann einen Kontinent nicht über das Geld eisen. Das hat in der Geschichte noch niemals funktioniert und das wird auch hier nicht funktionieren. ... Wir schaffen eine europäische Währung, haben aber keinen europäischen Gesetzgeber, keine europäische Verfassung, keine garantierten europäischen Rechte und verlagern die Funktionen vom Parlament auf die Exekutive in Brüssel. Das heißt, wir heben die Gewaltenteilung in der Gesellschaft schrittweise auf. ... Ich behaupte, der Euro kann auch spalten. ... Ob Frau Matthäus-Meier, ob die Sprecherin der Grünen, ob CDU/CSU oder FDP, alle würdigen am Euro, dass sich die Exportchancen Deutschlands erhöhen würden. Wenn das so ist, dann müssen doch die anderen Produktionsunternehmen in anderen Ländern darunter leiden. Das heißt, wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden ... diesem Export nicht standhalten können. Das ist eines der Probleme, das zu einer weiteren Spaltung innerhalb Europas führt. ... Wer europäische Integration will, muss europäische Angleichungsprozesse einleiten. ... Wenn sie statt dessen sagen, wir führen eine Einheitswährung ein, um die Angleichungsprozesse zu erzwingen, dann sagen Sie damit doch nichts anderes, als dass Sie ganz bewusst Lohnwettbewerb, also in Wirklichkeit Lohndumping und Kostendumping, organisieren wollen.“³²

Helmut Kohl, der von Anfang an überzeugt war, dass eine gemeinsame Währung einer politischen Union bedürfe, sprach diese Frage auf der selben Bundestagssitzung erneut an und gab der Hoffnung Ausdruck, die Währungsunion habe „eine Katalysatorfunktion in wichtigen Bereichen der Politik.“³³ Diese, von der damaligen PDS überhaupt nicht geteilte Hoffnung, haben später auch

³⁰ Leo Meyer, Europa, Mitte 1997, in: Marxistische Blätter 4/1997, S. 39/40.

³¹ Sylvia-Yvonne Kaufmann, Warum die PDS Nein zu diesem EURO sagt! Berlin 1997, S. 32ff.

³² Gregor Gysi, Rede vor dem Bundestag, in: Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, 230. Sitzung am 23.04.1998, Bundestagsprotokoll S. 21047-21050.

³³ Helmut Kohl, Rede vor dem Bundestag am 23.04.1998, in: Ebenda S. 21055.

viele Linke. So schreibt Klaus Müller: „Wenn eine optimistische Prognose erlaubt ist, dann wird all dies einen nachholenden Prozess der Institutionenbildung freisetzen, wie er sich in den jüngsten Gesprächen über Steuerharmonisierung und -kooperation, einem europäischen Bündnis für Arbeit, Ansätzen für eine EU-weite Koordinierung der Tarifpolitik und Gewerkschaftsarbeit und in Rufen nach einem stärkeren Europäischen Parlament ankündigt.“³⁴

Diese Entwicklung einzufordern und voranzutreiben war nun das Hauptfeld, auf dem sich linke Ökonomen im Zusammenhang mit der Währungsunion bewegten. Weder wurde ein Scheitern des Projekts thematisiert noch wurde der Diskussionsstrang weiterverfolgt, nach dem der Euro nicht Katalysator einer Harmonisierung als vielmehr einer Spaltung sein könnte. Diese Wende in der Argumentation wurde durch die Entwicklung der neuen Währung, die sich nach einer anfänglichen, kurzen Schwächephase zunächst als stabil erwies und sich zu einer internationalen Reservewährung mauserte, außerordentlich begünstigt. Obwohl zum Beispiel Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf in der Mitte des vorigen Jahrzehnt warnten, „eine einheitliche Geldpolitik in einem Währungsraum mit großen Unterschieden von Inflationsrate und Produktivität (berge) eine gehörige soziale Sprengkraft“³⁵, gehen sie von einer Tendenz zur Stärkung des Euro aus, der auf dem Weg zur „Weltwährung“ sei.³⁶

3. Die Krise der Euro-Zone

Seit 2010 ist nicht mehr von einem starken und stabilen Euro, sondern von einer Euro-Krise die Rede. Aber ist es überhaupt richtig, von der „Euro-Krise“, also von einer Währungskrise zu sprechen? Peter Bofinger macht in seinem Euro-Buch ein Gedankenexperiment: Was würde ein neutraler Beobachter wahrnehmen, wenn er verschiedene Regionen der Welt unter diesem Aspekt analysierte? Das Ergebnis: Eine Währungskrise im Euro-Raum würde dieser Beobachter kaum konstatieren.³⁷ Keiner der Indikatoren, die üblicherweise mit einer solchen Krise verbunden sind (hohe Inflationsrate, Absturz des Außenwerts der Währung und Leistungsbilanzdefizit, hohe Verschuldung), weist für die Euro-Zone als Ganzes eine im globalen Vergleich überdurchschnittlich dramatische Entwicklung auf. Worin besteht also die Euro-Krise? Der offensichtlichste Tatbestand besteht darin, dass einzelne Mitgliedsländer ihre Staatsschulden nicht mehr refinanzieren können, weil die potenziellen Kreditgeber nicht mehr bereit ist, die Staatsanleihen zu Preisen zu kaufen, die für die jeweiligen Regierungen noch akzeptabel wären, ihre Haushalte also nicht über Gebühr mit dem Schuldendienst belasten. Die möglichen Kreditgeber erwarten nicht, dass sich ihre Anlage ausreichend verzinst. Sie haben kein Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit jener Länder, deren öffentliche Haushalte hoch

³⁴ Klaus Müller, Die Einführung des Euro. In: Prokla, Heft 114, 1999, S. 26.

³⁵ Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire? Münster 2007, S. 108.

³⁶ Ebenda, S. 238.

³⁷ Peter Bofinger, Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro, München 2012, S. 17ff.

verschuldet sind, die erhebliche Leistungsbilanzdefizite aufweisen und deren Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit weit hinter dem Durchschnitt der Euroländer hinterherhinken. Diese Länder können sich nicht mehr, wie das bei Existenz einer eigenen, nationalen Währung möglich wäre, über die Monetarisierung ihrer Schulden bei ihrer nationalen Zentralbank oder eine Abwertung zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit der Stärkung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte behelfen. Staatliche Finanzierungssalden und Leistungsbilanzsalden stehen im Wirtschaftskreislauf in einem engen Zusammenhang: Sind private Investitionen und privates Sparen gegeben, entspricht die Veränderung der Leistungsbilanz genau der Veränderung des Haushaltsaldos. Eine negative Leistungsbilanz kann also im Staatsdefizit genau so seine Ursache haben wie umgekehrt ein solches Defizit Folge einer negativen Leistungsbilanz sein kann.³⁸ Die Euro-Krise ist also eine *Schuldenkrise* und eine *Zahlungsbilanzkrise* einzelner Mitgliedsländer. Da die Regierungen dieser Länder versuchen, ihre Zahlungsfähigkeit über innere Abwertung und Sparpolitik wiederzugewinnen, ist diese Krise infolge sinkender Nachfrage mit einer schweren Rezession verbunden. Diese wird durch die aufkrotrierte Austeritätspolitik weiter verschärft. Diese Politik hat in einen Teufelskreis hineingeführt. Die Wirtschaft der betroffenen Länder zieht die Euro-Zone zu Boden und die von ihnen ausgehende Unsicherheit und sinkende Nachfrage wirkt über die internationalen Kredit- und Warenmärkte lähmend auch in die Weltwirtschaft hinein. Der Riss in der Euro-Zone verläuft vor allem zwischen den Ländern der Peripherie (insbesondere Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland, Zypern) und den Ländern der so genannten Kernzone mit Leistungsbilanzüberschüssen (Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich, Finnland, Luxemburg) und einer starken Gläubigerposition (mit Deutschland an der Spitze). Frankreich, das zur Kernzone gezählt wird, ist ebenfalls defizitär und steht deshalb oft auch an der Seite der peripheren Länder, mit denen es stärker als Deutschland vernetzt ist. Da zudem immer deutlicher wird, dass diese Krise auf der institutionellen und rechtlichen Konstruktion der Euro-Zone beruht, erweist sie sich auch als eine Krise der institutionell-rechtlichen Verfasstheit Europas.

Zur Schlussfolgerung, dass es sich um eine Krise des Euro handelt, muss man unabhängig davon kommen, ob man die Euro-Konstruktion als ursächlich für diese Krise betrachtet, oder aber meint, ohne die Weltwirtschaftskrise von 2007ff gebe es sie gar nicht. Aber angesichts der Größe und der Bedeutung dieses Währungsraums – es handelt sich um den weltweit zweitgrößten Währungsraum, der Euro ist die zweitwichtigste Weltwährung und fungiert für über 50 Länder als Ankerwährung³⁹ – kann die Weltwirtschaftskrise nicht als ein „externer Schock“ für die Euro-Zone betrachtet werden. Es geht nicht darum, dass diese schlecht auf eine Krise vorbereitet war. Vielmehr bilden ihre spezi-

³⁸ Diese folgt aus der Kreislaufidentität: Investitionen + Leistungsbilanz = privates Sparen + Saldo des Staatshaushalts.

³⁹ Vgl. Issing, a.a.O. S. 148ff.

fische Konstruktion und die in ihrem Rahmen betriebene Politik wichtige Momente des historisch konkreten Verlaufs dieser Krise, deren Entstehung und Entfaltung einer bestimmten Zeit und Reife bedurften. Die Weltwirtschaftskrise hat die Konstruktionsfehler des Euro schonungslos offen gelegt, sie war aber nicht die Ursache der Euro-Krise, so wie umgekehrt ihre Entstehung infolge einer Überakkumulation von fungierendem, Geld- und fikтивem Kapital nicht des Euro bedurfte. Diese Krise ist eine Euro-Krise, weil die Euro-Konstruktion der Kern ihrer Probleme ist. Paul Krugman schreibt, „was die beteiligten Staaten nicht haben, ist eine eigene Währung. Und genau das war der Auslöser der Krise.“⁴⁰ Richtig muss es jedoch heißen: Der Kern des Problems ist, dass der Euro als „Währung ohne Staat“ das Konstrukt eines politischen Gebildes ist, das Ungleichgewichte zwischen seinen Teilgliedern nicht bis zu einem vertretbaren Niveau ausgleicht.

Richtig ist, dass der Euro seine erste Wirtschaftskrise zu Beginn dieses Jahrhunderts scheinbar recht gut iberstanden hatte, was zu der erwähnten Euphorie beigetragen hatte. Im Langfrist-Vergleich schneidet die Euro-Zone jedoch schwach ab. Ihre Wachstumsrate war, verglichen mit den Nicht-Euro-Ländern der EU und verglichen zum Beispiel mit den USA iber den gesamten Zeitraum 1999 bis 2011 am schwächsten, die Arbeitslosenquote am höchsten. Und ein genauere Blick offenbarte schon lange vor der jüngsten Weltwirtschaftskrise ernste Erscheinungen einer Erosion. „Europäische Wahrungunion im Treibsand“ titelten Michael Heine und Hansjörg Herr 2006 in der Phase des weltwirtschaftlichen Aufschwungs.⁴¹ Sie konstatierten angesichts der divergierenden Entwicklung der Lohnstückkosten, der Leistungsbilanzen und der öffentlichen Haushalte innerhalb der Euro-Zone „eskalierende regionale Probleme“ und „Verwerfungen“.⁴² Infolge des Fehlens von Institutionen, die eine Politik des ökonomischen Ausgleichs in Bezug auf Inflation, Löhne und Leistungsbilanz in Form eines Finanzausgleich innerhalb der Euro-Zone hätten betreiben können, wirken eine Einheitswährung und eine übernationale Geldpolitik bei stark divergierenden Ausgangsbedingungen eben nicht harmonisierend, sondern verstärken vorhandene und schaffen neue Divergenzen. Eine solche Ausgleichspolitik fehlte nicht einfach, ihr Fehlen war Teil des Konzeptes.

Eine Währung ist die konkrete, staatlich vorgeschriebene Form des Geldes als Ausdruck komplexer gesellschaftlicher Verhältnisse. Alle ökonomisch entscheidenden Prozesse, das Handeln der ökonomischen Akteure und ihre Verhältnisse zueinander realisieren sich heute iber das Geld. Es ist kein trügerischer Schein, dass dem Geld die geheimnisvolle Kraft eines Fetischs inneohnt, es hat sie tatsächlich. Wer iber Geld verfügt, verfügt iber diese Kraft. Und wer iber die politische und ökonomische Möglichkeit verfügt, selbst

⁴⁰ Paul Krugman, *Vergesst die Krise*, Frankfurt, New York 2012, S. 204.

⁴¹ Michael Heine, Hansjörg Herr, *Europäische Union im Treibsand*, in: PROKLA 144, Nr. 3/2006, S. 361-379.

⁴² Ebenda, S. 377.

Geld – Kreditgeld und Zentralbank- oder „Fiatgeld“ – zu schaffen, verfügt über diese Kraft in potenziertes Weise. Der Geldfetisch als ein realer Schein äußert sich auch darin, dass die Währung eines Landes Identität stiftend ist, also einen über die reine Geldsymbolfunktion hinausgehenden, sozialen Inhalt hat, der – wie die Ideen, sobald sie die Massen ergreifen – reale politische Kraft entfalten kann. Wer erinnert sich nicht der euphorischen Tumulte anlässlich des Währungsumtausches in der DDR? Es war wohl auch die Erfahrung dieser emotional-politischen Wucht, die mit dem Geldsymbol verbunden war, die zur Entscheidung der Bundesregierung beigetragen hat, die europäische Währungsunion voranzutreiben. Aber die Hoffnung, der Katalysator Geld reiche, um ein abgestimmtes Verhalten der beteiligten Länder herbeizuführen, erwies sich als trügerisch. Das Konkurrenzverhalten, die Suche nach dem eigenen Vorteil im Rahmen des Eurosystems, und dies unter Umständen auch zu Lasten anderer Euro-Länder, waren stärker. Zu integrativen Schritten kommt es nur unter äußerstem Zwang und quasi als letzte Rettung. Geld ist eben nicht bloß ein Instrument monetaristischer Politik, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse im Reproduktionsprozess als einer komplexen, widerspruchsvollen Einheit seiner Phasen und Sphären insgesamt.

Die grundsätzlichen Entscheidungen bei Schaffung der Währungsunion betreffen den europarechtlichen und institutionellen Rahmen, die Konstruktion der EZB, ihre Zielstellung und ihre Instrumente sowie ihre geld- und währungspolitischen Prioritäten hinsichtlich der Umtauschkurse, der Geldmengenpolitik, der Zinspolitik und der Währungspolitik gegenüber anderen Währungen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Eine umfassende Analyse und Kritik aller Facetten dieser polit-ökonomischen Entscheidungen und Entwicklungen kann hier nicht geboten werden, vielmehr erfolgt eine Konzentration auf diejenigen Aspekte, die für die gegenwärtige Krise des Euro als entscheidend betrachtet werden können.

Eine Grundlage der Erosion wurde mit dem Startschuss des Euro in Form der Umtauschkurse geschaffen. Die Bedeutung dieser Frage kann nicht hoch genug veranschlagt werden, weil damit über die außenwirtschaftliche Einbettung und Konkurrenzfähigkeit der beteiligten Staaten von Anfang an mit entschieden wurde. Als die D-Mark in der DDR eingeführt wurde, bedeutete das die plötzliche Aufwertung der dort verwendeten Währung, so dass die Außenwirtschaft dieses Landes faktisch über Nacht zusammen brach. Bei der Einführung des Euro in den beteiligten Ländern wurde bei der Entscheidung über die Umtauschkurse im Jahr 1998 auf den ECU, die im Europäischen Währungssystem von 1979 geschaffene Kunstwährung, zurückgegriffen. Zugrunde gelegt wurden bilaterale Leitkurse der beteiligten Währungen und das ökonomische Gewicht der beteiligten Länder. Über beide Größen wurde politisch vom ECOFIN, dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister unter Beteiligung der Notenbankchefs, entschieden. Dem gesamten Verfahren wohnte nicht nur eine gehörige Portion Willkür inne, auch die real beobachteten Wechselkurse, die bei diesen Entscheidungen eine Rolle spielten, sind nie frei von spekulativen Momenten. Sie spiegeln nicht unbedingt die Relationen der unterschiedli-

chen nationalen Niveaus von Produktivität und Preis wider. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass die festgesetzten Umtauschkurse für die einen Länder Auf- und für andere Abwertungen der verwendeten Währungen einschlossen und damit ihre Außenwirtschaft schwächten oder stärkten.⁴³ Für die „Schwachwährungsländer“ der europäischen Peripherie beinhaltete die Euro-Einführung jedenfalls eine Aufwertung. Sobald die einheitliche Währung eingeführt war, galt und gilt bei Veränderungen des Außenwertes des Euro, dass die beteiligten Länder sehr unterschiedlich davon betroffen sind. Die mit dem Jahr 1999 verstärkt beginnende Ausdifferenzierung der Leistungsbilanzen der Euro-Länder legt den Schluss nahe, dass der Umtauschkurs und die weitere Entwicklung des Eurokurses für die schwächeren Länder des Mittelmeerraums wie eine Aufwertung und für die zentral- und nordeuropäischen Länder eher wie eine Abwertung wirkten. Dieser Effekt wurde dadurch verstärkt, dass Länder wie Deutschland eine starke Lohnstückkostensenkung realisierten, also eine innere Abwertung durchsetzten, während die zuerst genannten Länder eine Lohnstückkostenerhöhung, also eine innere Aufwertung, erfuhren. Es ist sehr einseitig, für diese Divergenzen allein das exportorientierte Deutschland verantwortlich zu machen. Selbstverständlich haben das Kapital und die herrschenden Eliten jener Länder ihren Anteil an dieser Fehlentwicklung. Sie erkaufte sich mit ihrer Politik angesichts außenwirtschaftlicher Schwäche bei zunehmender äußerer Verschuldung eine wachsende Nachfrage, banden die ihnen nahe stehenden Schichten mit ökonomischen Zugeständnissen an sich und stellten die Bevölkerung sozial ruhig. Ziel war die Stärkung ihrer eigenen ökonomischen Position. Dabei schlug sich diese Politik zunächst noch nicht einmal so sehr in der öffentlichen, sondern in der privaten äußeren Verschuldung nieder. Sie wurde zu einer Krise der Staatsverschuldung, als im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, der Bankenrettung und der Konjunkturpakete private in öffentliche Schulden verwandelt wurden. Überhaupt verbietet es sich, beispielsweise von „Deutschland“ oder „Griechenland“ zu sprechen, womöglich noch in einer Art eines auf dem Kopf stehenden Nationalismus unter Zuweisung einer „Täter-“ und „Opferrolle“, ohne deren innere soziale und klassenmäßige Differenzierung und die daraus resultierenden Interessenunterschiede und -gegensätze zu berücksichtigen. Wenn schon Täter, dann sind es sowohl deutsche wie griechische politische und Kapitaleliten; und Opfer sind allemal die subalternen Schichten und Klassen beider Länder.

Die auf innere Abwertung gerichtete, exportorientierte deutsche *Beggar-my-Neighbour*-Politik hat zwar einen bedeutenden Anteil an der Fehlentwicklung der von ihr dominierten Euro-Zone, aber letztlich ist dafür die Konstruktion der Euro-Zone insgesamt ursächlich. Mit dem Verlust ihrer geldpolitischen Souveränität nahm sie den einzelnen Ländern einen Teil ihrer wirtschaftspolitischen Flexibilität, ohne dass dieser Verlust durch eine geeignete europäi-

⁴³ Diese Feststellung ist auch dann richtig, wenn berücksichtigt wird, dass, wie Marsh (a.a.O., S. 275) schreibt, Deutschland den Euro mit einem relativ hohen Umtauschkurs für die die D-Mark eröffnete.

sche, auf den Ausgleich von internationalen Ungleichgewichten gerichtete Stabilitätspolitik kompensiert wurde. Die angeblich stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie der EZB und der SWP ordneten sich nahtlos in das neoliberale Design Europas ein. In diesem Konzept haben eine auf Stärkung der Binnennachfrage orientierte Wirtschaftspolitik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Politik zur Kontrolle und Regulierung des Finanzsektors keinen Platz. Eine ausschließlich auf die Stabilisierung des durchschnittlichen Preisniveaus⁴⁴ gerichtete EZB-Politik galt und gilt als der „beste Beitrag“ der Geldpolitik und „wichtigster Mechanismus“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.⁴⁵ Die angestrebte Zielinflationsrate von knapp 2 Prozent ignoriert jedoch, dass Preissteigerungen auf vielfältigen Ursachen beruhen können und eine solche Deflationspolitik Wachstum bremsen kann. Auch die diesem Diktum unterworfenen Zinspolitik wirkte ausgesprochen asymmetrisch, indem Lockerungen zu langsam, Straffungen zu abrupt erfolgten.⁴⁶ Die Asymmetrie gilt nicht nur in Bezug auf die Konjunkturentwicklung, sondern auch in ihrer räumlichen Wirkung. Aber Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone gelten nach der herrschenden Doktrin als normaler Ausdruck der Staatenkonkurrenz. Kreditblasen als das Gegenstück wachsender Verschuldung waren kaum Gegenstand irgendeiner Besorgnis; lediglich die öffentliche, nicht jedoch die private Verschuldung stand als „Konvergenzkriterium“ unter Beobachtung. In einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ gemäß Vertrag über die Europäische Währungsordnung gelten solche ungleichgewichtigen, asymmetrischen Erscheinungen als hinnehmbar.

Der wachsende Außenwert des Euro in den Jahren 2002 bis 2008 war für Euro-Länder, die nicht wie Deutschland mit Lohndumping und einer aggressiven Außenhandelspolitik gegenhalten konnten, kein Segen. Ihre Leistungsbilanzdefizite wuchsen dramatisch und ihre außenwirtschaftliche Schwäche schlug sich entsprechend der Logik des wirtschaftlichen Kreislaufzusammenhangs auch in ihren öffentlichen Haushalten nieder. Diese Entwicklung in Richtung einer Schuldenblase wurde von den niedrigen Zinsen auf ihre Staatsanleihen begünstigt. Noch hatten die potenziellen Gläubiger dieser Länder nicht realisiert, dass hinter den Staatsanleihen der einzelnen Euro-Länder nicht die Euro-Zone oder die EZB als „lender of last resort“ als Sicherheit stand (so wie das bei Zentralbanken souveräner Nationalstaaten in der Regel der Fall ist), sondern infolge der *No-Bail-Out*-Klausel, des Verbots der monetären Finanzierung der öffentlichen Haushalte, und fehlenden fiskalischen Zusammenhalts in dieser Zone nach wie vor die fiskalpolitisch vereinzelt Mitgliedstaaten. Erst die Weltwirtschaftskrise rückte dieses Dilemma ab 2008/2009 allmählich

⁴⁴ Gemessen an der imaginären Größe des einheitlichen Harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI für die gesamte Euro-Zone, die mit nationalen Inflationsraten zwischen 1,6 und 4,2 Prozent in Wirklichkeit eine starke innere Zerklüftung aufweist.

⁴⁵ Issing, a.a.O., S. 35.

⁴⁶ Vgl. Jörg Bibow, Europäische Geldpolitik: fehlkonzipiert, irregeleitet und lernresistent, in: WSI Mitteilungen 6/2011, S. 280.

ins Bewusstsein. Die Krise ließ die öffentlichen Einnahmen der Euro-Zone rapide absinken, während die Ausgaben infolge der sozialen Kosten, der Konjunkturprogramme und der Bankenrettung stark anstiegen. Die Folge davon war eine Explosion der Defizitquoten und der Staatsverschuldung, wovon die an sich schon schwächeren Länder in besonders starker Weise betroffen waren. Der damit verbundene Vertrauensverlust in die Sicherheit der Anleihen dieser Länder katapultierte bei infolge der Finanzkrise sowieso schon steigenden Zinsen – kräftig angeheizt durch spekulative Attacken – die Refinanzierungskosten auf ein politisch nicht mehr beherrschbares Niveau.

Als die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands offenbar wurde, begann folgerichtig die Diskussion über den Bestand der Euro-Zone. Alle Analysen besagten, dass ein auf sich gestelltes Griechenland bei noch so starken Anstrengungen zur Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit durch Produktivitätsentwicklung sowie Lohn-, Sozialkosten- und Preissenkung auf keinen Fall in der Lage sein würde, kurz- und mittelfristig seine Zahlungsfähigkeit in einem ausreichenden Maße wieder herzustellen. Eine Unterstützung durch die anderen Euro-Länder waren gemäß SWP und *No-Bail-Out*-Klausel eigentlich verboten und von einem Schuldenerlass befürchtete man, dass die in der Krise soeben geretteten Banken womöglich erneut in Schwierigkeiten gebracht würden und dies zudem Auswirkungen auf die Zinsen künftiger Anleihen haben könnte. Der Austritt aus der Euro-Zone und die Herstellung währungspolitischer Souveränität wurden somit zu realen Optionen der Krisenbekämpfung. Da mit Portugal, Spanien, Italien und Irland weitere Euro-Länder in Bedrängnis gerieten, hing mit einem Mal das Damoklesschwert des Zerbrechens über dem Projekt Euro-Zone.

Auch wenn der Austritt einzelner Länder nicht automatisch das Ende des Euro bedeuten sollte, wäre das nicht nur mit einem enormen Verlust an Prestige und Legitimation der politischen Eliten verbunden, es käme auch zu ökonomischen Verlusten des exportorientierten Kapitals, der Anleger und Gläubiger, ganz zu schweigen von den sozialen Kosten. Die im Vorfeld der Euro-Gründung beschworenen ökonomischen Vorteile wären dahin. So ist es für die Macht- und Entscheidungselite letztlich eine Frage der Abwägung zwischen den politischen und ökonomischen Kosten eines Austritts und den Kosten, die der Erhalt der bisherigen Euro-Zone mit sich bringt, welche die weitere Diskussion und die politische Reaktion auf die Krise bestimmten. Dabei geht es aber nicht schlechthin um Kosten, sondern um die Frage, wer – welche Länder und welche sozialen Klassen und Schichten – diese letztlich zu tragen haben und inwieweit welches Kapital betroffen wäre. Dieses Abwägen ist schwierig, was das politische Lavieren der Akteure und ihren Kampf um Zeitgewinn erklärt. Nicht zu vergessen ist auch, dass in Deutschland Bundestagswahlen anstehen und das politische Überleben der Bundeskanzlerin und ihrer Partei als Regierungspartei eng mit dem Erhalt des Euro in seiner bisherigen Struktur zumindest bis zu diesen Wahlen verbunden ist.

Bislang wurde die Frage zugunsten des Erhalts der heutigen Euro-Zone beantwortet. Die internationale Finanzlobby nahm darauf massiven Einfluss, so zum

Beispiel in Gestalt des *Institute of International Finance*, dessen damaliger Vorsitzender, der ehemalige Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, die Verhandlungen zum griechischen Schuldenschnitt dominierte.⁴⁷ Dies entspricht auch den Intentionen derjenigen, die von Anfang an am Euro-Projekt aus wirtschaftlichen Gründen interessiert waren.⁴⁸ Das könnte sich freilich ändern: Die finanziellen Verflechtungen im Euro-Finanzmarkt haben sich erheblich gelockert; die Forderungen der Geschäftsbanken der wichtigsten Euro-Länder gegenüber der gesamten Euro-Zone sanken seit 2008 um beträchtliche 42 Prozent, gegenüber den Euro-Krisenländern sogar um 50 Prozent.⁴⁹ Die Exporte zum Beispiel nach Griechenland sind stark zurückgegangen und nachdem ein Teil der griechischen Staatsanleihen von der EZB aufgekauft, aus den Rettungsschirmen zwischenfinanziert, abgewertet oder von Griechenland zurückgekauft worden ist, würden bestimmte Privatanleger kaum noch mit sehr hohen Verlusten zu rechnen haben. Damit wäre ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone zwar politisch und für die Steuerzahler als Verlust zu verbuchen, aber für die Privatwirtschaft weniger dramatisch als noch vor Jahresfrist. Das gilt auch für andere Krisenländer, wenn auch in weit geringerem Maße. Immerhin wird schon mal die Option einer Kern-Euro-Zone, einer „Währungsunion der zwei Geschwindigkeiten“ diskutiert.⁵⁰ Aber so weit ist es noch nicht, noch dominiert der Wille, alle Länder bei der Stange zu halten.

Auch wenn die Krise und der politische Klärungsprozess noch keineswegs abgeschlossen sind wird das Grundmuster der Antwort der Euro-Regierungen allmählich klar und hat sich in einer Reihe von europäischen Verträgen und Gesetzen niedergeschlagen. Ohne alle Elemente dieser Strategie hier erklären zu wollen kann sie wie folgt charakterisiert werden:

Obwohl von weiteren Integrationsschritten die Rede ist und einzelne begründenswerte Maßnahmen eingeleitet wurden, wird eine Strategie zur Reform europäischer Institutionen in Richtung von mehr Demokratie, stärkerer Partizipation und mehr sozialem Ausgleich, die geeignet wäre, dem erneut aufscheinenden Nationalismus entgegen zu wirken, nicht erkennbar. Obwohl das deut-

⁴⁷ Vgl. Jörg Goldberg, Menetekel Griechenland, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 87 (September 2011), S. 10f.

⁴⁸ Am 21. Juni 2011 schaltete eine Gruppe von 50 französischen und deutschen Großunternehmen und Finanzmanagern, die nach eigenem Bekunden mit 5 Millionen Mitarbeitern einen Umsatz von 1,5 Billionen Euro erwirtschaften, in allen großen Blättern eine Anzeige „Der Euro ist notwendig“. In der Anzeige rufen sie zur Rettung des Euro, zur Hilfe „für Griechenland“, aber auch zu frühzeitigen und effektiven Sanktionen und soliden Staatsfinanzen auf. „Die Rückkehr zu stabilen finanziellen Verhältnissen wird viele Milliarden Euro kosten, aber die Europäische Union und unsere gemeinsame Währung sind diesen Einsatz allemal wert.“, schrieben sie. Auch in der FAZ wird konstatiert, niemand unterstütze die Euro-Rettung so hingebungsvoll wie die deutschen Großkonzerne und der BDI (faz.net am 1.7.2012).

⁴⁹ iw-dienst Köln Nr. 50 vom 13.12.2012, S. 7.

⁵⁰ So Martin Kannegießer, Präsident von Gesamtmetall, im Interview, in: Die Welt online 5.7.2012. Vgl. auch Hans-Werner Sinn, Die Target-Falle, München, S. 379 zu einer „offenen Währungsunion“.

sche Verfassungsgericht einschlägige Klagen zurückgewiesen hat, bleibt es dabei, dass ein auf demokratische Weise hergestellter Konsens über die Europapolitik, den die Bevölkerung aller beteiligten Länder trägt, nicht existiert.

Kasten 3: Eckdaten der Euro-Geschichte II

Frühjahr 2010: Die drohende Pleite des griechischen Staates wird mit Krediten der Euro-Länder, der EZB und des IWF abgewendet.

Mai 2010: Die EZB beginnt mit dem Ankauf riskanter Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt; im September 2012 gibt sie bekannt, öffentliche Anleihen notfalls auch „unbegrenzt“ anzukaufen.

Juni 2010: Schaffung der bis 2013 begrenzten European Financial Stability Facility (EFSF) und des EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) als Rettungsfond für insolvenzbedrohte Euro-Länder.

Herbst 2010: Beginn der Verhandlungen der Euro-Länder zur Schaffung eines ständigen Rettungsfonds und zur Reform des SWP (d.h. des Maastricht- und Amsterdam-Vertrags).

2010 bis 2012: Griechenland, Irland und Portugal nehmen – teilweise mehrfach – Kredite des EFSF in Anspruch, Griechenland wird eine Teilentschuldung gewährt.

März 2011: Verabschiedung des „Six Pack“, der Dezember 2011 in Kraft trat: Bündel von europarechtlichen Maßnahmen bzw. Gesetzen zur Reform des SWP und zur stärkeren Koordinierung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Euro-Zone sowie zur Verhinderung makroökonomischer Ungleichgewichte, die anhand eines Systems von Indikatoren (Scoreboard = Zielsystem) identifiziert werden.

März 2011: Euro-Plus-Pakt: Beteiligte Euro- und Nicht-Euro-Länder verpflichten sich freiwillig auf bestimmte wirtschaftspolitische Ziele zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur Koordination der Wirtschaftspolitik; teilweise Überschneidungen mit dem Six-Pack.

Dezember 2011/März 2012: Die EZB versorgt die Privatbanken mit extrem billigen Krediten in Billionenhöhe („Dicke Bertha“).

März 2012: Unterzeichnung des Fiskalpakts (SKS-Vertrag = Stabilität, Koordinierung, Steuerung, Teil des Six-Packs), dem auch EU-Länder beitraten, die nicht zur Euro-Zone gehören; dieser Pakt reformiert und verschärft den bisherigen SWP. Sein Kern ist die Schuldenbremse, deren Einhaltung durch die Europäische Kommission regelmäßig überprüft wird und die zu Sanktionen und Auflagen gegen die betroffenen Länder führen kann. Der Pakt ist noch nicht von einer ausreichenden Zahl von Ländern ratifiziert worden (Stand: November 2012).

September 2012: Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM als ständiger Rettungsfonds für Euro-Länder tritt in Kraft

Sollte der Euro aus Sicht mancher Linker dazu beitragen, die deutsche Hegemonie zu relativieren, so ist das Gegenteil eingetreten. Auch wenn die deutsche Regierung gelegentlich – zum Beispiel im Zusammenhang mit der Geldpolitik der EZB – isoliert scheint, so ist sie infolge der ökonomischen Domi-

nanz Deutschlands tonangebend geblieben. Wenn Margret Thatcher bei den europäischen Verhandlungen einst den Standpunkt vertrat „I want my money back“, so kann Angela Merkel heute mit der Position „Not with my money“, die sie rigoros durchzusetzen und den deutschen Wählern zu kommunizieren versucht, identifiziert werden. Dabei ist klar, dass auch der deutsche Steuerzahler zur Kasse gebeten wird, wenn der Rettungsschirm nicht wie gewünscht wirkt und der Gewährleistungsfall eintreten sollte. International gelten sie und mit ihr Deutschland jedoch als die „Zuchtmeister“ Europas. Das verschafft ihr in bestimmten Kreisen und bei bestimmten Teilen der deutschen Bevölkerung Respekt, in den mit einem Austeritätskurs überzogenen Ländern werden jedoch nationalistische Ressentiments gefördert.

Die Strategie zur Herstellung realer ökonomischer und sozialer Konvergenz innerhalb der Euro-Zone, zur Harmonisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Ausgleich ökonomischer Ungleichgewichte beschränkt sich auf die Formulierung entsprechender Indikatoren und eines Scoreboards sowie eine unverbindliche Abstimmung und Kontrolle. Eine wirkliche Ex-ante-Koordination findet nicht statt.

Ein ökonomischer Ausgleich zwischen den Ländern tritt nur im Notfall bei drohender Insolvenz in Kraft, indem Defizitländer Kredite aus dem Rettungsfonds erhalten und dafür einen Teil ihrer finanzpolitischen Souveränität zwangsweise abgeben müssen. Das zum Defizit Überschüsse an anderer Stelle gehören, sich beide ökonomisch und politisch wechselseitig bedingen, also auch eine symmetrische Reaktion notwendig wäre, bleibt ausgeblendet. Die Hauptlast der Anpassung tragen die subalternen Schichten und Klassen der Defizitländer, denen enorme soziale Belastungen aufgebürdet werden.

Manche der politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Euro-Rettung zeigen in die richtige Richtung. Aber der Geburtsfehler des Euro, die fehlende politisch-ökonomische Koordination zum Ausgleich von Disparitäten als Kompensation für die aufgegebenen nationalen Währungssouveränität, wird nicht beseitigt. Das ist vor allem den Interessenunterschieden und Gegensätzen der beteiligten Länder und der in ihnen herrschenden Eliten geschuldet, die sich dem Diktum der Konkurrenz als Elixier kapitalistischer Marktwirtschaft unterwerfen. Ansonsten ist angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl „muddling through“, Durchwursteln, Zeit gewinnen, oder, wie es CDU-Bundestagsfraktionschef Volkmart Kauder nennt, „Fahren auf Sicht“ gefragt.

4. Der linke Diskurs über die Zukunft des Euro

Was viele Kritiker des Euro-Projekts vorausgesagt hatten, ist eingetreten: Die Spaltung, womöglich sogar die Auflösung der Euro-Zone, kann nicht mehr ausgeschlossen werden, breite Volksmassen werden durch die europäische Spar- und Lohnsenkungspolitik in Ruin und Elend getrieben, Deutschland dominiert auch ohne seine D-Mark und nationale Chauvinismen feiern fröhliche Urständ. Aber auch Kohl hatte irgendwie Recht: Seine Hoffnung, die gemeinsame Währung würde die beteiligten Länder zwingen, eine stärkere politisch-ökonomische In-

tegration voranzubringen, scheint irgendwie aufzugehen, wenn auch auf eine abstruse, brutal asoziale, undemokratische und autoritäre Weise. Und obwohl es im Zuge der Entwicklung der Europäischen Union zweifellos auch Positives in der Kooperation und Integration gegeben hat, ist man angesichts dieser Entwicklung unwillkürlich an Lenins Verdikt von 1915 erinnert: „... die Vereinigten Staaten von Europa (sind) unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“⁵¹

Also alles auf Anfang, raus aus dem Euro? Oder könnte es sein, dass die Integration der Euro-Länder zwar falsch angepackt wurde, sie aber für eine Umkehr schon zu weit gegangen ist und nur noch die Flucht nach Vorn sinnvoll ist? Die PDS hatte den Euro seinerzeit im Bundestag zu Recht abgelehnt. Später, als Partei DIE LINKE, lehnte sie die diversen „Rettungsschirme“ mit der Begründung ab, die demokratische Legitimation für einen so weit reichenden Eingriff in die Budgethoheit fehle und der den Defizitländern aufgebürdete Sparkurs sei nicht nur asozial, sondern verschärfe die Krise. In dieser Argumentation wird die prinzipielle Ablehnung des Euro und die pessimistische Prognose, wie sie beispielsweise Gregor Gysi 1998 vorgenommen hatte, nicht mehr artikuliert. Falsch oder richtig? Nun gut, die Frage von Erhalt oder Nicht-Erhalt des Euro stand nicht zur Abstimmung. Man könnte auch sagen, es „ist nicht Aufgabe der Linken, den Euro zu verteidigen oder umgekehrt, gegen den Euro zu mobilisieren.“⁵² Aber die Frage erledigt sich dadurch nicht, sie ist politisch aufgeworfen und verlangt eine Antwort. Es kann allerdings auch nicht mehr automatisch die Antwort von Altvater aus dem Jahr 1998 (der Euro sei nun einmal da, man müsse mit ihm leben und das Beste daraus machen), ganz zu schweigen von Lenin (1915), gelten. Nach einem Dutzend Jahre der Erfahrung mit dem Euro und angesichts der Tatsache, dass mit seiner Infragestellung die Chance einer neuen Antwort existiert, muss erneut und unter neuen Bedingungen Position bezogen werden. Entscheidungskriterien müssen die in einem demokratischen Prozess artikulierten Interessen der Bevölkerungsmehrheit aller beteiligten Länder sein. Ist in der kapitalistischen Gegenwart Europas einer Gemeinschaftswährung Asozialität und Scheitern eingeschrieben oder ist die Euro-Konstruktion reformfähig? Könnten solche Reformen womöglich Element eines „radikalen Reformismus“⁵³ in Europa sein? Die Frage, ob angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse progressive Reformen durchsetzbar sind, ist zunächst davon zu trennen, weil das Kräfteverhältnis nichts Statisches ist, sondern zwischen gesellschaftlichen Zielen und dem für ihre Durchsetzung erforderlichen Kräfteverhältnis eine reflexive Beziehung besteht: Die Veränderung des Kräfteverhältnisses hängt auch davon ab, ob und welche Antworten die Linken auf aktuelle Fragen mit welcher Perspektive geben und damit Rückhalt bei der Bevölkerungsmehrheit finden.

⁵¹ W.I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Lenin Werke Band 21, Berlin 1972, S. 342.

⁵² Alex Demirovic, Thomas Sablowski, Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, Berlin 2012, S. 38.

⁵³ Joachim Hirsch, Materialistische Staatstheorie, Hamburg 2005, S. 229ff.

Im linken Spektrum zeigt sich zwar eine Reihe gemeinsamer Grundpositionen, aber im Detail existieren beträchtliche Unterschiede. Sie ergeben sich nicht nur daraus, dass die verhandelte Frage historisch neuartig und komplex ist, sondern auch aus der Verschiedenheit theoretischer Prämissen und Perspektiven. Die politisch-ökonomische Lage ist zudem raschen Veränderungen und Verwicklungen unterworfen und es vollzieht sich ein Lern- und Erfahrungsprozess, in dem Positionen selbstverständlich auch verändert werden. Teilweise nimmt der Disput scharfe Formen an. Dies war zum Beispiel in der Frage, ob ein Schuldenschnitt sinnvoll ist, zwischen Rudolf Hickel und Heiner Flassbeck oder auch in der *jungen Welt* zwischen Lucas Zeise und Andreas Wehr oder innerhalb der Bundestagsfraktion DIE LINKE der Fall.⁵⁴ Im Memorandum 2011 schlug die AG Alternative Wirtschaftspolitik noch einen Schuldenschnitt für Griechenland vor; ein Jahr später wird dagegen argumentiert.⁵⁵ Besonders markant zeigt sich die Änderung von Positionen an der Haltung von Heiner Flassbeck, Chefökonom der UNCTAD, der seit Jahren Vorschläge für den Erhalt des Euro entwickelte, im September 2012 aber schließlich resignierte: „Machen wir uns nichts vor. Es hat nicht sein sollen. Der Euro war eigentlich eine gute Idee, nur zu wenige haben es verstanden. ... Wenn es so weitergeht, und angesichts des irrsinnigen wirtschaftspolitischen Programms muss es so weitergehen, riskieren wir die Demokratie und den Frieden in Europa. Das genau ist die Währungsunion nicht wert. Also kann man nur allen zurufen: Trennt euch!“⁵⁶

Die gesamte Bandbreite der linken Kontroversen kann hier nicht behandelt werden. Vielmehr konzentrieren sich die Ausführungen auf die Frage, ob der Euro gerettet werden kann und soll. Diese Konzentration ist insofern berechtigt, als es inzwischen nicht mehr nur um instrumentelle Fragen (Schuldenschnitt ja oder nein, Anleihekauf durch die EZB ja oder nein, Eurobonds oder Schuldenausgleichsfonds, die Frage der Bankenunion usw.), sondern weil es „ums Ganze“ geht. „Europa steht am Scheideweg“ titelten das Memorandum und das EuroMemo 2012; „Europa neu begründen“⁵⁷ lautet die Forderung eines vor allem von Gewerkschaftern getragenen Aufrufs. In einem viel beachteten Dokument prominenter Wissenschaftler wird sogar ein „europäischer Verfassungskonvent“ gefordert, um Europa aus der Sackgasse zu führen.⁵⁸ Welche grundsätzlichen Positionen zur Zukunft des Euro und der Euro-Zone lassen sich im linken Spektrum also unterscheiden?

Gemeinsam ist fast allen Positionen die Warnung vor einem Fortsetzen der gegenwärtigen Politik. Sie vertiefe die soziale Spaltung in Europa, sie verbreit-

⁵⁴ Vgl. dazu www.nachdenkenseiten.de (3.5. bis 26.5.2010) *junge Welt*: Lucas Zeise, Die Macht der Zentralbank (19.10.2012) und Andreas Wehr, Nötiger Perspektivwechsel (25.10.2012).

⁵⁵ Memorandum 2011, S. 194, Memorandum 2012, S. 166.

⁵⁶ Heiner Flassbeck, Trennt euch!, in: *Wirtschaft & Markt*, 9/2012, S. 34.

⁵⁷ www.europa-neu-begründen.de.

⁵⁸ Peter Bofinger, Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin, Einspruch gegen die Fassadendemokratie, in: *FAZ* 3.8.2012.

tere den Riss, der zwischen den Ländern existiert und sei Wasser auf die Mühlen des nationalistischen Rechtspopulismus. Und soweit diese Frage in den einzelnen Beiträgen behandelt wird, dominiert die Auffassung, dass der Euro auf diese Weise keine Zukunft habe. Conrad Schuhler stimmt der Prognose Nouriel Roubinis vom Sommer 2012 zu, der dem Euro damals noch drei bis sechs Monate gab.⁵⁹ Lucas Zeise formuliert rigoros, „die Euro-Währungsunion (wird) nicht überleben“, „das Endspiel (hat) begonnen“.⁶⁰ Auch Rudolf Hickel und Axel Troost gehen in ihrem mit detaillierten Vorschlägen unteretzten Plädoyer für die Euro-Rettung davon aus, dass „die angebliche Stabilitätsunion à la Merkel am Ende die Euro-Zone spalten (wird)“.⁶¹ Die Reihe dieser Prognosen ließe sich fortsetzen, soll aber nicht weiter dokumentiert werden.

Aus dieser Grundposition ergeben sich gemeinsame Forderungen, wie die nach Beendigung des Austeritätškurses und der *Beggar-My-Neighbour*-Politik der exportstarken Nationen sowie des undemokratischen Prozedere der gegenwärtig in Europa politisch hegemonialen Kräfte. Gefordert werden eine Korrektur der Verteilungsverhältnisse und eine striktere Regulierung der Finanzmärkte, eine von Lohnsteigerungen ausgehende Stärkung des Binnenmarktes der Überschussländer, ein ökonomischer Ausgleich zwischen den Euroländern (Transferunion) sowie mehr Demokratie in Europa.

Diese gemeinsamen Positionen schließen jedoch nicht unbedingt die Befürwortung einer Rettung des Euro ein. So stellt Winfried Wolf, Chefredakteur von *lunapark21*, fest, es gebe zwar „sympathische Leute, die gute Gründe dafür anführen, dass der Euro auch durch Linke und Demokraten verteidigt werden müsse“, sie würden allerdings verkennen, dass der Euro „ein Projekt der Bosse und Banker ist“ und seine Rettung automatisch mit dem Angriff auf Arbeitseinkommen und Sozialstandards verbunden sei. „Eurorettung heißt: Abbau von sozialen und demokratischen Standards.“⁶² Diese Aussage unterstellt nicht nur Reformunfähigkeit der gegenwärtigen Verfasstheit der Eurozone, sie verkennet auch, dass die Euro-Abwicklung genau dieselben Folgen haben könnte. Angesichts der geringen Chancen für die Verwirklichung einer Systemalternative führt diese Haltung bei anderen Autoren auch zu der Forderung an die „klassenbewusste Linke“ zur „Verteidigung der Souveränität (der) Nation“⁶³ der mit dem Austeritätskurs der Troika überzogenen Länder. In der Konsequenz kann so auch die Perspektive eines Austritts dieser Länder aus dem Euro mit der zu starken Heterogenität der beteiligten Länder und der Wiedergewinnung der währungspoliti-

⁵⁹ Conrad Schuhler, Euro-Zone, *isw Report* Nr. 90, 2012, S. 21.

⁶⁰ Lucas Zeise, *Euroland wird abgebrannt*, Köln 2012, S. 135f.

⁶¹ Rudolf Hickel, Axel Troost, *Euro-Zone vor dem Ende?* Bremen/Berlin 30.08.2012, S. 6.

⁶² Winfried Wolf, *Eurorettung heißt: Abbau von sozialen und demokratischen Standards*, in: *lunapark21*, Heft 15 (Herbst 2011), S. 8f.

⁶³ Andreas Wehr, *Nation, Souveränität und Imperialismus in der Europäischen Union*, in: *Marxistische Blätter*, 4/2012, S. 11.

schen Souveränität begründet werden.⁶⁴ Die Argumente sind dabei fast identisch mit denjenigen der Kritiker des Euro und des Maastrichtvertrages vor dessen Einführung in den 1990er Jahren. Teilweise wird dem gegenwärtigen Europa-Projekt die Möglichkeit einer progressiven Perspektive zur Gänze abgesprochen; der Kampf sei wieder stärker auf die nationale Ebene auszurichten.⁶⁵ Reformbemühungen der Gewerkschaften oder links-keynesianische Alternativen seien illusionär oder würden in die falsche Richtung weisen, deshalb sei eher ein „verallgemeinerter sozialer Aufruhr“ erfolversprechend.⁶⁶

Dagegen dominiert vor allem bei Gewerkschaften, ihnen nahe stehenden Wissenschaftlern (zum Beispiel das IMK), der Memo- und der EuroMemo-Gruppe und bei der Partei DIE LINKE trotz großer Unterschiede in einzelnen Fragen die Auffassung, dass der Euro gerettet werden muss und gerettet werden kann. Dazu werden umfangreiche Programmpakete mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Reichweiten angeboten und begründet.⁶⁷ Warum ein Euro-Austritt – wahlweise der Defizitländer oder auch Deutschlands – keine Lösung der Euro-Krise ist, wird auch im Memorandum 2012 sowie von Rudolf Hickel und Axel Troost thematisiert. Im Zentrum ihrer Argumentation steht die Feststellung, dass der Euro zwar von Anfang an eine Fehlkonstruktion gewesen sei, jedoch durchaus auch „positive Posten“ (niedrige Inflationsraten, Etablierung als internationale Reservewährung usw.) aufzuweisen habe.⁶⁸ Vor allem aber seien die sozialen Kosten der Auflösung der Euro-Zone, entweder durch Austritt einzelner Länder oder durch Aufteilung in einen Süd- und einen Nord-Euro, unkalulierbar hoch. Auch wenn ihre Analyse der „positiven“ Seiten des Euro hier nicht geteilt wird (seltsamerweise rechnen sie dazu auch, dass die deutsche Exportwirtschaft vom Euro profitiert habe, ein Effekt, der die Herausbildung von Ungleichgewichten ja begünstigte), spricht vieles für die Stoßrichtung ihrer Ar-

⁶⁴ So zum Beispiel: Costas Lapavistas u.a., Breaking up? A Route out of the Eurozone-Crisis, RMF Occasional Report 3, November 2011, Costas Lapavistas, Soll Griechenland den Euro aufgeben? In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 91 (September 2012), S. 43-47, Hubert Zimmermann, Die gnadenlose Euro-Logik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2012, S. 59-65, Annina Kaltenbrunner, Strukturelle Ungleichgewichte und Austerität, in: kurswechsel, 1/2012, S. 114-121, Joachim Becker, Die Linke und die Euro-Zone, ebenda, S. 108-113, Andreas Nölke, Rettet Europa! Ohne den Euro? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2012, S. 55-64, Thilo Bode, Eurorettung: Die Entmachtung des Souveräns, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012, S. 42-46.

⁶⁵ Vgl. Martin Konecny, Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbekämpfung in Europa – Akteure und Strategien, in: PROKLA 168 (2012), S. 390f.

⁶⁶ Vgl. Klaus Dräger, „Eurokrise“ – Strategielose Gewerkschaften und Linke, in: In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 91 (September 2012), S. 57.

⁶⁷ Vgl. z.B. Axel Troost, Lina Paus, Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Institut Solidarische Moderne, Schriftenreihe Denkanstöße Nr. 13, 2. Februar 2011, Memorandum 2011, S. 153ff, Memorandum 2012, S. 169ff, EuroMemorandum 2013, S. 15ff, IMK-Report Oktober 2012, DGB-Bundesvorstand, Ein Marshallplan für Europa, 4.12.2012, Linksfraktion, Eurokrise und Eurorettung, www.linksfraktion.de

⁶⁸ Rudolf Hickel, Axel Troost, Euro-Zone vor dem Ende?, Bremen/Berlin 30.08.2012.

gumente zur Reform der Euro-Zone. Auch Lucas Zeise, der, von anderen Positionen als Hickel und Troost kommend, sich ziemlich sicher ist, dass die Euro-Zone zerbricht, stellte fest: „Der Euro ist also nicht erhaltenswert, weil er als imperialistisches Projekt so wertvoll ist, sondern weil die Auflösung der Währungsunion noch tiefer in die Weltwirtschaftskrise hereinführt.“⁶⁹ Jenseits aller Details der Euro-Rettung und der richtigen Konstruktion einer einheitlichen Währung stellt sich so die Frage, ob ein sozial integriertes Europa gewollt ist und ob man die Krise des Euro als Chance für die Forderung nach einem Umbau nutzen will. Es dürfte schwerlich zu bestreiten sein, dass der Zerfall des Euro eine Welle der Renationalisierung der Wirtschaftspolitik auslösen würde, die nicht auf die Geld- und Währungspolitik beschränkt bliebe. Von den Kräften, welche die gegenwärtige desaströse Euro-Politik zu verantworten haben, ist ein harmonischer Rückbau nicht zu erwarten. Was würde sich angesichts der neoliberalen Ausrichtung der Euro-Regierungen, die dieses Euro-Konstrukt mitzuverantworten haben und es mittragen, bei einem zeitweiligen Aussetzen der Währungsunion (Fisahn/Wahl)⁷⁰ und der Rückgabe des „Rechts auf Abwertung“ (Streeck)⁷¹ ändern? Die Konkurrenz innerhalb der Euro-Zone würde ein Element zurückgewinnen: die Geld- und Währungspolitik. Zwischen den betroffenen nationalen Kapitalen, den politischen Eliten und wohl auch den arbeitenden Klassen würde ein Hauen und Stechen nach dem Grundsatz „Rette sich wer kann“ einsetzen. Auch Flassbeck ist sich im Klaren, dass „kein Stein auf dem anderen“ bliebe und die Gefahr bestünde, dass „das gesamte Volk eine Abzweigung nach rechts nimmt.“⁷² Die Beerdigung des Euro wäre also nur eine andere Variante des neoliberalen Europa-Projekts.

Will man ein kooperatives und sozial integriertes Europa, dann muss vom gegebenen Stand der Integration ausgegangen werden, so unvollkommen, widersprüchlich und fehlerhaft er auch sein mag. Dabei geht es nicht um „mehr“ oder „weniger“ Europa“. Es geht nicht um Quantitäten oder die Gegenüberstellung von „mehr Souveränität“ und „Vertiefung der Integration“, sondern um den Umbau des Euro- und des Europa-Modells. In ihm müssen regionale, national-souveräne und übernationale Rechte in einem ausgewogenen Verhältnis stehen und auch währungspolitische Optionen – darunter womöglich auch ein genau definiertes Recht auf eine eigene Währung⁷³ – möglich sein, auch wenn die heutigen Kräfteverhältnisse der unmittelbaren Realisierung eines solchen Umbaus entgegenstehen. Diese Kräfteverhältnisse ließen es mit Sicherheit auch

⁶⁹ Lucas Zeise, Die Chancen der Euro-Krise, in: lunapark21, Heft 15 (Herbst 2011), S. 13.

⁷⁰ Andreas Fisahn, Peter Wahl, Europa neu denken, nicht von oben oktroyieren, in: Sozialismus 11/2012, S. 6.

⁷¹ Wolfgang Streeck, Auf den Ruinen der alten Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2012, S. 68.

⁷² Flassbeck, a.a.O., S. 34.

⁷³ Vgl. dazu Michel Husson, der die Forderung erhebt „Aus dem europäischen Neoliberalismus aussteigen, nicht aus dem Euro“, eine solches Recht aber als ein „letztes Mittel“ nicht abschließt. Michel Husson, Zur Wiederbegründung Europas, in: luxemburg 2/2012, S. 30.

nicht zu, linke Vorstellungen von einem geordneten Rückzug aus dem Euro zu verwirklichen. Mit der Forderung nach einer progressiven Perspektive Europas zu warten, bis die Bedingungen und Kräfteverhältnisse vielleicht günstiger sind und inzwischen auf einen „sozialen Aufruhr“ in den desintegrierten europäischen Ländern zu warten, könnte sich als trügerische Hoffnung erweisen. Deshalb müssen die Linken, denen es nach wie vor an einer „konsistenten Vorstellung einer europäischen Einigung jenseits des neoliberalen Modells“⁷⁴ mangelt, vor allem diesen Mangel überwinden, anstatt auf den Euro-Ausstieg zu setzen.

Die meisten Autoren, die den Erhalt des Euro und seine Reformierung fordern, äußern sich zu den Durchsetzungschancen für eine solche Reformpolitik nicht oder sind eher pessimistisch. Obwohl zum Beispiel Philip Arestis und Malcolm Sawyer die Überschrift „Leb wohl, Euro?“ noch mit einem Fragezeichen versehen, lautet die Schlussfolgerung ihrer Analyse der Interessen und Kräfteverhältnisse in Europa, „dass es zu (den für den Erhalt des Euro – J.L.) erforderlichen Reformen nicht kommen wird.“⁷⁵ Aber selbst wenn man wie Stephan Krüger der Meinung ist, dass die „Perspektive einer weiteren Integration nur mit einer Relativierung der Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu haben sein würde, ... ein gegenwärtig nicht wahrscheinliches Szenario“⁷⁶, spricht das ja nicht gegen, sondern für ein solches Projekt. Um es mit Che Guevara auszudrücken: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“.

⁷⁴ Andreas Fisahn, Den Stier das Tanzen lehren? Europa vor neuen Herausforderungen, in: PRO-KLA 168 (3/2012), S. 374.

⁷⁵ Philip Arestis, Malcolm Sawyer, Abschied von Euro? In: WSI Mitteilungen, 6/2011, S. 267.

⁷⁶ Stefan Krüger, Politische Ökonomie des Geldes, Hamburg 2012, S. 517.

Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU¹

Wir vertreten in unserem Aufsatz die Auffassung, dass das deutsche Kapital² seine historische Position in der Weltwirtschaft im Zuge der Restauration der deutschen Vorrangstellung in Europa, die es mit dem zweiten Weltkrieg verloren hatte, wieder gewonnen hat. Einer der Indikatoren dafür ist die neue zentrale Stellung deutscher Unternehmen im Netzwerk der globalen Großunternehmen, gemessen an der Stellung im Leitungsverband der weltweit größten Konzerne.

Die europäische Integration hat in hohem Maße zu dieser Entwicklung beigetragen. Dies aber nicht im Sinne einer direkt geplanten Ausweitung deutscher Macht und Einflussnahme. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass die Bundesrepublik ihre Vorherrschaft zu großen Teilen dadurch zurück gewinnen konnte, dass Frankreich die „Europäisierung“ von erfolgreichen Schritten des deutschen Wiederaufstiegs zugelassen hat – von der Ausweitung der Kapazitäten zur Stahlproduktion bis zur Übernahme der deutschen Geldpolitik und von der Remilitarisierung bis zur Ost-Politik. Die deutsche Wiedervereinigung schloss diesen Prozess 1990 ab. Die europäische Integration verlor damit ihre besondere innere Dynamik – so wie sie zugleich mit dem Kollaps der Sowjetunion einen entscheidenden äußeren Antriebsfaktor verloren hatte.

Die Europäische Union (so der neue Name der Europäischen Gemeinschaft) bleibt „der zentrale Ort für dauerhafte, organisierte Konsultation und Verhandlung zwischen den nationalen Regierungen und Bürokratien Europas“ (Calleo 1976: 20). Paradoxe Weise findet sich der wiedervereinigte deutsche Staat damit in ein enges Netz europäischer Regulationen eingewoben, ein Netz, an dem er selbst bei seinem schrittweisen Wiederaufstieg mit gestrickt hatte. Ein anderes Paradoxon besteht unbeschadet dessen darin, dass deutsches Kapital über verschiedene Transmissionsriemen in der Lage ist, die Richtung der europäischen Politik in außerordentlich hohem Maße zu beeinflussen. Diese Paradoxien lösen sich jedoch auf, wenn wir – wie dies hier unsere Ansicht ist – davon ausgehen, dass die zentrale Stellung deutscher Unternehmen im transnationalen Netzwerk von Unternehmensleitungen in Verbindung mit ihrer relativ prominenten Rolle im ERT (European Round Table of

¹ Auszug aus: Kees van der Pijl/Otto Holman/Or Raviv, *The resurgence of German capital in Europe: EU integration and the restructuring of Atlantic networks of interlocking directorates after 1991*, in: *Review of International Political Economy*, 18. Jhrg., 2011, H. 3, S. 384-408. Ein historischer Abschnitt über die deutsch-französischen Beziehungen zu Beginn der europäischen Integration und die französischen Europa-Initiativen und den Ingerationsprozess muss aus Platzgründen hier entfallen (Anm. der Red.; Übersetzung: Jörg Goldberg/André Leisewitz)

² Unternehmen und Banken mit Geschäftssitz in Deutschland. Wir sehen ab von steuerrechtlichen Konstruktionen, die etwa aus Volkswagen kein deutsches oder aus Pirelli kein italienisches Unternehmen machen. Vgl. Palan, Murphy, Chavagneux 201: 143.

Industrialists/Europäischer Runder Tisch der Industriellen) und anderen Netzwerken im Kontext einer richtungsbestimmenden Macht des transnationalen Kapitals interpretiert werden muss, welche die Politik sowohl der EU wie ihrer Mitgliedsstaaten überdeterminiert. Da das deutsche Netzwerk fortfährt, „das strategische Handeln von Unternehmen mit fortbestehenden nationalen Systemen von Eigentum und Kontrolle“ (Kogut/Walker 2001: 320-321) zu verknüpfen, können wir auch heute von „deutschem Kapital“ in einem transnationalisierten Kontext sprechen.³

Bei der Machtanalyse transnationaler Unternehmen können verschiedene Wege verfolgt werden. Durch personelle Repräsentanz auf der Ebene der Konzernleitung indizierte Unternehmensverflechtungen („interlocking directorates“) sind ein Indikator, anhand dessen diese Macht empirisch belegt werden kann. Je nach theoretischem Ansatz kann einer einzelnen Struktur eines entsprechenden Netzwerkes eine primär ökonomische oder eine im weiteren Sinne sozial-politische Bedeutung zugemessen werden (Scott 1985; Nollert 2005: 290-294). Im Rahmen einer institutionellen politischen Ökonomie werden entsprechende personelle Verflechtungen als Kommunikations- und Kontrollstrukturen interpretiert. Sie erlauben eine informelle Steuerung, durch die „private Akteure Markt-Versagen korrigieren können, in dem sie unabhängig von Regierungen Absprachen treffen“ (Cutler/Haufler/Porter 1999: 13). Solche Vereinbarungen sind fester Bestandteil der Regeln oder „Regime“, innerhalb derer sich die Unternehmenskonkurrenz vollzieht. Diese Regime kodifizieren – formell und informell – wechselseitige Erwartungen und akzeptierte Handlungsweisen im Rahmen von Verflechtungsstrukturen (Heemskerk 2007: 28). Die zentrale Stellung in einem Netzwerk wird als Indikator für besonders großen Einfluss auf Entscheidungen über die Entwicklungsrichtung entsprechender „Regime“ angesehen: also etwa über das Ausmaß von „Marktdisziplin“, über Formen und Bezugspunkte regulativer Maßnahmen usw.

Konzernvorstände in solchen Verflechtungsstrukturen („multiple directors“) sind normalerweise keine mit dem operativen Geschäft betrauten Geschäftsführer („executive directors“), sondern mehr „Netzwerk-Spezialisten“ und insofern keine Manager im engeren Sinne (Fennema 1982: 208). Sie sind in der Regel auch aktiv in „privaten“ politischen Netzwerken mit Politikern und Vertretern der Medienwelt, sitzen in Beratungsgremien usw. (Carroll/Carson 2003). Die Theorie der Unternehmenseliten charakterisiert sie als „inner circle“ (Useem 1984) im Unterschied zur „Oberschicht“ des ererbten Reichtums (Domhoff 1971, 1978). Trotzdem scheinen beide in Zeiten ernsthafter Krisen sehr ähnlich zu reagieren, wie das beim Wechsel zum Neoliberalismus in den 1980ern gezeigt werden konnte (Jenkins/Eckert 1989). Das kann als Hinweis auf einen breiteren, übergreifenden Prozess der Klassenformierung gewertet werden, in den beide Gruppen – Topmanager und große Privatunternehmer – gleichermaßen einbezogen sind.

³ Bei kleineren Volkswirtschaften wie den Niederlanden ist dies nicht länger der Fall; vgl. Heemskerk 2007.

In einer historisch-materialistischen Analyse wird Klassenformierung in Kategorien richtungsorientierender „historischer Blöcke“ verstanden, die sich um wechselnde Knotenpunkte in der politisch-ökonomischen Gesellschaftsstruktur formieren (Poulantzas 1971, Bd. 2: 65-70; Cox 1987: Kap. 10; Overbeek 2000). Die Kräfte im Zentrum solcher Konstellationen (verstanden als politisch-ökonomischer Einfluss, und mehr im Sinne von Unternehmen und Gruppen denn von Einzelpersonlichkeiten) müssen, wollen sie orientierende Kraft gewinnen, fähig sein, ihre jeweiligen partikularen Interessen in ein generell akzeptiertes allgemeines Interesse zu transformieren (Overbeek 1990: 26). Das „umfassende Konzept der Kontrolle“, das in diesem Prozess zum ungeschriebenen Programm der politisch-ökonomischen Entwicklung wird (Bode 1979), stellt sich allerdings unweigerlich an einem bestimmten Punkt als ein besonderes Interesse heraus – so wie sich in der gegenwärtigen Krise nach zwei Jahrzehnten nahezu unbeschränkter Hegemonie der Neoliberalismus weithin als eine Strategie des Finanzkapitals erwiesen hat.

In der Moderne haben die bestimmenden sozialen Kräfte der Weltwirtschaft transnationalen Charakter. Die Staaten behalten zwar ihre gesetzliche Hoheitsgewalt, aber Dominanz in internationalen Netzwerken schließt die Fähigkeit ein, auf der Ebene der einzelnen Nationalstaaten (etwas frei) Macht auszuüben. Um Gramsci zu zitieren: Akteure auf der transnationalen Ebene, „die politische Mittel unterschiedlichen historischen Ursprungs einbringen und in bestimmten Ländern triumphieren lassen und damit als internationale politische Partei fungieren, die in jeder Nation mit all ihren vereinten internationalen Kräften wirkt“. (Gramsci, 1996: 10561 f.)

In diesem Rahmen interpretieren wir die Bedeutung der zentralen Stellung des deutschen Kapitals und seine durch die Strukturen der europäischen Integration ausübte Macht, die es der Bundesrepublik ermöglichte, ihre Vorrangstellung zurück zu gewinnen.

Das transnationale Kapital und die Struktur der EU nach 1991

Die komplexe institutionelle Struktur, die sich im Ergebnis des europäischen Integrationsprozesses herausgebildet hat, scheint auf den ersten Blick den Regeln der klassischen staatlichen Gewaltenteilung zu folgen: Die europäische Kommission als Exekutive, das europäische Parlament als Legislative und der europäische Gerichtshof als Judikative. Tatsächlich ist sie aber besser als polyzentrisch und hybrid zu beschreiben, denn – abgesehen vom Europäischen Gerichtshof, einer treibenden Kraft bei der Herstellung eines einheitlichen europäischen Rechtsraums (Cohen-Tanugi 1987) – sind Exekutive und Legislative nur unzureichend miteinander verbunden. So kann die Europäische Kommission zwar Initiativen zur Einführung neuer Regeln ergreifen und hat über die Einhaltung von europäischen Regeln und Vorschriften zu wachen, die Mitgliedsstaaten aber entscheiden in letzter Instanz. Andererseits sind zwischenstaatliche Vereinbarungen, die im Ministerrat diskutiert wurden (oder, wenn es um die Regierungschefs geht, im Europäischen Rat), nur schwer

durch die nationalen Parlamente oder – noch abwegiger – durch das Europäische Parlament zu kontrollieren.

Da diese supranationale bzw. intergouvernementale Struktur politisch kaum zu kontrollieren ist, kann die europäische Unternehmerschaft, organisiert im ERT) und in vergleichbaren Gruppen, eine zentrale Rolle spielen (Holman 2004:717-19; Van Apeldoorn 2002; Oikonomou 2007). Über den ERT kann das transnationale Kapital seine international organisierte Kraft entfalten und so seine Interessen in den europäischen Strukturen und – vermittelt durch diese – auch in den Nationalstaaten erfolgreich zur Geltung bringen. Natürlich spielt die ‚Nationalität‘ der jeweiligen Konzerne in diesem Kontext immer noch eine Rolle. Es ist gerade die transnationale Vermittlungsebene, die es ihnen erlaubt, ihren Einfluss verstärkt zur Geltung zu bringen, während dieser im nationalen Rahmen durch Gegenmachtstrukturen zumindest eingedämmt werden könnte.

Der ERT entstand 1982-83 und ermöglichte es dem Europäischen Kapital, die durch die neoliberale Wende in Großbritannien und den USA entstandenen neuen Bedingungen besser zu nutzen. In scharfer Abgrenzung zu den Kompromissen der vorangegangenen, ‚liberal-korporativistischen‘ Periode gingen die Regierungen von Thatcher und Reagan sowohl national wie international auf Konfrontationskurs, förderten die mit Produktionsverlagerungen verbundene Transnationalisierung des Kapitals und hoben keynesianisch motivierte Beschränkungen im Investment-Banking und bei der Erzielung von funktionslosen Renteneinkommen (Dividenden, Zinsen, Kapitalrenten) auf (Morris 1982; Van der Pijl 1984: 280, Tabelle A2; Duménil/Lévy 2001, 2004; Epstein 2005: 58-9; Tabellen 3.1;3.2). Die kontinentaleuropäischen Länder waren zunächst nicht willens bzw. in der Lage, im Verhältnis zur Sowjetunion und zur Dritten Welt auf Konfrontationskurs zu gehen bzw. die nationalen Systeme Sozialer Sicherheit zu demontieren. Neoliberale Ideologen wie z.B. Herbert Giersch (später Präsident der Mont Pelérin Gesellschaft, Walpen 2004) erkannten jedoch die einzigartigen Möglichkeiten, die die europäische Ebene für einen entsprechenden Kurswechsel bot. So war es Herbert Giersch, der den Begriff der ‚Eurosklrose‘ prägte und so den angeblich durch den Wohlfahrtstaat verursachten Verlust an Wettbewerbsfähigkeit mit dem Integrationsprozess in Beziehung setzte (Van Apeldoorn 2002: 67-8).

Der ERT war Ergebnis der Initiative eines europäischen Industriekommissars, Etienne Davignon, der die Konzerne direkt an der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie beteiligen wollte. Damit hatte diese Organisation von Anfang an einen direkten Zugang zur EU-Kommission – eine Möglichkeit, deren sich keine andere Organisation, noch nicht einmal der europäische Arbeitgeberverband UNICE, erfreuen konnte (Van Apeldoorn 2002: 84-5).

Dabei handelte es sich nicht bloß um punktuelle Interessenvertretungspolitik; es ging vielmehr um die Entwicklung eines Konzepts, durch das jene Interessen, denen Kontrollbefugnisse zugestanden wurden, festgelegt wurden. Als die Davignon-Initiative eine Unternehmenskoalition zusammengebracht hatte,

welche entschlossen schien, eine eher defensive Strategie zu verfolgen, verließen die drei britischen Konzerne, die anfangs Mitglieder der ERT waren (Shell, Unilever, ICI), diesen bald nach dem Start (Van Tulder/Junne 1988: 215). Deutsches Kapital spielte zunächst ebenfalls keine aktive Rolle, weil es kaum unter anglo-amerikanischem Wettbewerbsdruck stand.

Transnationale Unternehmensverbindungen auf europäischer Ebene waren zu dieser Zeit noch selten. Niederländische Unternehmen waren oft mit britischen und deutschen Konzernen verbunden, aber zwischen deutschen, französischen und italienischen Einheiten gab es kaum Verflechtungen (Fennema 1982: 112). Von den 17 ERT-Mitgliedern waren 1984 (nach dem Ausscheiden von Unilever) nur vier europäisch vernetzt: Krupp und Thyssen (beide deutsch), die Schwedisch/Schweizerische ABB und Volvo (diese hatten bei der Gründung des ERT eng mit Davignon zusammengearbeitet) (Nollert 2005: 301-02). Die Organisationsstruktur des ERT spiegelte ebenfalls eher einen deutsch-französischen Kompromiss als das europäische Kapital wider: Das Führungspersonal kam entweder aus Französisch/Wallonisch-Belgischen Konzernen der Suez-Gruppe oder aus Deutschen, Niederländischen und Flämisch-Belgischen Firmen mit Verbindungen zur Deutschen Bank (Nollert 2005: 304). Die Institutionalisierung der transnationalen Interessen in Europa ging also den europäischen Unternehmensverflechtungen voran. Tatsächlich beklagte der ERT-Bericht von 1985 („Changing Scales“), dass Europa immer noch ein „Kontinent der ökonomischen Nationalisten“ sei (zit. in Van Apeldoorn 2002: 128).

Erst Ende der 1980er Jahre begann mit der Stärkung des ERT und der erklärten Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern, der Niedergang des französischen Einflusses in der Organisation. Nach der Rückkehr der britischen Konzerne nahm die „Beteiligung der ‚liberalen‘ britischen und deutschen Industriellen deutlich zu ...“ (Van Apeldoorn 2002: 134, 122). Nach 1991 wurde die Dynamik der europäischen Integration zunehmend von neoliberalen Orientierungen geprägt, weg von französischen Initiativen, welche den deutschen Wiederaufstieg bremsen wollten. Der Maastricht-Vertrag und die Europäische Währungsunion (EWU), beide 1991 vereinbart, markierten die verspätete Anpassung Europas an die neuen Kräfteverhältnisse (Grah/Teague 1990; Gill 2001; Bieling 2006). Dass die Unternehmensstrategen die Natur dieser Veränderungen erkannten und auch genauso bezeichneten wird durch die Reden von Rolf Breuer, damals Chef der Deutschen Bank, illustriert, der erklärte, dass „der Rheinische Kapitalismus (Michel Alberts Bezeichnung für liberales Unternehmertum) seine Grenzen erreicht habe und reformbedürftig sei“ (zit. in Kogut/Walker 2001: 329).

Die französische Wirtschaftspolitik vollzog in der Folge allerdings ebenfalls die Abkehr vom europäischen Unternehmensliberalismus und übernahm die globale neoliberale Orientierung. Gehörten die französischen Konzerne des ERT anfangs noch zu den am wenigsten am Weltmarkt orientierten, so erreichten zumindest die ersten drei (Air Liquide, Lafarge, Total) im Jahr 2000

das Niveau der drei größten deutschen Unternehmen (Bayer, Siemens Bertelsmann), gemessen am außereuropäischen Umsatz. Beide Gruppen aber lagen weiter hinter den britischen Konzernen zurück, deren globale Umsatzanteile bei zwei Dritteln (gegenüber 50 Prozent) des Gesamtumsatzes lagen (Van Apeldoorn 2002: 140). Das erinnert daran, dass das Operationsgebiet von Einzelkapitalen niemals auf eine bestimmte Territorialeinheit beschränkt ist; Unternehmen operieren flexibel und vermeiden es, sich territorial „einsperren“ zu lassen, auch wenn es sich um das große Territorium der EU handelt (Palan 2003: 15; Holman 1992). Trotzdem bleibt die jeweilige Nationalität wichtig, z.B. wenn es um historisch gewachsene regionale Richtungen der Internationalisierung geht. So erlebten die traditionell guten Beziehungen Westeuropas zu den osteuropäischen Ländern nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Renaissance; die intensivierten Beziehungen zu Osteuropa wurden umgekehrt zu einem Hebel, um die bestehenden Systeme der Sozialen Sicherheit durch die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und den Abbau staatlicher Sozialleistungen zu reformieren (Calfruny/Ryner 2007b; Raviv 2008; Holman 2008: 68ff).

Das transnationale Kapital in Europa, strukturiert in Form von regional geprägten Konzernverflechtungen, ergänzt durch Körperschaften wie den ERT (Nollert 2005; Staples/Braget 2007; Carrol/Fennema/Heemskerck 2010), hat sich also als eigenständiges Zentrum organisiert, allerdings als Teil des größeren atlantischen Wirtschaftsraums. Auf dieser höheren Ebene arbeiten ebenfalls politische Strukturen bzw. private Planungsgruppen wie z.B. das World Economic Forum daran, konzernübergreifende Netzwerke zu verstärken (Carroll/Carson 2003: 95-6). Kürzlich hat die Entstehung eines militärischen EU-Sicherheitskomplexes diesen einen zusätzlichen Übertragungsmechanismus zwischen Großunternehmen der Verteidigungsindustrie auf der einen und europäischen Institutionen und Regierungen auf der anderen Seite hinzugefügt (Oikonomou 2007).

Die Restrukturierung von Unternehmensverflechtungen im euro-atlantischen Zusammenhang 1992-2005

Wir wenden uns nun jenem Prozess zu, der dazu geführt hat, dass sich das Zentrum des globalen Netzwerks miteinander verbundener Führungsstrukturen über den Atlantik hinweg nach Deutschland verlagerte. Obwohl die nordamerikanischen und britischen Banken und Konzerne weiterhin die Fähigkeit haben, Kosten und Risiken auf die europäischen Finanzzentren abzuwälzen (so Gowan 1999), so dürfte die Verlagerung von Zentralfunktionen nach Deutschland es den führenden deutschen Unternehmen in Zukunft ermöglichen, ihre Sichtweisen mit „der geballten Kraft internationaler Durchsetzungsfähigkeit“ – um Gramsci zu zitieren – durchzusetzen. Diese Sichtweisen sind sicherlich kosmopolitischer geworden, sie werden aber immer gewisse spezifische Merkmale bewahren, die den besonderen Weg des Landes in sozialer und internationaler Hinsicht widerspiegeln.

Um in größere und wirklich transnationale Dimensionen zu wachsen, mussten die deutschen, französischen und anderen kontinentaleuropäischen Konzerne

zunächst „finanzkapitalistische“ Strukturen im Hilferdingschen Sinn auflösen (Hilferding 1973). Diese hatten im Kontext der nachholenden Industrialisierung Europas Wettbewerbsstaaten gebildet, welche sich mit dem liberalen, anglophonen Westen auseinanderzusetzen hatten; ihre so national eingebundenen Unternehmen waren daher für transnationale Entwicklungen schlecht vorbereitet. Dem Deutschen Kapital z.B. waren „durch sich überkreuzende gegenseitige Beteiligungsstrukturen die Hände gebunden“ (Johnson 2002: 72; Menshikov 1973; Van der Pijl 2006: Kapitel 1).

So bildete z.B. die Deutsche Bank noch zur Zeit der Wiedervereinigung und der Gründung der EWU das Zentrum eines stabilen, wesentlich deutschen Unternehmensclusters, zu dem u. a. Daimler Benz, Mannesmann und Siemens gehörten, zeitweilig auch Hoesch, Allianz, RWE und VEBA (heute E.On). Die Gruppe um die Deutsche Bank war historisch das Bollwerk des unabhängigen deutschen Kapitals, welches die innovativsten Sektoren umfasste und Weltmarkt-Strategien von einer europäischen Basis aus organisierte. Der historische Rivale, die Dresdner Bank, war vor allem mit Konzernen verbunden, welche im Windschatten anglo-amerikanischer Unternehmen operierten, darunter auch deren deutsche Filialen.

Nach der neoliberalen Wende wurden diese Gruppen-Strukturen aber rasch umgebaut, um die neuen Profitchancen zu nutzen. So beriet die Deutsche Bank (vermittelt über Morgan Grenfield, ihre Filiale in der Londoner City) Krupp, historisch zur Dresdner Bank-Gruppe gehörig, bei der Übernahme von Thyssen, an der die Deutsche Bank beteiligt war (Kogut/Walker 2001: 329). Unter den veränderten Bedingungen bildeten die Deutsche und die Dresdner Bank eine neue Struktur, welche die Deutsche Bank gegen die Allianz stellte, jene Versicherung, die sich zu einem finanziellen Kraftzentrum entwickelt hatte („das deutsche Äquivalent zur Citigroup“, Johnson 2002: 93), das doppelt so groß war wie die Deutsche Bank. Allianz übernahm die Dresdner Bank (nach einer fehlgeschlagenen Fusion zwischen Deutscher und Dresdner Bank im Jahre 2000) und ‚erbte‘ in einem gewissen Sinne so deren atlantisches Profil, allerdings von einer stärkeren Position aus.

Neoliberale Prinzipien wurden übernommen, als deutsche Konzerne den internationalen Kapitalmarkt anzapften. Daimler-Benz, das historische Kronjuwel der finanzkapitalistischen Gruppe der Deutschen Bank, wurde an der New Yorker Börse gelistet und konnte so durch Aktienaussgabe 38 Milliarden US-Dollar aufbringen, um die Übernahme von Chrysler zu finanzieren (eine Fusion, die später wieder aufgelöst werden musste); die Deutsche Bank selbst war dort erst ab 2001 notiert und musste 1998 die Übernahme des Banker's Trust für 9,2 Milliarden US-Dollar noch in cash bezahlen (Johnson 2002: 81, 95). Um sich Kapital auf anglo-amerikanischen Finanzmärkten beschaffen zu können, mussten sich die Unternehmen allerdings der vorherrschenden shareholder-value Mentalität unterwerfen und entsprechende Bilanzierungsregeln übernehmen, denn „die institutionellen US- und UK-Investoren, die diese Märkte speisen, haben ganz bestimmte Anforderungen an das Management“

(Kogut/Walker 2001: 323). Ein Aspekt der Anglo-US-Bilanzierung besteht darin, dass Rückstellungen für die Beschäftigten (z.B. Pensionsrückstellungen) als Schulden bewertet werden, während unternehmerische Risikopositionen zu den Vermögensbestandteilen zählen. Gemessen an diesen Berechnungsmethoden beträgt z.B. der Wert von Siemens nur 11 Prozent des US-Konkurrenten General Electric, obwohl die beiden Unternehmen etwa gleich groß sind (Johnson 2002: 82-83; Perry 2009).

Ähnliche Veränderungen fanden in Frankreich statt. Französische Finanzgruppen waren historisch aufgeteilt zwischen jener um die Suez Bank, der Erbin der Kanal-Gesellschaft mit atlantischen Beziehungen einerseits, und der „Banque de Paris et des Pays-Bas“ (Paribas) andererseits, die ein europäisches, besser Gaullistisches Profil hatte. Darüber hinaus gab es staatliche Geschäftsbanken wie das Crédit Lyonnais, die Société Générale und die Banque Nationale de Paris (BNP) (Morin 1974; Swartz 1985). Mitte der 1990er Jahre gab es die Gruppen um Suez und Paribas noch. Morin zufolge zählte Alcatel-Alsthom zur Paribas-Gruppe, zusammen mit den Finanzkonzernen AGF und Société Générale, der Générale des Eaux (Versorger) und der Navigation Mixte (Reedereien); zur Suez-Gruppe gehörten die Finanzkonzerne BNP und UAP, der Glasproduzent Saint-Gobain und der Ölkonzern ELF (vgl. *The Economist* v. 12. 3.1999). Paribas und BNP, die beide der AXA-Versicherung (Gegenstück zur Allianz) gehörten, fusionierten später zur BNP Paribas, wodurch der traditionelle nationale Pol verstärkt wurde.

Die italienischen Unternehmen sind nach charakteristisch komplexen Mustern organisiert, wobei die Überkreuz-Verflechtungen kaum durchschaubar sind. Gegen Ende der 1970er Jahre hatten die gegenseitigen Verbindungen oft noch einen regionalen Charakter: die Familienkonzerne FIAT (Agnelli) und Olivetti in Turin; die Banco di Roma, Finsider, IMI und Finmeccanica (alle staatlich) in der Hauptstadt; außerdem von der mailändischen Pesenti Familie kontrollierte Firmen wie Italcementi, Falck (Stahl, kontrolliert von der gleichnamigen Familie), und Snia-Viscosa (Chiesi 1985: 211; Martinelli/Chiesi/Dalla Chiesa 1981; Martinelli/Chiesi 1989). 1999 war diese Struktur in eine mit drei Zentren umgewandelt: FIAT, Generali (Versicherungen) und Mediobanca (Italiens größte Investmentbank, unter dem Präsidenten Cuccia lange Zeit der geheime Knotenpunkt des italienischen Kapitalismus, Galli 1995). Die vier wichtigsten Banken mit Verbindungen zu diesem (miteinander verbundenen) Dreieck hatten jede ihre eigenen internationalen Beziehungen (*Financial Times* v. 5.11.1999).

Wir wenden uns nun dem Jahr 2000 zu. Das Jahrzehnt davor war durch die neoliberale Wende der EU gekennzeichnet. Die verstärkten horizontalen Verflechtungen in der EU weg von der traditionellen Orientierung an den Nationalstaaten machten die Abwendung des Europäischen Kapitals vom atlantischen Netzwerk deutlich. So ist das Schweizer Kapital, noch 1992 mit atlantischen Verbindungen, nun vor allem mit französischen und deutschen Netzwerken verflochten. Britische und Skandinavische Gesellschaften gehören

nun zu einem europäischen Netzwerk, wodurch die neue Brückenposition von Unternehmen mit Sitz in Großbritannien unterstrichen wird.

Die neoliberale Wende ermöglichte es dem Auslandskapital, auch die deutsche Wirtschaft zu durchdringen. Mit der feindlichen Übernahme von Mannesmann gelang es Vodafone, in das deutsche Netzwerk einzudringen (der zur Deutschen Bank Gruppe gehörende Röhrenkonzern war kurz vorher mit dem Erwerb von Orange ins Mobilfunk-Geschäft eingestiegen). Mit einem Finanzvolumen von 181,4 Milliarden Euro war der Vodafone-Deal noch 50 Milliarden größer als die AOL-Übernahme durch Time-Warner, wodurch kurz vorher die größte Telefongesellschaft der Welt entstanden war (Johnson 2002: 88).

Zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Unternehmen auf diesem Gebiet noch immer internationale Wettbewerbsnachteile. Als die Deutsche Bank 1999 begann, über eine neue Filiale, DB Investors, einige ihrer deutschen Beteiligungen abzustoßen (beginnend mit Allianz-Anteilen), wurde der mit etwa einer Milliarde bezifferte Buchgewinn noch mit 50 Prozent besteuert, zusätzlich zu dem Abschlag auf den Börsenwert. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder wenig später vorschlug, die Besteuerung solcher Buchgewinne abzuschaffen, schien das eine radikale Wende zu sein: Kurz vorher noch hatte er die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone kritisiert und den Baukonzern Philipp Holzmann vor der Auflösung gerettet. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, gab sich überrascht; er habe über diese Besteuerungsfrage „seit fünf Jahren gesprochen, ohne dass darauf reagiert worden wäre...“ (zit. bei Johnson 2002: 75-76).

Allerdings sind Gespräche zwischen dem Chef der Deutschen Bank und dem Kanzler oder der Kanzlerin nicht der einzige Kommunikationsweg zwischen transnationalem Kapital und deutscher Regierung. Was den europäischen Teil des Unternehmensnetzwerks angeht, so steht das deutsche Kapital heute im Mittelpunkt; Allianz, Daimler, Siemens und Deutsche Telekom sind vertreten im oder verbunden mit dem ERT (wie TotalFina, BNP Paribas, L’Oreal, Nestlé und BP – die persönlichen Träger der Verflechtungen tauchen oft in beiden Listen auf). Insgesamt haben Mitglieder des ERT in 28 deutschen Unternehmen Führungspositionen, verglichen mit 22 französischen und 6 britischen (einschließlich Unilever; Van Apeldoorn 2002: 108-09, Tabelle 3.4). Wenn man sich klar macht, dass der ERT ein mächtiger Transmissionsriemen zur Übersetzung der Wünsche des transnationalen Kapitals sowohl auf die nationale wie auf EU-Ebene ist, dann erscheint Schröders Meinungswandel weniger überraschend.

Im Nachhinein (basierend auf den Daten von 2005) zeigt sich, dass die Momentaufnahme der europäischen Verflechtungsstrukturen von 2000 den halben Weg zur Umwandlung von einem US-zentrierten Unternehmensnetzwerk zu einem deutsch-zentrierten markierte. Dazu dürfte auch die US-Präsidentschaft von Bush junior beigetragen haben. Idealerweise zirkuliert das Kapital in einem nicht-nationalen, de-territorialisierten Raum (Palan 2003:

15). Allerdings gingen die Zahl der Geschäftsreisen in die USA 2005 um zehn Prozent zurück (gegenüber 2000), obwohl dies eine Periode lebhafter Wirtschaftstätigkeit war; dies war sowohl eine Folge der amerikanischen Eingriffe nach dem Enron-Skandal (das Sarbanes-Oxley-Gesetz) als auch der Einreisebeschränkungen im Rahmen des ‚Kriegs gegen den Terror‘. Die amerikanische Reaktion auf 9/11 beinhaltete auch einen zunehmenden Widerstand gegen ausländische Unternehmensübernahmen (The Independent v. 22.11.2006).

Wirft man einen Blick auf den Stand der Unternehmensverflechtung zwischen den 150 größten transnationalen Konzernen im Jahre 2005 (Financial Times, Global 500, v. 11.6.2005), dann drängen sich zwei Schlussfolgerungen auf. Zum einen zeigt sich die Wiederkehr eines einzigen Atlantischen Clusters, diesmal mit der Allianz und anderen deutschen Unternehmen im Mittelpunkt. Seine vier miteinander verbundenen Leitungsstrukturen unter Einschluss von JPMorganChase und GoldmanSachs ergaben sich aus dem von der Allianz initiierten Zusammenschluss zu einem transatlantischen Aufsichtsrat (ansonsten bleiben, bei einigen Veränderungen in den Unternehmen, die Verbindungen zu anderen EU-Unternehmen weitgehend die gleichen wie 2000). Die Allianz ergänzte ihre zentrale Stellung, die sie in Europa im Vergleich zum französischen Kapital schon 2000 innehatte, durch Aufkäufe von US-Lebensversicherungen und Engagements in Investmentfonds sowie die Börsenzulassung an der New York Stock Exchange (NYSE) im November 2000. Aber „kein weiteres Unternehmen der Deutschland AG versuchte, von der Steuerreduzierung auf Unternehmensgewinne zu profitieren“ (Johnson 2002: 96). Die Deutsche Bank (die 2005 über die Deutsche Telekom mit dem US-Konkurrenten der Allianz, der Citigroup, verbunden war) hätte, um den Konkurrenzvorteil der Allianz aufzuholen, einen Versicherungskonzern wie die AXA übernehmen müssen, die zu dem Zeitpunkt über BNP mit der Allianz verflochten war.

Zum zweiten zeigt sich eine partielle Ablösung des deutschen Kapitals von der EU als Expansionsfeld nach dem Jahr 2000, dem Jahr, in welchem sich das aus der deutschen Vereinigung resultierende Leistungsbilanzdefizit in einen (gewaltigen) Überschuss verwandelte (Cafruny/Ryner 2007a: 69). Französische Unternehmen waren nicht direkt an dieser transatlantischen Brücke beteiligt. Auf der hier analysierten Ebene von Verflechtungen (und in Absehung von anderen Kommunikations-Kanälen) werden sie durch deutsches Kapital „repräsentiert“.

Gleiches gilt für die Beziehungen auf dem Energiesektor mit Russland. Der E.On-Konzern, der mit deutschen Kern-Unternehmen (der Allianz, der Deutschen Bank und Siemens) verflochten ist, hat gleichfalls privilegierte Beziehungen zu Gazprom, dem russischen Gas-Monopolisten. Im Vorstand von Gazprom sitzt der E.On-Vorstand und CEO ihres Tochterunternehmens Ruhrgas, B. Bergmann (Gazprom 2007). Außerdem besteht ein Joint Venture zwischen der BASF-Tochter Wintershall und einem Tochterunternehmen von Gazprom, Urengoygazprom, das in den letzten Tagen der Schröder-Regierung

unter Dach und Fach gebracht wurde und bei dem der ehemalige Kanzler im Dezember 2005 so etwas wie Aufsichtsratsvorsitzender wurde. Im Vorstand sind auch die Chefs von BASF (Jürgen Hambrecht) und Gazprom vertreten. Dieses Joint Venture, Achimgaz, hat den Bau der durch die Ostsee führenden Gas-Pipeline in die Wege geleitet, welche die baltischen Staaten und Polen umgeht und vom Nordstream-Konsortium betrieben wird (BBC 2005; Achimgaz 2007). Der BASF-Chef Hambrecht war 2005 auch eines der (wenigen) neuen Gesichter im internationalen Beirat der Allianz (verglichen mit dem Jahr 2000). Die BASF und E.On sind Hauptpartner des Nordstream-Projekts (Nesavissimaja Gaseta 2007). Andere EU-Unternehmen sind gleichfalls mit russischen Energieunternehmen verbunden (die italienische ENI hat hier eine besondere Vergangenheit). Trotzdem kann man sagen, dass es gerade das deutsche Kapital ist, das den „rückwärtigen“ Zugang der EU zur Energieversorgung kontrolliert und sich dabei eine Menge Vorteile aus dem Ost-West Handel sichert.

Schlussfolgerung: Deutsches Kapital, europäische Integration und die deutsche Gesellschaft

Der US-amerikanische Unternehmensanwalt Benjamin Johnson meinte vor einem Jahrzehnt, innerhalb Deutschlands würde „die ‚Deutschland AG‘ ihre Kontrolle über die Wirtschaft des Landes verlieren, wobei die gleichen deutschen Unternehmen wahrscheinlich zu größeren playern in der globalen Ökonomie“ aufsteigen würden (Johnson 2002, 99). Andere Autoren dagegen nehmen an, dass das deutsche Kapital durch die von einer Reihe großer Konzerne realisierten Verflechtungsbeziehungen einen Komplex bildet, der in Zahlen ausgedrückt vielleicht nicht so kompakt aussieht (Kogut/Walker 2001, 318). Wie oben angemerkt gehen wir davon aus, dass dieser offenbare Widerspruch aufgelöst werden kann, wenn wir den europäischen Rahmen betrachten und den deutschen Einfluss im ERT und vergleichbaren Netzwerken.

1991 konnte die deutsche Ökonomie die europäische Hypothek ablösen, die ihr durch das Ergebnis des zweiten Weltkrieges auferlegt worden war und die es Frankreich ermöglicht hatte, den deutschen Wiederaufstieg in ein Netz europäischer Verträge einzubinden. Zum gleichen Zeitpunkt wurde, und das kann als ein letzter französischer Schachzug verstanden werden, eine neue Hypothek in Form der Europäischen Währungsunion (EWU) aufgenommen. Dadurch wurde eine absolute Dominanz der DM vermieden; zugleich verankerten die Währungsunion und der Stabilitätspakt nachhaltig die Politik einer starken Währung, die von den deutschen Unternehmen für die ganze Eurozone favorisiert wurde (Gill 2001). Der Spielraum der „weicheren“ Mitgliedsstaaten der Eurozone wurde gleichzeitig eingeengt durch die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und dadurch, dass das „Abwertungs-Ventil“, mit dem sie sich vor Bestehen der EWU gegen den deutschen Wettbewerbsdruck hatten wehren können, nun nicht mehr verfügbar war (Jacque 2009: 7).

Ihre entwickelte, exportorientierte Investitionsgüterindustrie verschafft der Deutschland AG Konkurrenzvorteile, die sie gegen einen Aufwertungsdruck auf den Euro relativ immun machen; zugleich fördert die starke Währung die transnationale Diversifikation anderer Wirtschaftssektoren (Martin 2004; Holden 2004; Konings 2008). Seine Exportoffensive hat Deutschland (in absoluten Zahlen) weltweit zu einem der größten Exporteure gemacht: 2004 überstiegen die deutschen Ausfuhren die Grenze von einer Billion US-Dollar. Es wären weit mehr, rechnet man den Umsatz der ausländischen Tochtergesellschaften dazu. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss übersteigt den Chinesischen (vgl. Cafruny/Ryner 2007a, 69). Der damit verbundene Kapitalzufluss wurde größtenteils in den USA und anderen überseeischen Ländern angelegt. Von 2002 bis 2006 wuchsen die deutschen Portfolioinvestitionen auf dem britischen und amerikanischen Finanzmarkt um 102 bzw. 74 Prozent (IWF-Daten nach Konings 2008, 270; vgl. IMF 2008).

Gleichzeitig wurde der deutschen Gesellschaft mit der Wiedervereinigung und der Zerstörung der Wirtschaft der DDR eine gewaltige Rechnung präsentiert. Das Sozialversicherungssystem der alten Bundesrepublik wurde bis zum äußersten belastet, Teil des beschleunigten Übergangs vom korporativen zum Neoliberalismus. 1997 kündigte die Kohl-Regierung den massivsten sozialpolitischen Eingriff an, den es bisher im Nachkriegsdeutschland gegeben hatte (Cafruny/Ryner 2007a, 96). Der von den transnationalen Unternehmen über den ERT und andere Strukturen auf EU-Ebene geforderte neoliberale Umbau der unter dem korporativen Liberalismus aufgebauten sozialen Infrastruktur (die von der rot-grünen Koalition ab 2002 geschnürten Hartz I-IV-Pakete) haben in der deutschen Gesellschaft verheerende Schäden angerichtet. In Deutschland konnten die Durchschnitts-Löhne, ILO-Daten zufolge, mit dem nur schwachen Wachstum nicht mithalten; zugleich hat die soziale Ungleichheit zugenommen. Zwischen 2001 und 2007 wuchsen die Reallöhne im Schnitt um ein halbes Prozent pro Jahr, im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Wachstumsraten (SpiegelOnline 2008). Einer DIW-Studie zufolge ist der Bevölkerungsanteil mit Armutsrisiko innerhalb einer Dekade signifikant gestiegen. 2008 fielen rund 11,5 Millionen Deutsche (14 Prozent der Bevölkerung) unter diese Kategorie. Das war gut ein Drittel mehr als noch zehn Jahre zuvor (IRP Poverty Dispatch 2010).

Die Transnationalisierung des Kapitals, die in Europa hauptsächlich von deutschen Unternehmen ausgeht, untergräbt schrittweise die zentralen Kompromisse, die diese – neben anderen Faktoren – erst möglich gemacht haben, einschließlich der Europäischen Integration selbst. Die EU bleibt bestehen, so wie Frankreich der wichtigste Partner Deutschlands in der EU bleibt. Auf beide entfallen zusammen 33 Prozent der europäischen Bevölkerung, sie bestreiten 36 Prozent des europäischen Haushalts und annähernd die Hälfte des BIP der Eurozone entfällt auf sie (Le Monde v. 7.11.2008). Aber der besondere Einfluss, den Frankreich bis 1991 hatte, ging verloren. Die Entscheidung von 1999, die EU nach Zentral- und Osteuropa zu erweitern, begünstigte auf Grund der EU-Bedingungen das deutsche Kapital, ohne dass Frankreich ir-

gendeinen regulatorischen oder Kompensations-Mechanismus in die Hand bekam. Nach 2000 gab es dann keinerlei institutionelle Bewegung mehr in Europa, abgesehen von der Ernennung einiger führender EU-Beamten, die höchstens durch Bedeutungslosigkeit auffielen. Der französische Historiker Jacques-Pierre Gougeon hat es so ausgedrückt: Die zunehmende strukturelle Divergenz zwischen den Positionen Frankreichs und Deutschlands erfordert „eine generelle Neubewertung der Fähigkeit Frankreichs, eine Rolle in der vordersten Reihe Europas zu spielen“ (zit. in *Le Monde* v. 7.11.2008).

Mittlerweile ist Europa – angesichts der Tatsache, dass alle entscheidenden politischen Parteien Anhänger des von der EU vorgeschriebenen neoliberalen Kurses sind – ein populistischer Sündenbock vor dem Hintergrund zunehmender fremdenfeindlicher Stimmungen in ganz Europa geworden (Holman 2004, 721-725). Ob die zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags stattfindenden Massenproteste in Griechenland die Voraussage von Alain Lipietz bestätigen, dass die sozial destruktiven Implikationen der Europäischen Währungsunion innerhalb einiger Jahrzehnte zum Bürgerkrieg führen könnten (zit. In *Le Monde diplomatique*, August 1992, S. 30), bleibt abzuwarten. Jedenfalls besteht kein Zweifel daran, dass mit dem von den stärksten Kapitalgruppen geforderten Übergang der europäischen Integration in neoliberales Fahrwasser (wobei deutsche Unternehmen inzwischen die Kommandohöhen besetzt halten) das allen EU-Gesellschaften auferlegte Regime der Markt-Disziplin seine destruktivste Wirkung gerade in der europäischen Peripherie entfaltet.

Literatur

- Achimgaz (2007) <<http://www.achimgaz.com/unternehmen.html?&L=1>> (Aufruf 27. März 2007).
- Albert, M. (1991) *Capitalisme Contre Capitalisme*, Paris
- BBC (2005) Schroeder Attacked Over Gas Post. BBC News 10. Dezember <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4515914.stm>> (Aufruf 27. März 2007).
- Bieling, H.-J. (2006) 'EMU, Financial Integration and Global Economic Governance', *Review of International Political Economy*, 13(3): 420–48.
- Bode, R. (1979) 'De Nederlandse bourgeoisie tussen de twee wereldoorlogen', *Cahiers voor de Politieke en Sociale Wetenschappen*, 2(4): 9–50
- Cafruny, A. W. and Ryner, J. M. (2007a) Europe at Bay. In the Shadow of US Hegemony, Boulder.
- Cafruny, A. W. and Ryner, J. M. (2007b) 'Monetary Union and the Transatlantic and Social Dimensions of Europe's Crisis', *New Political Economy*, 12(2): 141–65.
- Calleo, D. (1976) 'The Postwar Atlantic System and its Future', in E. O. Czemiapl and D. A. Rustow (Hrg.) *The Euro-American System*, Frankfurt/Boulder, CO
- Carroll, W. K. and Carson, C. (2003) 'Forging a New Hegemony? The Role of Transnational Policy Groups in the Network and Discourses of Global Corporate Governance', *Journal of World-Systems Research*, 9(1): 67-102.
- Carroll, W. K., Fennema, M. and Heemskerk, E. (2010) 'Constituting Corporate Europe. A Study of Elite Social Organization' *Antipode*, 42 (4): 811-843.

- Chiesi, A. M. (1985) 'Property, Capital and Network Structure in Italy', in F. N. Stokman, R. Ziegler and J. Scott (Hrg.) 1985. *Networks of Corporate Power*, Cambridge.
- Cohen-Tanugi, L. (1987 [1985]) *Le droit sans l'état. Sur la démocratie en France et en Amérique*, 3rd ed [Vorwort S. Hoffmann]. Paris.
- Cox, R. W. (1987) *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York.
- Cutler, A. C., Haufler, V. and Porter, T. (1999) 'Private Authority and International Affairs', in Cutler, Haufler and Porter (Hrg.) *Private Authority and International Affairs*, Albany, NY.
- Domhoff, G. W. (1971) *The Higher Circles. The Governing Class in America*, New York.
- Domhoff, G. W. (1978) *The Powers That Be. Processes of Ruling Class Domination in America*, New York.
- Duménil, G. and Lévy, D. (2001) 'Costs and Benefits of Neoliberalism. A Class Analysis', *Review of International Political Economy*, 8(4): 578–607.
- Epstein, G. (ed.) (2005) *Financialization and the World Economy*, Cheltenham.
- Fennema, M. (1982) *International Networks of Banks and Industry*, The Hague.
- Galli, G. (1995) *Il Padrone dei Padroni. Enrico Cuccia, il potere di Mediobanca e il capitalismo italiano*, Mailand.
- Gazprom (2007) 'Gazprom. About/Board of Directors' <<http://www.gazprom.com/eng/articles/article8823.shtml>> (Aufruf 27. März 2007)
- Gill, S. (2001) 'Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism', in A. Bieler and A. D. Morton (Hrg.) *Social Forces in the Making of the New Europe*.
- Gowan, P. (1999) *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London.
- Grahl, J. and Teague, P. (1990) *The Big Market. The Future of the European Community*, London.
- Gramsci, A. (1996) *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 7, Hamburg.
- Heemskerk, E. M. (2007) *Decline of the Corporate Community. Network Dynamics of the Dutch Business Elite*, Amsterdam.
- Hilferding, R. (1973) *Das Finanzkapital*, [Vorw. E. März]. Frankfurt/M.
- Holden, S. (2004) 'The Costs of Price Stability: Downward Nominal Wage Rigidity in Europe', *Economica*, 71: 183–208.
- Holman, O. (1992) 'Transnational Class Strategy and the New Europe', *International Journal of Political Economy*, 22(1): 3–22.
- Holman, O. (2004) 'Asymmetrical Regulation and Multidimensional Governance in the European Union', *Review of International Political Economy*, 11(4): 714–35.
- Holman, O. (2008) 'Transnational Governance and National Employment Regulation: the Primacy of Competitiveness', in P. Kennett (ed.) *Governance, Globalisation and Public Policy*, Cheltenham.
- IMF (2008) *International Monetary Fund, Coordinated Investment Survey* (December). <<http://www.imf.org/external/np/sta/pi/cpis.htm>> (Aufruf 20. März 2009)

- IRP Poverty Dispatch (2010) (18. Februar) <<http://www.irp.wisc.edu/dispatch/2010/02/18/poverty-rate-germany/>> (Aufruf 18. März 2010).
- Jacque, L. (2009) 'Anniversaire en demi-teinte pour l'euro. Vraiment protectrice, la monnaie unique?' *Le Monde Diplomatique*, Februar, S. 7.
- Jenkins, J. C. and Eckert, C. M. (1989) 'The Corporate Elite, the New Conservative Policy Network, and Reaganomics', *Critical Sociology*, 16(2-3): 121-44.
- Johnson, B. W. (2002) 'German Corporate Culture in the Twenty-First Century: The Interrelations Between the End of Germany, Inc., and Germany's Corporate Capital Gains Tax Reform', *Minnesota Journal of Global Trade*, 11(1): 69-100.
- Kogut, B. and Walker, G. (2001) 'The Small World of Germany and the Durability of National Networks', *American Sociological Review*, 66(3): 317-35.
- Konings, M. (2008) 'European Finance in the American Mirror: Financial Change and the Reconfiguration of Competitiveness', *Journal of Contemporary Politics*, 14(3): 253-75.
- Martin, A. (2004) 'The EMU Macroeconomic Policy Regime and the European Social Model', in A. Martin and G. Ross (Hrg.) *Euros and Europeans. Monetary Integration and the European Model of Society*, Cambridge.
- Martinelli, A. and Chiesi, A. M. (1989) 'Italy', in T. Bottomore and R. J. Brym (Hrg.): *The Capitalist Class. An International Study*. New York.
- Martinelli, A., Chiesi, A. M. and Dalla Chiesa, N. (1981) *I grandi imprenditori italiani. Profilo della classe dirigente economica*, Milano.
- Menshikov, S. (1973). *Millionaires and Managers. Structure of U.S. Financial Oligarchy* [Übers. L. Lempert]. Moskau.
- Morin, F. (1974) *La structure financie're du capitalisme français*. Paris.
- Morris, J. (1982) 'The revenge of the rentier or the interest rate crisis in the United States', *Monthly Review* 33(8): 28-34.
- Nesavissimaja Gaseta (2007) *EC Tries To Turn EU Into Stronghold*, 16. Dezember, <<http://www.focus-fen.net/?id=18438&PHPSESSID=pu9qia5ufg2jogj8s57piajt64>> (Aufruf 1. März 2009)
- Nollert, M. (2005) 'Transnational Corporate Ties: A Synopsis of Theories and Empirical Findings', *Journal of World-Systems Research*, 11(2): 289-314.
- Oikonomou, I. (2007) *The European arms industry as a European Security and Defence Policy actor. A historical materialist theory of EU military integration*, Unpublished PhD thesis, University of Wales at Aberystwyth.
- Overbeek, H. (1990) *Global Capitalism and National Decline. The Thatcher Decade in Perspective*, London.
- Overbeek, H. (2000) 'Transnational Historical Materialism', in R. Palan (Hrg.) *Contemporary Theories in Global Political Economy*, London.
- Palan, R. (2003) *The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires*, Ithaca, NY.
- Palan, R., Murphy, R. and Chavagneux, C. (2010) *Tax Havens. How Globalization Really Works*, Ithaca, NY
- Perry, J. (2009) *Goodwill Hunting. Accounting and the Global Regulation of Economic Ideas*, Ph D Dissertation, Amsterdam.

- Poulantzas, N. (1971) *Pouvoir politique et classes sociales*, 2 vols. Paris.
- Raviv, O. (2008) 'Chasing the Dragon East: Exploring the Frontiers of Western European Finance', *Journal of Contemporary Politics*, 14(3): 297–314.
- Scott, J. (1985) 'Theoretical Framework and Research Design', in F. N. Stokman, R. Ziegler, Rolf and J. Scott (Hrg.) *Networks of Corporate Power*, Cambridge.
- SpiegelOnline (2008) (26. November) <<http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,592860,00.html>> (Aufruf 18. März 2010).
- Staples, C. and Braget, M. (2007) 'The Trans-European Capitalist Class', Unpublished paper, University of North Dakota.
- Swartz, D. (1985) 'French Interlocking Directorships: Financial and Industrial Groups', in F. N. Stokman, R. Ziegler and J. Scott (Hrg.) *Networks of Corporate Power*, Cambridge.
- Useem, M. (1984) *The Inner Circle. Large Corporations and the Rise of Business Political Activity in the U.S. and the U.K.*, New York.
- Van Apeldoorn, B. (2002) *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*, London.
- Van der Pijl, K. (1984) *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London.
- Van der Pijl, K. (2006) *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*, London.
- Van Tulder, R. and Junne, G. (1988) *European Multinationals in Core Technologies*, Chichester.
- Walpen, B. (2004) *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pélerin Society*, Hamburg.

J. Schopp (i.e. Josef Schleifstein)

Was ist der Marshall-Plan?

Im April 1948, vor 65 Jahren, wurde der Marshall-Plan („European Recovery Program“, ERP) vom US-Kongress verabschiedet. Dem Marshall-Plan wird weithin eine wichtige Rolle bei der Rekonstruktion der westdeutschen und westeuropäischen Wirtschaft attestiert. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer nannte ihn dagegen „einen großen PR-Erfolg“. Er schrieb unter anderem: „Der Marshall-Plan trug nur wenig direkt zum Wachstum bei. Die Marshall-Plan-Güter waren zu teuer, entsprachen oft nicht den Bedürfnissen der Industrie und kamen zu spät. (...) Viele glauben, es seien Millionen geflossen. Das ist ein großer Irrtum, es kam kein einziger Dollar. Die Amerikaner lieferten Waren: zu einem Großteil Baumwolle, Tabak und Nahrungsmittel. Sie richteten ihre Lieferungen an den Exportwünschen ihrer Wirtschaft aus, und die Deutschen bezahlten dafür. (...) Er war ein sehr erfolgreiches Instrument der USA, Westeuropa gegen den Ostblock zu stabilisieren. Und in ihm manifestierte sich der Richtungswechsel in der Deutschland-Politik der Amerikaner...“¹

Diese Argumente findet man auch in einer im Oktober 1948 vom (damals in Frankfurt am Main ansässigen) Parteivorstand der KPD herausgegebenen Broschüre „Was ist der Marshall-Plan?“. Ihr Verfasser war Josef Schleifstein, der sie unter seinem damaligen Presse-Pseudonym J. Schopp veröffentlichte.² Schleifstein war zwei Jahre vorher, im Oktober 1947, aus dem britischen Exil zurückgekehrt. Als Journalist (stellv. Chefredakteur der KPD-Bezirkszeitung „Volksstimme“ in Köln) nahm er u.a. Ende 1947 an der Londoner Außenministerkonferenz teil und veröffentlichte Berichte und Kommentare zur Außenpolitik. Er übernahm dann im Juni 1948 die Leitung der Presse- und Schulungsabteilung beim KPD-Parteivorstand. Die Marshall-Plan-Broschüre war die erste größere Arbeit, die in dieser Funktion entstand.

Die Broschüre (64 Druckseiten, Aufl. lt. Impressum 50 Tsd.) entwickelt Darstellung und Kritik des Marshall-Plans auf der Grundlage der britischen und US-Presse und lässt dabei den Gegner ausführlich als Zeugen zu Wort kommen. Sie gliedert sich in fünf Kapitel: I. Ursprung und Anfänge; II. Der amerikanische Hintergrund; III. Wie die Hilfe aussehen soll; IV. Dollars – aber um welchen Preis!; V. Das ganze Deutschland – oder der Marshall-Plan? Der nachstehende Auszug ist dem Kap. IV entnommen (S. 26-38). Die Broschüre kann vollständig eingesehen werden unter www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

(Anm. d. Red.)

¹ Interview in: „Die Welt“ online, 4. Juni 2007. Vgl. auch Werner Abelshauer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. erw. A., München 2011, S. 129-152.

² Vgl. IMSF, Marxistische Blätter, sozialismus, Z (Hrg.), Reale Geschichte als Lehrmeister. Josef Schleifstein 1915-1992, Frankfurt/M. 1973, S. 11, 60 (sh. www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de).

(...)

IV. Dollars – aber um welchen Preis!

Wir kommen nun zu dem Preis, der für diese Lieferungen gezahlt werden soll. Was die finanzielle Seite der Sache angeht, so soll ein bestimmter Teil als Geschenk[,] oder wie es in der offiziellen Verlautbarung weit sinnvoller hieß, als „grant“, was so viel bedeutet wie Bewilligung, gegeben werden. Wobei die Zahlungsfähigkeit, und sicherlich auch die Stärke der Kommunistischen Parteien der einzelnen Länder über die Höhe der „Bewilligungen“ entscheiden. Das übrige soll zurückgezahlt werden. Der stellvertretende USA-Staatssekretär Thorpe erklärte am 24. 1. 1948,

die Hilfe solle die Form von Anleihen annehmen, wo immer die begründete Aussicht bestehe, daß die Fähigkeit vorhanden ist, sie zurückzuzahlen.

Aber Geschenke verpflichten und zwar weit mehr als Anleihen. Es handelt sich beim Marshall-Plan eben nicht um einen gewöhnlichen kaufmännischen Kredit, um – wie Präsident Truman gesagt hat – „mehr als eine kommerzielle Maßnahme“. Der Marshall-Plan ist zugleich ein wichtiges Stück der amerikanischen Wirtschaftspolitik und der amerikanischen Politik überhaupt. Und der Preis, den Europa zu zahlen haben wird, ist weiß Gott nicht gering. Es gehört zum Marshall-Plan seit seiner Entstehung, daß niemand je in der Lage ist oder war, genau zu sagen, was er nun eigentlich beinhaltet und was er nicht beinhaltet. Ebenso wie heute noch kein Mensch sagen kann, ob er sein erstes Jahr überleben wird, wissen die Empfänger heute noch nicht, wie die Bedingungen im einzelnen interpretiert werden, die sie in den zweiseitigen Verträgen mit den USA unterzeichnet haben und die darin nur in allgemeiner Form enthalten sind.

Die Unterzeichnung dieser zweiseitigen Verträge hat eine interessante Vorgeschichte. Lange Zeit taten die amtlichen und nichtamtlichen Apostel des Marshall-Planes in Europa so, als ob schon die Feststellung seiner Gegner, die USA würden einschneidende Bedingungen daran knüpfen, einer böswilligen Verleumdung gleichkäme. Das änderte sich plötzlich als es ernst wurde; und die Stunde nahte, da die Unterschrift unter die zweiseitigen Verträge gesetzt werden sollte (andernfalls die Lieferungen gestoppt würden). Auf einmal hatten die Kommunisten recht und es gab doch Bedingungen!

Es ist bestimmt nie schärfer über den Plan geurteilt worden, als es seine ergebsten westeuropäischen Jünger in diesen Wochen taten. Die Vertreter der westeuropäischen Länder bemühten sich, wenigstens den Text der formalen Abkommen so zu mildern, daß ihre Völker nicht das Spiel durchschauten. Man konnte doch unmöglich zugeben, daß die Prophezeiungen Molotows über den Verlust der Unabhängigkeit der Marshall-Länder in Erfüllung gegangen waren.

So geschah es, daß beispielsweise der Londoner „Economist“, der kaum sechs Wochen zuvor den Plan als den „uneigennützigsten Akt“ der Weltgeschichte gefeiert hatte, zu diesem Verdammungsurteil kam:

„Wenn es einfach eine Angelegenheit eines Konflikts wäre zwischen dem, was die Amerikaner und dem, was die Europäer tun wollen, dann könnte es genügen, mit den Achseln zu zucken und zu sagen, daß Bettler nicht wählerisch sein können. Was so qualvoll [ist] für Europäer ist dies – daß sie sehen müssen, wie die Großzügigkeit der helfendem Hand wertlos gemacht und ihre Absichten vereitelt werden durch Bedingungen, die den Zeitpunkt hinausschieben, da Europa wieder auf eigenen Füßen stehen kann.“

(The Economist, 19. 6. 1948.)

Gemäß der noch schwierigeren Lage der herrschenden Kreise Frankreichs, mit einer starken kommunistischen Partei im Lande, wurde die dem französischen Außenministerium nahestehende Pariser Zeitung „Le Monde“ noch um einen Grad deutlicher:

„Die schwierigen Verhandlungen, die schon seit Wochen im Gange sind, bestätigen, daß die Anwendung des Marshall-Planes Fragen der nationalen Souveränität aufwirft, die die interessierten Länder ernsthaft schädigen können. (Das hatte Molotow ein Jahr vorher gesagt, d. Verf.) Es handelt sich nicht so sehr um das Prestige als darum, ob es der amerikanischen Wirtschaft und der amerikanischen Finanz gelingen wird, durch die Hilfe, die sie Europa gewähren, in diesem Teil der Welt Stellungen einzunehmen, die seine Unabhängigkeit bedrohen und seinem Handel und seiner Industrie Konkurrenz machen werden ... Soll Westeuropa sich nur als eine Filiale von Amerika organisieren, anstatt die große selbständige Kraft zu sein, die man erhofft hatte?“

(Le Monde, 23. 6. 1948.)

„Bedrohte Unabhängigkeit“, „Konkurrenz für Industrie und Handel“, „Filiale von Amerika“ – ist das nicht genau das, was die Kommunisten dem Marshall-Plan vorwerfen? Diese aggressiven Anschuldigungen in solch einflußreichen Organen wie „Economist“ und „Le Monde“ verdanken wir nicht der urplötzlichen Erkenntnis, daß die Kommunisten schon immer im Rechte waren in ihrer Beurteilung des Marshall-Unternehmens. Sie sollten einfach dazu dienen – heute feiern „Economist“ und „Le Monde“ den Marshall-Plan wieder wie ehemals – eine Milderung der ursprünglichen amerikanischen Fassung der Verträge zu erreichen.

Dieser Versuch ist jedoch mißglückt, darüber können auch alle nachträglichen Beschwichtigungen nicht hinwegtäuschen. Der Sache nach haben die amerikanischen Verhandlungspartner nirgends nachgegeben. Alle Bedingungen, die der Gesetzesakt des Kongresses festgelegt hat, wurden in die Verträge aufgenommen. Nur ist der Wortlaut so allgemein und unscharf gehalten, daß es überall auf die bekannte Interpretation ankommen wird. Aber weiß nicht schon heute jeder, wer die „richtige“ Auslegung auf seiner Seite haben wird? Wir wollen uns deshalb bei der Beantwortung der Frage, die die britische Labour-Zeitschrift „New Statesman and Nation“ in jenen Wochen der Verhandlungen

stellte – „Können wir uns die Marshall-Hilfe leisten?“ – nicht an diese zweiseitigen Verträge halten, sondern an den vom Kongreß verabschiedeten Gesetzesakt selbst, der diesen Verträgen zugrunde liegt.

Die gesetzliche Grundlage des Planes

Sehen wir uns an, was dieses *verlässlichste Dokument* über den Marshall-Plan das „*Auslandshilfsgesetz 1948*“ (Foreign Assistance Act of 1948) zu sagen hat. Es zerfällt in vier Teile, deren erster dem Marshall-Plan gewidmet ist, während die anderen u. a. die Hilfe für Griechenland, die Türkei und China behandeln. Das dem Marshall-Plan gewidmete Gesetz heißt „Akt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit 1948“, (Economic Co-operation Act of 1948.) Wir folgen hier einer Darstellung, die der unabhängige britische Arbeiterabgeordnete D. N. Pritt im „Labour Monthly“ gegeben hat.

Gleich eingangs ist von der Förderung des „allgemeinen Wohlstands, des nationalen Interesses und der Außenpolitik der USA“ die Rede. Dann wird u. a. erklärt, es sei notwendig, gerechte Wechselkurse zu schaffen und die Handelsbarrieren mehr und mehr auszumerzen. Dem Verwalter des Planes, also Mr. Hoffman, wird das Recht erteilt, die Bedürfnisse der einzelnen Länder festzulegen, die Hilfsprogramme aufzustellen und die Hilfe zu beenden. Aber, heißt es ausdrücklich,

nichts soll geschehen, „was nicht vereinbar ist mit der Außenpolitik der USA“.

Es wird weiter festgelegt, daß in jedem Empfängerland amerikanische Missionen eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, die Durchführung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen zu sichern. Auch die humoristische Note fehlt nicht. Es wird feierlichst bestimmt, daß kein Mitglied dieser Mission jemals in einer Organisation gewesen sein darf, die sich „gegenüber den USA, ihrer Verfassung und Regierungsform“ nicht loyal verhält. Jeder Angestellte muß vor den Bundes-Untersuchungsbehörden (F.B.I.) auf seine Loyalität und Sicherheit hin geprüft worden sein.

Dann stoßen wir auf die praktischen Seiten, nämlich darauf, wie die eigentliche Hilfe aussehen soll. Sie wird laut Gesetzesakt bestehen aus Warenlieferungen, der Verarbeitung, Lagerung, dem Transport und der Reparatur von Gütern oder in anderen Diensten. In diesem Zusammenhang erscheint die Klausel, wonach mindestens die Hälfte der Lieferungen in amerikanischen Schiffen zu den üblichen Tarifen transportiert werden müssen. In all seinen Handlungen ist Mr. Hoffman weiter angewiesen,

die Benutzung des privaten Handels „zu erleichtern und so groß wie möglich zu gestalten“,

damit wir auch nicht für eine Minute vergessen, daß im Rahmen des Marshall-Planes der Kapitalismus und nicht seine Gegner gefördert werden sollen.

Wo der Gesetzesakt sich mit der Frage befaßt, ob die Empfänger für die Lieferungen bezahlen sollen oder nicht, und die Entscheidung darüber dem Ver-

walter, Mr. Hoffman, überläßt, wird unter den Formen der Bezahlung auch die Gegenlieferung von Materialien gefordert, an denen die USA Mangel leiden: Das wenige Licht, welches das Gesetz auf die Art der Lieferungen wirft, geschieht bezeichnenderweise unter der Ueberschrift „Schutz der inneren Wirtschaft“. Hier wird Mr. Hoffman angewiesen, den Ankauf von Gütern im Rahmen des Planes so vorzunehmen, daß die wichtigen Bedürfnisse der USA nicht verletzt werden. Für Petroleumprodukte wird speziell gefordert, daß sie außerhalb der USA erworben werden sollen und auch da soll Mr. Hoffman Rücksicht nehmen „auf die gegenwärtige und voraussichtliche Knappheit“. (Dies muß man wissen, wird im Gesetzesakt eines Landes gesagt, das gegenwärtig zwei Drittel des gesamte Oels der Welt verbraucht.)

Und so geht es weiter, Punkt für Punkt. Landwirtschaftliche Produkte, an denen Ueberschuß besteht, sollen in den USA und nicht in anderen Ländern erworben werden. Dann kommen gewissermaßen die Pflichten der Empfängerländer. Darunter finden wir die Forderung nach Stabilisierung der Währungen, ausgeglichenen Staatshaushalten, gültigen Wechselkursen. Was damit gemeint ist, werden wir später sehen. Weiter verlangt der Gesetzesakt, daß ein Fonds in eigener Währung errichtet wird, im Werte der Lieferungen, die die einzelnen Länder erhalten. Ein Teil dieses Fonds soll für die Verwaltungsausgaben der USA im Rahmen des Plans in den betreffenden Ländern verwandt werden. Ueber die Verwendung des Restes soll eine gemeinsame Uebereinkunft erzielt werden, die vom amerikanischen Kongreß zu bestätigen ist. Welche Gewalt über die Finanzen der einzelnen Länder dies den USA verleiht, soll ebenfalls später untersucht werden.

Es folgt dann eine sehr wichtige Klausel über den Handel mit Ländern, die nicht am Marshall-Plan teilnehmen. Nicht, daß er offen untersagt wird. Aber wenn es sich z. B. um Waren handelt, die die USA „im Interesse ihrer nationalen Sicherheit“ nicht in die am Marshall-Plan nicht teilnehmenden europäischen Länder ausführen, und die Marshall-Plan-Länder wollten derartige Waren dorthin exportieren, dann kann Mr. Hoffman ihnen die Lieferung von Materialien verweigern, die zur Produktion solcher Waren benutzt werden könnten.

Schließlich kommt das dicke Ende. Mr. Hoffman ist durch den Gesetzesakt angewiesen, wenn er über Form und Ausmaß der Hilfe entscheidet, zu berücksichtigen, wie die einzelnen Länder ihre Verpflichtungen einhalten. Aber mehr noch, ihm wird vorgeschrieben, die Hilfe sofort zu beenden, nicht nur wenn das betreffende Land seinen Vertrag nicht einhält oder schlechten Gebrauch macht von den Lieferungen, die es erhält, sondern auch, wenn „auf Grund veränderter Bedingungen die Hilfe nicht länger im Einklang steht mit den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten.“

In anderen Worten: die geringste politische oder wirtschaftliche Maßnahme in irgendeinem der Länder des Marshall-Planes, die den Reaktionären im amerikanischen Kongreß nicht passt, kann der Anlaß sein, die Lieferungen einzustellen. So sieht in Wahrheit der „uneigennützigste Akt der Weltgeschichte“ aus.

Das ist der Buchstabe des Gesetzesaktes, der Sinn liegt viel tiefer. Um Sinn und Folgen des Plans in ihrer ganzen verhängnisvollen Schwere zu erkennen, gilt es neben den zweiseitigen Verträgen und dem soeben dargestellten offiziellen, vom amerikanischen Kongreß angenommenen Gesetzesakt auch die vielen Empfehlungen und Vorschläge der verschiedenen Komitees des Kongresses und die Feststellungen amerikanischer Minister und anderer offizieller Persönlichkeiten zu betrachten. Erst dann kann man sich von allen Illusionen befreien.

Das Pfund Sterling – Feind Nr. 2 des Marshall-Planes

Da ist zuerst die Währungshoheit, auf die ja wohl jeder selbständige Staat Anspruch erheben kann. Die Marshall-Länder werden sie nicht mehr besitzen. Man verlangt von ihnen die Abwertung ihrer Währungen, was zuerst offen in den zweiseitigen Verträgen stand, dann aber auf Grund der Proteste im Ton gemildert wurde. Der Sinn dieser Forderung ist einfach. Amerika will der einzige finanzielle Gebieter der Welt sein: Die Wall-Street will nicht länger ihre Herrschaft mit der City von London teilen. Im März schrieb die „New York Times“, neben dem Kommunismus sei die größte Bedrohung des Marshall-Planes:

„der britische Kampf zur Verteidigung des Pfundes“. Großbritannienens Versuch, weiter der Bankier für das Empire und andere Länder zu sein, sei „unvereinbar mit dem Ziel des Marshall-Plans[“] – und das Außenministerium erwäge den Plan, die Verantwortlichkeiten Großbritanniens in Australien, Indien, Neuseeland und Aegypten zu übernehmen.

Der konservative „Daily Express“ bemerkte damals, dies wäre „das Ende des britischen Empire – nichts weniger.“ Bekanntlich ist es England gelungen, das Pfund stabil zu halten, während Frankreich nachgab und den Franken abwertete. Deshalb soll die Abwertung der Währungen eine der Hauptbedingungen des Marshall-Plans sein. Bereits am 7. Januar hat der Vorsitzende des Bankausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, *Jesse Woolcott*, eine Abwertung des britischen Pfundes auf 2,65 Dollar gefordert, d. h. auf zwei Drittel seines gegenwärtigen Wertes, und eine dementsprechende Abwertung anderer europäischer Währungen. Andernfalls, verlangte Woolcott, sollten sie keine Marshall-Gelder erhalten.

Aber weiter wird, wie wir sehen, von den 16 Ländern gefordert, daß sie Fonds in ihren eigenen Währungen im Werte der Lieferungen schaffen, über die sie nicht ohne Zustimmung der USA verfügen können. Die USA erhalten also die Kontrolle über einen bedeutenden Teil der Finanzen dieser Länder. Als dieser Vorschlag zum ersten Male auftauchte, da schrieb der überaus marshallfreundliche „*Economist*“:

„Wenn diese Gelder der Kontrolle der einzelnen Regierungen entzogen werden, dann würden diese einen wichtigen Bestandteil ihrer wirklichen wie ihrer äußeren Souveränität aufgeben.“ (The Economist 10. 1. 1948.)

Inzwischen ist diese Bedingung in den vom Kongreß angenommenen Gesetzesakt und in die zweiseitigen Verträge aufgenommen worden, und somit haben diese Länder tatsächlich einen „wichtigen Bestandteil ihrer Souveränität“ aufgegeben.

Eine eigene Handelspolitik ist unmöglich

Es wird den Ländern des Marshall-Planes auch nicht möglich sein, ihren Handel nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Das ist aber ein Kernproblem ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Selbst die Pariser Konferenz der 16 Länder hatte eine starke Entwicklung des Handels mit den osteuropäischen Ländern als Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der europäischen Wirtschaft gefordert. Die Marshall-Länder werden in ihrer Handelspolitik nicht mehr frei sein. Nicht nur, daß sie sich verpflichten müssen, strategische Rohstoffe an die USA zu liefern, auch wenn sie diese unter Umständen selbst verarbeiten oder weit nützlicher im Austausch mit anderen Ländern verwenden könnten.

Es ist noch in guter Erinnerung, wie die Vereinigten Staaten seinerzeit versuchten auf Schweden einzuwirken, um den schwedisch-sowjetischen Handelsvertrag rückgängig zu machen und auf welche scharfe Ablehnung diese Einmischung bei der schwedischen Regierung stieß. Der Druck auf diese Länder im Rahmen des Marshall-Planes wird sich jedoch nicht auf Noten beschränken, er wird Teil des Planes selbst sein. Im Februar berichtete die „New York Times“ über die Handelsbesprechungen, bei denen die Sowjet-Union ein Angebot für 450 000 Tonnen Getreide an Belgien gemacht hatte und schrieb, sobald dieses Angebot in Washington bekannt geworden sei,

„wurden sofort Maßnahmen ergriffen, um von diesem Vertrage abzuschrecken, und wenn möglich, und notwendig, ihn zu verhindern.“

Im Rahmen des Marshall-Planes werden solche „Maßnahmen“ viel leichter sein. Man braucht, wie wir im Gesetzesakt gesehen haben, nur zu erklären, die Lieferungen seien gegen „das nationale Interesse“ der USA gerichtet und schon können die Marshall-Gelder gesperrt werden. Ganz offen schrieb die führende Zeitung der USA, die „New York Times“ am 7. 4. 1948 unmittelbar nachdem der Marshall-Plan Gesetz geworden war, daß Mr. Hoffman

„riesige Macht besitzen werde, nicht nur über die Exporte dieses Landes, sondern auch derjenigen Länder, die Hilfe unter dem Marshall-Plan erhalten.“

Als der britische Handelsminister *Wilson* am 29. 4. 1948 im Unterhaus die direkte Frage vorgelegt bekam, ob Marshall-Lieferungen im Handelsaustausch mit der Sowjet-Union verwandt werden dürfen, antwortete er, „dies würde einer Klärung mit den betreffenden amerikanischen Stellen bedürfen“, und bewies damit, daß von Handelsfreiheit für die Marshall-Länder keine Rede sein kann.

Im Juli, nach Unterzeichnung der Verträge, hat der Verwalter Hoffman noch eindeutiger erklärt, daß alle Waren oder Rohstoffe, die in irgendeiner Form für „Rüstungen“ verwandt werden können, zu den für den Export in die Sow-

jet-Union und in die anderen am Marshall-Plan nicht teilnehmenden Länder verbotenen Artikeln gehören. Damit kann natürlich der Handel mit Osteuropa ganz unterbunden werden, denn schließlich kann heute alles zu Kriegszwecken benutzt werden.

Im April dieses Jahres veröffentlichte die UN-Wirtschaftskommission für Europa einen bedeutsamen Bericht über die europäische Wirtschaftslage. Daraus ging als wichtigste Schlußfolgerung hervor, daß auch die volle Durchführung des Marshall-Planes die wirtschaftlichen Probleme der europäischen Länder nicht lösen werde, und daß die einzige Chance der Gesundung in der planmäßigen Entwicklung des Handels zwischen West- und Osteuropa liege. Der UN-Bericht führte als Beispiel an, daß maschinelle Ausrüstungen für die Holzindustrie Osteuropas im Werte von fünf Millionen Dollar Westeuropa eine Ersparnis von 70-Millionen Dollar für amerikanische Holzeinfuhren bringen könnten. Marshall-Plan und Westeuropa-Union werden dies unmöglich machen. Die Westeuropa-Union ist eine wirtschaftliche Sinnlosigkeit. Treffend hat die der Labour Party nahestehende Zeitschrift „New Statesman and Nation“ im April über die eigentliche Bedeutung der West-Union im Rahmen des Marshall-Planes geschrieben:

„Die Schaffung einer Westeuropa-Union mag die politische und militärische Basis abgeben, die das amerikanische Außenministerium braucht, aber wird sie, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, die grundsätzlichen Ursachen der Gleichgewichtsstörung berühren? Die Zusatzbestimmung zum Marshall-Plan, die Exporte gesperrter Güter nach Osteuropa verbietet, kann in der Tat die Entwicklung jenes Ost-West-Handels unmöglich machen, die das Pariser Komitee als einen wesentlichen Faktor der Erholung angesehen hatte.“

Es ist schon so, wie der berühmte schwedische Nationalökonom und Sekretär der UN-Wirtschaftskommission, Gunnar Myrdal, Ende April erklärte: Europas Gesundung ist unteilbar. Weil der Marshall-Plan Europa teilt, wird er die wirtschaftliche Gesundung der an ihm teilnehmenden Länder verhindern.

Die offene Tür für das amerikanische Kapital

Eine der wichtigsten Seiten des Marshall-Plans betrifft den in seinem Rahmen geplanten amerikanischen Kapitalexport. Wir hatten bei der Darstellung der amerikanischen Situation gesehen, daß eines der Hauptprobleme für die amerikanischen Kapitalisten darin besteht, profitable Anlagemöglichkeiten für die überschüssigen Kapitalien zu finden, die sie auf Grund der riesigen Profite in den letzten Jahren angesammelt haben. Der Marshall-Plan soll ihnen derartige Möglichkeiten schaffen. Von Kapitalanlagen im Auslande erwartet man, wie ein Bericht des amerikanischen Handelsministeriums[,] betitelt „Die USA in der Weltwirtschaft“[,] feststellt, „größere Profite“. Unmittelbar nach Annahme des Marshall-Plans im Kongreß wurde bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung Garantien bis zu 14 Jahren übernehmen wird für Kapitalisten, die Investitionen in den Marshall-Ländern vornehmen wollen und zwar vorläufig bis zu einer Gesamtsumme von 300 Millionen Dollar.

Der Kapitalexport ist bekanntlich eines der charakteristischen Merkmale der Wirtschaft im Monopolkapitalismus. Aus einem Bericht des amerikanischen Finanzministeriums ging hervor, daß die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland, die vor dem ersten Weltkrieg 3,5 Milliarden Dollar betragen, im Jahre 1943 auf 13 Milliarden angewachsen waren. Derselbe Bericht schätzte die Anlagen auf 17,3 Milliarden für das Jahr 1945 und auf 21,6 Milliarden für das Jahr 1946.

Wenn wir diese Ziffern zum Ausgangspunkt nehmen, so ergibt sich aus Präsident Trumans Feststellung in seinem Wirtschaftsbericht vom 14. Januar 1948, wonach die amerikanischen Kapitalanlagen im Verlaufe des einen Jahres 1947 um 83 Prozent gestiegen seien, daß sie gegenwärtig bestimmt mehr als 40 Milliarden Dollar betragen.

Die Macht, die diese 40 Milliarden Dollar – achtmal soviel wie der Marshall-Plan – dem amerikanischen Finanzkapital über die Wirtschaft anderer Länder verleiht, ist gewaltig. Ausländisches Kapital bedeutet fast immer ein Maß von Abhängigkeit, aber wo es in großen Mengen einströmt, da heißt es todsicher Verlust der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit. Die Gefahr, daß das amerikanische Kapital sich die Wirtschaft, nicht nur kolonialer und halbkolonialer Länder, sondern auch relativ fortgeschrittener und selbst der großen Industrieländer unterwirft, ist im Rahmen des Marshall-Planes ganz unmittelbar.

Wahrscheinlich wissen nur die Herren der Wall-Street selbst, wie weit der Ausverkauf Westeuropas bereits gediehen ist. Die Tatsache aber, daß die amerikanischen Kapitalanlagen „im Auslande im Geburtsjahre des Marshall-Planes, 1947, ebenso hoch waren wie in den vorangegangenen 23 Jahren zusammengenommen, wird bestimmt einmal als eines der großen Ereignisse dieses Jahres in die Geschichte eingehen.

Hier einige Beispiele dafür, wie unmittelbar Marshall-Plan und andere amerikanische „Hilfs“-Projekte mit dem Export amerikanischen Kapitals zusammenhängen. Im Februar dieses Jahres berichtete Präsident Truman über wirtschaftliche und militärische Unterstützung Griechenlands. Dazu hieß es in einem Bericht der Reuter-Agentur:

„Im Zusammenhang mit dem Bericht an den Kongreß machte Präsident Truman den Vorschlag, die ungeheuren Mineralvorkommen in Griechenland auszubeuten, um Griechenlands wirtschaftliche Probleme zu lösen.“

Wenige Tage nach Annahme des Planes durch den Kongreß schrieb der halbamtliche US-Informationsdienst (US-Information Service, 6. 4. 1948):

„Die Förderung privater amerikanischer Kapitalanlagen in Westeuropa steht in Uebereinklang mit einem der Hauptziele des amerikanischen Hilfsprogramms. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt die Politik, das amerikanische Privatkapital zu ermutigen, wenn nicht ganz, so doch teilweise, an die Stelle direkter amerikanischer Regierungshilfe zu treten.“

Besondere Aufmerksamkeit wird im Hinblick auf die Kapitalinvestitionen auch den Kolonien der westeuropäischen Länder zuteil. So erklärte das „Kun-
kel-Komitee“ des amerikanischen Kongresses in einem im März veröffent-
lichten Bericht über Großbritannien; es sei wünschenswert

*„eine britische Garantie zu erhalten, die dem amerikanischen Pri-
vatkapital gleichen Zugang für die Entwicklungsmöglichkeiten in den
von Großbritannien abhängigen Ländern und in seinen Kolonien si-
chert.“*

Und im Mai forderte der Kongreßausschuß für Auslandshilfe, daß die Marshall-
Länder ihre Kolonien für das amerikanische Privatkapital öffnen, daß dieses
gleiche Rechte wie die Kapitalisten des Mutterlandes genieße, und daß diese
Bedingung als „integrierender Bestandteil des Marshall-Planes“ betrachtet
werde. Sie ist inzwischen in die zweiseitigen Verträge aufgenommen worden,
die die westeuropäischen Länder unterschrieben haben. Der Marshall-Plan soll
die Politik der „offenen Tür“, die Amerika für seinen Warenexport fordert, auch
für den Kapitalexport herstellen. Die westeuropäischen Industrien in den Hän-
den der großen amerikanischen Trusts, gewissermaßen als Zweigstellen der
amerikanischen Mutterbetriebe, das bedeutet, wenn die Krise kommt, den Ex-
port der amerikanischen Erwerbslosigkeit nach Westeuropa. Es ist eine Erfah-
rungstatsache, daß Filialbetriebe geschlossen werden, bevor das Hauptwerk an
der Reihe ist, schon gar, wenn die Filialen im Ausland liegen.

Marshall-Plan und demokratische Reformen

Auch die Wirtschaftspolitik der Marshall-Länder wird nicht frei sein. Der
Marshall-Plan ist ein durch und durch kapitalistisches Unternehmen. Daß er es
bleibt, dafür werden die sorgen, die allein über sein Schicksal entscheiden, die
Reaktionäre des amerikanischen Kongresses. Seine Hauptverwalter, Hoffman
und Harriman, sind typische Vertreter des amerikanischen „big business“. Hoffman
ist Direktor des Studebaker Automobil-Konzerns und Harriman ist
Teilhaber einer großen Bankfirma. Im Gesetzesakt des Kongresses wird immer
wieder betont, der privatkapitalistische Handel sei zu fördern. Mr. Paul Hoffman
selbst, der, wie wir sahen, über geradezu phantastische Vollmachten verfügt,
hat sein Glaubensbekenntnis in folgendem Satz abgelegt:

*„Nur unter dem Kapitalismus sind die wesentlichen Freiheiten des
Menschen geschützt worden, und nur unter dem Kapitalismus hat der
einfache Mann einen anständigen Lebensstandard genossen.“*

Wird dieser Mann etwa die gewaltige Macht, die ihm gegeben ist, dazu ver-
wenden, den Sozialisten zu ermöglichen, den heiligen Gegenstand seines
Glaubens, das kapitalistische System zu unterminieren? Es gehört eine hübsche
Portion Naivität oder Heuchelei dazu, das zu glauben. Selbst die Marshall-Plan-
freundliche sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ hat in ihrer Neu-
jahrsausgabe geschrieben, daß

„die Kräfte, die heute den Strom der Hilfegüter und des Hilfefkapitals

kontrollieren, weit entfernt davon sind, von sich aus Sozialisten eine Chance zu geben. "

Aber sie werden auch dafür sorgen, dass sie sich diese Chance nicht selbst nehmen. In bezug auf den Handel hat Außenminister *Marshall* das selbst ausgesprochen in einer Rede vor der Handelskammer in Pittsburgh am 15. 1. 1948:

„Wir bekämpfen das System, das als Staatshandel bekannt ist“,

sagte er.

Noch deutlicher war die Antwort, die Mr. *Hoffman* auf die Frage gab, was im Falle einer Nationalisierung der britischen Stahlindustrie geschehen würde. Laut „Daily Herald“ vom 14. 5. 1948 erklärte er:

„Wenn ein Plan zu uns käme, der um Dollar zur Modernisierung der Stahlindustrie ansuchte, und die britische Regierung kündigte einen Nationalisierungsplan für diese Industrie an, so könnte die Hilfe verweigert werden.“

Der Nationalisierungsplan wird nicht etwa untersagt. Großbritannien erhält nur einen Wink. Was für eine Art Wink das ist, versteht man aber nur, wenn man weiß, daß die Modernisierung der Grundindustrien, insbesondere der Stahlindustrie, das fundamentale Problem der britischen Wirtschaft darstellt. Marshall-Plan und Bestrebungen zur Demokratisierung der Wirtschaft durch die Nationalisierung der Grundindustrien sind unversöhnliche Gegensätze. Das hat der bekannte Labour-Politiker und Soziologie Professor *Laski* bereits im Juli vorigen Jahres vorausgesagt; und er hat recht behalten:

„Ich glaube“, erklärte er damals, „daß die amerikanische Hilfe zu Bedingungen erkaufte werden müßte, die eine europäische Sozialisierung verhindern soll und Westeuropa zwingen könnte, sich dem Muster der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, das von den amerikanischen Erfordernissen diktiert wird.“

Marshall-Plan und Außenpolitik

Wenn in den Worten des Präsidenten Truman der Marshall-Plan „ein Hauptbestandteil der amerikanischen Außenpolitik“ sein wird, so wird umgekehrt die amerikanische Außenpolitik auch ein Hauptbestandteil des Marshall-Planes sein. Das heißt, die Länder, die den Marshall-Plan unterschreiben, werden wohl oder übel auch die amerikanische Außenpolitik unterschreiben müssen. Illusionslos hat der der Labour-Party nahestehende „New Statesman und Nation“ ausgesprochen, was sein wird:

„Das ERP (Europäisches Erholungs-Programm), wie es ursprünglich in Marshalls Rede in Harvard entwickelt worden ist, wird, so fürchten wir, in wenig mehr verwandelt werden als in ein Honorar (auf großzügiger Skala), das in dem Glauben gegeben wird, daß es Westeuropa dazu bringt, den Kommunismus abzulehnen und das Recht Amerikas auf Kontrolle seiner Außenpolitik und Militärstrategie zu akzeptieren.“ (The New Statesman and Nation, 1. 5. 1948.)

Es gibt noch genügend Propagandisten des Marshall-Planes, die ihn als einen Beitrag zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit gegen den „Angriff des Totalitarismus“ ausgeben. Aber wie einfältig muß man sein, um das zu glauben, nachdem dasselbe Repräsentantenhaus, das den Marshall-Plan angenommen hat, mit Dreiviertel-Mehrheit für den Einschluß des faschistischen Franco-Spaniens in diesen Plan gestimmt hat? Franco-Spanien, zu dem die Vereinten Nationen die diplomatischen Beziehungen abbrachen, als Hort der Demokratie und Freiheit? Gewiß, der Beschluß ist im Interesse des Ausgangs der italienischen Wahlen schleunigst beiseitegeschoben worden. Aber kaum waren einige Wochen vergangen, da meldete „Die Welt“ (15. 5.), daß amerikanische Banken Franco-Spanien eine Anleihe von 200 Millionen Dollar gewähren werden, und daß Wall-Street einen Druck ausübe, Spanien in den Marshall-Plan aufzunehmen.

Der politische Charakter des Marshall-Plans hat noch direktere Wirkungen auf die Marshall-Länder. Am 16. Januar berichteten die Londoner „Times“:

„Mr. Forrestal, der Verteidigungsminister, sprach sich für die militärische Zusammenarbeit in Westeuropa zur Bekämpfung des Kommunismus aus, und später vor dem Senatsausschuß sagte er, er habe die Gewissheit, Mr. Marshall hätte die Möglichkeit erwogen, daß die europäischen Nationen Militärbasen für die amerikanischen Streitkräfte als Gegenleistung für wirtschaftliche Hilfe abgeben würden ... Er würde es begrüßen, wenn die Streitkräfte Großbritanniens und der anderen 15 Mächte, die sich dem Marshall-Plan angeschlossen haben, einen einzigen Block gegen die Bedrohung des Kommunismus formen würden.“

Die Offenheit, mit der hier der wahre Charakter des Planes bloßgelegt worden war, veranlaßte die westeuropäischen Marshall-Anhänger zu bitteren Klagen über die „Ungeschicklichkeit“ der amerikanischen Politik. Die Pariser Zeitung „L' Aurore“ war böse:

„Durch solche Bedingungen“, schrieb sie, „bekommt die amerikanische Hilfe den Charakter eines sehr unangenehmen Handels. Sie gibt den Kommunisten, die als Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit auftreten, in ihrer Propaganda recht. Indem unsere amerikanischen Freunde unsere berechtigte Empfindlichkeit verletzen, schaden sie ihrer eigenen Sache...“

Aber in der Politik spielen verletzte Empfindlichkeiten eine geringe Rolle, und nur wenige Tage nachdem der amerikanische Verteidigungsminister seinen Wunsch geäußert hatte, Großbritannien möchte mit den anderen 15 Ländern einen „einigen Block“ bilden, hielt Bevin seine bekannte Rede im Unterhaus, in der er die Westeuropa-Union forderte. Am nächsten Tage schrieb der halbamtliche US-Informationsdienst:

„Außenminister Bevins Vorschläge zu einer Allianz unter den westeuropäischen Nationen erhielt die offizielle Beglaubigung („endorsement“ – das Wort stammt aus dem Giroverkehr, d. Verf.) der USA

am 23. Januar in einer Erklärung, die vom Außenministerium herausgegeben wurde.“ (US-Information Service; 24. 1. 1948.)

Zwei Monate danach konnte das Düsseldorfer „Handelsblatt“ (18. März 1948) bereits einen Bericht der beiden amerikanischen Kommentatoren *Joseph und Steward Alsop* zitieren, in dem es hieß,

„Washington trete aus der wirtschaftlichen Phase seiner Weltpolitik in die strategische des Abschlusses von Allianzen, der Sicherung von Stützpunkten und des Aufbaus einer ergänzenden Wehrwirtschaft in Europa.“

Einen weiteren Monat später, als der Brüsseler Pakt der fünf Mächte bereits abgeschlossen war und seine militärischen Seiten in den Vordergrund traten, konnte dann die seriöse „Washington Post“ bemerken:

„Die Idee, den fünf Nationen des Brüsseler Paktes amerikanische Waffen zu liefern, ist eine vernünftige Ergänzung des ERP[.] (Marshall-Plans).“ (Washington Post, 21. 4. 1948.)

Es wird nicht die einzige „vernünftige Ergänzung“ bleiben. Was im Plane selbst festgehalten ist, zusammen mit allen „vernünftigen Ergänzungen“, wird letzten Endes das ergeben, was das „Handelsblatt“ kürzlich als die

„strategisch-politische Bedeutung des Marshall-Planes im Lichte der außenpolitischen Konzeption Washingtons“ bezeichnet hat.

Und das wäre wohl der letzte Sinn, die Quintessenz dessen, was offiziell „Europäischer Wiederaufbau-Plan“ genannt wird.

(...)



334

iz3w



Antiziganismus – Vergangenheit und Gegenwart

Außerdem: ▶ Sankara und die Revolution ▶ Iran und die Linke ▶ Comics aus Afrika ▶ EU in Mali ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Lothar Peter im Gespräch mit Claudia Krieg

Soziologie und intellektuelles Engagement

Das folgende Gespräch führte Claudia Krieg mit unserem Autor Lothar Peter. Lothar Peter (geb. 1942), war nach einem Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik in Marburg und Genf zeitweilig Hochschullehrer an den Universitäten Paris und Marburg und bis zu seiner Emeritierung 2005 Professor für Soziologie an der Universität Bremen. Er gehörte über lange Jahre dem Beirat des Frankfurter „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ an. Er ist Vertrauensdozent der Rosa Luxemburg Stiftung. Lothar Peter hat in „Z“ zuletzt in Heft 91 (September 2012) über „postmodernen Linksradikalismus“ geschrieben. Claudia Krieg ist Soziologin, Journalistin und Filmemacherin in Berlin. Sie schreibt u.a. im „Freitag“. 2008 erschien bei PapyRossa in Köln ihr Buch „Dimensionen der Erinnerung“.

(Anm. d. Red.)

Claudia Krieg: Wenn man auf Deine intellektuelle Arbeit und Entwicklung blickt, wird schnell deutlich, dass es darin eine starke Linie marxistischer Theorie gibt. Welche Rolle spielte sie in den verschiedenen Phasen Deines Schaffens?

Lothar Peter: Mit marxistischer Theorie in Berührung gekommen bin ich zuerst durch mein Studium in Marburg bei Wolfgang Abendroth. Abendroth war ja bekanntlich ein profilierter marxistischer Sozialwissenschaftler und Staatsrechtler. Außerdem war er politisch aktiv gewesen im Widerstand gegen die Nazis und hatte von daher das Renommee absoluter Glaubwürdigkeit, was ja für Studierende keine unwichtige emotionale Grundlage ist, wenn sie sich mit irgendwelchen Theorien auseinandersetzen. Durch Abendroth kam ich also in Berührung mit Marxismus, und ich weiß noch, wie ich, 1964 oder 1965, eine große Hausarbeit über 50 Seiten geschrieben habe. Es ging um die Methode im historischen Materialismus, insbesondere um Dialektik. Von dort aus hat sich mein Interesse an marxistischer Theorie weiterentwickelt. Es bezog sich im Übrigen auch auf die Literaturwissenschaften – ich habe ein vollständiges Germanistikstudium absolviert –, im Besonderen auf die literaturtheoretischen Überlegungen von Georg Lukács, mit denen ich da in Berührung gekommen bin. Sie faszinierten mich, weil sie einen völlig neuen Zugang zur Literatur boten, verglichen mit dem, was ich bis dahin aus dem bürgerlichen Germanistik-Verständnis kannte. Ich lernte so zum Beispiel, dass die Person und das Werk Hölderlins nicht ohne die französische Revolution zu verstehen sind; so etwas bekam man in den Germanistikveranstaltungen an der Uni sonst nicht mit. Das führte dann – unter anderem – dazu, dass ich relativ früh in den SDS, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, eingetreten bin. Derjenige, der mich dazu am meisten motiviert hat, war einer der heute bekanntesten deutschen Marxisten, nämlich Georg Fülberth, der im Haus nebenan wohnte. Das

war Mitte der 1960er, ich glaube, es war 1965. Da bin ich dann in Kontakt mit einer ganzen Reihe weiterer, sehr interessierter linker Studentinnen und Studenten gekommen. Wir haben im Eigenstudium, auch unabhängig von den Veranstaltungen mit Abendroth, über Georg Lukács „Geschichte und Klassenbewußtsein“ diskutiert, über Karl Korsch und über bestimmte theoretische Diskurse in anderen westeuropäischen Ländern, etwa Sartres Haltung zum Marxismus oder „Humanismus und Terror“ von Merleau-Ponty. Das hat uns alles sehr interessiert und deshalb haben wir uns zum Teil auch durch Selbstschulung und eigenständige wissenschaftliche Aktivitäten entwickelt.

Lehrer: Abendroth und Hofmann

CK: Worin bestand dabei die Faszination, wenn es doch schon das Studium, in dem Fall bei Abendroth, selbst war, was viel Interesse auslöst und gebunden hat?

Beides hat sich nicht gegenseitig ausgeschlossen, sondern man kann eher sagen, durch das Studium bei Abendroth bekam man selbst Impulse, eigenständig weiterzumachen, also eher so herum. Es war eine Ergänzung zu dem, was wir im offiziellen Lehrbetrieb bei Abendroth und später auch in der Soziologie bei Werner Hofmann geboten bekamen. Man muss hier hervorheben, und das gilt insbesondere für mich, der sich im Laufe des Studiums allmählich der Soziologie zuwandte, dass neben Abendroth der Soziologe Werner Hofmann immer mehr zu einer zentralen akademischen Figur für die linken Studierenden an der Universität Marburg geworden ist. Hofmann war ebenfalls politisch dezidiert links, unwahrscheinlich gebildet und ausgesprochen konsequent in seiner wissenschaftlichen und politischen Denkweise. Es gab eine ziemlich enge wissenschaftliche und politische Beziehung zwischen Abendroth und Werner Hofmann, der zwar weniger bekannt ist, aber auch Enormes geleistet hat. Er hat Sachen geschrieben, die auch heute noch zur Standardliteratur auf ihrem Gebiet gehören, so zum Beispiel die bis heute unübertroffene differenzierte Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Stalinismus: „Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts“ erschien 1967 bei Suhrkamp und erreichte mehrere Auflagen.

CK: Würdest Du sagen, dass das besondere inhaltliche Interesse auch an die Persönlichkeiten geknüpft war?

Unbedingt, in beiden Fällen. Abendroth hatte eine charismatische Wirkung, weil er auch als Persönlichkeit absolut überzeugend war. Wenn er den Faschismus analysierte, wussten wir, dass wir glauben können, was er sagt, weil wir ja wussten, welches persönliche Schicksal er erlitten hatte. Er hatte vier Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Nazi-Zuchthäusern, vor allem in Luckau, gesessen. Kaum war er da raus, haben sie ihn als „Bewährungssoldat“ in das Wehrmachts-Strafbataillon 999 gesteckt. Glaubwürdigkeit als persönliche Basis für wissenschaftliche Aktivitäten ist natürlich etwas besonders Eindrucksvolles, etwas, was einen selbst bewegt und beeinflusst. Auch Hofmann war ein ausgeprägter Charakter mit allerdings gelegentlich autoritären

Anwandlungen eines Patriarchen, aber wissenschaftlich und politisch unbeirrt in der Vertretung dessen, was er für richtig hielt.

CK: Über Abendroth und Hoffman hinaus hat aber auch schon sehr früh die französische Soziologie keinen geringen Einfluss auf Dich ausgeübt...

Ja, das war folgerichtig, weil einige SDS-Mitglieder in Marburg ein sehr intensives Interesse an der Entwicklung linker Diskurse und linker politischer Organisationen in Westeuropa hatten. Dieses wiederum war motiviert durch das Bedürfnis, sich Kenntnisse anzueignen über linke Bewegungen und Parteien, die erfolgreich waren und zwar im modernen Kapitalismus erfolgreich waren, also Massenakzeptanz fanden und nicht als politische Sekten ihr Dasein fristeten. Dafür boten sich in erster Linie Frankreich und Italien an, jeweils mit großen kommunistischen Parteien, die in der Gesellschaft verankert waren. Das hat uns fasziniert und deshalb haben wir uns dafür interessiert, was die dort diskutierten. Da ich französisch konnte, hat sich dieses Interesse dann gesteigert und wir haben uns intensiv damit befasst, was vor allem in Frankreich, aber auch in Italien lief. Wichtig für mich waren damals vor allem die Auffassungen von Frank Deppe, der im SDS sowohl bundesweit als auch natürlich in Marburg selbst wegen seiner theoretischen Kompetenz und seiner politischen Haltung eine große Reputation hatte. Frank Deppe wurde dann etwas später, ich glaube 1972, der Nachfolger von Wolfgang Abendroth auf dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Uni Marburg. Er spielt bis heute im marxistischen Diskurs der Bundesrepublik eine herausragende Rolle. Aus den Marburger Diskussionen mit ihm entstand zum Beispiel eine Gemeinschaftspublikation über die so genannte „neue Arbeiterklasse“. Es gab während der sechziger Jahre in Frankreich eine kontroverse sozialwissenschaftliche und politische Debatte über den Strukturwandel der Arbeiterklasse. Daraus entstand der Begriff der „nouvelle classe ouvrière“ – also der neuen Arbeiterklasse. Damit haben wir uns beschäftigt und vollkommen selbständig zu dritt, ich war noch Student, ein Buch produziert, Frank Deppe, dem die Initiative dazu zu verdanken war, Hellmuth Lange, später auch Professor für Soziologie in Bremen, und ich. Wir waren alle drei erst sieben- oder achtundzwanzig. Das Buch trug den Titel „Die neue Arbeiterklasse. Gewerkschaften und technische Intelligenz im organisierten Kapitalismus“. Es erschien in der renommierten Europäischen Verlagsanstalt in Frankfurt – wir nannten sie nur „E.V.A.“ – und wurde immerhin zu einem Standardwerk für diese Thematik. Unser wissenschaftliches Engagement für die Thematik war gleichsam der Ausdruck der Rezeption hauptsächlich der – in diesem Fall – soziologischen linken Diskussionen in Frankreich. Vor allem Namen wie Serge Malet, der selbst einflussreiches Mitglied des PSU, des „Parti Socialiste Unifié“, war, Alain Touraine und André Gorz stehen dafür. Aber linke italienische Theoretiker wie Lelio Basso oder der Gewerkschaftsführer Bruno Trentin von der CGIL waren für uns ebenfalls wichtig.

Französische Soziologie

CK: Warst Du zu diesem Zeitpunkt schon in Frankreich gewesen?

Ich war schon vor 1970 in Frankreich gewesen – einmal davon während der Studentenbewegung –, hatte aber zu dem Zeitpunkt, als wir das Buch machten, dort noch nicht wirklich intellektuell oder beruflich Fuß gefasst. Das kam erst später, nach diesem Buch, als ich dann 1971 Assistent an der Universität von Paris wurde. Zwischen dem Buch über die „neue Arbeiterklasse“ und meiner Tätigkeit in Paris an der „Sorbonne Nouvelle“ lag dann noch die Promotion bei Abendroth und – Werner Hofmann starb leider schon 1969 – dem ebenfalls renommierten Soziologen Heinz Maus, der früher Assistent bei Max Horkheimer gewesen war und unter anderem die seinerzeit berühmten „Soziologischen Texte“ im Luchterhand-Verlag mit herausgegeben hat, wo sehr viele Klassiker erschienen sind. Maus war übrigens ein hervorragender Kenner der französischen Soziologie, namentlich ihrer klassischen Periode.

CK: Die französische Soziologie hat Dich im Grunde bis heute nicht losgelassen. Wie betrachtest Du dies über die Zeit gesehen? Ab welchem Zeitpunkt hat Pierre Bourdieu eine Rolle dabei gespielt?

Mein Interesse an Frankreich, an der gesellschaftlichen und politischen Situation in Frankreich, ist, wie ich schon betont habe, immer groß gewesen und hat auch über die Jahre Bestand gehabt. Auf Bourdieu bin ich allerdings erst relativ spät gestoßen. Erst Ende der 1980er Jahre habe ich angefangen, ihn bewusst zu rezipieren. Vorher war er mir nicht wirklich ein Begriff. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass meine Aktivitäten seit den siebziger Jahren sehr stark auf das intellektuelle Umfeld der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) gerichtet waren, zum Beispiel auf die dort sehr anspruchsvoll geführte Debatte über „staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Hinzu kam, dass Bourdieu nicht als Marxist galt. Er stand deshalb – ich meine das durchaus selbstkritisch – nicht an vorderer Stelle meiner Agenda.

CK: Wenn ich mich nicht täusche, hat es aber neben Bourdieu für Dich noch andere wichtige Ideen, soziologische Theoretiker und Theoretikerinnen in Frankreich gegeben. Welche waren das?

Einige habe ich ja schon erwähnt. Über Sartre müsste ich gesondert sprechen. Er war ja in erster Linie Philosoph und Schriftsteller, war aber für meine intellektuelle Entwicklung enorm wichtig. Außerdem war die Sache die: Bis Mitte der 1980er Jahre habe ich gar nicht im engeren Sinn soziologisch gearbeitet, sondern es war eher eine interdisziplinäre Kombination von verschiedenen Dingen, nämlich von politischer Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie. Von daher interessierten mich primär nicht diejenigen Themen und Autoren, die im Fachdiskurs eine Rolle spielten, sondern es waren eher die Probleme, die ich, der inzwischen in die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) eingetreten war und ebenso eng wie für mich persönlich überaus erfreulich mit deren faktischem wissenschaftlichen Institut, dem IMSF in Frankfurt, zu-

sammenarbeitete, für politisch relevant hielt, so zum Beispiel die Debatte über „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, die so genannte „Wissenschaftlich-technische Revolution“ oder den „wissenschaftlich-technischen Fortschritt“. Das war für mich erst in zweiter Linie eine soziologische Debatte im engeren Sinne. Aber meine durchaus intensive Beschäftigung mit der Soziologie der französischen Arbeiterbewegung öffnete mir den Blick für Probleme, die in meiner bisherigen, etwas objektivistischen Vorstellungsmatrix unterbelichtet geblieben waren. Nun stieß ich auf Soziologen wie Michel Verret, Benjamin Coriat, Jean Loijkine, René Mouriaux und Pierre Rosanvallon, die mir die soziologische Komplexität der Probleme der Arbeiterbewegung im modernen Kapitalismus näher brachten. Ich merkte so allmählich, dass der Marxismus – zumindest derjenige, den ich mir angeeignet hatte – mir auf bestimmte Fragen, etwa der Entstehung gesellschaftlicher Werte, Normen, Handlungsdispositionen und Deutungsmuster, nur begrenzt Auskunft geben konnte. Daraus erklärt sich, warum ich der Soziologie nach meinem Studium erst relativ spät wieder einen fachspezifisch hohen Stellenwert gegeben habe. Und erst in diesem Zusammenhang kam ich dann auch auf Bourdieu. Vorher war meine wissenschaftliche Tätigkeit überformt durch politische Prioritäten. Ich war mehr befasst mit mir politisch relevant erscheinenden Themen und weniger mit der Entwicklung des fachspezifischen soziologischen Diskurses und seiner Fragestellungen, die ich – und das war falsch – pauschal für gesellschaftlich irrelevant hielt.

Soziologie und Gesellschaftskritik

CK: Welche Gegenstände und Probleme waren das?

Es war bis Mitte der 1980er Jahre vor allem die Debatte um die Frage, mit welchem Typ von Kapitalismus wir es zu tun haben – „organisierter Kapitalismus“, „Monopolkapitalismus“, „Neokapitalismus“ oder „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ usw. Hinzu kam die Frage der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse: Gibt es noch eine Arbeiterklasse und wenn ja, wie sieht sie aus? Es ging ja um das Problem, von welchem kollektiven Akteur zukünftig reale Veränderungen zu erwarten seien. Eine große Rolle spielten auch die Funktion, die Möglichkeit und Grenzen von Gewerkschaften. Gewerkschaften spielten eine zentrale Rolle für mein wissenschaftliches Interesse und zwar vor allem im Zusammenhang mit Prozessen der technologischen Modernisierung und Rationalisierung der Arbeit. Das waren einige der Themen, die einige Jahre, hauptsächlich zwischen 1970 und 1985, im Mittelpunkt meiner Arbeit in Forschung und Lehre standen. Dann kamen noch einige Dinge hinzu, zum Beispiel die Frage: Welche Rolle spielt die wissenschaftlich-technische Intelligenz? Aber diese Themen interessierten mich immer nur unter dem Aspekt ihrer möglichen Politisierbarkeit in einer linken Perspektive. Damit engte ich mir selbst die Möglichkeiten einer wissenschaftlich unvoreingenommenen Analyse ein, die gerade für eine linke Politik und Praxis unabdingbar ist.

CK: Hat sich die Vorrangigkeit dieser Perspektive irgendwann verändert und wenn ja, warum?

Sie begann sich zu verändern, als ich feststellte – und das war bereits vor dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems –, dass, wie schon angedeutet, die marxistische Theorie im Hinblick auf spezifisch soziologische Fragestellungen auf Grenzen stößt. Die Marxsche Theorie ist ja in erster Linie Grundlegung der historisch-materialistischen Methode und politische Ökonomie und nicht in erster Linie Soziologie. Zwar gibt es bei Marx sehr viele Dinge, die für eine gesellschaftskritische Soziologie unverzichtbar sind, aber bestimmte Fragen konnte Marx nicht behandeln oder er hat sie zumindest nicht behandelt. Das ist überhaupt keine Kritik an Marx in dem Sinne, dass er falsch gelegen hat, sondern dass auch ihm, trotz seiner ungeheuren intellektuellen Energie, von der Ökonomie seiner eigenen Arbeitsfähigkeit her Schranken gesetzt waren. Bei ihm stand eben die Analyse des Kapitals im Mittelpunkt und spezifisch soziologische Fragen wie etwa die nach dem „Sinn“ sozialer Interaktionen, wie gesellschaftliche Wertorientierungen zustande kommen, wie das Geschlechterverhältnis aussieht und was das individuelle Handeln beeinflusst, standen in seinem riesigen Programm nicht oder noch nicht auf der Tagesordnung. Auf diese Probleme konnte auch der nach Marx und Engels sich entwickelnde marxistische Diskurs nur sehr begrenzt oder überhaupt keine Antwort geben. Das heißt, es wurde, wenn man das wissen wollte, notwendig, dem Potential der marxistischen Theorie neue Dimensionen hinzuzufügen. In dem Zusammenhang stieß ich dann auch auf Bourdieu, aber nicht nur auf ihn. Seit Mitte der achtziger Jahre habe ich mir die soziologische Klassik – Max Weber, Durkheim, Tönnies, Simmel, Schütz, Mannheim und andere – systematisch neu angeeignet. Und überall habe ich dort partielle Erkenntnisse gefunden, die meiner Ansicht nach mit dem Marxismus vereinbar sind, ohne ihm etwas von seiner Radikalität zu nehmen.

CK: Weil sich dort die Aspekte und Schnittstellen finden, die Geschlechterfrage, soziale Bewegungen...

Ja, alles das, was man etwas mechanisch als „subjektive Dimension des gesellschaftlichen Lebens“ oder genauer den „Sinn des Sozialen“ bezeichnen könnte. Das heißt zum Beispiel, wie kommen Wertorientierungen zustande? Warum meinen manche Gruppen in der Gesellschaft, dass sie anderen überlegen sind? Was heißt „Individualisierung“? Wie lassen sich soziale Ausgrenzungen, aber auch die Entstehung von Eliten erklären? Welche Momente sind für die subjektive Einstellung zur Arbeit entscheidend? Ist „Gouvernementalität“, um den Begriff von Foucault zu gebrauchen, nur ein ideologisches Konstrukt oder auch tatsächlich ein integrales Moment der Realität der kapitalistischen „Postmoderne“? Das alles sind ja nicht nur ökonomische Fragen, auch wenn ihre Beantwortung ohne Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen fehlschlagen muss. Deswegen wird es ohne Marx keine entwickelte gesellschaftskritische Soziologie geben, würde ich sagen. Marx und – nicht zu vergessen – Engels sind immer eine notwendige, aber nicht allein schon ausreichende Bedingung für kritische Soziologie.

CK: Auf welche Diskurse hast Du Dich in Deiner Arbeit in den letzten Jahren konzentriert?

Ende der 1980er Jahre habe ich einen längeren Artikel in der Zeitschrift „Sozialismus“ geschrieben, der auf eine gewisse Resonanz innerhalb des Spektrums links-orientierter Soziologinnen und Soziologen gestoßen ist. Da ging es zentral um das Verhältnis von Marxismus und Soziologie. Ich habe darin den Begriff der „relativen Autonomie des Sozialen“ entwickelt, also das, was meiner Auffassung nach den eigentlichen Gegenstand der Soziologie ausmacht. Ich ging von der These aus, dass Strukturen, Prozesse und Inhalte sozialer Beziehungen nicht allein aus den ökonomischen Bedingungen ableitbar sind, sondern dass es eine „relative Autonomie des Sozialen“, eine soziale Dimension „sui generis“ gibt, wie Émile Durkheim gesagt hätte. Das kann man schön veranschaulichen, indem man sich etwa Folgendes vorstellt: Zwei Industriebetriebe, etwa gleich groß, beide produzieren ähnlich, haben dasselbe technische Niveau, eine ähnliche Qualifikationsstruktur, ein vergleichbares Lohnniveau und andere Parallelen. Der eine Betrieb liegt in der Region A, der andere in der Region B. Aber die Streik- und Konfliktbereitschaft beider Betriebe unterscheidet sich erheblich. Was sich in den Einstellungen, den Handlungsdispositionen und der mentalen Verfassung der Belegschaften tut, kann also nicht direkt als Reflex auf die ökonomischen und technischen Bedingungen erklärt werden. Es muss ein weiteres spezifisches Moment hinzukommen, um die Differenz erklären zu können. Hier stoßen wir auf die relative Autonomie des Sozialen. Sie ist zum Beispiel durch unterschiedliche Betriebstraditionen vermittelt, etwa dadurch, dass es in dem einen Betrieb eine lange Tradition des Produzentenstolzes gibt, ein ausgeprägtes handwerklich-industrielles Selbstbewusstsein und eine lange „Kampftradition“, so dass die Belegschaft schon über Generationen hinweg darauf eingestellt ist, Konflikte zu riskieren, was in dem anderen Betrieb nicht der Fall ist. Das wäre also ein Beispiel für die relative Autonomie des Sozialen. Ein anderes, ungleich wichtigeres Beispiel ist das Geschlechterverhältnis; denn die strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen lässt sich nicht kausal aus der ökonomischen Logik des Kapitalismus ableiten, sondern basiert auf einem patriarchalen Frauenbild, das längst vor dem Kapitalismus existierte, wie Simone de Beauvoir schon vor mehr als einem halben Jahrhundert eindrucksvoll gezeigt hat.

Das, was ich eben gesagt habe, habe ich dann versucht in meinen auch empirischen Studien über Probleme der Arbeit, über soziologischer Theorien – etwa die Soziologie der DDR –, die Geschichte der Soziologie und immer wieder über soziale Konflikte und Arbeitsbeziehungen in Frankreich methodisch anzuwenden.

CK: Also nicht nur die ökonomischen Bedingungen, sondern die sozialen Bedingungen im weiteren Sinn spielen dann auch eine entscheidende Rolle?

Natürlich. Auch die Frage, warum die Menschen sich unterdrücken lassen, kann man nicht allein mit ihrer ökonomischen Lage erklären, so wichtig diese

auch immer ist. Man sieht das an Folgendem: Eigentlich müssten ja, ginge es nur nach den ökonomischen Bedingungen, gerade diejenigen, die ökonomisch am wenigsten zu lachen haben, auch diejenigen sein, die besonders heftig Widerstand leisten. Das ist ganz offenkundig, zumindest in Westeuropa, aber nicht der Fall. Es kommt hier nämlich etwas hinein, was man mit der politischen Ökonomie allein nicht erklären kann. Und genau an diesem Punkt beginnt die spezifische wissenschaftliche Funktion der Soziologie.

CK: Die sie auch haben muss?

Unbedingt. Wenn das nicht so wäre, käme es immer wieder zu mechanistischen Fehlschlüssen. Ich kann mich erinnern, dass es in den 1970er und 1980er Jahren innerhalb des westdeutschen Marxismus eine von durchaus intelligenten Leuten vertretene Tendenz gab, von der ökonomischen Krise kausal auf eine Radikalisierung des Arbeiterbewusstseins zu schließen. Ein typischer ökonomistischer Fehlschluss, weil genau die Momente, über die wir eben gesprochen haben, in diesen Überlegungen nicht berücksichtigt wurden. Die „relative Autonomie des Sozialen“ – dazu gehört im weiteren Sinn auch die Funktion politischer Institutionen – wurde nicht adäquat berücksichtigt.

CK: Lässt sich hier auch der Begriff der symbolischen Gewalt, wie ihn Bourdieu entworfen hat, anbinden?

Durchaus, denn mit der relativen Autonomie des Sozialen ist der gesamte Komplex dessen verbunden, was man mit Bourdieu „Symbolische Gewalt“ nennen kann. Symbolische Gewalt zeigt, dass gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse nicht nur ökonomisch und nicht nur politisch zu erklären sind, sondern dass es da Mechanismen gibt, die auf spezifische soziale Dispositionen gerichtet sind, nämlich den Habitus, wie Bourdieu es nennt. Das ist, wenn man so will, die gesellschaftliche Formierung von Individuen. Das geschieht in einem hohen Maße nicht nur über physischen, ökonomischen oder politischen Zwang, sondern durch die Internalisierung von hegemonialen Wertorientierungen, eingeschliffenen Verhaltensroutinen, die man verinnerlicht, weil man sie als normal wahrnimmt, obwohl sie tatsächlich nicht „normal“ sind, sondern vielmehr eine Herrschaftsfunktion haben. Und ich finde, dass gerade im Zusammenhang mit dem Geschlechterverhältnis diese symbolische Gewalt besonders effektiv funktioniert, wie man aktuell leider wieder sehr deutlich sehen kann. Ich denke, dass der Rückgang einer wirklich feministischen Bewegung, einer offensiven feministischen Bewegung, auch damit zusammenhängt, dass über die Medien gleichsam „flächendeckend“ eine bestimmte Botschaft symbolischer Gewalt vermittelt wird, die den Frauen suggeriert: „Wenn ihr feministisch seid, dann seid ihr männerfeindlich.“ Und die überwältigende Mehrheit der Frauen will ja nicht männerfeindlich sein. Wenn jetzt aber durch die Medien überall, massenhaft und mit einer wahnsinnigen Intensität immer wieder suggeriert wird, dass Frauen ihre eigenen Interessen und Rechte nicht wahrnehmen dürfen, weil sie sonst männerfeindlich seien, dann ist das ein struktureller Akt symbolischer Gewalt, den diejenigen, die ihn erleiden, fatale Weise auch häufig akzeptieren und verinnerlichen. Symbolische Gewalt ist

eben, wie Bourdieu treffend gesagt hat, eine „sanfte“ Gewalt, die nicht mit dem Knüppel ausgeübt wird, sondern mit Hilfe von Symboliken, Leitbildern, Werten, ästhetischen Präferenzen usw.

Soziale Bewegungen

CK: Nun gibt es neben symbolischen Gewaltverhältnissen als Herrschaftsfunktion nach wie vor sehr offensichtliche Machtverhältnisse und sehr konkrete Gewaltverhältnisse, die Herrschaft stützen und gegen die sich Menschen auflehnen, wie zum Beispiel die Ereignisse seit dem letzten Jahr in einigen nordafrikanischen Ländern gezeigt haben. Beeinflussen diese politischen Ereignisse das aktuelle Denken über Macht und Herrschaft? Auch in Europa?

Wir beobachten weltweit neue Formen sozialer Bewegung, die ich zunächst gar nicht bewerten, sondern deren Existenz ich zunächst nur konstatieren will. Es gibt ja seit einigen Jahren globalisierungskritische Bewegungen und Aktionen, es gibt Attac, die Weltsozialforen, die Aktionen gegen G 8-Gipfel. Und es gibt neuerdings die „Occupy Wall Street“-Bewegung. Genauer, es hat sie, scheint mir, bis vor kurzem gegeben. All das zeigt, dass überall auf der Welt, aufgrund der Zuspitzung komplexer globaler Widersprüche – ökonomisch, politisch, ökologisch, kulturell – auch Widerstand dagegen in Bewegung kommt. Inwieweit das in der westlichen Hemisphäre, oder im „Norden“, wie man heute auch sagt, politisch sensibilisiert und zu mehr Bewusstsein führt über den objektiven Charakter von Herrschaft und Gewalt, kann ich pauschal nicht beurteilen. Zumindest für die Bundesrepublik scheint das bisher kaum der Fall zu sein. Im Massenbewusstsein, im Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit hierzulande wird die Bundesrepublik als wichtiger Akteur globaler Herrschaft gar nicht gesehen, sondern ausgeblendet. Aber auch die nach innen gerichteten Herrschaftsfunktionen werden nicht als solche wahrgenommen. Man denke etwa an Phänomene der Entdemokratisierung im Namen der Demokratie. Wenn eine Parteivorsitzende, die über Kommunismus diskutiert, mit dem Bann der Demokratiefeindlichkeit belegt wird, dann ist das auch ein Akt symbolischer Gewalt, der von der Mehrheitsmeinung aber paradoxer Weise für ein leuchtendes Beispiel von Demokratieverständnis gehalten wird.

CK: Ist das in anderen Ländern anders?

Zum Teil. Ein Blick nach Frankreich zeigt auch hier, dass es möglich ist, gewisse Politiken in Frage zu stellen. Allerdings ist das in den letzten Jahren relativ selten, manchmal aber eben auch sehr manifest geschehen, zum Beispiel anlässlich des Gesetzes über die Einstellung von Berufsanfängern 2006, da hat es eine sehr breite Massenbewegung gegeben, die letztlich zum Rücktritt einer Regierung geführt hat. Aber das heißt noch nicht, dass bei solchen Bewegungen das gesamte gesellschaftliche System Frankreichs gleichzeitig im Kontext globaler kapitalistischer Interessen gesehen wird. Wobei ich noch einmal betonen möchte im Hinblick auf die modernen Gesellschaften, wie wir sie heute kennen: Wir leben nicht nur im Kapitalismus, wir leben auch in einer patriarchalen Gesellschaft. Es gibt neben der kapitalistischen auch eine patriarchale

Hegemonie, die strukturell nicht weniger Gewicht hat als erstere. Und in wesentlichen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens verstärken sich beide Hegemonien wechselseitig.

CK: Was sagt uns das bezogen auf Nordafrika?

Ich denke, es ist völlig legitim, dass die Menschen gegen Unterdrückungsverhältnisse rebellieren. Das ist das eine. Das andere ist aber, dass ich im Moment in den entsprechenden Regionen Nordafrikas und in Syrien keine kollektiven Akteure entdecken kann, die in der Lage sind, die berechnete Empörung der Massen in eine politische Perspektive zu übersetzen, die mich selbst überzeugen würde – also in eine klare, linke Alternative. Die Tatsache, dass inzwischen die „gemäßigten“ Islamisten und die extremistischen Salafisten in Ägypten etwa 70 Prozent der Wählerstimmen haben, lässt nichts Gutes erwarten. Oder dass in Marokko sich seit jüngstem Demonstrationen dagegen richten, dass Frauen an die Universitäten gehen. Es gibt eine Diskrepanz, finde ich, zwischen der materiellen Berechtigung und moralischen Legitimität des Widerstandes breiter Teile der Bevölkerung gegen ihre Regime einerseits und den politischen Perspektiven andererseits, die sich daraus ergeben. Da klafft ein Bruch. Es fehlt etwas dazwischen. Und dass die Linken ganz schwach in diesen Bewegungen sind, zeigt sich an der schlichten Tatsache, dass die tonangebenden politischen Bewegungen und Akteure in Tunesien, Libyen und Ägypten vom Westen – materiell oder symbolisch oder beides – unterstützt wurden. Der Westen würde ja nie Bewegungen in Tunesien oder Ägypten unterstützen, wenn das Kräfte wären, die sowohl eine klare antiimperialistische als auch revolutionäre Perspektive im Bezug auf die Geschlechterverhältnisse hätten.

CK: Von welcher Unterstützung sprichst Du dabei?

Zum Beispiel von der militärischen Intervention der NATO in Libyen. Jetzt gibt es nicht nur in dem bekanntlich superdemokratischen Saudi-Arabien, sondern auch im Westen schon Überlegungen, ob man den Anti-Assad-Widerstand in Syrien mit Waffen unterstützt. Es gibt auch andere Kanäle der Unterstützung, etwa durch Stiftungen, die in solchen Fällen auch manchmal eine Rolle spielen. Ich bin prinzipiell immer misstrauisch, wenn der Westen etwas unterstützt, denn der Westen ist für mich ein- für allemal und egal wo und wie diskreditiert, er ist prinzipiell nicht glaubwürdig. Erst liegen sich Gaddafi und Sarkozy in den Armen und dann kann es Sarkozy mit der Bombardierung Libyens gar nicht schnell genug gehen. Dass sich die sich so gern menschenrechtsfromm gebende Bundesrepublik in Afghanistan in einen Krieg involviert, der ein – sagen wir es offen – extrem reaktionäres und korruptes Regime unterstützt, führt die gebetsmühlenartige Berufung auf Menschenrechte, Freiheit und Demokratie ad absurdum. Und warum sollte man dem Westen, der mit seinen Lügen den Irak zum Schauplatz eines Krieges gemacht hat, nun plötzlich mit Blick auf den Iran oder Syrien noch irgendwie Glauben schenken? Mit „Westen“ meine ich also den kapitalistischen Westen, in erster Linie die USA, aber eben nicht nur sie. Allerdings sind es vor allem die USA, die sich überall auf der Welt durch ihr faktisches Verhalten diskreditieren, ein

Verhalten, dass jedoch ihren imperialen Interessen entspricht. An der Unterstützung der so genannten „Arabellion“ durch die USA und Konsorten kann ich also absolut nichts Positives entdecken. Deshalb finde ich es schwierig, die Frage zu beantworten, ob und inwiefern von Nordafrika Signale für uns in Westeuropa ankommen, die hier den Widerstand gegen Krise, soziale Ungleichheit und Entfremdung stärken könnten.

CK: Ist die Forderung nach Freiheit eine leere Formel, solange sie nicht weiter ausgeführt wird und ist das weltweit das gleiche Problem?

Ja, die Forderung nach Freiheit in Ägypten, Libyen usw. bleibt eine Worthülse, wenn sie nicht korrespondiert mit der Entwicklung materieller Freiheit, im Sinne tief greifender ökonomischer, sozialer und vor allem auch geschlechterbezogener Reformen. Das würde also auch bedeuten, dass Eingriffe in das kapitalistische Privateigentum und die Macht ausländischer Konzerne unumgänglich sind. Aber dem würden, käme es tatsächlich dazu, die Interessen des Westens sehr schnell einen Riegel vorschieben.

CK: Freiheit gibt es nur noch im Sinne der kapitalistischen Ideologie?

So ist es. In Frankreich sagt man „pensée unique“, es gibt nur dieses eine Modell von Freiheit, das konkurrenz- und alternativlos ist – angeblich. Damit wird aber gleichzeitig der Zusammenhang von politischer, intellektueller und kultureller Freiheit auf der einen Seite und materieller Freiheit auf der anderen Seite zerrissen. Würde man ihn herstellen, würde man sich sofort hineinbegeben ins Herz der Antagonismen zwischen Kapital und Patriarchat auf der einen Seite und dem, was für die Menschen wirklich gut ist auf der anderen Seite. Ich finde es im Übrigen sehr bedauerlich, dass ich im Hinblick auf Nordafrika so ausgesprochen skeptisch bleiben muss. Vorhin habe ich gerade die Meldung gehört, dass Barack Obama seinen Stabschef angewiesen hat, eine militärische Intervention in Syrien zu prüfen und wenn das so ist, bedeutet das nichts Gutes für die Entwicklung dort.

Leben und Engagement

CK: Gibt es etwas, auf das Du persönlich zurzeit mit weniger Skepsis schauen kannst?

Ja durchaus, es gibt eine Vielzahl von Initiativen und Bewegungen, oft kleinere Initiativen, die ich für gut und unterstützenswert halte. Da sind wir auch beim Problem der Intellektuellen, wozu ich gleich noch etwas sagen möchte. Aber zunächst: Ich denke, es ist unbedingt notwendig, dass die Menschen in ihrem lebensweltlichen Kontext oder da, wo sie arbeiten, persönlich selbst in einer Weise handeln, die für größere Zusammenhänge verallgemeinerbar ist. Wer gegen das kapitalistische Privateigentum ist, kann nach Möglichkeit auch in seinem eigenen Leben etwas tun, um sich vom Tanz um's goldene Kalb zu verabschieden. Da gibt es viele Möglichkeiten. Aber es muss in die Richtung gehen, dass die Subjekte selbst konkret etwas an ihrer Lebensweise und ihrem bisherigen Selbstverständnis verändern. Gesellschaftliche Zukunftsprojekte,

die nicht wirklich in der Bedürfnisstruktur der Subjekte verankert sind, werden schnell labil und sind dann vom Zusammenbruch bedroht. Man kann versuchen, in kleineren Gruppen wenigstens in manchen Bereichen gemeinsame Ökonomien aufzubauen. Ich kenne Menschen, die sich auf der Grundlage gemeinsamer politischer Auffassungen zu einer Finanzkooperative zusammengenommen haben und sich seit Jahren finanziell gegenseitig unterstützen; denn wenn man mehr Geld hat als man selbst unbedingt benötigt, muss man es nicht nur für sich verbrauchen. Da gibt es unendlich viele mögliche Varianten, andere daran partizipieren zu lassen. Man kann selbst ohne asketische Exzesse versuchen, relativ bescheiden zu leben, und damit zeigen, dass man in gewisser Weise frei ist von den Obsessionen des Privateigentums und eines schrankenlosen Konsums. Natürlich spreche ich hier nicht von Hartz IV-Beziehern und den working poors, denen das Notwendige fehlt. Und ich verlange auch nicht, dass jeder ein Asket werden muss, aber wenn nicht irgendwo im eigenen Leben etwas real wird von den politisch erforderlichen Veränderungen, dann werden entsprechende politische Projekte schnell fragwürdig. Selbstveränderung halte ich also für eine wesentliche Voraussetzung für politische Veränderungen. Auch weil das die Chance einschließt, dass, wenn es bei politischen Auseinandersetzungen einmal schwierig wird, die Leute nicht sofort „von der Fahne“ gehen, wenn sie mal eine Nacht ohne Heizung oder einen Morgen ohne Brötchen auskommen müssen. Wer in seinem eigenen Leben zeigt, dass er etwas ertragen und sich einschränken kann und wem es also gelingt, bei der materiellen Gestaltung seines Lebens andere Wege zu gehen, wird auch eher in der Lage sein, dann, wenn es darauf ankommt, einen längeren politischen Atem zu haben als diejenigen, für die das politische Engagement nur an der Oberfläche und ohne persönliche Konsequenzen bleibt. Letztere würden sehr schnell erschrecken, wenn in politisch zugespitzten Situationen die Akteure, Eliten und Apparate der Herrschenden massiv Gegendruck entfalten. Wenn am nächsten Tag die Brötchen nicht da sind, die Straßenbahnen nicht fahren oder – noch schlimmer – die Bankautomaten gesperrt sind, kann sich der Unmut der Leute sehr schnell praktisch gegen diejenigen richten, die die Macht der Herrschenden in Frage stellen, anstatt gegen die Herrschenden. Hier sind gerade auch die Intellektuellen gefordert.

CK: Du hast gerade gesagt, dass wir hier auch auf ein Problem der Intellektuellen stoßen?

Ja, Intellektuelle haben in Prozessen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Transformationen traditionell immer eine große Rolle gespielt. Sie waren immer wichtig für die geistige Dimension von sozialen Widersprüchen und ihre konfliktuellen Bewältigung oder Nicht-Bewältigung. Diese Rolle hat sich aber sehr stark geändert. Das zeigt sich auch bei prominenten Soziologen, die sich über ihre unmittelbare fachliche Tätigkeit hinaus politisch artikulieren, also als Intellektuelle in Erscheinung treten. Man denke etwa an Anthony Giddens in Großbritannien mit seinem „Der Dritte Weg“ oder in Deutschland an Ulrich Beck mit der „Risikogesellschaft“ und seinen Individualisierungsvorstellungen. Giddens und Beck haben durchaus politisch gestaltend interve-

niert, zwar in einer Weise, die ich keineswegs gut finde, aber sie haben es getan und sie tun es weiterhin. Die neuere Entwicklung geht sehr stark dahin, dass das kritische Potential von Intellektuellen zurückgedrängt wird. Das hängt damit zusammen, dass viele Intellektuelle meinen, dass sie immer mehr auf die Medien angewiesen sind. Diese üben eine unglaublich intensive symbolische Gewalt aus, die auch die Intellektuellen betrifft. Sie werden, gerade wenn sie prominent sind, mit Haut und Haaren von den Medien vereinnahmt. Das wiederum führt dazu, dass für Intellektuelle nicht mehr ihre fachliche Kompetenz als SchriftstellerIn, WissenschaftlerIn oder KünstlerIn im Vordergrund steht, sondern dass ihre Fähigkeit zur Performance und medialen Selbstinszenierung in den Vordergrund rückt und damit kritische intellektuelle Potentiale stillgelegt werden. Der klassische engagierte Intellektuelle, der gewissermaßen als Tribune für subalterne Kollektive gesprochen hat, man denke an Emile Zola, später Jean-Paul Sartre oder Pierre Bourdieu, der wird immer stärker durch den Typ des „Medienintellektuellen“ ins Abseits gedrängt. Ich denke aber, wenn man die gesamtgesellschaftliche Entwicklung betrachtet, dann ergibt sich nichtsdestoweniger die Notwendigkeit für einen neuen Typ des Intellektuellen. Er wäre ein Typ des Intellektuellen „von unten“ – also nicht mehr der klassische Groß-Intellektuelle, der letztlich von den Massen abgehoben bleibt, auch wenn er für sie spricht oder beansprucht, für sie zu sprechen. Sartre zum Beispiel fühlte sich zwar als Repräsentant der Verteidigung des Kommunismus, aber mit den realen Bedingungen der französischen Arbeiterklasse hatte er wenig zu tun. Das ist ihm nicht unbedingt vorzuwerfen, erklärt aber in gewissem Maße, die Entfremdung linker Intellektueller von der Lebensrealität „normaler“ Menschen. Heute hingegen werden die Abstände zwischen intellektueller Tätigkeit und den Problemen materieller Reproduktion der Gesellschaft und dem konkreten alltäglichen Leben ihrer Menschen geringer. Das könnte dazu führen, dass sich etwas entwickelt, was bereits Foucault in einer sehr klugen Vorwegnahme als den „lokalen Intellektuellen“ bezeichnet hat, also Menschen, die intellektuell gebildet und qualifiziert sind, aber da politisch aktiv werden, wo sie konkret arbeiten oder in ihrem Leben unmittelbar stehen, d.h. nicht primär auf der Bühne der öffentlichen Diskurse, sondern in ihrem Betrieb, ihrem Krankenhaus, ihren Büros, als Ingenieure, Ärzte, Informatiker, Rechtsanwälte, als Lehrkräfte an den Hochschulen usw.

CK: Läge der intellektuelle Akt dann vor allem darin, sich zu äußern?

Er läge darin, die konkreten Probleme, die da entstehen, wo Intellektuelle leben, bzw. arbeiten, wo sie ihre spezifische Kompetenz einbringen, zu politisieren. Politisierung ist wichtig. Sie ist die zentrale Aufgabe von Intellektuellen. Es geht ja nicht darum, Probleme bloß „technisch“ zu lösen. Zum Intellektuellen wird ein Chemiker etwa dann, wenn er zum Beispiel eine Umweltinitiative in seinem Stadtteil aktiv unterstützt. Er wird dann nicht nur seinen Job als Betriebschemiker machen, sondern das, was er kann und weiß, auch öffentlich machen und mit einem politischen Anspruch artikulieren. Das wäre für mich so ein Intellektueller „von unten“.

CK: Was ist denn mit denjenigen, die diese Entwicklung nicht mitmachen wollen oder können? Was würde Sartre heute machen – wäre er nur noch ein Original oder ein Unikum? Abgesehen davon, dass es ja seinem Selbstverständnis keineswegs entsprechen würde. Aber ich denke auch an Phänomene wie radikale konservative Wendungen ehemaliger linker Intellektueller, deren Wendung zum Performativen nicht in Deinem Sinne vollzogen wird. Was steckt dahinter?

Es handelt sich bei solchen ideologischen Mutationen der Versöhnung mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen meiner Meinung nach immer um Menschen, die bestimmte moralische Orientierungen nicht so tief verinnerlicht haben, dass sie wirklich resistent sind gegen systemkonforme Demagogie und sei sie auch der feinen ästhetischen oder kulturellen Art. Das ist das Eine. Das Zweite hängt mit Enttäuschungen darüber zusammen, dass linke Entwicklungen, von denen man sich selbst Vorteile, Karriere und Prestige versprach, nicht stattgefunden haben bzw. erfolglos waren. Da zeigt sich vor allem bei manchen Medienintellektuellen: Sie haben auch die Phase, in der sie links waren, als eine Möglichkeit gesehen, durch ihren linken Trip zu Führungspositionen zu gelangen, also Karriere zu machen und zur Elite zu gehören, und sei es in einer maoistischen Organisation. Und weil das auf Dauer nicht funktioniert hat, weil das linke Projekt oder das, was sie dafür hielten, gescheitert ist, suchten sich nun wieder erneut einen Ort, wo sie ganz oben stehen können, wo sie eine privilegierte Position einnehmen können und das trügerische Gefühl haben, in der Welt einen relevanten Part zu spielen. So lässt sich meiner Ansicht nach etwa die erstaunliche Metamorphose eines André Glucksmann erklären, der 68 nicht nur einfach „ultralinks“, sondern ein fanatischer militanter Maoist gewesen ist, vor ein paar Jahren dann aber für Sarkozy die Wahltrömmeln gerührt hat. In solchen Fällen kommen mehrere Dinge zusammen, natürlich die politische Situation, aber auch die Persönlichkeitsentwicklung und, wie Bourdieu sagen würde, der „Habitus“, also wer man selbst ist und was einem im Leben wichtig ist. Bei den Medienintellektuellen ist es das heftige Bedürfnis, aufzusteigen und zu denen zu gehören, die „oben“ sind. Wenn sich die politischen Aussichten der Linken verdüsterten und ihre Projekte scheiterten, sind Intellektuelle oft sehr schnell „umgestiegen“. Ein krasses Beispiel dafür sind die „nouveaux philosophes“ in Frankreich, also Leute wie Glucksmann und Bernard-Henri Lévy, aber auch ein Daniel Cohn-Bendit oder in Deutschland Joschka Fischer und andere. Das hat es immer wieder gegeben, dass linke Leute nach rechts gewandert sind. Das gibt es natürlich auch umgekehrt. Die Medien üben heute auf Intellektuelle einen ungeheuren Sog der Charakterlosigkeit aus. Dem muss man – das ist das Mindeste – Widerstand leisten.

Hans Heinz Holz und das Problem der dialektisch-materialistischen Philosophie

Das Materialismusproblem der Philosophie

Philosophie ist – unabhängig von dem weltanschaulichen Hintergrund, von dem aus sie konzipiert wird – die Selbstverpflichtung auf vernünftige Begründung und rationale Überprüfbarkeit des Zusammenhangs ihrer Aussagen über Wirklichkeit. Darin besteht die Spezifität ihrer reflexiven Theorieform – im Unterschied zu wissenschaftlicher Erkenntnis, die sich auf Einzelwissen über Bereiche der Wirklichkeit bezieht – aus Grundgedanken einen Begriff des Ganzen der Wirklichkeit zu entwickeln.¹ Damit jedoch scheint die Philosophie strukturell auf einen idealistischen Ausgangspunkt festgelegt, und jeder Anspruch auf dialektisch-materialistisches Philosophieren setzt sich damit dem *Problem* aus, wie seine von materiellen Verhältnissen ausgehenden Voraussetzungen *im Denken* begründet werden können. Deshalb sprach Ernst Bloch vom „Materialismusproblem“². Im Unterschied zu einem in cartesianischer Tradition bewusstseinsimmanenten Begründungsgang hat materialistische Philosophie ein erschwertes Begründungsproblem, das sie nicht einfach ignorieren kann, will sie dem Anspruch der Philosophie auf Grundlegung genügen: da sie die Wirklichkeit nicht allein aus dem Denken begründen kann – dies hat in der Tradition der Dialektik Hegel umfassend geleistet – muss dialektisch-materialistische Philosophie das Verhältnis von Sein und Denken in einem materiellen Verhältnis fundieren, das sich im Denken und philosophisch nur im Denken manifestiert. Man wird der Widerspiegelungstheorie von Holz nur gerecht, wenn man sie vor diesem Hintergrund eines Begründungsanspruchs der Philosophie betrachtet, der die Erschwerungen einer materialistischen Grundlegung ernst nimmt: „Ursprung und Ort der Philosophie ist das philosophierende Subjekt, das seine Stellung zur Welt bestimmt. Die besondere Stellung des Subjekts zur Objektivität ist durch das Denken bestimmt. Daher wird in der Philosophie das Denken selbst zum Gegenstand des Denkens und erscheint so als die durch das philosophische Denken reflektierte Wirklichkeit. (Dies gesehen zu haben, macht die Bedeutung Descartes' für die neuere Philosophie aus). Vordergründig bedeutet dies, dass die Gedanken die Wirklichkeit sind, auf die die Philosophie sich bezieht – die Welt als Wille und Vorstellung. Werden die Gedanken selbst jedoch als Spiegelbilder der außer ihnen existierenden materiellen Dinge und Verhältnisse verstanden (al-

¹ Vgl. Jörg Zimmer, *Welt denken. Der spekulative Horizont der Philosophie*. In: *Topos H. 35* (2011), S. 45 ff.

² Vgl. Ernst Bloch, *Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz*, Frankfurt am Main 1972

so die Spiegelung als ein wirkliches Verhältnis wirklicher Seiender und die Gedanken als Funktion dieses Verhältnisses), dann wird die Welt wieder in ihr ontologisches Erstgeburtsrecht eingesetzt und die Umkehrung als ein im Denken entstehender notwendiger Schein (Spiegel-Schein: das Virtuelle erscheint als das Primäre und Reelle) entlarvt.³ Die Widerspiegelungstheorie von Holz ist also der Versuch, die *Priorität* materieller Verhältnisse vom *Pri-mat* des Denkens zu begründen.

Der Marxismus entsteht im 19. Jh. und hat in seiner Geschichte den antimeta-physischen Impuls nach Kant in sich aufgenommen. Da mag es besonders provokativ wirken und auch Anlass zu Missverständnissen sein, wenn ein marxistischer Philosoph sich explizit auf das Ganze der Metaphysikgeschichte bezieht und diesen Bezug mit dem Anspruch verbindet, in der Aneignung des Problemgehalts der Metaphysik eine spekulative Begründung der materialistischen Dialektik zu leisten. Seit dem Erscheinen seines systematischen Hauptwerkes „Weltentwurf und Reflexion“, das im Untertitel in guter leibnizianischer Tradition den Hypothesencharakter philosophischer Modelle und damit den gerade gegen die landläufige Meinung antidogmatischen Charakter metaphysischen Denkens betont, indem er einen „Versuch einer Grundlegung der Dialektik“ ankündigt, sind noch kurz vor seinem Tod 2011 mehrbändige Werke erschienen, die etwas über das Philosophieverständnis von Holz aussagen. Die Problemgeschichte der Dialektik von der Antike bis zur Gegenwart⁴ – wo hat man nach der philosophiegeschichtlichen Gründerzeit des 19. und frühen 20. Jh. ein solch gewaltiges Unternehmen aus einer Hand noch gesehen? – rekonstruiert nicht nur die gesamte Geschichte der Dialektik, sondern tut dies aus einer systematischen Perspektive: Das bedeutet einerseits, dass philosophiehistorische Forschung nicht Ideengeschichte, sondern Problemgeschichte, d.h. Vorgeschichte einer systematischen Fragestellung ist, und andererseits ist diese Problemgeschichte am spekulativen Gehalt der Dialektik orientiert, was bedeutet, dass der gesellschaftstheoretische Aspekt dialektischer Theorie, wie Holz im Vorwort selbst betont, ausgeblendet bleibt. Für den eigenen systematischen Entwurf wird also der gesamte historische Problembestand mobilisiert. Und die Akzentuierung des philosophiehistorischen Materials auf die theoretische Dialektik, in der es in der Aneignung der Metaphysikgeschichte um eine spekulative Grundlegung der Dialektik als Theorie der Totalität geht, ist doch ein Indiz dafür, worum es Holz in der Hauptsache geht: um eine spekulative *Begründung* der materialistischen Dialektik, die sich der genannten Erschwerungen bewusst ist und ihnen nicht in Aufhebungsmetaphorik der Philosophie ausweicht. Das zeigt sich auch in der Anlage seines letzten Werkes, der dreibändigen „Aufhebung und Verwirklichung der Philo-

³ Hans Heinz Holz, Weltentwurf und Reflexion. Versuch einer Grundlegung der Dialektik, Stuttgart/Weimar 2005, S. 357

⁴ Hans Heinz Holz, Dialektik. Problemgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, 5 Bde., Darmstadt 2011

sophie”⁵: Wer der Rekonstruktion der Entstehung dialektischer Theorie von Hegel bis Marx im 19. Jh. und des theoretischen Gehalts der Klassiker der dritten Internationale im 20. Jh. für das 21. Jh. einen dritten Band folgen lässt, der nichts geringeres als die Anlage einer Kategorienlehre der materialistischen Dialektik enthält, wird wohl kaum der Auffassung sein, dass die Philosophie sich in einem undialektischen Sinn aufzuheben und demnach aufzulösen habe. Aber er wird wohl auch nicht der Meinung sein, dass die rekonstruierte Geschichte dialektischer Theorie die Begründung schon hinlänglich geleistet habe: Im dritten Band fordert Holz diese kategoriale Grundlegung materialistischer Dialektik vielmehr als Desiderat ein und stellt die Widerspiegelungstheorie als mögliches Modell dieser Begründung der marxistischen Philosophie vor. Man kann nach der Bedeutung von Holz für den Marxismus sinnvoll nur fragen, wenn man diesen Anspruch im Blick hat, seine Herkunft aus dem Problembe-stand der Metaphysik zeigen und den Nachweis führen kann, dass er ohne Rückgriff auf spekulative Philosophie nicht einlösbar ist.

Dialektik als Transformation der Metaphysik

Holz liest, wie seine Geschichte der Dialektik eindrucksvoll zeigt, die Metaphysikgeschichte nicht ideengeschichtlich von ihren Antworten her, sondern als Fundus dialektischer Probleme. Die Metaphysik wird nicht von ihren abgeschlossenen Systemgestalten her rekonstruiert, sondern diese aufbrechend als Problemgeschichte der Dialektik. Die Transformation der Metaphysik in Dialektik ist in der Philosophie Hegels vorgezeichnet. Holz selbst hat nachdrücklich darauf hingewiesen: „Die seit Hegel eingeleitete Transformation der Metaphysik war (...) in ihrer perspektivischen Bedeutung nicht erkannt worden. Denn Hegels Intention ging ja gerade dahin, an die Stelle geschlossener Systeme eine Konstruktionsmethode zu setzen...“⁶ Hegel hat im ‘Vorbegriff’ der kleinen Logik in der ‘Enzyklopädie’ die vorkantische Metaphysik als „das *unbefangene* Verfahren“ gekennzeichnet, das als natürliche Welteinstellung also „ohne das Bewusstseyn des Gegensatzes des Denkens in und gegen sich“⁷ ist. Es gehört zum differenzierten Blick Hegels auf diese metaphysische ‘Stellung des Gedankens zur Objektivität’, dass er nicht nur die Grenze, sondern ebenso die relative Berechtigung dieses Verfahrens feststellt, indem er den ihm innewohnenden naiven Realismus in die Nähe wissenschaftlicher und lebensweltlicher Praxis rückt: „Alle anfängliche Philosophie, alle Wissenschaften, ja selbst das täglich Thun und Treiben des Bewusstseyns lebt in diesem Glauben.“⁸ Nach seiner Grenze hin betrachtet, von der her sie in die Dialektik überschritten werden muss, charakterisiert Hegel das metaphysische

⁵ Hans Heinz Holz, *Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie*, 3 Bde., Berlin 2011

⁶ Hans Heinz Holz, *Metaphysik heute?* In: ders., *Das Feld der Philosophie*, Köln 1997, S. 92

⁷ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (1830). In: *Hauptwerke in sechs Bänden*, Hamburg 1999, Bd. 6, S. 69

⁸ Ebd., S. 70

Denken als „die *blosse Verstandes-Ansicht* der Vernunft-Gegenstände“.⁹ Der Sinn dieser Formel muss genau bestimmt werden: an ihr hängt das ganze Programm der Aufhebung der Metaphysik in Dialektik, wie es nicht nur für Hegel, sondern *mutatis mutandis* auch für Holz leitend geworden ist. Der (ungegenständliche) Gegenstand der spekulativen Vernunft ist das Absolute als Totalität. Dieser ‘Gegenstand’ wird im Verstandesdenken nun tatsächlich auch wie ein Gegenstand behandelt, über den man urteilen kann: „Jene Metaphysik setzte überhaupt voraus, dass die Erkenntnis des Absoluten in der Weise geschehen könne, dass ihm *Prädicate beigelegt werden*.“¹⁰

Wenn aber, wie Hegel ausdrücklich festhält, die „Form des Satzes oder bestimmter des Urtheils ungeschickt“¹¹ ist, den spekulativen Inhalt – das Absolute oder Ganze – auszudrücken, entsteht das Problem, wie denn überhaupt darüber gesprochen bzw. wie es denn überhaupt adäquat ausgedrückt werden kann. Eine Antwort auf diese Frage versucht Holz im Begriff des metaphysischen Modells zu geben: „Dialektik, die sich anschickt, das Erbe der Metaphysik anzutreten, vollzieht einen Perspektivwechsel. Auch sie bedarf der Welt-Modelle, um den Handlungsrahmen der tätigen Menschen abzustecken, Orientierungen zu ermöglichen, den Wirklichkeitsgehalt von Bedeutungen auszumalen, Sinnfragen zu beantworten. Aber sie kann ein Modell nicht annehmen wie einen Gegenstand, den das Denken sich gegenüber hat. Die Welt ist kein ‘Objekt’, sondern das Wirkungsfeld, in das der denkende Mensch als ein Teil und Moment eingelassen ist. Er hat die *Welt* nicht vor sich, sondern *um* sich. Sie zeigt und gliedert sich ihm nicht nach Eigenschaften, sondern nach Bedeutungen.“¹² Das deutet auf die Schwierigkeit hin, Welt als Totalität präzisierend in der Form endlicher Urteile zu fassen: Sie ist nichts gegenständlich uns gegenüber Liegendes, sondern begreift uns ein. Und weil der Mensch konstitutiv in einem reflektierten Verhältnis zur Welt steht, ist sie ihm immer bedeutungshaft gegeben. Der Mensch ist *in* der Welt und kann einen Begriff von ihr nur von diesem *In-Sein* und folglich von seinem perspektivischen Verhältnis und Horizont her gewinnen. Metaphysische Modellbildungen sind Versuche, dieses Reflexionsverhältnis, dieses aus dem In-der-Welt-Sein des Menschen sich ergebende Seinsverhältnis zu bestimmen.

Widerspiegelungstheoretische Grundstrukturen der Dialektik

Ich habe mich an anderer Stelle zur Widerspiegelungstheorie von Hans Heinz Holz geäußert und will das hier nicht wiederholen.¹³ Man muss jedoch auf ein-

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd., S. 70

¹¹ Ebd., S. 72

¹² Hans Heinz Holz, *Weltentwurf und Reflexion*, a.a.O., S. 146

¹³ Vgl. zu Holz im allgemeinen: Jörg Zimmer, Holz, Hans Heinz. In: Metzler Philosophen Lexikon, Stuttgart/ Weimar 2003, S. 318 ff.; zur Dialektik: Jörg Zimmer, *Die Präsenz des Seins. Dialektik der Gegenwart in der Widerspiegelungstheorie*. In: *Topos* H. 19 (2002), S. 11 ff.; zum Metaphysikverständnis: Jörg Zimmer, *Lógos akribés. Natur und Gehalt*

ge strukturelle Eigentümlichkeiten der Dialektikkonzeption von Holz wenigstens hinweisen, um seine Bedeutung für die Begründung materialistischer Dialektik verstehen zu können: Einmal ist wichtig, dass Holz die alleinige, sei es kritische oder affirmative, Orientierung an Hegel durchbricht und im Rekurs auf Leibniz Dialektik eben nicht allein als Methode, sondern als ein ontologisches Strukturmodell eines wirklichen Gesamtzusammenhangs begreift: Im Leibnizschen Monadenmodell erscheint dieser Gesamtzusammenhang als relationale Pluralität von Einzelsubstanzen, der sich in jeder Monade perspektivisch darstellt. Diese im metaphysischen Entwurf modellierte reale Pluralität Einzelner in ihrem Zusammenhang der Kompossibilität¹⁴ – über deren Konsequenzen für die politische Theorie der Dialektik heute noch näher nachzudenken wäre – charakterisiert auch das Modell der Spiegelung von Holz: Widerspiegelung als Strukturmodell des Ganzen hat nichts mit der auch im Marxismus verbreiteten erkenntnistheoretischen Vorstellung einer Abbildung objektiver Wirklichkeit im Erkennen zu tun, sondern ist im strengen ontologischen Sinn ein Strukturmodell eines Seinsverhältnisses. Die Spiegelung ist ein Modell für das Ganze des spekulativen Verhältnisses, und es drückt dieses wirkliche Verhältnis als ein solches von endlichem Seienden und unendlichem Ganzen aus. Aber die Widerspiegelungstheorie ist damit nicht nur eine Ontologie universaler Relationalität (und insofern ein Dialektikmodell, weil Dialektik eben grundlegend eine Theorie von Beziehungen ist), sondern gerade aufgrund der Tatsache, dass diese allgemeine Relationalität als bestimmtes und reflektiertes Verhältnis erscheinen und sich manifestieren muss, zugleich eine Regionalontologie der Subjektivität. Von der Spiegelung her gedacht ist nämlich in der Struktur des Hegelschen Begriffs nur eine Seite des Selbstbewusstseins begriffen, dass es nämlich im Reflexionsverhältnis sein Anderes übergreift und dergestalt im Wissen dieses Verhältnis fortbestimmt. Die andere Seite jedoch, nämlich dass es originär in einem wirklichen Verhältnis sich befindet, sein Anderes braucht und voraussetzt, um Subjektivität sein, d.h. spiegeln zu können, also *ursprünglich* vom Sein übergreifen wird, entgeht einer Dialektik des Begriffs. Festhalten muss man in jedem Falle, dass die Widerspiegelungstheorie die Subjektivität als das zu sich kommende Verhältnis im Sein und als Moment des Seins begreift. Sie ist das ausnehmend besondere, nämlich asymmetrische, weil das Verhältnis reflektierende Moment materieller Verhältnisse.

Wesentliche Voraussetzung für ein angemessenes Verständnis des Widerspiegelungsbegriffs von Holz ist, ihn nicht – wie ja auch im Marxismus selbst vielfach üblich – als erkenntnistheoretisches Schema für die Abbildung objektiver Realität im Erkennen zu verstehen, sondern als Strukturmodell eines Seinsverhältnisses: Ein Spiegel ist, formal gesprochen, ein Ding unter anderen Dingen, mit der ausnehmenden Besonderheit allerdings, als Spiegel, d. h.

metaphysischer Modelle. In: Ch. Hubig/Jörg Zimmer (Hrg.) *Unterschied und Widerspruch. Perspektiven auf das Werk von Hans Heinz Holz*, Köln o.J. (2007), S. 27 ff.

¹⁴ Vgl. hierzu Jörg Zimmer, *Fortschritt als Ordnung der Kompossibilität. Gedanken über Leibniz und geschichtsphilosophische Probleme unserer Zeit*. In: *Topos* H. 13/14 (1999), S. 39 ff.

notwendig ein Bild von seinem Anderen zu enthalten. Indem der Spiegel seinen Gegenstand virtuell in sich enthält, drückt er ein Verhältnis aus, das nicht beliebig gesetzt ist: Spiegelung setzt die Präsenz eines Anderen voraus, das im Spiegel erscheint und ohne das der Spiegel nicht Spiegel sein kann. Und schließlich ist im Phänomen der Spiegelung die Perspektivität des virtuellen Bildes enthalten: Denn es verdoppelt nicht einfach den bespiegelten Gegenstand, sondern ist als Spiegelbild immer zugleich Ausdruck des Ortes, von dem aus dieser Gegenstand bespiegelt wird. In diesem genauen Sinn formaler Strukturmerkmale ist der Spiegel als sinnenfälliges Schema, mithin als notwendige Metapher für den ontologischen Grundgehalt der Dialektik zu verstehen, alles Sein als In-Beziehung-Sein, das Eine als das Eine des Anderen zu bestimmen. Weiterhin jedoch deutet der Spiegel auf die Möglichkeit eines Modells materialistischer Dialektik hin, indem er nicht nur das Verhältnis von Sein und Denken überhaupt, sondern dieses als materielles Verhältnis auszudrücken vermag, das in sich einen immanenten Idealismus enthält, weil das Verhältnis nur im virtuellen Bild erscheinen kann.

Wenn man nun Subjektivität in Analogie zur Struktur der Spiegelung versteht, ergibt sich ein Begriff der Verschränkung von Subjektivität und Objektivität im Widerspiegelungsverhältnis. Subjektivität ist dann nicht mehr, wie im klassischen Idealismus, ein ort- und bedingungsloses Bewusstsein, sondern ein reflexives Moment materieller Verhältnisse, ein in diesen materiellen Verhältnissen situiertes Bewusstsein, das diese Verhältnisse perspektivisch reflektiert. Die Struktur der Spiegelung deckt den transzendentalen Schein der Priorität des Bewusstseins auf, der dadurch entsteht, dass alle Wirklichkeit uns nur über die Vermittlung von Bewusstseinsprozessen gegeben ist. Die Spiegelstruktur lässt uns diesen Schein durchschauen, weil sie einsichtig macht, dass Sein Bedingung für Bewusstsein ist, dieses Bewusstsein jedoch andererseits Medium der Erscheinung materieller Verhältnisse ist. Diese Struktur ermöglicht es, die Priorität des materiellen Seins zu denken, ohne den Primat des Bewusstseins, der für die Philosophie als einer Theorie des Denkens unverzichtbar ist, preisgeben zu müssen. Holz kann diese spiegeltheoretische Auffassung von Subjektivität – ein Begriff, der von einer auf Emanzipation des Menschen zielenden Theorie wie der Dialektik nicht aufgegeben werden darf – über die Erkenntnisbeziehung hinaus auf eine Theorie gegenständlicher Tätigkeit ausdehnen: Denn wenn die Spiegelung ein, wenn auch nur in Bewusstseinsgehalten zu sich kommendes, materielles Verhältnis darstellt, dann muss es möglich sein, in ihr als Strukturmodell auch die praktischen Verhältnisse des Menschen zu modellieren.

Diese Überwindung des rein erkenntnistheoretischen Paradigmas für den Begriff der Subjektivität ist in der Feuerbachkritik von Marx vorgezeichnet: „Marx hat, ohne den Boden neuzeitlicher Denkerfahrung zu verlassen, durch eine strukturell unscheinbare, jedoch sehr wesentliche Verschiebung in der Bestimmung des Verhältnisses des Menschen zur Welt die Neuorientierung auf die geschichtliche Begründung der außerphilosophischen Voraussetzung des Philosophierens vorgenommen. Im Gegensatz zu Feuerbach, der die Sinn-

lichkeit als seinsgebend dem Denken vorschaltete, setzt Marx an die Stelle der Apperzeption die 'gegenständliche Tätigkeit'.¹⁵ Mit der Aufnahme dieses Begriffs wird Subjektivität über die Erkenntnisbeziehung hinaus als praktische Beziehung zur Wirklichkeit gefasst. Dieses Praxisverhältnis darf aber nicht als reine, von den Bedingungen, in denen sie steht, unabhängige Tätigkeit missverstanden werden, sondern muss in dem Sinn begriffen werden, „dass der Mensch sich an der Natur, die Natur sich am Menschen reflektiert. Wird diese Beziehung in dem Missverständnis, die Arbeit sei *nichts als* die Tätigkeit des Menschen und manifestiere dessen Autonomie gegen die Natur, ausschließlich von der Aktivität des Subjekts her gesehen (also Tätigkeit rein als solche und nicht als gegenständliche Tätigkeit gefasst), dann restituiert sich die subjektivistische Fehldeutung der Subjekt-Objekt-Relation, wie sie in der Transzendentalphilosophie herrscht, in der nur scheinbar materialistischen Form einer historisch-gesellschaftlichen Konstitutionstheorie.“¹⁶ Gegenständliche Tätigkeit ist Tätigkeit *am Anderen*, die ganz im Sinne der oben rekonstruierten Struktur der Spiegelung dieses Andere voraussetzt und sich als Verhältnis am Anderen verwirklicht. Holz spricht im Anschluss an Marx vom „gegenständlichen Wesen des Menschen“ oder „der Gegenseitigkeit der Beziehungen, derzufolge das Subjekt ebenso sehr bedingt ist durch die außer ihm seienden Dinge (...) wie die außer dem Subjekt seienden Dinge zu Objekten der Tätigkeit des Subjekts werden...“¹⁷ Wieder also handelt es sich bei der gegenständlichen Tätigkeit um die Struktur einer wechselseitigen Beziehung, die asymmetrisch ist, wenn es sich um Dinge handelt, da die subjektive Seite das ganze Verhältnis reflektiert, in intersubjektiven Praxisverhältnissen aber auch symmetrisch sein kann, wenn beide Seiten das Verhältnis reflektieren. Denn auch das Verhältnis zum anderen Subjekt ist eines am Anderen und insofern gegenständig (wenn ‚gegenständig‘ wörtlich das in einem Verhältnis mir Entgegenstehende meint).

Ein weiteres wesentliches Strukturmerkmal einer widerspiegelungstheoretisch begründeten materialistischen Dialektik ist die logische Figur des übergreifenden Allgemeinen, ohne das ein dialektisches Verhältnis von Theorie und Praxis als Kernstück marxistischer Philosophie sich nicht begründen lässt. Aus der formalen Struktur der Spiegelung ergibt sich nicht nur ein dialektischer Begriff der Totalität als Gesamtzusammenhang von sich im Bewusstsein reflektierenden materiellen Verhältnissen, sondern auch die logische Grundfigur der Dialektik, die Holz mit Hegel und Josef König als das übergreifende Allgemeine bestimmt. Denn der Spiegel ist Gattung seiner selbst und seines Gegenteils: Als Spiegelbild übergreift er seinen Gegenstand, und in seiner Eigenschaft als materielles Ding zeigt er die Materialität als übergreifende Gattung ihrer selbst und ihres virtuellen Anderen, des Spiegelbildes. Dieser Ge-

¹⁵ Holz, Weltentwurf und Reflexion, a.a.O., S. 366 f.

¹⁶ Ebd., S. 371

¹⁷ Ebd., S. 583

danke eines wechselseitigen Übergreifens des Materiellen und des Ideellen ermöglicht es Holz, das für die marxistische Philosophie grundlegende Theorie-Praxis-Verhältnis dialektisch zu begründen. Am Ende des dritten Bandes von „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie“ heißt es dazu, die elfte Feuerbachthese kommentierend: „Es ging ihm (Marx, J.Z.) darum, dass die Philosophie nicht ein Reich der Begriffe, das sie immer ist und als welches sie fort dauern muss, selbständig gegenüber der Praxis bleiben, sondern ein Moment der Praxis werden solle. Nicht mehr *theoria cum praxis*, wie Leibniz der Sozietät der Wissenschaften ins Wappen schrieb, wenn *cum* die Verschiedenheit der Verbundenen meinte, sondern *theoria qua praxis*, was ihre Einheit als Unterschiedene bedeutet. Kein binäres, sondern ein dialektisches Verhältnis.“¹⁸ Theorie als Praxis: Ein dialektisches Verhältnis von Theorie und Praxis denken bedeutet indes, dass Theorie nicht durch Praxis ersetzt oder irgendwie in sie aufgelöst werden kann, und meint ferner, dass Theorie auf Praxis wirkt und Praxis in ihrer jeweiligen konkreten Bestimmung das Bedürfnis theoretischer Aufarbeitung generiert. Mit anderen Worten: In der Aufhebung der Theorie im Prozess der Verwirklichung erhält sie sich als ein Moment der Praxis. Es ist ein Verdienst der Philosophie von Holz, das undialektische Auseinanderfallen von Theorie und Praxis, das Marx ja in der elften Feuerbachthese selbst moniert, philosophisch begründet überwunden zu haben, indem er beide in ein notwendiges dialektisches Verhältnis setzt, das in der logischen Figur des Übergreifens strukturell bestimmt werden kann: „Wir sehen die elfte Feuerbachthese im Kontext des Binoms ‘Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie’. ‘Ihr könnt die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu verwirklichen’. Sollen die zwei Vorgänge in einem gedacht werden, so heißt das: In der Verwirklichung ist die Aufhebung, in der Aufhebung die Verwirklichung eingeschlossen. Es wird ein Parallelismus angelegt, bei dem jede der beiden Seiten die andere übergreift.“¹⁹ Ohne die dialektische Figur des Übergreifens des Einen über das Andere lässt sich das Verhältnis von Theorie und Praxis – das insofern ein notwendiges und unauflösbares ist – dialektisch nicht denken. Philosophie erhält sich im Prozess ihrer Verwirklichung und muss als dialektisch-materialistische Philosophie, die sich als Moment der Praxis versteht, begründet werden.

Materialistische Dialektik und ihre widerspiegelungstheoretische Begründung

In der Einleitung zu „Einheit und Widerspruch“, in der Holz sein Dialektikverständnis skizziert, heißt es: „Der materielle Gehalt der Kategorien der Dialektik liegt (...) nicht auf der Hand. So ist es nicht einfach eine ideologische Verzerrung, dass die große, gerade dialektische Philosophie auf die eine oder andere Weise stets idealistisch gewesen ist. Wie die (der natürlichen Weltein-

¹⁸ Holz, *Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie III*, a.a.O., S. 339

¹⁹ Ebd., S. 345

stellung, dem erkenntniskritisch unbefangenen Bewusstsein sich aufdrängende) Materialität der gegenständlichen Welt als ontologisch fundierend dargelegt werden könne, hat der vordialektische Materialismus nie schlüssig gearbeitet; ihm genügte die (fragwürdige) Evidenz der Sinne. Es gibt ein Defizit rationaler Begründungsstrategien im traditionellen Materialismus, die hingegen die idealistische Dialektik umso reichhaltiger ausgebildet hat.²⁰ Das Kategorienproblem bezeichnet eine Grundlagenfrage der Philosophie, und der Begriff der Kategorie darf nicht, wie auch in der marxistischen Wissenschaftssprache heute vielfach üblich geworden, inflationär gebraucht werden, indem Kategorien einfach synonym mit Begriffen jeder Art verwendet werden. Kategorien sind jedoch seit Aristoteles allgemeinste Aussageformen über das Sein und bezeichnen damit unabhängig davon, ob man sie je nach philosophischem Standpunkt eher logisch vom Denken oder ontologisch vom Sein her denkt oder, anders gesagt, eher als Theorie der Formbestimmtheit des Denkens oder als Konstitutionslehre des Seins auffasst, das Vermittlungsproblem von Sein und Denken.

Und genau in diesem Sinn hat Holz sie im Schlusskapitel seines systematischen Hauptwerkes für die materialistische Philosophie reklamiert und im dritten Band von „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie“ einzulösen versucht. Die Besonderheit seines Kategorienkonzepts besteht darin, dass er im Kategorialen das Entsprechungsverhältnis von Denk- und Seinsform und also den „Doppelcharakter der Kategorien in materialistischem Verständnis“²¹ auszudrücken versucht: „Kategorien sind Reflexionsgestalten. Sie reflektieren das Reflexionsverhältnis von Sache und Begriff, von Sein und Denken. Insofern manifestiert sich in ihrem logisch-ontologischen Doppelaspekt die Widerspiegelungsform des Begriffs, des Denkens. Die Kategorie ist die Denkform, die als ihre Bestimmung die Seinsform enthält. (...) Für Kategorien muss ihr materiales Äquivalent *in re* aufgesucht werden; das kann aber nur im Blick auf das Spiegelbild der Sache, den Begriff, geschehen. (...) Darum ist die objektivistische Auffassung vom Gehalt der Kategorien, die in den klassischen marxistischen Philosophiedarstellungen vorherrscht, nicht ausreichend, um der in den Kategorien zum Ausdruck kommenden Subjekt-Objekt-Dialektik gerecht zu werden.“²² Damit ist das Problem bezeichnet, das Holz in der Anlage einer dialektisch-materialistischen Kategorienlehre in „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie“ reflektiert. Indem er der Rekonstruktion des marxistischen Denkens im 19. und 20. Jh. den Entwurf einer solchen Kategorienlehre folgen lässt, kennzeichnet er ein Begründungsdesiderat der materialistischen Dialektik und den Anspruch der Widerspiegelungstheorie, diese Begründung einer marxistischen *Philosophie* leisten zu wollen. An diesem und vor allem an diesem Anspruch muss die Diskussion der Wider-

²⁰ Hans Heinz Holz, *Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit*, 3 Bde. Stuttgart/Weimar 1997, Bd. 1, S. 13 f.

²¹ Holz, *Weltentwurf und Reflexion*, a.a.O., S. 602

²² Ebd., S. 603

spiegelungstheorie und ihrer Bedeutung für den Marxismus sich orientieren, will sie nicht am Grundanliegen von Holz vorbeireden und die alten Missverständnisse reproduzieren, die aus der erkenntnistheoretischen Verengung des Widerspiegelungsbegriffs im klassischen Marxismus herrühren.

Holz schreibt zu einem spiegeltheoretisch fundierten Kategorienbegriff, dass „eine materialistische Kategorienlehre (...) das Verhältnis von Daseins- und Aussageformen im Rahmen des Widerspiegelungstheorems ohne Schwierigkeiten bestimmen“ kann²³, und das deshalb, weil in der Spiegelmetapher die Verschränkung von Sein und Denken strukturell schon gedacht ist. Genau diese Verschränkung indes ist das Kernproblem der Kategorienlehre: „Jene Allgemeinbegriffe, in denen nicht nur das Anderssein des Begriffs gegenüber der Sache, sondern zugleich der Ursprung des Auseinandertretens von Sache und Begriff ausgedrückt ist, sind *Kategorien*. Sie sind *Denkformen*, die an sich selbst das Indiz tragen, als solche zugleich Seinsformen zu sein. Während von Begriffen gesetzt wird, dass sie dem von ihnen gemeinten Gegenstand beziehungsweise der von ihnen bezeichneten Gegenstandsklasse entsprechen, ist den Kategorien die Vermitteltheit ihres begrifflichen Inhalts mit ihrem gegenständlichen Gehalt, also der sie generierende Prozess der Subjekt-Objekt-Verschränkung, inhärent.“²⁴ Im Kategorienbegriff versammeln sich wesentliche systematische Aspekte der Philosophie von Holz, die im Widerspiegelungstheorem strukturell gedachte Verschränkung von Sein und Denken ebenso wie der Gedanke, dass Denken eben kein objektives Abbild, sondern die perspektivische *Darstellung* von Wirklichkeit ist: „Der Begriff ist nicht der Spiegel der Sache, sondern ihr Spiegelbild, die gespiegelte Sache. Die spiegelnde Fläche, die Spiegelebene, auf der (bzw. in der) die gespiegelte Sache als sie selbst erscheint, zeigt diese gemäß der Stellung des Spiegels in einer bestimmten Perspektive und jedenfalls prinzipiell immer nur in der Vorderansicht. Der Spiegel repräsentiert die Sache unter einem Gesichtspunkt, man kann auch sagen in einer Bedeutung. Genau dies tut die Kategorie. Sie reflektiert die Sache als Begriff in einer bestimmten Bedeutung.“²⁵

Und schließlich lässt sich aus der Kategorienkonzeption auch Holzens Begriff der Philosophie fassen: „Sagen wir nun, dass die logische Struktur des Spiegels auf genau bestimmbare Weise der logischen Struktur des Verhältnisses von Sein und Denken entspricht, so dass wir dieses unanschauliche Verhältnis mit einer notwendigen Metapher als Widerspiegelung kennzeichnen können, dann haben wir auf dem Boden der Grundfrage der Philosophie die konstitutive Rolle des Widerspiegelungstheorems für den Status der Philosophie ausgesprochen. Philosophie ist Spiegeldenken – nicht nur Denken als Widerspiegelung, das ist jedes Denken, sondern Denken der Widerspiegelung, also Den-

²³ Holz, *Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie*, a.a.O., Bd. 3, S. 97

²⁴ Ebd., S. 126

²⁵ Ebd., S. 167

ken des Denkens, Reflexion der Reflexion, der Widerspiegelung.“²⁶ Holz reformuliert an dieser Stelle in der Widerspiegelungstheorie einen klassischen und deshalb auch einen emphatischen Begriff der Philosophie – allerdings vom Kopf auf die Füße gestellt. Aber auch als ‚Spiegeldenzen‘ bleibt die Widerspiegelungstheorie Philosophie im klassischen Sinn: Grundlegung eines Weltmodells im Denken. Die Bedeutung des ebenso umfang- wie facettenreichen Werks von Hans Heinz Holz für den Marxismus zu ermessen ist eine Aufgabe, die nur von Vielen geleistet werden und – das würde seinem Selbstverständnis sehr entgegenkommen – nur in der Pluralität verschiedener Perspektiven geschehen kann, ein Prozess, in dem sich diese Bedeutung iteriert. Ein zentrales Verdienst für die marxistische Philosophie kann immerhin festgehalten werden: Holz hat auf das Problem der Begründbarkeit materialistischer Dialektik hingewiesen, das Desiderat benannt und im Widerspiegelungstheorem ein Modell vorgelegt, wie diese Begründung geleistet werden könnte. Diesem Versuch kann man zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen: In jedem Fall zwingt er uns zu einer kritischen Reflexion auf die Bedingungen der Begründbarkeit marxistischer Philosophie. Man muss schon einmal zur Kenntnis nehmen, dass das letzte Wort von „Weltentwurf und Reflexion“ die immerwährende Philosophie ist, die sich in jeder philosophischen Gestalt fortbestimmt, weil „jedes Ziel im Endlichen nur der Anfang eines neuen Weges ist. In diesem Wissen bildet sich – nun auch in einem neu gewonnenen Sinn – die *philosophia perennis*.“²⁷

²⁶ Ebd., S. 257

²⁷ Holz, Weltentwurf und Reflexion, a.a.O., S. 606

Elke Steven

Occupy Democracy¹

Zur Bedeutung des Versammlungsrechts

Von New York ausgehend verbreitete sich die Occupy-Bewegung über die Welt. Der Slogan „We are the 99%“ und der Ruf nach „wirklicher Demokratie“ kennzeichnen die Bewegung wie auch ihr Zelten auf öffentlichen Plätzen. Überall wurden sie mehr oder weniger schnell Opfer polizeilicher Gewalt. Hierzuland sind staatliche Ordnungsbehörden aktuell vor allem dazu übergegangen, Zelte, Stühle, wärmende Decken und Unterlagen zu verbieten, um es Protestierenden so unbequem wie möglich zu machen.

Das „Blockupy“-Verbot in Frankfurt am Main

Als ein breites Bündnis von Gruppen und Organisationen unter dem Namen „Blockupy“ im Mai 2012 zu Protesten gegen die europäische Krisenpolitik und die Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen in der EU aufrief, versuchte die Stadt Frankfurt, die Innenstadt gänzlich für Versammlungen zu sperren. Das Ordnungsamt erließ ein Versammlungsverbot für Blockupy, das auch für alle anderen Versammlungen in der Stadt gelten sollte, und teilte mehr als 400 Bürgern und Bürgerinnen mit, dass sie zugleich ein Aufenthaltsverbot für die gesamte Innenstadt hätten. Die Stadt Frankfurt befürchtete, von diesen Protesten gingen schwerwiegende Gefahren für die Stadt aus. Die Vielzahl der Demonstrierenden und die beabsichtigten Blockaden könnten den „Frankfurter Einwohnern und den hier Geschäftsansässigen sowie den Reisenden und allen übrigen Menschen, die sich an diesen Tagen in die Frankfurter Innenstadt begeben (...) in Abwägung ihrer ebenfalls schützenswerten Grundrechte nach Artikel 2 (Freiheit der Person), 4 (Gewissensfreiheit), 12 (Berufsfreiheit), 14 (Eigentum; alle Erläuterungen durch d.Verf.) des Grundgesetzes nicht zugemutet werden“, teilte sie in den Verbotsverfügungen mit. Insbesondere wurde befürchtet, die Funktionsfähigkeit der Europäischen Zentralbank wie auch anderer Banken könnte beeinträchtigt werden. Auch wenn verschiedene Klagen zur Aufhebung der Aufenthaltsverbote und zur Genehmigung zumindest einer Demonstration an einem Samstag führten, stellt sich die Frage, wie es in den sogenannten demokratischen Staaten um die Demokratie steht?

„Wehrhafte Demokratie“

Betrachten wir die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, so wird deutlich, dass schon das Grundgesetz von Anfang an geprägt war vom Misstrauen gegenüber den Bürgern, von der Abwehr dessen, was nicht zur bürgerlichen

¹ Erweiterter Diskussionsbeitrag zum Eröffnungs-Panel der Blockupy-Veranstaltung „Occupy Democracy“ in Frankfurt/M. am 20. Oktober 2012.

Mitte gehört. Die Freiheitsrechte als Schutzrechte gegenüber dem Staat sind zentral, die Beteiligungsrechte der Bürger eingeschränkt und mit Vorbehalten versehen. Am deutlichsten wird dies an dem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einschränkenden zweiten Absatz des Art. 8 GG. Ein einschränkendes Gesetz für Versammlungen „unter freiem Himmel“ wurde schon mit der Gewährung des Grundrechts legitimiert.

Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik sollten Konsequenzen gezogen werden. Um den neuen „demokratischen“ Staat zu schützen, sollten alle Meinungen, alle Bestrebungen ausgegrenzt, bekämpft und verboten werden, die nicht dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) entspringen. Nach den dreizehn Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, nach von Deutschland ausgehendem Terror und Mord, wurde trotz alledem im Kalten Krieg der Kommunismus zum eigentlichen Feindbild der Bundesrepublik Deutschland. Der Feind steht links, war die Devise. Die Bürger und Bürgerinnen standen unter Verdacht. Schnell war die Rede von der „streitbaren“ und „wehrhaften“ Demokratie. Die auf die Formel „freiheitlich demokratische Grundordnung“ reduzierte Verfassung gelte es zu verteidigen. Von St. Just, dem Jakobiner der Französischen Revolution, wurde die Floskel „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ übernommen.

Parteienverbote, Berufsverbote, Versammlungsverbote, Beobachtung (und Kriminalisierung) von angeblichen Extremisten – das waren die Mittel, um das potentiell Abweichende auszugrenzen. Und sie bleiben auch aktuell zentrale Formen der Bekämpfung Andersdenkender.

Diejenigen, die sich kritisch mit der Vergangenheit der dreizehn Jahre nationalsozialistischer Herrschaft auseinandersetzten und die Kontinuitäten veröffentlichten, bekamen die „Wehrhaftigkeit“ schnell zu spüren. Wer die autoritäre, paternalistische Adenauer-Republik kritisierte oder gar sich positiv auf die im Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeiten der Sozialisierung von Eigentum bezog, stand unter dem Verdacht, die Verfassung infrage zu stellen. Dies ist jedoch keinesfalls verfassungswidrig, wie die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes belegen². Im KPD-Verbot vom 17. August 1956 unterschied das Gericht immerhin zwischen einer „verfassungsfeindlichen Zielsetzung“, die nicht verfassungswidrig sei, und einer „verfassungsfeindlichen Betätigung“. Auch diese werde erst verfassungswidrig, wenn sie „grundsätzlich und

² Art. 14 GG: (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfälle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen. Art. 15 GG: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet“ ist (BVerfGE, Bd. 5, S. 85 ff). Das nun angebahnte Parteienverbotsverfahren gegen die NPD lässt befürchten, dass nun erneut ein undemokratisches Zeichen gesetzt wird. Meinungen bekämpft man nicht mit Verboten, gegen Straftaten geht man dagegen mit geeigneten strafrechtlichen Mitteln vor. Schlimmer noch ist, dass zugleich die Gefahren, die von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus ausgehen und die in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt sind, zugedeckt und nicht bearbeitet werden. Das Parteienverbot kann auch als Versuch verstanden werden, sich mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Problemen nicht auseinanderzusetzen. Die um sich greifende, regierungsamtlich geförderte Gleichsetzung der „Extremismen“, die es zu bekämpfen gelte, macht zugleich dieses Staatsverständnis von der „wehrhaften Demokratie“, die präventiv abweichende Meinungen kriminalisiert, sehr deutlich.

Die Identifikation mit diesem Staat wird gefordert, grundsätzlicher Widerspruch soll ausgegrenzt werden. Und auch die Verteidiger von Kritik am Staat machen oft den Fehler, Staat und Demokratie gleichzusetzen, jeden fundamentalen Widerspruch auf Konsensfähigkeit und Integration in die bestehenden Machtverhältnisse zu verpflichten. Miguel Abensour hat in seinem Buch „Demokratie gegen den Staat“³ dagegen auf grundsätzliche Widersprüche aufmerksam gemacht. Es gebe keine zwingende Übereinstimmung zwischen Staat und Demokratie, ja der unvorstellbare Begriff der „staatlichen Demokratie“ offenbare sogar, wie wenig beides zusammengehe. „So als würde sich in diesem Widerstand in der Sprache ein tiefgreifender, untergründiger, impliziter Gegensatz zwischen Demokratie und Staat offenbaren ...“⁴ Seine Gedanken, abgeleitet vom frühen Marxschen Werk, lassen Demokratie anders verstehen, lassen die Rebellion der Vielheit von Bürgern und Bürgerinnen gegen den Staat als ständigen Widerspruch gegen Herrschaft begreifen. „Die Zivilgesellschaft zu repolitisieren heißt somit, die Möglichkeit einer politischen Gemeinschaft außerhalb des Staates und gegen ihn zu entdecken.“

Es gilt, das demokratische Potenzial einer Politik der Straßen und Plätze zu begreifen und gleichzeitig zu erkennen, dass die rebellierende Demokratie vom „anarchischen Reflex“ gegen jede Herrschaft geprägt ist. Die rebellierende Demokratie bekämpft den herrschenden Staat und zugleich schon die neu entstehenden Herrschaftszusammenhänge.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als „Luftröhre der Demokratie“

Demonstrationen werden seit jeher von den Herrschenden gefürchtet. Deshalb ersinnen sie immer neue Möglichkeiten, dieses Grundrecht einzuschränken.

³ Abensour, Miguel: Demokratie gegen den Staat, Berlin 2012.

⁴ Abensour, Miguel: Die rebellierende Demokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 2012.

Wie zentral das Versammlungsrecht ist, wissen diejenigen, die fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen äußern.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG, verbunden mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG), gehört zu den wenigen im Grundgesetz garantierten Möglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen, sich unmittelbar direkt öffentlich und politisch zu äußern. Es garantiert ihnen das Recht, Einfluss auf die politische Diskussion zu nehmen. Ansonsten blieben sie Stimmvieh für die Wahlen. Dieses Grundrecht schützt vor allem die Andersdenkenden, denn sie, nicht diejenigen, die mit dem mainstream übereinstimmen, bedürfen diesen Schutzes. Das Demonstrationsrecht gehört so zu den wenigen radikaldemokratischen Ansätzen und Korrektiven der repräsentativ stark verdünnten Demokratie bundesdeutschen Musters.

Zweifel an der uneingeschränkten Geltung eines Grundrechts, dessen Inanspruchnahme fast zwangsläufig für Unruhe sorgt, kommen schon im Grundgesetz zum Ausdruck. Zwar haben „alle Deutschen“ „das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“ (Art. 8, 1 GG), aber Absatz 2 lässt bereits Einschränkungen für „Versammlungen unter freiem Himmel“ zu. Eine solche Beschränkung beschloss das Parlament schon 1953 mit dem Versammlungsgesetz, das Demonstrationen als staatliches Sicherheitsrisiko vorstellt, die es zu kontrollieren und zu beschränken gelte. Immerhin beschränkt das Versammlungsgesetz das Grundrecht nicht mehr auf die Staatsangehörigen, wie es das Grundgesetz noch tut. Aber ansonsten haben dieses Gesetz und seine Fortschreibungen vor allem zur Einschränkung des Grundrechts beigetragen. Seit der Föderalismusreform dürfen nun die Bundesländer eigene Versammlungsgesetze erlassen. Diese führten bisher immer zu weiteren Einschränkungen des Grundrechts.

1985 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem so genannten Brokdorf-Beschluss deutlich gemacht, dass Versammlungen das Lebenselixier der Demokratie sind. Es stellte fest: „Sie (Versammlungen) bieten ... die Möglichkeit zur öffentlichen Einflussnahme auf den politischen Prozess, zur Entwicklung pluralistischer Initiativen und Alternativen oder auch zu Kritik und Protest ...; sie enthalten ein Stück ursprünglich ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den öffentlichen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren.“ (BVerfGE 69, 315) Politik und Polizei loben seitdem das Grundrecht – um es im nächsten Schritt bis zur Unkenntlichkeit einzuschränken.

Versammlungen haben prinzipiell das Potential – pathetisch formuliert – den „Umsturz“, die Revolte einzuleiten. Sie sind Stachel in dieser sonst recht leblosen repräsentativen Demokratie. Angesichts des arabischen Frühlings ist dies erneut sichtbar geworden.

Dieses Potential, das im Versammlungsrecht steckt, die Dynamik, die von versammelten Bürgern und Bürgerinnen ausgeht, ist der Grund, warum das Recht ständig umstritten ist, warum der Staat immer wieder – auch rechtswidrige – Verbote erteilt oder mit physischer Gewalt gegen Demonstrierende vorgeht.

Das Versammlungsverbot für die ganze Stadt Frankfurt über mehrere Tage im Mai 2012 ist ein Zeichen für diese staatliche Abwehr gegenüber den selbstbewussten Bürgern und Bürgerinnen. Es muss als die Außerkraftsetzung von Demokratie, die Okkupation des öffentlichen politischen Raums durch den Staat verstanden werden.

Demonstrationen sind keine geordneten „Aufzüge“, auch wenn dieser Begriff noch immer verwandt wird. Sie leben von der Vielfältigkeit der Ausdrucksformen, die nicht zuletzt im Kampf um die mediale Wahrnehmung gewählt werden. So gibt es vielfältige legitime Aktionsformen. Auch Aktionen zivilen Ungehorsams, Aktionen in der Tradition des gewaltfreien Widerstands, Regelverletzungen, Blockaden, Besetzungen stehen unter dem Schutz des Grundrechts. Die Wahrnehmung dieses Grundrechts hat sich im Verlauf der Jahrzehnte grundlegend verändert. Erst Ende der 1960er und in den 1970er Jahren entstand allmählich eine selbstbewusste Form der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts. Und ohne die manchmal aufmüpfig-selbstbewusste Inanspruchnahme des Grundrechts wäre es 1985 wohl kaum zu dem grundlegenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) gekommen, mit dem dieses das Grundrecht gegen politisch-polizeiliche Übergriffe zu schützen versuchte. Seitdem sollte jede Ordnungsbehörde wissen, dass dieses Grundrecht nicht einfach gegen andere Rechte, Bedürfnisse und Wünsche aufgerechnet werden kann. Für Auflagen oder gar Verbote gelten hohe Hürden. Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit müssen konkret und präzise nachgewiesen werden, um Verbote auszusprechen. Allgemeine Störungen im alltäglichen Ablauf müssen hingenommen werden. Tatsächlich aber sind die Auseinandersetzungen um die Wahrung des Grundrechts und die ordnungspolitischen Versuche, das Versammlungsrecht auszuhebeln, Alltag in der Bundesrepublik Deutschland geblieben.

Die repolitisierte Zivilgesellschaft

Im Mai 2012 in Frankfurt hat sich auch gezeigt, dass die Versammlungsverbote nicht alle abgeschreckt haben. Viele Bürger und Bürgerinnen waren trotz allem in der Stadt unterwegs und kamen sogar mit Bussen. Sie haben ihre Anliegen vorgebracht. Musik, Verkleidung, kleine Theaterstücke haben die Stadt belebt.

In den Bündnissen der letzten Jahre haben auch viele Organisationen gelernt, solidarisch zu handeln, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und mit den Differenzen produktiv umzugehen. Mit dem Protest gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm wie zuletzt mit „Blockupy“ (<http://blockupy-frankfurt.de/>) in Frankfurt sind die Erfahrungen mit der Kooperation in einem breiten Bündnis gewachsen. Man bezieht sich aufeinander und ist sich darin einig, dass Menschen durch den Protest nicht gefährdet werden dürfen. So schwer es manchmal ist, die Haltungen und Ansatzpunkte der „anderen“ zu verstehen, man lässt sich nicht auseinanderdividieren. Gelingt dies, wird umso deutlicher, wie gewalttätig der Staat ist. Gewalt in den Mitteln von Schlagstock bis Pfefferspray, Gewalt aber erst recht in der Form von Verboten.

Die größer werdende Verletzung sozialer Rechte, die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich macht es umso notwendiger, Bündnispartner zu suchen und sich allen Versuchen der Herrschenden, die Zusammenschlüsse auseinanderzuidividieren, zu widersetzen. Denn der Staat wird gegen Proteste immer wieder machtvoll vorgehen.

Robert Katzenstein online

Am 19. Februar 2013 wäre Robert Katzenstein (1928 – 2006) fünfundachtzig Jahre alt geworden. Seine Lebensleistung bestand in der Analyse der politischen Ökonomie des konstanten fixen Kapitals, angeleitet von gründlicher Kenntnis des Marxschen „Kapital“ und der Weiterentwicklung der dort angewandten Methode unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts.

In den sechziger Jahren legte er empirische Untersuchungen zur Investitionstätigkeit und der dadurch sich verändernden organischen und technischen Zusammensetzung des Kapitals, insbesondere in Deutschland, vor. Den theoretischen Ertrag dieser Studien bilden seine beiden Bücher:

Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zu einigen Fragen der Reproduktion des fixen Kapitals, der zyklischen Bewegung der Gesamtproduktion und des technischen Fortschritts in Westdeutschland nach dem Kriege. Westberlin 1967. (Erstveröffentlichung: Akademie Verlag Berlin – DDR 1967)

und:

Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung. Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Berlin 1974. (Erstveröffentlichung: Akademie-Verlag Berlin – DDR 1970)

In den siebziger Jahren war er einer der Debattanten in der Auseinandersetzung um die Tragfähigkeit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Hinzu kamen – bis 1998 – zahlreiche tagespolitische Beiträge unter Anwendung seines ökonomietheoretischen Ansatzes.

Die Schriften Robert Katzensteins – in Buchform vergriffen, als Artikel verstreut und schwer auffindbar – sind nunmehr wieder zugänglich unter der Internet-Adresse <http://www.robert-katzenstein.de/>. Bei ihrer Sammlung haben wir uns um Vollständigkeit bemüht. Sollten weitere Texte gefunden werden, die uns noch unbekannt sind, wären wir für Mitteilung an die auf der website angegebene Adresse dankbar.

Georg Fülberth, Christa Revermann, Alfred Skambraks, Urte Sperling

Jörg Wollenberg

Basisdemokratie und Arbeiterbewegung

Aus Anlass der Festschrift für Günter Benser (Teil II)*

Historische Vorläufer

„Noch ist Deutschland nicht verloren/ Ob auch Willkür drückt/. Und die Freiheit, kaum geboren,/ Man im Keim erstickt“. So wandelte Rudolf Lohbauer die polnische Hymne um, um die politischen Verhältnisse im Gefolge der Julirevolution von 1830 zu beschreiben. Lohbauer gehörte zu den demokratisch-revolutionären Dichtern Deutschlands, zu den nichtproletarischen Kräften. Ihnen widmete das Autorenkollektiv um den Jenaer Historiker Dieter Fricke ein solides Handbuch für die Zeit von 1830 bis 1945, ergänzt um ein mehrbändiges Lexikon zur Parteiengeschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände. Hierauf könnte man zurückgreifen, um die aktuelle Diskussion um Bürgerproteste und direkte und kämpferische Demokratie mit weiteren Bänden zur historischen Dimension basisdemokratischer Prozesse fortzusetzen. Dabei sollten auch die Anhänger der Graswurzelrevolution ebenso wenig vergessen werden wie die Arbeiten zur Geschichte von unten, mit den Geschichtswerkstätten und ihrer Behandlung von sozialen Bewegungen, zu Alltag und Politik in der Neuzeit. Auch hier übernahm einst das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie für Wissenschaften der DDR eine Vorreiterrolle. Denn der Gründungsdirektor des Instituts, Jürgen Kuczynski, publizierte seit den 1940er Jahren im englischen Exil nicht nur eine „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus von 1789 bis zur Gegenwart, die er 1972 mit dem 38. Band in seinem inzwischen abgewickelten Berliner Institut abschloss. Dieses Opus magnum wurde in den 1980er Jahren in direkter Anlehnung an die Befunde zur Lage der Arbeiter um eine sechsbändige Ausgabe zur Alltagsgeschichte des deutschen Volkes von 1600 bis 1945 ergänzt, um die Aufmerksamkeit nicht nur der Historiker auf die elementaren materiellen Bedürfnisse und Gegebenheiten des alltäglichen Volkes zu lenken. Denn „Kohle war nicht alles“. So betitelt eine Gruppe der von der Zunft als „Barfußhistoriker“ diffamierten Bürger und Kulturarbeiter ihr „Hochlarmarker Lesebuch“ von 1981, um mit den Bergarbeitern und ihren Frauen aus Recklinghausen ihre Geschichte aufzuschreiben. „Grabe, wo Du stehst“ und lasse dich nicht unhinterfragt von oben berieseln. „So wie die Verhältnisse jetzt sind, dürfen und können sie nicht bleiben. Wohlan denn, legt Hand ans Werk, auf das es wachse und gedeihe“, forderten die Zigarrenmacher von Mannheim und Heidelberg schon 1848. Und es ist kein Zufall, dass seit der „Jakobinerfrage“ bürgerliche

* Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrg.), Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 288 S., 19,90 Euro. Teil I dieses Beitrags erschien in Z 92, Dezember 2012, S. 145-151.

Revolutionen und Volksbewegungen eine zunehmende Aktualität gewannen. Der Aufstand der Bürger verpflichtete deshalb die Vordenker der linken Bewegung von Marx und Engels bis zu Luxemburg, den Begriff und die Ereignisse der bürgerlichen Revolutionen ernst zunehmen. Auch die Anarchisten von Kropotkin bis zu Bakunin oder die Vertreter von „Glasnost“ thematisieren das ambivalente Verhältnis zur bürgerlichen Revolution. Der alte Mann aus den Reihen der oppositionellen Kommunisten, Theodor Bergmann, sah sich deshalb im Sammelband für Günter Benser gezwungen, noch einmal grundsätzlich über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie zum Stalinismus und Faschismus nachzudenken. Dabei wählte er das Postulat von Ernst Bloch zum Aufhänger seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Defiziten des Demokratieverständnisses in der DDR: „Keine Demokratie ohne Sozialismus, aber auch kein Sozialismus ohne Demokratie“. Eine Forderung als Ausgangspunkt, die den großen Trümmerhaufen des DDR-Sozialismus und des Stalinismus als Aussichtsturm nutzen könnte, um daraus Lehren zu ziehen für die noch einzulösenden Voraussetzungen zur Realisierung einer sozialistischen Demokratie, die bürgerliche Freiheiten und den Schutz von Minderheiten garantiert. Es muss überraschen, dass Theodor Bergmann dabei die Linkssozialisten und Austromarxisten unerwähnt lässt, die sich mit seiner Gruppe der oppositionellen Kommunisten (KPO) von der Grundüberzeugung leiten ließen: Eine parlamentarische Demokratie bleibt so lange bedroht, wie die Demokratisierung der Gesellschaft nicht realisiert worden ist. Unter Demokratisierung der Gesellschaft verstanden sie mit Otto Bauer und Max Adler bis zu Wolfgang Abendroth, Anna Siemsen und Walter Fabian stets die Transformation der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in eine sich selbstbestimmende sozialistische Gesellschaft.

Brüche, Anknüpfungen und Lehren nach 1945

1933 ging die Erinnerung an diese linksrepublikanische Utopie verloren. Grund genug, um noch einmal an diese verschütteten Traditionen aus Weimar zu erinnern, die das in der Paulskirche von 1848 begonnene Werk wiederaufnahmen und vollenden wollten und die nach 1945 vergeblich für eine basisorientierte Erneuerung der einheitlichen Arbeiterbewegung plädierten. „1848 aber, 1918 gleichfalls neu beschworen“, konstatiert Wolfgang Schivelbusch in seiner „Kultur der Niederlage“, „wurde nicht, wie von den Vätern der Republik erhofft, die in Sieg verwandelte, sondern die erneuerte und damit eigentlich verdoppelte Niederlage. Erst nach dem nochmaligen Zusammenbruch 1945 und dem spurlosen Verschwinden jeglichen nationalen Anspruchs erwies sich das Modell von 1848 als geeignet, wenngleich nach wie vor jeden Charismas entbehrende Geschäftsordnung des Unternehmens Bundesrepublik“ (2001, S. 293f). Und vergessen wir nicht mit Günter Benser hinzuzufügen: Auch die späteren Gründer der DDR erklärten in dem Berliner KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 programmatisch, „die bürgerlich-demokratische Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“. Dieses Bekenntnis zur parlamentarischen Republik schloss ausdrücklich die Ablehnung des

Sowjetsystems als Modell ein. Sie verbanden dieses Ziel mit einer deutlichen Selbstkritik: „Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen“. Deshalb darf es keine Wiederholung der Fehler von 1918 geben. Der Wunsch nach einem umfassenden Bündnis für den Neuanfang war nach den großen Geschichtsbrüchen von 1917/18 und von 1945 nicht nur in dem gespaltenen sozialistischen Lager groß. Eine der Lehren aus der Selbstpreisgabe und Zerschlagung der Weimarer Republik bestand für viele darin, nach der Befreiung vom deutschen Faschismus nicht nur zu einer antifaschistischen Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufzurufen, sondern neben der SAP/KPO und dem ISK die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Gruppierungen und Kirchen wie auch bürgerliche Intellektuelle mit einzubeziehen. Dazu ein wenig bekanntes Beispiel: Der von den katholischen Sozialisten und Herausgebern der Frankfurter Hefte, Walter Dirks und Eugen Kogon, am 29. Mai 1945 ausgerufenen Schulterchluss zwischen Katholiken und Protestanten mit den Linksparteien im Rahmen eines Zwölf-Punkte-Programms der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“ sollte in Frankfurt/Main an den sich wieder herausbildenden alten Konfessionsgleisen und überkommenen Parteistrukturen schnell scheitern.¹ Für viele der Buchenwaldhäftlinge war das die Enttäuschung der Jahre 1946/47. So schrieb Paul Jagenburg (KPD) am 17. März 1946 aus Bielefeld an den Magdeburger Sozialdemokraten Ernst Thape, Mitverfasser des „Buchenwalder Manifestes für Frieden, Freiheit und Sozialismus“ vom April 1945 und Mitgründer der SED, der später in das Büro Schumacher wechseln sollte und in Hannover das Ostbüro der SPD mitgründen half: „Gegen die dort durchgeführte Einheitspartei habe ich mancherlei Bedenken. Nicht dass ich gegen die Einheit der Arbeiter und aller sozialistisch eingestellten Menschen in Deutschland wäre. Aber mir scheint eine Aktionseinheit aus verschiedenen Gründen richtiger. Außenpolitisch bedeutet die dortige Einheitspartei ein Festlegen auf eine äußere Macht. Darin liegt die Gefahr, dass wir in unserem gegenwärtigen Zustand völliger Ohnmacht den außenpolitischen Interessen dieser einen Macht völlig ausgeliefert sind ... Innenpolitisch, oder richtiger ausgedrückt, parteilich gesehen, sehe ich zweierlei Nachteile. Einmal die Möglichkeit, dass sich eine neue Sozialdemokratische Partei auftun wird aus den Angehörigen der jetzigen SPD, welche mit der befohlenen Einigung nicht einverstanden sind (unser alter Lager-Kamerad Hermann Brill hat den SED-Ausschuss verlassen!); und zweitens, dass ein großer Teil der Volksgenossen, welche sich der SPD angeschlossen haben würden, die bürgerlichen Parteien verstärken werden. Im großen und allgemeinen gesehen, besteht nunmehr die Gefahr, dass der deutsche Raum an der Elbe in zwei Teile geteilt wird, für uns kann es aber nur eine Aufgabe geben, die Einheit des deutschen Raumes zu wahren.“ (Privatarchiv Wollenberg) Das Scheitern des linksrepublikanischen Gründungsmythos

¹ Walter Dirks, Die Zweite Republik- Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie von Weimar und Bonn, in: Jörg Wollenberg (Hrg.), Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand, Köln 1991, S. 326f.

von 1945 in den vier Besatzungszonen war ein Thema, das die Vertreter aus den Reihen der SAP früh nach den Konferenzen von Jalta und Potsdam prognostizierten. Und dennoch waren sie es, die sich nicht nur im Exil, sondern auch in allen vier Besatzungszonen daran beteiligten, den „Bruderkampf“ zwischen Sozialisten und Kommunisten zu begraben und eine allumfassende Einheitspartei zu gründen, besonders intensiv in den alten SAP-Hochburgen in Mitteldeutschland. Ihre Sorge, dass sich die gleichen Fehler, Versäumnisse und Schwächen wiederholen könnten, hat sie immer wieder veranlasst, Fehler in den eigenen Reihen zu kritisieren. In aller Schärfe gingen sie mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ins Gericht, als diese sich auf die Tolerierungs- und Aufrüstungspolitik in Weimar eingelassen hatten; sie brandmarkten ihre Unfähigkeit, die Gefahr des Hitler-Faschismus zu erkennen. Obwohl auf kritische Solidarität eingeschworen, ließen sie sich nichts abkaufen, wenn es um die Prinzipien von Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ging. Auch nach 1945 zählten für sie nicht politische Richtungen, Parteien oder die Geographie, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte ging – ob in der BRD oder in der DDR und der UdSSR, in der Türkei oder in Afghanistan, in Nicaragua oder in Südafrika, in Polen, der CSSR oder in den USA, Lateinamerika und in Vietnam. Das erklärt zugleich ihr entschiedenes Engagement für Frieden und Verständigung auf nationaler und internationaler Ebene. So beteiligten sich z.B. ihre Repräsentanten in Westdeutschland um Walter Fabian und Wolfgang Abendroth an den Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung und an der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ (1958) ebenso wie an den Kämpfen gegen die Notstandsgesetze (1968) und den sogenannten „Nachrüstungsbeschluss“ (1982), der die Stationierung atomarer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik vorsah. In seinem Engagement für Frieden und Menschenrechte wurde z.B. der nach 1945 parteilose Fabian 1971 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in der BRD und 1965 Mitbegründer und Vorsitzender der „Hilfsaktion Vietnam“, weil – wie es in einem Selbstzeugnis heißt – er es nicht ertragen konnte, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen über die „barbarische Kriegsführung der amerikanischen Generäle und die unsäglichen Leiden der vietnamesischen Frauen und Kinder“ hinweggingen. Fabian war auch bereit, wichtige Ehrenämter zu übernehmen, die seinem Anliegen entsprachen – sei es als Ehrenpräsident des PEN (ab 1984), als Bundesvorsitzender der Humanistischen Union (1969-1973), als Mitglied des Deutschen Presserates (1960-1976) oder als langjähriger Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union in der IG Druck und Papier (1958-1963), der er früh den Weg zur Mediengewerkschaft ebnete. Stets der Aufklärung verpflichtet, zählte der Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (1957-1970) zu den Förderern des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und eines verfassungskonformen Pressewesens.

Und dennoch behielt der unangepasste und ungebrochene Präsident des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller bis in die sechziger Jahre seinen Wohnsitz in der Schweiz. Im Oktober 1946 hatte er es abgelehnt, weder die Chefredaktion der Leipziger Volkszeitung noch die der Frankfurter Rund-

schau zu übernehmen. Denn auf den Bajonetten der Besatzungsmächte ließe sich für ihn keine Demokratie aufbauen. Seine erste Reise nach Deutschland fand erst im Oktober 1949 statt und selbstverständlich besuchte er immer wieder seine alten politischen Freunde in der DDR wie Jacob Walcher, Klaus Zweiling, August Siemen, Heinrich Deiters oder Ruth und Max Seydewitz.

Man muss sich diesen heute vergessenen „sozialistischen Sokratiker, Sokrates mit der Trikolore in der Hand“ (Walter Jens), auch mit einer roten Fahne vorstellen können. Denn die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1789 und 1848 und ihre Radikalisierung durch eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, das war und blieb stets sein politisches Ziel. Hier folgte er den Vorstellungen von Rosa Luxemburg. Und das war kein Zufall: Drei ältere und enge politische Freunde Walter Fabians, Paul Levi, der nach seinem Austritt aus der KPD den linken Flügel der SPD prägte, und Paul Frölich, der Mitbegründer der KPD, später der KPO und erster Herausgeber der Werke von Rosa Luxemburg, wie auch Kurt Rosenfeld, der mit Max Seydewitz 1931 jüngere Mitsreiter um die „Klassenkampf-Gruppe“ wie Otto Brenner und Willy Brandt zur SAPD führte, hatten eng mit Rosa Luxemburg zusammengearbeitet. So gesehen war Fabian ein „Luxemburgist“. Immer wieder hat er sich kritisch mit dem leninistischen Modell des Sozialismus auseinandergesetzt und den Stalinismus bekämpft. Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten – so seine Überzeugung – kann nur zu einer Entartungsform des Sozialismus führen. Dabei hat er sich auf Rosa Luxemburgs Schrift „Die Russische Revolution“ berufen. Es ist für seine politische Biographie zweifelsohne charakteristisch, dass er 1937 – nach seinem „Ausschluss“ aus der SAPD wegen Differenzen in der Volksfrontpolitik in Paris, des Streits um die Stalin-Prozesse sowie des Dissens in der Beurteilung der POUM in Spanien – die Leitung der Exil-Gruppe „Neuer Weg“ übernahm und Paul Frölich veranlasste, „Die Russische Revolution“ mit bis dahin unterdrückten Passagen als Programmschrift für diese neue Gruppe zu edieren. An dieser von Paul Levi erstmals im November 1921 posthum veröffentlichten Arbeit Rosa Luxemburgs schieden sich nach wie vor die Geister; denn Rosa Luxemburg hatte schon 1918 aus der Gefängniszelle heraus Entartungsformen eines von oben verordneten Sozialismus kritisiert und für eine autonome Gestaltung des Demokratisierungsprozesses von unten plädiert: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt“ (siehe dazu den Beitrag von Annelies Laschitzka).

Unermüdlich traten die in der Tradition von Rosa Luxemburg denkenden und handelnden Linksozialisten auch nach 1945 für diese Prinzipien ein und plädierten für die Errichtung eines vereinigten, demokratischen, sozialistischen Deutschland – als Kern der vereinigten sozialistischen Staaten von Europa, hierbei dem Konzept der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm von 1942-45 um Kreisky, Brandt, Myrdal und Szende folgend. „Auch ich träume manchmal davon“, versicherte mir Fabian noch am 15. Ok-

tober 1985, „dass es Deutschlands Bestimmung sein möge, den Abgrund zwischen Ost und West zu überbrücken, indem es die sozialistische Wirtschaftsbasis des Ostens mit der politischen Demokratie des Westens verbindet.“²

Kultur und Arbeiterbildung

Aber Fabian war nicht nur Journalist, Übersetzer und Literat, sondern auch Theater- und Musikkritiker, vor allem ein basisorientierter Bildungsarbeiter und Professor für Weiterbildung in Frankfurt, geprägt mit Rosa Luxemburg von den Anhängern der Rätebildung und am Lebensende ermutigt – wie Lisa und Wolfgang Abendroth – durch das Jahrhundertwerk zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Romanform: „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss. Weil dieser Aspekt der basisorientierten Arbeiterbildung in dem Band über Basisdemokratie und Arbeiterbewegung lediglich in Andeutungen vorkommt, folgen hier einige kurze Bemerkungen. Wir verweisen dabei zunächst auf den Roman von Peter Weiss, ergänzt um zwei Notizbücher mit Belegen teilweise unbekannter Fundstellen aus den Archiven. Hier wird die Unerbittlichkeit des Terrors der Herrschenden eindrucksvoll und bedrückend beschrieben, die als Hades-Wanderung, als Reise ins Inferno des faschistischen Deutschland im dritten Band des Romans ihren Höhepunkt erreicht. Aber schon der angestrengte Blick auf den Pergamonfries in Berlin erschließt am Anfang des ersten Bandes den davor stehenden Illegalen der „Roten Kapelle“ unter der Oberfläche des schönen Scheins der harmonischen Formen die Struktur der Geschichte als Klassenformation, als „Schlachtbank“ und Bild „ungeheuerster Opfer“. Die Erkenntnis, der Gewalt von oben die gemeinsame, vereinte Kraft der Unterdrückten entgegenzustellen und den Befreiungskampf zu wagen, wird symbolisiert in der Figur von Herakles, der nur durch ein Namenszeichen und die Tatze eines Löwenfells, das er als Umhang getragen hatte, auf dem Pergamonfries bezeugt ist. Noch im letzten Satz des Romans wird angesichts der gescheiterten Einheitsfront gegen die terroristische Gewalt des Faschismus diese Symbolfigur der vereinten Kraft der Unterdrückten angerufen: „und Heilmann würde Rimbaud zitieren, und Coppi das Manifest sprechen, und ein Platz im Gemenge würde frei sein, die Löwenpranke würde dort hängen, greifbar für jeden“³.

Arthur Rimbaud und Karl Marx stehen gleichzeitig nebeneinander. Sie werden zum Aufhänger des Nachdenkens über verschüttete Traditionen eines sozialistischen Bildungsbegriffs, der nicht abhebt auf eine bloße Anhäufung von Wissen, sondern Bildungsarbeit initiiert zur Aufarbeitung und Vergegenwärtigung der Vergangenheit – als notwendige Voraussetzung einer Politik der

² Gespräch mit Walter Fabian am 15. Oktober 1985 in Nürnberg. Siehe dazu Jörg Wollenberg, Walter Fabian-Brückenbauer der Linken, in: Arno Klönne u.a. (Hrg.), *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung*, Hamburg 2003, S. 126-154.

³ Siehe Jörg Wollenberg, *Pergamonaltar und Arbeiterbildung. „Linie Luxemburg-Gramsci“-Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler“* (Peter Weiss), *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 5/2005, S. 1-37.

„Befreiungsbewegungen in der verwandelten Welt“ (Ästhetik, Bd. 3, S. 262), für die die politischen Richtlinien, die 1917 und 1945 entwickelt wurden, zweifelhaft oder ungültig geworden sind. Dabei setzt Peter Weiss auf die Geschichte „aus der Perspektive derer, die sich ganz unten befinden u[nd] dort, Entbehrungen u[nd] Leiden auf sich nehmend, ihre Überzeugungen gewinnen“.⁴ Die Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung im Faschismus wird bei Weiss implizit mit zurückgeführt auf eine der Hauptlinien der marxistischen Arbeiterbildung von Wilhelm Liebknecht bis zu Edwin Hoernle – und damit auf das Scheitern der von oben verkündeten Verflechtung von Bildung und Macht als Strategie zur Erlangung politisch-kultureller Hegemonie. Weiss erkennt „im Scheitern der organisierten Arbeiterbewegung die Geschichte eines unausgeschöpften Bildungsvermögens der Unterworfenen. In den „Notizbüchern“ hält Weiss für den Schlussabschnitt des Romans fest: „Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeder Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen“ (1981, S. 686). Wenn man Peter Weiss richtig liest, ist diese „Linie Luxemburg – Gramsci“ zu verlängern um die Kritiker einer „atavistischen Bevormundung“ (Weiss) wie August Thalheimer, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Karl Korsch, Bertolt Brecht oder Paulo Freire, auf deren Arbeiten Weiss ebenfalls zurückgreift. Die eher verschütteten Traditionen dieser marxistischen Utopie verstehen Bildungsarbeit als Teil eines Befreiungsprozesses „sozialistisch denkender Menschen“ (Weiss). Sie gehen von einer historischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bildung aus, die Einblicke „in die soziale, ökonomische, kulturelle Gesamtheit“ (Weiss) gewährt. Und das nicht mit einem enzyklopädisch-positivistischen Ansatz, sondern als radikal-demokratischer Bildungsansatz, in dem sich der Bildungsbegriff mit einem auf Selbsttätigkeit beruhenden Aneignungs- und Befreiungskonzept verknüpft, der auf die Kraft der Selbstentfaltungspotentiale der Menschen setzt. Die radikale Infragestellung und Selbstüberprüfung der Arbeiterbewegung kann freilich in der Bildungsarbeit nur dann gelingen, wenn „die Verbindung mit denen (hergestellt wird), die vor uns am Werk gewesen waren. ... In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagt Katz. An nichts Kommendes können wir glauben, wenn wir Vergangenes nicht zu würdigen wissen“ (Ästhetik, Bd. 2, S. 237).

Die Aneignung und Überwindung kapitalistisch verfasster Gesellschaftsstrukturen ist also nur über die begreifende Wiederherstellung der Vergangenheit zu erreichen. Das Begreifen der geschichtlichen Vollzüge eröffnet erst die Voraussetzung dafür, dass wir die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart verstehen. Insider erkennen sofort, dass dieser Hinweis auf eine konsequente, auf selbständiges Denken, kritische Solidarität und politisches Handeln orientierte Bildungsarbeit direkt auf Rosa Luxemburg verweist. Die Aktualität dieser Perspektiven lässt sich dort eher vermitteln, wo die Bedingungen dieser Alternativen aufgegriffen und fortgesetzt werden konnten. Und das geschah weniger in der Bildungsarbeit der KPD oder SPD, eher in der Rätebildung, in

⁴ Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, 1. Bd., Frankfurt am Main 1981, S. 84.

Bereichen der Metallgewerkschaft oder in der MASCH. Auch in den Kreisen des Austromarxismus, der „Klassenkampfgruppe“ knüpfte man in der Arbeiterbildung Weimars an historische und aktuelle Modelle des Sozialismus an, die dort ebenso ernsthaft diskutiert wurden wie die Errungenschaften der sozialistischen Revolution in der UdSSR. Neben den der USPD nahestehenden „Revolutionären Obleuten“ der Berliner Metallarbeiter oder den mehrheitlich zunächst zur USPD oder KPD tendierenden Arbeiterräten in den Hochburgen der Arbeiterbewegung waren es die von Linksintellektuellen wie Anton Pannekoek, Otto Rühle, Karl Schröder oder Alexander Schwab um 1920 geprägten Organisationen, die anstelle zentralistischer Gewerkschaften auf das Rätemodell setzten und die spontane Bewegung lediglich organisieren, aber nicht „von oben“ führen wollten: die im Februar/März 1920 parallel gegründete anarchosyndikalistische Allgemeine Arbeiter-Union (AAUD) und die von der KPD abgesplitterten Linkskommunisten der KAPD. Die problembewusste Koordination der Basisorganisationen sollte vor allem durch eine Aufklärungsarbeit geleistet werden, die auf die „proletarische Selbstbewusstwerdung“ (Karl Schröder) der Arbeiterschaft setzte und in Zusammenarbeit mit den Linken aus der SPD-Bildungsarbeit vor 1914 um Kurt Rosenfeld, Hermann Duncker, Fritz Fricke und Otto Rühle diese Arbeit fortsetzte (siehe dazu den Beitrag von Ralf Hoffrogge). Anzumerken ist, das fast parallel zur Diskussion um die Wiederentdeckung der Räte in Westdeutschland in der DDR ein Autorenkollektiv unter Leitung von Helmut König und Robert Alt in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts intensive Forschungen zur Schulpolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung während der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland von 1918 bis 1923 vorlegte. Auf jeden Fall gehörten damals auf Grund fehlender Alternativen die Raubdrucke der Dissertation von Artur Meier über die proletarische Erwachsenenbildung von 1964 ebenso zum Bücherbesitz eines westdeutschen Gewerkschafters in der Bildungsarbeit wie die Nachdrucke der MASCH-Grundkurse von Hermann Duncker, Alfons Goldschmidt, K.A. Wittfogel. In Anlehnung an Rosa Luxemburg blieb auch unter erschwerten Bedingungen die fundamentale Selbstüberprüfung der Organisationen der Arbeiterbewegung der Ausgangspunkt der Bildungsarbeit. In der systematischen Unterbindung der Initiativen von unten, der unterdrückten Eigeninitiativen sahen sie einen zentralen Grund für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Hier gilt es heute mit neuen antikapitalistischen Strategien anzuknüpfen und in der Bildungsarbeit eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung wieder einzuüben. Nur so lässt sich eine sozialistische Demokratie von unten aufbauen. Hat jedoch ein solcher Ansatz angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man bereit, in den Führungsetagen über notwendige Strukturveränderungen nachzudenken und aus Niederlagen zu lernen, diese nicht in Siege umzumünzen?

60 Jahre nach Rosa Luxemburg, aber noch vor 1989/90 fasste Peter Weiss in den „Notizbüchern“ noch einmal seine Rück-Erinnerungen und Reflexionen

über die Opfer des Faschismus und Stalinismus, vor allem die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager im Gefolge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes zusammen: „Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden musste, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, dass alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen u[nd] verwildert war, als dass es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigne Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht. Wir mussten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. *Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen.* – doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte –“⁵

Sich wie der Arzt und Sexualpädagoge Max Hodann im Jahre 1945 von der KPD abzuwenden, muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert, bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, den Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“ – die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“, so August Thalheimer, muss aber erst verschwinden oder wenigstens auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, „und stattdessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewusste kollektive Handeln“ sich durchgesetzt haben. Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“, aber auch des „noch nicht Erreichthabens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen.“⁶

⁵ Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, 2. Bd., a.a.O., S. 723.

⁶ August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, Bremen 1971, S. 10 f.

Robert Swoboda

Bewegungsforschung in Mexiko – *cultural politics* der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO)

Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca konnte sich die PRI (Partei der institutionellen Revolution) 81 Jahre an der Regierung halten – das sind zehn Jahre mehr als auf Bundesebene. Die Amtszeit des letzten PRI Gouverneurs Ulises Ruiz war von heftigen Konflikten mit der Zivilgesellschaft gekennzeichnet. Im Juni 2012 gestand der neu gewählte Gouverneur Gabino Cué die Verantwortung des Staates für Menschenrechtsverletzungen ein, die zwischen 2006 und 2007 während repressiver Reaktionen der Regierung seines Vorgängers auf monatelange Massenproteste begangen wurden. Die Erklärung Cués soll ein Zeichen des Entgegenkommens sein und zur politischen Entspannung und Versöhnung beitragen. Die Opfer der Staatsgewalt, so Cué, würden rehabilitiert und entschädigt, außerdem solle juristische Aufklärung für Gerechtigkeit sorgen. Die Ergebnisse der Ermittlungen durch eine vor mehr als einem Jahr eingesetzte Sonderstaatsanwaltschaft sind indes noch abzuwarten.

Jahrzehntlang wurde in Mexiko jegliche außerparlamentarische Opposition kaum wahrgenommen, weder von der Gesellschaft noch von der Regierung. Der symbolische Gründungsmythos der Revolution und die Verfassung von 1917 waren zugleich Freifahrtschein und Legitimationsbasis für den Zentralismus der Staatspartei PRI (vgl. Schütze 2009: 37f.). Zudem gaben politische Stabilisierungsprozesse und der wirtschaftliche Aufschwung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der PRI einen weit reichenden Rückhalt in der mexikanischen Bevölkerung. So konnte die PRI einen Staat aufbauen, der seit den 1940er Jahren die mexikanische Gesellschaft funktional über Organisationen in die Partei einband. Erst mit dem Ende der 1960er Jahre begann die Kritik an der zentralistischen Organisation von Politik und Gesellschaft zuzunehmen. Am lautesten forderte zunächst die mexikanische Studentenbewegung Möglichkeiten zur politischen Partizipation außerhalb parteigelenkter Organisationen. Die Regierung reagierte 1968 mit einem Massaker an den Studenten während einer Großkundgebung in Mexiko-Stadt. In den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich unterschiedliche soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und bewaffnete politische Gruppen: die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die Frauen- und Stadtteilbewegungen, auf dem Land indigene und Bauernbewegungen sowie bewaffnete Guerillagruppen (vgl. ebd: 43). Auch die Ursprünge neuer sozialer Bewegungen in Oaxaca lassen sich bis in die 1960er Jahre zurückverfolgen.

Das Prädikat „neu“ wird im Allgemeinen dazu benutzt, um vergleichbare Differenzen zwischen historischen Formen des Klassenkonflikts und gegenwärtigen Formen kollektiven Handelns zu bestimmen. Es wird dabei keinesfalls gelehnet, dass es Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen gibt (vgl. Melucci 1999: 119). An diese Unterscheidung

knüpft sich eine Theorie neuer sozialer Bewegungen, welche aus der Analyse westlicher Gesellschaften entstand. Sie formuliert Annahmen über die Entstehungsgründe neuer sozialer Bewegungen sowie über die Ausrichtung ihrer Forderungen (vgl. Kern 2008).

Wahrnehmungen und Interpretationen von sozialen Bewegungen variieren in ihrem historisch-geografischen und damit auch kulturellen Kontext. Es lässt sich idealtypisch zwischen einem europäischen und einem nordamerikanischen Strang der Bewegungsforschung unterscheiden (vgl. Kern 2008: 95). In den letzten 20 Jahren leistete auch die lateinamerikanische Forschung wichtige Beiträge, durch kritische Rezeption vorhandener Theorien, eigene Erfahrungen mit sozialen Bewegungen sowie durch die Einführung und Etablierung einer neuen Analysedimension, der *cultural politics*. Diese haben Alvarez, Dagnino und Escobar in ihrem Werk „Culture of Politics – Politics of Culture“ erarbeitet (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998). Deshalb muss die Gesamtheit theoretischer Ansätze der Bewegungsforschung mittlerweile im konstitutiven Zusammenspiel internationaler Diskussionen gesehen werden (vgl. Klein/Legrand/Leif 1999: 7). Der Soziologe Kai Uwe Hellmann benutzt den Paradigmenbegriff für die Bezeichnung der unterschiedlichen theoretischen Herangehensweisen in der Bewegungsforschung, um die spezifische Weltsicht zu verdeutlichen mit der Sozialforscher ihren Gegenstand beschreiben (vgl. Hellmann 1999: 91). Das bringt einen wichtigen Aspekt der Bewegungsforschung zum Ausdruck, er präsentiert die „multiplen Sichtweisen“ (Schön 2008: 36) nicht als Ergebnis eines deterministischen Erkenntnisprozesses, sondern verweist auf die internationale Vielfalt von sozialen Bewegungen sowie auf deren kulturabhängige wissenschaftliche Rezeption.

Im folgenden Beitrag wird die Analysedimension der *cultural politics* auf die soziale Bewegung der APPO (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca) angewendet. Sie ergänzt die gängigen Paradigmen der Bewegungsforschung, indem sie das Verständnis von sozialen Bewegungen um die Perspektive der politisch-kulturellen Einflussnahme auf hegemoniale Strukturen bereichert. Die Untersuchung von *cultural politics* der APPO dient hier vor allem der Einzelfallanalyse und nicht des Theorietests; dennoch ist die Bedeutung und das Potential dieser Analysedimension für die Bewegungsforschung beträchtlich. Gerade für die Forschung zu sozialen Bewegungen in Lateinamerika ist sie deshalb besonders geeignet, weil sie die dortigen genuin sozioökonomischen und politischen Gegebenheiten stärker berücksichtigt als die etablierten eurozentristischen und nordamerikanischen Theorieansätze.

Kontextbedingungen sozialer Bewegungen in Oaxaca und der Konflikt von 2006

In Oaxaca sind Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Regierung keine Seltenheit. Die Bürger erreichten durch Mobilisierungen die Absetzung von drei Gouverneuren in den Jahren 1947, 1952 und 1976 (vgl. Zires 2009: 167). In den 1960er Jahren konnten indigene Bauernbewegungen, Arbei-

terbewegungen und Gewerkschaften sowie Studentenbewegungen an Mitgliederstärke und Einfluss hinzugewinnen. In ihnen haben viele der gegenwärtigen Bewegungen ihre ideellen Wurzeln (vgl. Educa 2009: 9). Die sozialen Konflikte nahmen in der Folgezeit zu und auch die autoritäre und antidemokratische Haltung des PRI-Regimes verschärfte sich. Die politischen Rahmenbedingungen eröffneten erst in den 1990er Jahren neuen Handlungsspielraum für die sozialen Bewegungen Oaxacas. Zwei wichtige Ereignisse des Jahres 1994 nahmen darauf Einfluss: Erstens war der erfolgreiche Aufstand der zapatistischen Guerilla (EZLN) – einer indigenen Bauernbewegung mit Autonomiebestrebungen in dem angrenzenden Bundesstaat Chiapas – ein motivierender Faktor für die Indigenen Oaxacas und gleichzeitig alarmierend für die Regierung. Zweitens aktivierten die Präsidentschaftswahlen landesweit Bürger dazu, bei Großdemonstrationen faire und transparente Wahlen zu fordern (vgl. Educa 2010: 13).

Die Völker Oaxacas erwarfen wichtige Reformen, so zunächst in Form eines Gesetzes zum Schutz der Rechte indigener Völker und Gemeinden. 1995 wurde ihnen per Gesetz eingeräumt, abseits der Parteienlandschaft nach „Gebräuchen und Gewohnheiten“ (*usos y costumbres*) eigene Vertreter auf Gemeindeebene zu wählen. Drei Jahre später erfolgte eine Verfassungsreform, die den indigenen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung, eigene Formen sozialer und politischer Organisation sowie Jurisdiktion zugestand. Oberflächlich betrachtet bescheinigen die Neuregelungen der Verfassung Oaxacas dem politischen System Pluralismus und eine „harmonische Koexistenz der verschiedenen Völker und Kulturen“ (Esteva 2008: 67). Einige Beobachter beschrieben die neuen Gesetze zu indigenen Rechten als die weitreichendsten auf dem amerikanischen Kontinent. Dennoch ließ die Verfassungsreform andere wichtige Punkte unberücksichtigt. Die drei Gewalten des Bundesstaates wurden seit 1929 von einer politischen Partei kontrolliert. Außerdem schreibt die Verfassung die Konzentration der Macht auf den Gouverneur fest, durch weit reichende Kompetenzen bei der Gesetzgebung und in der Judikative. Es entwickelte sich in Oaxaca daraus ein autoritäres Regime, das Wahlgänge als kontrollierte Mechanismen zur Legitimation erscheinen ließ und Gewaltenteilung nicht kannte.

Mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 – die der PAN-Kandidat Vicente Fox gewann und damit die über sieben Dekaden dauernde Herrschaftsperiode der PRI beendete – wandelte sich auch die „politische Landschaft Oaxacas“ (Gibson 2010: 100), allerdings in umgekehrter Richtung. Der erhöhte Transformationsdruck auf nationaler Ebene hatte zur Folge, dass er auf subnationaler Ebene abnahm. In diesem Zusammenhang ist gegenwärtig zu beobachten welche politischen Rahmenbedingungen seit der Wiederwahl der PRI im Juli 2012 mit dem neuen Präsidenten Peña Nieto geschaffen werden. Mit dem Regierungswechsel 2000, der Vicente Fox das Präsidentenamt verschaffte, lockerte sich die präsidentielle Kontrolle über die Gouverneure und erlaubte es ihnen, ohne Einschränkungen und politisches Gegengewicht zu regieren. So konnten José Murat von 1998 bis 2004 und Ulises Ruiz Ortiz von 2006 bis 2010 als Gouverneure in Oaxaca das durchsetzen, was der mexikanische Sozialwissenschaftler Martínez den „autoritären Gouverneuralismus“ (Martínez

Vásquez 2007: 19) nennt. Unter Murat und Ruiz nahmen die Korruption und der Klientelismus beständig zu, während die Opposition mit Bestechungsgeldern weitgehend ruhig gestellt werden konnte. Wer sich nicht unterwerfen ließ, wurde mit Repression und „harter Hand“ (Juan Martínez 2010: 28) der Regierung konfrontiert. Laut dem mexikanischen Index für Korruption und verantwortungsvolle Regierungsführung (INCBG) lag Oaxaca im Jahr 2010 auf Platz 29 von 32 möglichen Platzierungen.

Im selben Jahr vollzog sich durch die lokalen Wahlen im Juli ein Regierungswechsel, der nach 81 Jahren die PRI absetzte und dem Kandidaten des Oppositionsbündnisses, bestehend aus „Convergencia“ und drei weiteren Parteien, Gabino Cué Monteagudo den Gouverneursposten verschaffte. Diesem keineswegs zufälligen, aber unerwarteten Wahlsieg der Opposition gingen 2006 Proteste in ganz Oaxaca voraus. Sie waren keine plötzlichen Manifestationen öffentlichen Unmutes, sondern Folgen von Bedingungen, die das Jahrzehnte alte PRI-Regime schuf. Der Konflikt zwischen sozialen Bewegungen und der Regierung im Jahr 2006 war eine Konsequenz einer lang andauernden politischen Krise des Bundesstaates. Während mehrerer Monate des Jahres 2006 fanden im Bundesstaat Oaxaca Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und zivilgesellschaftlichen Gruppen statt, die nachhaltig Politik und Gesellschaft verändern sollten.

Die lange Reaktionskette zwischen den Akteuren über den gesamten Zeitraum hinweg kann hier nicht vollständig beschrieben werden. Die Schilderung der wichtigsten Wendepunkte des Konflikts genügt, um die Zusammenhänge zu veranschaulichen. Die Auseinandersetzungen begannen mit den alljährlichen Forderungen und anschließenden Demonstrationen einer Lehrgewerkschaft. Die Lehrer der Sektion 22 der nationalen Lehrgewerkschaft (SNTE) übergaben am 1. Mai der Regierung ein Papier mit Forderungen rund um das Bildungssystem. Um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen, kampierten die Lehrer im Zentrum der Hauptstadt Oaxaca de Juárez für mehrere Wochen und legten ihre Arbeit ab dem 22. Mai nieder. Begleitet wurden die Forderungen von Demonstrationen, welche die Lehrgewerkschaft mit zwei weiteren Organisationen realisierte und die bis zu 60.000 Menschen auf die Straßen brachten. Am 2. Juni forderten 350 Kommunalpolitiker von der Sektion 22, in die Klassenräume zurückzukehren und den Streik zu beenden. Davon wollte die Lehrerschaft jedoch zunächst nichts wissen. Ab diesem Punkt begannen die Spannungen zuzunehmen. Am 14. Juni begann die Verdrängung der streikenden Lehrer aus der Innenstadt und aus deren Gewerkschaftsgebäude durch mindestens 2.000 Polizisten unterschiedlicher Einheiten des Bundesstaates. Die Vertreibung wurde mit Schlagstöcken, Tränengas und Hunden durchgeführt, wobei über 100 Personen verletzt wurden. Die Reaktion war eine breite Solidarisierungswelle mit den Lehrern, welche sich am Folgetag mit Unterstützung von Sympathisanten und ebenfalls unter Einsatz von Gewalt auf den Zócalo (zentraler Platz in der Innenstadt) zurückkämpften. Bereits für den 17. Juni wurde eine Versammlung einberufen, an der mehr als 250 Organisationen und soziale Bewegungen teilnahmen. Gegründet wurde dabei die APPO, welche ein Sammelbecken für linke Grup-

pen, Menschenrechtsorganisationen, indigene Organisationen, Studentengruppen, Jugendgruppen, Frauenorganisationen u.a. wurde (vgl. Martínez Vázquez 2007: 66ff.). Die APPO entwickelte sich zu einer starken Bewegung mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung. Das wichtigste verbindende Element wurde dabei die Forderung nach der Absetzung des Gouverneurs Ulises Ruiz.

Teile der APPO blockierten in den folgenden Tagen unzählige Straßen in der Innenstadt und den Randgebieten und besetzten öffentliche Gebäude, darunter die Hauptsitze der drei Staatsgewalten des Bundesstaates. Die in der Stadt errichteten Straßenbarrikaden blieben Tag und Nacht besetzt und wurden für die Beteiligten ein Ort des politischen Austausches. Zu den spontanen Aktionen gehörte u.a. die Besetzung der Fernsehstation Kanal 9 durch einen in der APPO organisierten Frauenverband; die Aktivistinnen begannen, politische Sendungen zu produzieren und auszustrahlen. Ebenso wurden Radiostationen zur Kommunikation genutzt und einige besetzt. Außerdem drohte die Bewegung damit, in Oaxaca die Wahlen des 2. Juli (Präsidentschafts- und Senatswahlwahl) zu boykottieren.

Zu dieser Zeit blieben der Regierung nur gezielte Aktionen auf einzelne Demonstranten und Medienstationen durch die Polizei und paramilitärische Gruppen und der Versuch, die Bewegung zu spalten. Die Konfliktbeziehung der beiden Akteure von Regierung und APPO schwankte in der Folgezeit zwischen Verhandlungen, gegenseitiger Gesprächsablehnung und offenen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Der APPO gelang es für mehrere Monate, die Hauptstadt Oaxacas für die PRI-Regierung unregierbar zu machen. Allerdings nahm die Bewegung auf die politischen Verhältnisse solange nur oberflächlichen Einfluss, wie ihrer Forderung nach der Absetzung des Gouverneurs nicht nachgegeben wurde. Nach fünf Monaten, Ende Oktober 2006, wurde der Widerstand durch den Einsatz von Bundespolizei gebrochen und die alten Machtverhältnisse zwischen Regierung und Zivilbevölkerung wieder hergestellt.

Die Demonstranten wurden zu hunderten inhaftiert. Während der folgenden Tage setzte eine starke Repressionswelle ein. Laut Amnesty International wurden während der gesamten Unruhen mindestens 18 Menschen getötet. Dazu kamen weitere Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Festnahmen, Isolationshaft, Misshandlungen, Folter, Drohungen, Drangsalierungen von Menschenrechtsverteidigern sowie von Journalisten und die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit bzw. des Rechts auf ein faires Verfahren (vgl. Bericht von Amnesty International). Die APPO organisierte zwar auch im Dezember weiterhin Demonstrationen und blieb damit eine politische Kraft, allerdings verlor sie an Stärke und jegliche Möglichkeit, auf die Transformation der Regierung Oaxacas Einfluss zu nehmen.

Zwar gelang es der APPO trotz der Repression, über den Zeitraum des Ausnahmezustands hinaus, verschiedene Bewegungen zu vereinen, doch gab es untereinander zunehmend Auseinandersetzungen zwischen der Lehrgewerkschaft und anderen Teilen der APPO wegen unterschiedlicher Interessen. Obwohl die Bewegung den Kampf um einen Regierungswechsel 2006 verlor,

· behielten ihre Forderungen weiterhin Aktualität und Rückhalt in der Bevölkerung. Die APPO war wie eine „Antwort auf den Autoritarismus“ (Gómez 2009: 59) Oaxacas.

Cultural politics am Beispiel der APPO

Die lateinamerikanischen Bewegungsforscher Alvarez, Dagnino und Escobar erweiterten in den 1990er Jahren die wissenschaftlichen Perspektiven auf soziale Bewegungen durch einen Ansatz den sie *cultural politics* nennen. Sie machten zunächst darauf aufmerksam, dass soziale Kämpfe auch immer Kämpfe um Hegemonie und Definitionsmacht sind (vgl. Kaltmeier/Kastner/Tuider 2004: 19). In Lateinamerika entzündeten sich soziale Kämpfe nicht nur an Fragen sozialer Verteilungs(un)gerechtigkeit, sondern auch an alternativen Entwürfen von Demokratie und Politik: „Grundsätzlich diskutiert wird, was unter Demokratie zu verstehen ist: Es geht um die genaue Bestimmung von Begriffen wie „politische Arena“ und den am politischen Prozess Beteiligten, ihren Institutionen, Verfahren, Themen und ihrer Reichweite.“ (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998: 1)

Soziale Bewegungen, so eine weitere Prämisse, nehmen im sozialen Kampf eine zentrale Rolle ein. Alle Gesellschaften Lateinamerikas sind mit Debatten über die Inhalte von Demokratie konfrontiert. In ihren Ländern wurden zwar Demokratien implementiert, doch oft nur als Kombinationen „aus formal freien Wahlen, aber weitgehend ohne konstitutionelle Gewaltenteilung und garantierte zivile wie politische Freiheitsrechte“ (Roth 1999: 48). Soziale Bewegungen schaffen es manchmal, ihre Themen in Politik zu übersetzen und so die institutionellen Grenzen auszudehnen. Entscheidend dabei ist, dass sie auch darum kämpfen, gängigen Begriffen wie Bürgerrecht und -pflicht, politische Repräsentation und Beteiligung neuen Sinn zu geben. In der Konsequenz verändern sie die Bedeutung politischer Begriffe, indem sie sie mit neuen Inhalten füllen. Beides, die Übersetzung der Programme einer Bewegung in Politik, sowie die Neudefinierung von politischen Begriffen bringt die Anwendung von *cultural politics* mit sich (Vgl. Alvarez u.a. 1998: 2).

Die sozialen Bewegungen Lateinamerikas betreiben *cultural politics*, wenn sie „alternative Konzepte von Frau-Sein, Natur, *race*, Wirtschaft, Demokratie oder citizenship einsetzen, die die dominanten kulturellen Bedeutungen erschüttern“ (Alvarez u.a. 2004: 36). Die Perspektive auf die *cultural politics* sozialer Bewegungen zu verlagern, hilft den Blick auf die politisch-kulturellen Interessen und Forderungen sozialer Bewegungen zu schärfen. Das besondere Interesse der Autoren gilt der Frage, wie soziale Bewegungen durch *cultural politics* auf die dominante politische Kultur Einfluss nehmen. Die politische Kultur definieren sie als die soziale Konstruktion dessen, was in einer Gesellschaft als politisch gilt. Sie knüpfen damit an die von Almond und Verba entwickelte Theorie an, in der die politische Kultur, das in der Wahrnehmung der Gesellschaft verinnerlichte politische System darstellt (vgl. Almond/Verba 1963: 14). Indem soziale Bewegungen die Grenzen kultureller und politischer

Partizipation und sozialer Praktiken erschüttern, stellen sie die dominante politische Kultur in Frage, in der sie sich bewegen und sich als soziale Akteure mit Ansprüchen bestimmen (vgl. Alvarez u.a. 2004: 37).

Der Ort des „Ringens um Deutungen und Wahrheiten und um die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Organisationsformen der Gesellschaft“ (Sekler 2009: 178) ist nach Antonio Gramsci die Zivilgesellschaft. Sie kann als ein „vermachteter und umkämpfter öffentlicher Raum betrachtet werden, in dem die politischen und ideologischen Dimensionen der Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden.“ (Kastner 2004: 266) Alvarez, Dagnino und Escobar knüpfen an Gramscis Konzept von Zivilgesellschaft an, welches in ihr die Sphäre im Kampf um kulturelle und politische Hegemonie sieht. Sie verweisen auf die „Tatsache, dass der Staat selbst Beziehungen *innerhalb* der Zivilgesellschaft strukturiert“ (Alvarez u.a. 2004: 46) (z. B. durch „Transmigration“ sozialer Aktivisten in den Staat und wieder zurück). Wie für Gramsci ist für Alvarez, Dagnino und Escobar eine stabile politische Herrschaft nur durch die Hegemonie in der Zivilgesellschaft möglich. Alvarez u.a. ergänzen dieses Verständnis von Zivilgesellschaft durch die Aufmerksamkeit auf *public spheres*. Sie verstehen darunter von sozialen Bewegungen konstruierte oder angeeignete öffentliche Räume, die als Erweiterungen institutioneller Politik außerhalb der Grenzen von Regierungskreisen fungieren (Krischke 1998: 417). Beispiele dafür können private Innenhöfe und lokale Märkte als auch die Nutzung des Internets (bspw. in effektiver Weise durch die Zapatistas genutzt) sein, sofern sie wichtige Orte der Bedeutungsproduktion und Verknüpfung von Kultur, Politik und Beteiligung darstellen. Der deutsche Bewegungsforscher Schön knüpft daran an und ergänzt, dass es in vielen Fällen nicht das Ziel sei „die formale Macht zu übernehmen, sondern in der zivilgesellschaftlichen Sphäre die eigene ‚populare‘ Macht zu entfalten und in vernetzter Form zu potenzieren, um Parallelsysteme entstehen zu lassen, von denen aus mit ihrem Bezugssystem in Beziehung getreten werden kann.“ (Schön 2008: 42) Insofern Gegenöffentlichkeiten als Antwort auf Ausgrenzung von dominanten Öffentlichkeiten entstehen, weiten sie diskursive Räume aus, indem zuvor ausgeschlossene Themen nun öffentlich diskutiert werden und politisch bisher Unbeteiligte beteiligt werden (vgl. Alvarez u.a. 2004: 46ff.).

Cultural politics sind die Diskursergebnisse von Artikulation und Kommunikation, d.h. die politisch-kulturellen Inhalte und Forderungen sozialer Bewegungen. Artikuliert werden eigene Identitäten und die politischen Positionen. Kommunikation findet zwischen den Bewegungen untereinander und mit ihren Bezugssystemen (Zivilgesellschaft und politisches System) statt. *Cultural politics* entstehen in selbst geschaffenen oder angeeigneten öffentlichen Räumen (*public spheres*) und nehmen Einfluss auf die politische Kultur. Gleichzeitig kann über die politische Kultur – auch wenn das nicht ihr einziger Wirkungsbereich ist – Einfluss auf das politische System ausgeübt werden (z.B. durch Wahlen). Soziale Bewegungen sind durch *cultural politics* Produzenten von Bedeutungen politischer Inhalte, die in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein wirken können.

Um den politisch-kulturellen Einfluss sozialer Bewegungen zu verstehen und „ihre Beiträge zur Unterminierung von sozialem Autoritarismus und elitenbasierter Demokratisierung zu beurteilen“, reicht daher nicht allein die Untersuchung der Interaktionen „von Bewegungen mit offiziellen öffentlichen Umwelten (wie Parlamente und andere nationale und transnationale Politikschauplätze“ (Alvarez u.a. 2004: 47). Der Begriff von Politik sollte deshalb auch Machtkämpfe umfassen, „die in einer großen Zahl von Räumen ausgetragen werden, die kulturell als privat, sozial, wirtschaftlich usw. definiert werden.“ (ebd.: 47) Dabei sollte Macht nicht als „Blöcke institutioneller Strukturen mit von vornherein feststehenden, festgelegten Aufgaben (dominieren, manipulieren) oder als Mechanismen für die Herstellung von Ordnung von oben herab, sondern als eine soziale Beziehung, die sich durch alle Räume zieht“ (Canclini, zit. nach ebd.: 40) verstanden werden. Der Beziehung sozialer Bewegungen zur verdichteten Macht des politischen Systems muss die angemessene Aufmerksamkeit geschenkt werden, während gleichzeitig die Erforschung dieser Beziehung nicht ausreicht, um den gesamten politischen und kulturellen Einfluss und die Bedeutung sozialer Bewegungen zu begreifen.

In Oaxaca galt nicht nur der autoritär regierende Gouverneur Ulises Ruiz als Problem, sondern auch das Modell des politischen Systems (vgl. Ramírez 2010: 96). Die lauteste Forderung der APPO war zwar die Absetzung des Gouverneurs, doch standen dahinter eine Reihe verschiedener Appelle an Staat und Gesellschaft, mit denen sie die Parameter der vermeintlich demokratischen Gesellschaftsform in Frage stellten. Verlagern wir also den Blick auf die Konstruktionsleistungen der APPO. Sie sind die weniger offensichtlichen Ergebnisse ihres sozialen und politischen Kampfes, den sie durch die Schaffung und Aneignung öffentlicher Räume (*public spheres*) führte. Die in öffentlichen Räumen geformten politischen Forderungen und politischen Alternativvorschläge (*cultural politics*) werden im Folgenden beschrieben und in ihrer Wirkung auf die politische Kultur Oaxacas untersucht.

Zählen wir zunächst all jene *public spheres* auf, in denen sich die APPO artikuliert oder kommunizierte: Demonstrationen, Versammlungen, landesweite Protestmärsche, Besetzungen (des Stadtzentrums, des Parlaments und der Staatsanwaltschaft), Straßenbarrikaden, angeeignete Radiostationen sowie einen Fernsehkanal, *Streetart* (Graffiti) sowie durch das Internet und die Ausrichtung eines alternativen Volksfestes (*Guelaguetza popular*) in Opposition zu dem von der Regierung ausgerichteten kommerziellen Fest. Im Folgenden können aufgrund ihres inhaltlichen Umfangs nicht alle *public spheres* auf ihre Wirkung untersucht werden. Deswegen werden beispielhaft die Versammlungen auf *cultural politics* hin untersucht, in denen sich die APPO konstituierte und wesentliche Forderungen formulierte.

Die Versammlungen der APPO

Nachdem die Lehrer am 14. Juni 2006 vom Zócalo vertrieben wurden, besetzten sie diesen am darauf folgenden Morgen wieder, mit der unerwarteten und

massiven Unterstützung verschiedener kleiner linker Bewegungen und Teilen der Gesellschaft, die nicht organisiert waren. Zwei Tage darauf berief die Sektion 22 der SNTE in den Gebäuden der autonomen Universität Benito Juárez in Oaxaca (UABJO) die erste Versammlung ein. Mit ihr wurde ein Raum für den Dialog und die Koordinierung verschiedener unabhängiger sozialer Organisationen geschaffen. Ihre Teilnehmer einigten sich auf eine gemeinsame Hauptforderung: Die Absetzung des Gouverneurs Ulises Ruiz (vgl. Bolos 2010: 233). Die Ablehnung des Gouverneurs wandelte sich während des Konflikts 2006 immer mehr in eine Zurückweisung des gesamten Regimes. Ulises Ruiz wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur „Inkarnation der schlechtesten Aspekte einer autoritären Regierung und einem untragbaren Unterdrücker“ (Esteva 2008: 71). Die Korruption und der Autoritarismus begannen nicht erst durch ihn, allerdings erreichten sie in seiner Amtszeit eine Intensität, welche die Mehrheit nicht mehr tolerierte.

In den nächsten Monaten folgten Aktionen und Spaltungsversuche der Regierung, die nicht nur Übereinstimmungen zwischen den beiden großen Sektoren der Bewegung förderten. Denn einerseits gab und gibt es eine Vielzahl von Organisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung und sozialer Basis, andererseits gibt es die Sektion 22 der nationalen Lehrerergewerkschaft. Letztere hat etablierte Führungen, die auf breiter sozialer Basis Unterstützung finden und diverse Forderungen formulieren. Die Sektion 22 der SNTE folgt typischerweise einer gewerkschaftlichen Logik, mit „Präsenz auf nationaler Ebene und politischen Interessen, welche ihre gewerkschaftlichen Forderungen dominieren.“ (Bolos 2010: 233) Aus dieser ersten „Versammlung des Volkes von Oaxaca“, entstand ein provisorisches Komitee aus 30 Personen, welches bis zum 12. November 2006 agierte.

An jenem Tag, in der letzten Phase der Auseinandersetzungen mit der Regierung, wurde der konstituierende Kongress der APPO abgehalten, um eine neue Etappe der Bewegung einzuleiten. An der Veranstaltung nahmen über 1.000 Delegierte teil, außerdem kamen nahezu 500 nationale sowie internationale Gäste. Sie entwarfen einige programmatische Inhalte der Organisation und Strukturierung und planten unmittelbar bevorstehende Schritte der Bewegung. In Arbeitsgruppen wurden Themen diskutiert, welche das neoliberale Wirtschaftsmodell und die Armut im Land betrafen sowie die politische Situation des Landes nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen. Sie verwiesen auf den Autoritarismus in Oaxaca, die Krise der politischen Institutionen und die Notwendigkeit ihrer Transformation. Um dies zu erreichen wurde eine neue Verfassung gefordert, die notwendige Reformen möglich machen sollte. Martínez ordnet die Vielzahl unterschiedlicher Vorschläge und Forderungen in vier Kategorien nach politischen, Wahlen betreffenden, ökonomischen und sozialen Aspekten. Die politischen Positionen beinhalteten u.a. die Anerkennung von Volksversammlungen, die Durchsetzung der Gewaltenteilung, den Respekt der Autonomie indigener Gemeinden und die politische Partizipation von Frauen. Bei dem Thema Wahlen ging es vornehmlich um die Diskussion kürzlich erlassener Gesetze, durch die Mandate automatisch verlängert wer-

den konnten. Außerdem wurde für neue Formen der Bürgerbeteiligung (Plebiszite, Möglichkeiten zur Abberufung von Mandatsträgern, Implementierung eines indigenen Völkerrats) plädiert. Des Weiteren sollte eine zweite Wahlrunde möglich werden und indigene Entscheidungsformen in staatlichen Instanzen Eingang finden. Ein besonders großer Themenbereich betraf die wirtschaftlichen Aspekte Oaxacas: Die Erarbeitung von Mechanismen, durch die Produzenten und Konsumenten in direkten Kontakt miteinander treten können. Die Schaffung von Kooperativen und von Projekten, die nachhaltige regionale Entwicklung voranbringen sollen. Ein Gesetz für Transparenz und öffentliche Rechnungslegung wurde gefordert. Indigene Territorien und ihre Umweltressourcen sollten respektiert und die Megaprojekte im Rahmen des Puebla-Panama Plans ausgesetzt werden. Der Umfang sozialer Themenbereiche verdeutlichte noch mehr die Vielfalt der Kongressteilnehmer und deren Probleme. So wurde über Mechanismen der Gesundheitsvorsorge diskutiert, über Arbeits- und Bildungssicherheit, über emanzipatorische Bildung, die kritisch und frei sein müsse und die Interkulturalität durch mehrsprachigen Unterricht in den Schulen fördern solle. Die Themenpalette reichte weiter von der monetären Unterstützung für Studenten, über die Förderung alternativer Medien, bis hin zu Lösungsansätzen und Versöhnungsvorschlägen für territoriale Konflikte (vgl. Martinez 2007: 136f.).

Die drei wesentlichen Ziele des Kongresses im November waren: Erstens die Konstituierung der Bewegung in einer dauerhaften bundesstaatlichen Organisation zu Diensten der Völker Oaxacas – was letztlich nicht erreicht werden konnte. Zweitens sollte die Revolte des Jahres transformiert werden in eine friedliche, demokratische und humanistische Revolution. Schließlich wollte man sich im Kampf gegen den Neoliberalismus und Ungerechtigkeit national sowie international vernetzen. Drittens ging aus der Versammlung der staatliche Rat (Consejo Estatal) der APPO hervor, welcher repräsentiert wurde durch 260 Gemeinderäte, Repräsentanten aus den acht Regionen Oaxacas und weiteren diversen Sektoren.

Gustavo Esteva, ein angesehener Intellektueller aus Oaxaca, schreibt, dass man sich im Kongress am ehesten über die antikapitalistische Haltung ihrer Teilnehmer einig wurde, allerdings nicht darüber was diese genau beinhaltet. Die Meinungen reichten von gemäßigten reformistischen Positionen bis zu solchen, die Reformismus als lähmend für die Entwicklung einer Revolution ablehnten. Diese Beispiele sind nur die „Spitze des Eisberges“ (Esteva 2008: 78) der Themen, welche über den Kongress hinaus in Oaxaca diskutiert wurden. Weder das provisorische Komitee, in dem sich die APPO gründete, noch der im November 2006 einberufene Kongress repräsentierten die APPO in Gänze. Außerdem hatten sie zu keiner Zeit die Kapazitäten zu überprüfen und zu kontrollieren, was die beteiligten Bewegungen und Einzelpersonen bei gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen tatsächlich unternahmen. Esteva hebt drei demokratische Kräfte hervor, welche in der APPO die meiste Zustimmung gefunden hätten. Zunächst die Bemühung um den Ausbau der formalen Demokratie, welche in Mexiko nicht selten durch Wahlfälschungen un-

tergraben wird. Gesetzesreformen und die Umwandlung von Institutionen sollten erreichen, dass Wahlergebnisse den tatsächlichen Willen des Volkes widerspiegeln. Die Forderungen nach partizipativer Demokratie nahmen in den letzten Jahren in Oaxaca ebenfalls zu. Es sollten u.a. Plebiszite zugelassen, Mandate revidierbar und Transparenz in der Haushaltsführung durchgesetzt werden. Während sich diese beiden Kämpfe um Demokratie auf Reformen konzentrierten, die soziale Bewegungen von der Regierung fordern, behandelte der dritte Aspekt demokratischer Kämpfe das, „was die Menschen selbst machen können, um ihre Lebensbedingungen und sozialen Beziehungen zu transformieren.“ (Ebd.: 73) Man bezog sich dabei auf Praktiken indigener Gemeinden und Munizipien, welche seit Generationen ihre eigenen Autoritäten wählen und Regierungsformen ausüben, die im Gegensatz zu den verfassungsrechtlichen Institutionen stehen. Jene Erfahrungen wollte man nutzen, um selbstorganisiert sozialen Wandel herbeizuführen, der von unten ein neues politisches System fördern sollte. Fortschritte der formalen Demokratie wurden auf diesem Weg nur als politischer Schutz für die Transformation angesehen.

All die angesprochenen sozialen und demokratischen Kämpfe, Forderungen und politischen Meinungen drückten sich 2006 in dem Aufstand der APPO aus. Dabei war Oaxaca nur eine „sensible Antenne für das was im ganzen Land“ (ebd.: 79) passiert, so Esteva. Wir können mit Hilfe von Alvarez u.a. ein Fazit zur Bedeutung von *cultural politics* der APPO für die politische Transformation Oaxacas ziehen: „Weil das Subalterne in Lateinamerika aus historischer Sicht auf den Status von de facto Nicht-BürgerInnen degradiert worden ist, muss die Vervielfältigung öffentlicher Schauplätze, in denen soziokulturelle, geschlechterspezifische, rassistische sowie wirtschaftliche – und nicht nur politische – Ausgrenzung in Frage gestellt und resignifiziert werden könnten, auch als integraler Bestandteil der Ausdehnung und Vertiefung der Demokratisierung gesehen werden.“ (Alvarez u.a. 2004: 47)

In dem Zitat wird nicht die Erweiterung formaler oder partizipativer Demokratie angesprochen, aber der Einfluss auf politische Kultur. Die APPO ermöglichte, in öffentlichen Diskussionsräumen über bestehende politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu reflektieren und gebräuchliche politische Begriffe in Frage zu stellen bzw. alternative Deutungsmuster vorzuschlagen. Vor allem durch den offen kommunizierten Vergleich von hegemonialem Status quo und Erwartungen an die politische Organisation des Zusammenlebens entstanden Neudefinitionen zentraler Begriffe, die in die Selbstorganisation der Bewegung eingingen (z.B. in die basisdemokratische Entscheidungsfindung) und in Politik übersetzt wurden.

Deutlich wurde, dass das „Politische“ auch in Organisationsprozessen außerhalb des Staates beobachtet werden kann. Die Öffentlichkeit ist das umkämpfte Terrain „und alternative öffentliche Schauplätze entstehen, an denen die Diskurshoheit der dominanten ÖffentlichkeitsakteurInnen herausgefordert und Bevölkerungsmeinungen beeinflusst werden.“ (Schön 2008: 159) Darin zeigt sich der Beitrag sozialer Bewegungen zur Demokratie in Mexiko wie in anderen Staaten Lateinameri-

kas, welcher in der „Vermehrung multipler öffentlicher Sphären“ gesehen werden kann „und nicht nur in ihrem Erfolg hinsichtlich der Bearbeitung von Forderungen innerhalb offizieller Öffentlichkeiten.“ (Alvarez u.a. 2004: 47)

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass der Einfluss der APPO auf die politische Kultur Oaxacas erheblich dazu beitrug, dass nach den Gouverneurswahlen 2010 nach 81 Jahren auch in Oaxaca die PRI den Regierungsvorsitz abgeben musste. Es gibt zwar weitere für den historischen Regierungswechsel verantwortliche Faktoren, vor allem ist die Allianz verschiedener oppositioneller Parteien in einem Wahlbündnis zu nennen. Doch ist das veränderte Wahlverhalten der Bevölkerung Oaxacas nicht allein aus dem Koalitionsverhalten der Parteien zu erklären, sondern beträchtlich durch die erstarkte außerparlamentarische Opposition gegen die PRI, in Form der sozialen Bewegung der APPO, und durch den Einfluss ihrer *cultural politics* auf die politische Kultur.

Literatur

- Alvarez, Sonia E./Arturo, Escobar, The Cultural and the Political in Latin American Social Movements, in: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Arturo, Escobar (Hrg.), Culture of Politics – Politics of Culture. Boulder 1998.
- Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Arturo, Escobar, Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas, in: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrg.), Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Münster 2004.
- Bolos, Silvia, Conflicto y protesta: La Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (2005-2010), in: Estudios Sociológicos, 28 (2010).
- Esteva, Gustavo, Crónica de un movimiento anunciado, in: Giarraca, Norma, Cuando hasta las piedras se levantan, Oaxaca/Mexiko 2008.
- Gibson, Edward, Neo-Patrimonialism and Subnational Authoritarianism in Mexico. The Case of Oaxaca, in: The Journal of Politics in Latin America (JIGA), 2 (2010).
- Gómez, Carpinteiro/Javier, Francisco, Políticaendemoniada: La APPO y el develamiento de nuevas formas de autoritarismo en el México neoliberal, in: Martínez, Vázquez/Raúl, Victor (Hrg.), La APPO: rebellion o movimiento social? Universidad Autónoma „Benito Juárez“ de Oaxaca, Oaxaca 2009.
- Hellmann, Kai Uwe, Paradigmen der Bewegungsforschung, in: Klein, Ansgar/ Legrand, Hans Josef/ Leif, Thomas (Hrg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Juan Martínez, Víctor Leonel/López Alegría, Juan Manuel/Blas López, Cuhautémoc, Oaxaca 2006. Autoritarismo, Mitos y Daños, Mexiko 2010.
- Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrg.), Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster 2004.
- Kastner, Jens, Zapatismus und Transnationalisierung, in: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrg.), Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster 2004.
- Kern, Thomas, Soziale Bewegungen. Wiesbaden 2008.
- Klein, Ansgar/Legrand, Hans Josef/Leif, Thomas (Hrg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999.

- Krischke, Paolo J., Challenges to Cultural Studies, in: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Arturo, Escobar, Culture of Politics – Politics of Culture. Revisioning Latin American Social Movements, Boulder 1998.
- MartínezVásquez, VíctorRaúl, Autoritarismo, Movimiento Popular y Crisis Política: Oaxaca 2006, Oaxaca 2007.
- MartínezVásquez, VíctorRaúl (Hr.), La APPO: rebellion o movimiento social? Nuevas formas de expresión ante la crisis, Universidad Autónoma "Benito Juárez" de Oaxaca, Oaxaca 2009.
- Melucci, Alberto, Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften. Die europäische Perspektive, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans Josef/Leif, Thomas (Hrg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Ramírez, Carlos, La Comuna de Oaxaca. Crónicas oaxaqueñas de una crisis del sistema político priista y de la incapacidad de la oposición para diseñar, socializar e imponer una alternancia democrática, Universidad Autónoma de Ciudad Juárez 2010.
- Roth, Roland, Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans Josef/Leif, Thomas (Hrg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Schütze, Stephanie, Klientelistische Strukturen und der Kampf um „Tierra y Libertad“. Soziale Bewegungen in Mexiko, in: Ismar, Georg/ Mittag, Jürgen (Hrg.), ¿„El pueblo unido“? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas, Münster 2009.
- Schön, Georg, Somos Viento, Wir sind der Wind. Globalisierte Bewegungswelten in Lateinamerika, Münster 2000.
- Sekler, Nicola, Soziale Bewegungen in Lateinamerika, in: Kastner, Jens/Waibel, Tom, ...mit Hilfe der Zeichen/por medio de signos. Transnationalismus, soziale Bewegungen und kulturelle Praktiken in Lateinamerika, Wien 2009.
- Zires, Margarita, Estrategias de comunicación y acción política: Movimiento social de la APPO 2006, in: Martínez Vásquez, Víctor Raúl (Hrg.), La APPO: rebellion o movimiento social? Nuevas formas de expression ante la crisis, Universidad Autónoma "Benito Juárez" de Oaxaca, Oaxaca 2009.
- Bericht v. EDUCA (Service für eine alternative Bildung): Oaxaca un régimen agrietado, Informe público sobre democracia y derechos humanos en Oaxca, Oaxaca 2009, http://www.educaoaxaca.org/imagenes/oaxaca_regimen_agrietado_%202009.pdf am 26.11.2011.
- Bericht v. EDUCA (Service für eine alternative Bildung): Los movimientos sociales y el cambio Democrático en Oaxaca. Informe público sobre democracia y derechos humanos, Oaxaca 2010, S.57, www.educaoaxaca.org/imagenes/informe-final-los-mov-soc-04-10-10.pdf am 26.11.2011.
- Bericht v. amnesty international: „Oaxaca – Ruf nach Gerechtigkeit“, <http://www.ai-mexiko.de/Main/Informieren-International?action=download&upname=Oaxaca%20-%20Ruf%20nach%20Gerechtigkeit.pdf> am 9.12.2011.
- Mitteilung des Sekretariats für Regierungskontrolle und Transparenz (INCBG), <http://www.contraloria-oaxaca.gob.mx/prensa.php?action=fullnews&id=85> am 5.1.2012.

Lenin in Wuhan

„Lenins Denken im 21. Jahrhundert. Deutung und Wert“,
Tagung der Philosophischen Fakultät der Universität Wuhan,
20. bis 22. Oktober 2012, Wuhan

Lenin wird anders wahrgenommen in China, anders in Europa. Selbst in Russland gilt er heute weithin als Symbol einer abgeschlossenen, gescheiterten Epoche, einer Epoche, die nicht wiederkehren wird. Wozu, so bliebe zu fragen, braucht es dann in dem vor wirtschaftlicher Kraft nur so strotzenden China eigentlich noch dieses Mannes aus Russland? Denn immerhin lud die Philosophische Fakultät der Universität Wuhan im Oktober 2012 zu einer internationalen Tagung unter dem Titel „Lenins Denken im 21. Jahrhundert. Deutung und Wert“. Keine Frage, dass da recht unterschiedliche Sichtweisen aufeinander stießen. Da Lenins Denken in China nach wie vor Teil der Staatsideologie ist, waren die Beiträge der chinesischen Teilnehmer eher vorsichtig gehalten, übersprangen nicht Linien, die für die „westlichen“ Zuhörer eher als unsichtbare bezeichnet gehören. Wenn es um Schriften geht, so stand Lenins „Staat und Revolution“ aus dem Jahre 1917 dabei unübertroffen an der Spitze. Und süffisant wurde in Richtung der ausländischen Teilnehmer nicht nur einmal auf Slavoj Žižek verwiesen, der 2002 mit der Lenin-Anthologie „Revolution at the Gates. A Selection of Writings from February to October 1917“¹ einen Welterfolg erzielte. Stille Aufforderung an die Westler, dort gültige Linien zu überschreiten. Doch meinte man tatsächlich eher Lenin, nicht den Interpreten Žižek, der bei aller Ablehnung der so genannten realsozialistischen Welt dem Leninismus ja immerhin das Moment welthistorischer Größe zugesteht.

Die Teilnehmer aus Nordamerika, Europa und Australien teilten sich nun wieder in diejenigen, die Lenins Denken für ein noch immer nicht abgegoltenes Erbe und den Sozialismus für eine dem Kapitalismus grundsätzlich weit überlegene Gesellschaftsordnung hielten, und in jene, die Lenin weitgehend mit dem 20. Jahrhundert verschwinden sahen. Letztere bezogen sich auffallend häufig auf Rosa Luxemburg, wobei neben dem Gefängnismanuskript über die russische Revolution von 1918 auch die umfangreiche Schrift „Nationalitätenfrage und Autonomie“ (1908/09) eine Rolle spielte. In dieser bis heute unterschätzten Arbeit legte Rosa Luxemburg ihr Staatsverständnis dar, zeigte Grenzen und Möglichkeiten von bürgerlicher Demokratie und überhaupt bürgerlicher Gesellschaft, Dinge, die bei ihrer Bolschewiki-Kritik eine große Rolle spielten.

Alle drei Sichtweisen trafen sich zumindest an einem Punkt: Mit Lenins Wirken wurde eine revolutionäre Energie freigesetzt, die Weltbedeutung bekam. Für die meisten chinesischen Teilnehmer begann damit der Weg, der dann in den 1930er

¹ Vgl. Slavoj Žižek, Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M. 2002.

Jahren mit dem langen Marsch in China seine Fortsetzung fand. Lenin als älterer Bruder von Mao, die Sowjetunion als älterer Bruder der Volksrepublik China – das wurde nicht nur einmal hervor gestrichen. Ähnlich die westlichen Leninhänger, die allerdings mehr auf Allgemeingültigkeit zu zielen suchten, auf einen universalen, also weltweiten und noch immer vorhandenen Zug zum Sozialismus, der durch die Niederlage der Sowjetunion allenfalls aufgehalten, nicht aber gestoppt sei. Entsprechend wurde die gegenwärtige Entwicklung Chinas gelobt, wobei man häufig sich nicht einig wurde, ob die immer deutlicher werdende Öffnung Chinas im Globalisierungsprozess nun Zeichen von Stärke des Sozialismus oder aber doch Gefahr der kapitalistischen Aufweichung bisheriger Errungenschaften bedeute. Zu bemerken war jedenfalls, dass hier ausschließlich von außen und vorwiegend aus ideologischer Sicht auf das Riesenland geschaut wurde.

Bei den Kritikern Lenins gab es Versuche, Lenins seinerzeit erfolgreichen Weg als den Beginn eines nationalrevolutionären Prozesses zu verstehen, der sich ins Kostüm einer sozialistischen Revolution gezwängt habe, weil er im starken Maße antikapitalistisch ausgerichtet gewesen sei. Dieses Phänomen sei anschließend vielfach dort aufgetreten, wo Bauernmassen einen Großteil der Bevölkerung ausmachten und eine auf das städtische Industrieproletariat gestützte soziale Revolution weniger Aussicht auf Erfolg gehabt habe. Auch hier bieten sich verlockende Parallelen zwischen den revolutionären Prozessen in Russland und China an. Außerdem wäre das eine Möglichkeit, die Differenz zwischen Marx und Lenin schärfer zu kennzeichnen, ging doch ersterer fest von Weltrevolution und dem Industrieproletariat als Geschichtssubjekt aus. Lenins Weg aber mündete in die schicksalhafte Situation, den erklärten Sozialismus dann in einem Land aufbauen zu müssen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Georg Lukács mit seinem unvollendeten Manuskript „Demokratisierung heute und morgen“ (1968) Erwähnung fand, in dem er an seinem Lebensende noch einmal versucht hatte, das Demokratieproblem als ein Schlüsselproblem des sowjetischen Modells prinzipiell als lösbar nachzuweisen. Die Fragestellungen in diesem Manuskript brachten seinen Autor wieder zurück auf jenen Punkt, an dem er 1921/22 in der Demokratiefrage Lenin folgte und Luxemburg für überwunden hielt.

Holger Politt

Neofaschismus und Krise

Gemeinsame Tagung der Marx-Engels-Stiftung mit der VVN-BdA NRW und der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein,
3. November 2012, Siegen

Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren am 3. November 2012 der Einladung der Marx-Engels-Stiftung und der Landesvereinigung NRW sowie der Kreisvereinigung Siegerland-Wittgenstein der VVN-BdA zur gemeinsa-

men Diskussion des Themas „Neofaschismus und Krise“ in Räumlichkeiten der Universität Siegen gefolgt. Die Tagung versuchte im Sinne eines Hinweises von Reinhard Opitz, wonach die Korrelation von Neofaschismus und Krise nicht einfach zu fassen sei, da „die faschistische Mobilisierung [...] im Interesse von [Z]ielen [erfolgt], die völlig außerhalb des Interessenhorizonts der Krisengeschädigten liegen und [...] daher auch keineswegs [...] auf diese Potentiale als Zieladressaten beschränkt“ ist¹, einen Kontrapunkt zu Allgemeinplätzen in der öffentlichen Diskussion, die die Krisengeschädigten selbst als Gefahr für die Demokratie konstruieren, zu setzen.

Das Einleitungsreferat mit dem Titel „Die Weltwirtschaftskrise und ihr faschismusfördernder Widerhall im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik“ hielt *Manfred Weißbecker* (bis 1992 Professor für Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena). Er konzentrierte sich auf historische elitäre Krisenbewältigungsstrategien beim Übergang von Demokratie zu Faschismus, die er unter anderem anhand der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929 darstellte. Als zentralen Befund hielt er fest, dass die Weltwirtschaftskrise den Weg der deutschen Faschisten an die Macht nicht verursacht, aber befördert habe. So forderten und förderten konservative Eliten schon vor Krisenbeginn einen wirtschaftlichen Großraum Deutschland, verbunden mit dem Abbau demokratischer Rechte sowie der Ausweitung der finanziellen Zuwendungen durch Unternehmer und entsprechende Verbände an reaktionäre Parteien. Den Faschismus charakterisierte Weißbecker als sowohl im Hinblick auf 1917 als auch auf 1789 konterrevolutionäre Bewegung, die trotz radikaler Demagogie niemals die Intention verfolgte die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden, sondern selbst die aufklärerischen und humanistischen Ideale des Bürgertums aufzuheben versuchte. Dabei ging Weißbecker auch auf den Zustand des damaligen Massenbewusstseins ein, an welches die NSDAP anknüpfen konnte und das durch eine allgemeine Enttäuschung über den Ausgang des Ersten Weltkrieges, die Billigung von Gewalt als Folge von sozialer Not und eine Aversion gegen den Parlamentarismus geprägt war. Weißbecker gelangen viele Bezüge auf heutige antidemokratische Gefahren, die den bleibenden Wert seiner Ausführungen über die sich im Parteienwesen widerspiegelnden Rechts- und Konvergenztendenzen als Ausdruck von Kapitalinteressen unterstrichen.

Im Anschluss daran befasste sich *Phillip Becher* (Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Siegen) mit „Triebkräften des Rechtspopulismus“. Rechtspopulismus sei, so Becher, eine Bewegung, die mittels bestimmter Strukturen und Ideologeme Massenbasen für autoritäre, aber noch nicht faschistische Politik sammelt. Anhand von Beispielen zeigte Becher die Widersprüche zwischen dem sozialen Träger und der Massenbasis rechtspopulistischer Formationen auf. In der Debatte zu seinem Beitrag wurde vor allem die Verwendung

¹ Reinhard Opitz, Neofaschismus und Krise – Aspekte und Probleme ihres Zusammenhanges [1984], in: derselbe: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band II, Marburg 1999, S. 437-451, hier S. 449.

des Begriffs „Rechtsextremismus“ bemängelt, da dieser als ein Zugeständnis an extremismustheoretische Deutungen aufgefasst wurde.

Ulla Jelpke (innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag) referierte zu „Rechtsterrorismus und Demokratieabbau“, wobei sie einen historischen Längsschnitt der rechtsterroristischen Angriffspotentiale in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren über die Wehrsportgruppen in den 1970er und 1980 Jahren bis hin zu den Morden der NSU-Terror-Zelle lieferte und auf zahlreiche Verbindungen von staatlichen Strukturen mit der gewaltbereiten und gewalttätigen extrem rechten Szene verweisen konnte. Jelpke sprach von einem taktischen Verhältnis, welches der bürgerliche Staat zum Neofaschismus einnehme. So rekurrierte sie auf die Funktion, die Neofaschisten als Straßenkampfeserve gegen die politische Linke erfüllten, aber auch auf die Möglichkeit durch Hinweis auf den (Rechts-)Terrorismus eine Ausweitung der Macht der Sicherheitsapparate zu erreichen.

Das Referat von *Jürgen Lloyd* (Mitglied im Vorstand der Marx-Engels-Stiftung) zum Thema „Querfront und Sozialismusedmagogie als Herausforderung für die antifaschistische Theorie und Praxis“ bildete gleichsam den Auftakt zur Abschlussdiskussion. Lloyd bediente sowohl eine historische und eher theoretische als auch eine tagesaktuelle und eher praktische Perspektive. Zunächst rückte er die Sozialdemagogie des erklärten „Antibolschewisten“ Eduard Stadtler und der von ihm mitbegründeten Zusammenhänge wie dem „Solidarier“-Verein und anderer sich als „Zwischenfront durch alle Klassen und Parteien“ positionierenden Organisationen in den Vordergrund. Nach einem Verweis auf die Beziehungen Stadtlers zu bestimmten Kapitalkreisen stellte Lloyd drei Ideologiemomente der Stadtlerschen Demagogie heraus: 1.) die Umdeutung des „Sozialismus“ zur Volksgemeinschaft, 2.) die Kritik an den Parteien als angeblich ärgsten Feinden realer Demokratie, 3.) die Zinskritik. Mit einem Erfahrungsbericht über die Schwierigkeiten von Bündnisarbeit in Krefeld schloss Jürgen Lloyd seine Ausführungen. Die sich an das Referat anschließende Diskussion wurde vor allem durch die Debatte um die Frage der wissenschaftlich-theoretischen Bestimmung des Faschismus und um die Möglichkeit von breiten Bündnissen gegen rechts bestimmt.

Phillip Becher/Mark Szau

Krieg und Frieden 1912-2012

Internationale wissenschaftliche Konferenz des Departements für Geschichte und des Seminars für Soziologie der Universität Basel, 22. bis 24. November 2012, Basel

Man hätte es kaum für möglich gehalten, dass im Zeitalter der (noch immer) massiven Rüstungsausgaben eine Universität eine umfangreiche antimilitaristische Konferenz auf die Beine stellt. Dies ist den Professoren *Bernhard Degen*, *Heiko Haumann*, *Ueli Mäder* und *Fritjof Benjamin Schenk* von der Uni-

versität Basel zum 100. Jahrestag des Friedenskongresses der Sozialistischen Internationale glänzend gelungen (<http://www.basel1912-2012.ch/der-kongress-von-1912.html>). Zur Einführung in die Konferenzthematik lag rechtzeitig vor der Tagung ein Aufsatzband vor: *Bernhard Degen* [u.a.] (Hrsg.): *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Christoph Merian Verlag Basel 2012.

Der Einladung der Veranstalter waren 57 vortragende WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachdisziplinen – hauptsächlich aus dem Gastgeberland Schweiz und aus Deutschland, aber auch aus England, Polen, Österreich, Südafrika, USA – und viele politisch und geschichtlich Interessierte gefolgt. Aus organisatorischen Gründen mussten die angemeldeten 54 Vorträge an den drei Konferenztagen in je vier parallel laufende Panels aufgeteilt werden, mit zusätzlich je einem Plenarvortrag am Beginn jeden Tages.

Als einer der 54 Vortragenden dieser Tagung (mein Thema: Revolutionäre Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland 1916 bis 1918) war ich von der Vielfalt und wissenschaftlichen Qualität der Konferenzbeiträge beeindruckt. Das Spektrum der Themen reichte u. a. von der historischen Betrachtung der Schweizer und internationalen Ebene, über die Entwicklung der Friedensbewegung zu verschiedenen Zeiten, die autonomen Friedensaktionen von Frauenorganisationen, die Friedensbewegung in Südafrika, den „Arabischen Frühling“, den personifizierten Friedensbestrebungen (z.B.: *Annelies Laschitzka*, Berlin, über R. Luxemburg und K. Liebknecht; *Peter Huber*, Basel, über die französischen Delegierten des Kongresses von 1912), die zivilisatorischen Aspekte der II. Internationale (*Feliks Tych*, Warschau) bis zu vielfältigen aktuellen Aspekten (*Rebekka Ehret*, Luzern, über Krieg, soziale Ungleichheit in Sierra Leone; *Andreas Gross*, Zürich, über die friedenspolitischen Fehler und Möglichkeiten der EU). Bilanziert wurden darüber hinaus die katastrophalen Folgen des „Krieges gegen den Terror“: Zerrüttung des Völkerrechtes, Relativierung der Menschenrechte, Abbau der Freiheits- und Bürgerrechte, Verschärfung der Fremdenfeindlichkeit, Verlust an menschlichen und materiellen Ressourcen sowie an politischer Kultur.

Im 1. Plenarvortrag „Von der Antikriegsbewegung zur Friedensbewegung. Entwicklungsschritte im vergangenen Jahrhundert“ wies *Egbert Jahn* (Mannheim) auf die Spaltung der Antikriegsbewegung bis 1914, in eine starke proletarische und in eine weitaus schwächere bürgerlich-aristokratische Strömung hin. Während es der Letzteren um einen Frieden unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen ging, habe sich die Arbeiterbewegung von der Überzeugung leiten lassen, dass ein dauerhafter Frieden erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sei. Es müssten aber alle Anstrengungen unternommen werden, schon vorher den heraufziehenden großen Krieg unter allen Umständen zu verhindern. Der Kongress der Sozialistischen Internationale von 1912 und die Kundgebungen gegen den Krieg bis zum August 1914 seien die letzten massenhaften, wenngleich ohnmächtigen, Aktionen eines gemeinsamen sozialistischen Friedensstrebens gewesen, dann nach 1917 habe sich der kommunistische

Strang der internationalen Arbeiterbewegung in seinem Antikriegskampf der sowjetischen Außenpolitik untergeordnet, während die sozialdemokratische Strömung der Arbeiterbewegung sich mit der bürgerlichen Friedensbewegung verschmolzen und deren Ziele (wie z. B. Schaffung eines Völkerbundes, völkerrechtliche Ächtung des Angriffskrieges, Verhandlungen zur Abrüstung innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft) übernommen habe.

Im 2. Plenarvortrag „Hintergrund für den Kongress: Internationale Lage, Rüstungswettlauf und die steigende Kriegsgefahr“ führte *Stig Förster* (Bern) die Anwesenden anhand reichhaltigen Quellenmaterials anschaulich in die militaristische Denkweise der Elite des Deutschen Kaiserreichs, vor allem der Generalität, ein. Damit verdeutlichte Förster die Dringlichkeit von massiven Friedensaktionen. Allerdings führte in einem der Panels die Bemerkung von *Wolfgang Kruse* (Hagen, Deutschland) wieder in die historische Realität des Deutschen Kaiserreichs zurück: Die deutsche Generalität habe zu keinem Zeitpunkt die sozialdemokratischen Friedensbestrebungen als erstzunehmenden Faktor betrachtet.

Im 3. Plenarvortrag „Kriegsverhüten, damals und heute. Was hat uns der Basler Friedenskongress heute noch zu sagen?“ hob der Freiburger Friedensforscher *Wolfram Wette*, durch seine kritische Noske-Biografie vielen Historikern bekannt, sehr differenziert die Mentalitätsunterschiede zwischen 1912 und 2012 hervor, verhehlte jedoch nicht die aktuellen Defizite bei den Möglichkeiten der Kriegsverhütung.¹ Außerhalb des eigentlichen Programms fand am Nachmittag des letzten Konferenztages im voll besetzten Basler Münster eine wirkungsvolle Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Schweiz statt. Wie schon in vielen Referaten der Konferenz wurde von allen Rednern wie auch vom Hauptredner *Erhard Eppler* (SPD) die schreiende soziale Ungerechtigkeit sowohl in den reichen Industrienationen, in den sog. Schwellenländern wie in den Entwicklungsländern (sowie auch zwischen diesen Ländern) als eine Hauptursache für die Gefahr und das Entstehen bewaffneter Konflikte angeprangert. Am eindrucksvollsten sprach dies Kirchenratspräsident *Lukas Kundert* aus, der an prägnanten aktuellen Beispielen den Skandal von Unfrieden, Ungerechtigkeit, Verfolgung und Krieg verdeutlichte (Links zu den Texten der Referate: <http://www.sp-bs.ch/?q=content/100-jahre-friedenskongress-der-sozialistischen-internationale-0>).

Die Frage, ob in dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (man denke nur an die Macht der Rüstungsindustrie und an die Rohstoffkriege) eine weitgehend von bewaffneten Großkonflikten freie Welt möglich sein könnte, wurde jedoch weder auf der wissenschaftlichen Konferenz noch auf der politischen Kundgebung im Münster aufgeworfen.

Ottokar Luban

¹ Die Veranstalter haben erfreulicherweise dank guter Öffentlichkeitsarbeit eine starke Außenwirkung in den Medien erzielt (<http://basel1912-2012.ch/pressespiegel.html>).

Kybernetik, Informatik, Logik und Semiotik

Konferenz zum 100. Geburtstag von Georg Klaus, HTW Berlin,
7. bis 8. Dezember 2012, Berlin

Diese gemeinsame Tagung¹ der Leibniz-Sozietät, der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, konzipiert und vorbereitet auf das entschiedene Wirken von *Klaus Fuchs-Kittowski* hin, war Leben und Werk von Georg Klaus gewidmet, eines auch international anerkannten ostdeutschen Philosophen, Hochschullehrers und Akademie-mitglieds, der insbesondere das Ringen um kybernetische Ansätze in der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR in den 1960er Jahren maßgeblich mit prägte.

In *Michael Eckardt* hatte Fuchs-Kittowski einen rührigen und wendigen Koorganisations gefunden, der nicht nur ein breites Spektrum von Klaus-Kennern und -Weggefährten zusammengebracht hatte, sondern auch die Herausgeber der *Zeitschrift für Semiotik* überzeugen konnte, in Band 33, Heft 3-4 eine Reihe von Tagungsbeiträgen zur fachlichen und historischen Einordnung von Georg Klaus zu publizieren, die zur Tagung selbst bereits in gedruckter Form vorlagen. Ein weiterer Protokollband soll 2013 im Trafoverlag erscheinen.

In der Biografie von Georg Klaus² konzentrieren sich viele für die Anfangszeit der DDR typische Momente, ohne deren Berücksichtigung ein angemessenes Verständnis des ersten staatlichen Sozialismusversuchs auf deutschem Boden nicht zu haben ist. Aus proletarischen Verhältnissen stammend beginnt Klaus Anfang der 1930er Jahre ein Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Erlangen. Faschismus und Krieg unterbrechen die Bildungsbiografie dieses talentierten jungen Mannes und aktiven Kommunisten auf brutale Weise. Nach „Untersuchungshaft, Gefängnisstrafe, Einzelhaft, Konzentrationslager, Studierverbot, Kriegseinsatz an der Ostfront mit schwerer Verwundung“ konnte er „erst 1947 sein Studium wieder aufnehmen, welches er 1948 an der Universität Jena mit der Promotion abschloss“³. Es griffe zu kurz, derartige „Blitzkarrieren“ allein in den Kontext einer „Sowjetisierung“ der ostdeutschen Philosophie zu stellen, denn eine solche Sicht verkennt die zähe autodidaktische Leistung einer Generation von Neulehrern, die ihrerseits für die nur wenige Jahre jüngere „Generation ABF“⁴ prägend war, und die sich in keiner Weise an irgendwelchen „klassischen“ Bildungsbiografien messen lassen.

¹ Mehr zum genauen Programm siehe <http://leipzig-netz.de/index.php5/HGG.2012-12-07>.

² Ausführlicher: Michael Eckhardt, Georg Klaus und die Semiotik, in: *Zeitschrift für Semiotik*, 33, Heft 3-4, 2011, S. 167-183.

³ Ebenda, S. 168.

⁴ Mehr dazu etwa in Rainer Thiels Autobiografie „Neugier – Liebe – Revolution“, Berlin 2010.

Aspekte des intellektuellen, eingreifenden und politischen Wirkens von Georg Klaus in der DDR prägten die Beiträge des ersten Tags der Konferenz, wobei neben der Kybernetik vor allem das „Philosophische Wörterbuch“⁵ sowie die erkenntnistheoretischen Arbeiten von Georg Klaus⁶ eine zentrale Rolle spielten. *Siegfried Wollgast* betonte in seinem Eingangs-Beitrag „Georg Klaus und die Geschichte der Philosophie“, dass „Philosophiegeschichte das Epizentrum der (neueren) Philosophie“ sei, wofür es eine Reihe von Gründen geben mag und etwa Hermann Ley (Berlin)⁷ oder Helmut Seidel (Leipzig)⁸ auch DDR-philosophisch in diesem Sinne tätig waren. Klaus' Schwerpunkte lagen, wie die weiteren Redner betonten, an anderer Stelle – den philosophischen Konsequenzen moderner naturwissenschaftlicher und technischer Entwicklungen. Dass damit vielfältige Spannungsverhältnisse⁹ gerade auch mit dem Inhaber des Lehrstuhls „Philosophische Fragen der Naturwissenschaften“ an der Berliner Humboldt-Universität verbunden waren, betonte nicht nur *Rainer Thiel* in seinem Beitrag.

Die Beiträge am Vormittag des zweiten Tags konzentrierten sich auf aktuelle Entwicklungen in Bereichen, die Georg Klaus bis zu seinem Tod im Jahre 1974 beschäftigt haben, und ließ die Visionarität vieler seiner Ansätze erahnen, die in Honeckers DDR bereits nach 1970 still beerdigt wurden.

Der Nachmittag des zweiten Tages war den Ambivalenzen des politischen Wirkens von Georg Klaus gewidmet, mit sehr beeindruckenden Beiträgen insbesondere von *Michael Eckardt* und *Manfred Bierwisch*.¹⁰ In der Diskussion dazu, vor und mit vielfältig gemischtem Publikum, alters- und herkunftsmäßig, spielten dann eher die eigenen Sichten auf jene Zeit die prägende Rolle. Besonders Manfred Bierwisch gelang es, in vorsichtigen Tönen die Lebensleistung von Georg Klaus in einer Gesamtschau zu würdigen, in der auch die traumatischen Erlebnisse der Nazi- und Kriegszeit angemessenen Platz fanden.

Hans-Gert Graebe

⁵ Georg Klaus, Manfred Buhr (Hrsg.), *Philosophisches Wörterbuch*. Leipzig 1964. Seit 1970 zweibändig, weitgehend jährlich überarbeitete und erweiterte Neuauflagen bis zum Tod von Georg Klaus im Jahre 1974, danach weitere Auflagen. Anerkanntes Standardwerk in Ost wie West. Siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Philosophisches_Wörterbuch_\(Klaus-Buhr\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Philosophisches_Wörterbuch_(Klaus-Buhr)).

⁶ Dazu sehr kenntnisreich vor allem Hans-Christoph Rauh, *Zur logisch-semiotischen Spezialisierung auf die Erkenntnistheorie bei Georg Klaus*, in: *Zeitschrift für Semiotik*, 33, Heft 3-4, 2011, S. 287-307.

⁷ Siehe hierzu Wolfgang Förster, *Zur „Geschichte der Aufklärung und des Atheismus“ von Hermann Ley*, in: Z 81, März 2010, S. 98ff., und Z 82, Juni 2010, S. 108ff.

⁸ Siehe hierzu Helmut Seidels mehrbändige „Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie“, Berlin (und Köln) 1980, 1984, 1990, sowie der posthum herausgegebene vierte Band, Berlin 2010.

⁹ Siehe hierzu Thiels Autobiografie, a.a.O., insb. S. 135ff. und S. 154ff.

¹⁰ Beide Beiträge sind ebenfalls im genannten Band der *Zeitschrift für Semiotik* zu finden.

Wohnungspolitik

Wohnungspolitische Konferenz der LINKEN,
15. Dezember 2012, Göttingen

Jahre lang blieb die Wohnungspolitik vor allem dem kleinen Kreis der Fachleute aus Wohnungswirtschaft und Mieterverbänden überlassen. Das hat sich mittlerweile geändert: Die Wohnungspolitik ist zu einem Top-Thema geworden. Es vergeht kaum eine Woche ohne Schlagzeile auf einem der auflagenstarken Magazine oder Tageszeitungen. Auch der Bundesvorstand der LINKEN hat die Bedeutung des Themas erkannt und Anfang 2012 eine mieten- und wohnungspolitische Offensive beschlossen. Teil dieser Offensive war eine wohnungspolitische Konferenz „Damit Wohnen bezahlbar bleibt – Mieten deckeln, Sozialer Wohnungsbau jetzt!“, die am 15. Dezember 2012 in Göttingen stattfand.

Die Bedeutung, die DIE LINKE dem Thema beimisst, wurde durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden *Bernd Riexinger* unterstrichen. Er wies einleitend auf die Mietpreisexplosion und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem in den Wachstumsregionen hin und forderte eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Wichtige Elemente dieser linken Wohnungspolitik sollen ein verstärkter sozialer Wohnungsbau, das Verbot von Wohnungsverkäufen an renditeorientierte Unternehmen und die Unterbindung horrender Mietsteigerungen bei Neuvermietung sein. Zudem kündigte er an, dass die Wohnungspolitik ein zentrales Thema des LINKEN Bundestagswahlkampfes sein werde.

Aus niedersächsischer Sicht wurden diese Ausführungen durch *Ursula Weisser-Roelle*, Spitzenkandidatin der LINKEN bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Februar 2013, ergänzt.

DIE LINKE wollte nicht im eigenen Saft zu schmoren und hatte drei Gäste um Beiträge gebeten. *Elke Kahr* von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) berichtete von der erfolgreichen Politik ihrer Partei in Graz, wo sie auch dank ihres wohnungspolitischen Profils bei den letzten Gemeinderatswahlen fast 20 Prozent der Stimmen erreicht hat. Markenzeichen der Grazer KPÖ sei ihr seit 1996 angebotener Mieternotruf. Hier werde ratsuchenden Mieter/innen bei Mietverträgen und Betriebskostenabrechnungen ebenso geholfen, wie bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Im Mittelpunkt der kommunistischen Wohnungspolitik in Graz stünden die Gemeindefamilienwohnungen. Ihre Zahl soll nach den Vorstellungen der KPÖ durch ein Sonderwohnbauprogramm weiter erhöht und ältere Gemeindefamilienhäuser saniert werden.

Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor Deutscher Mieterbund (DMB), kritisierte eingangs das kurz zuvor im Bundestag von CDU/CSU/FDP beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz, ein Gesetz, das – so Siebenkotten – zu drastischen Mietrechtsverschlechterungen führe. Zudem greife es die eigentlichen Probleme auf dem Wohnungsmarkt gar nicht auf: Es gebe zu wenig öffentliche Anstrengungen, wenigstens die aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen zu ersetzen.

Doch er warnte auch, dass Neubau zwar erforderlich sei, allein aber nicht ausreiche. Erforderlich sei auch eine Wohnungsbestandspolitik im Interesse der Mieter/innen. Vor allem die jährlich umziehenden 11 Prozent der Haushalte müssten vor Mietpreiserhöhungen geschützt werden. Seine Forderung nach einer Begrenzung der Neuvertragsmiete fand auf der Konferenz viel Zustimmung. Schließlich rief *Mike Nagler* vom Institut für Bauwirtschaft der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig das unrühmliche Dresdner Beispiel in Erinnerung und kritisierte den 2006 erfolgten Verkauf der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft an den Hedge-Fonds Fortress. Um solche Verkäufe zukünftig zu verhindern und den kommunalen Wohnungsbestand zu erhöhen, schlug er ein gesetzliches Verbot weiterer Verkäufe von öffentlichen Wohnungsbeständen an Finanzinvestoren, Private-Equity oder Hedge-Fonds und ein Programm zur (Re-)Kommunalisierung von Wohnungen vor.

Nachmittags schlossen sich Arbeitsgruppen zu den Themen sozialverträgliche Mieten, sozialer Wohnungsbau und zukunftsfähige Kommunen an.

Die von *Katrin Lompscher*, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecherin der BAG Städtebau- und Wohnungspolitik der LINKEN, vorgetragene Ergebnisse der Arbeitsgruppe sozialverträgliche Mieten ging an einigen Punkten über die Positionen des DMB hinaus. So wurde eine Abschaffung der Modernisierungsumlage – und nicht nur deren Begrenzung auf 9 Prozent – gefordert. Unter den Teilnehmern/innen kontrovers diskutiert wurde der richtige Weg zur Begrenzung der Wohnkosten: Soll die Miete in Relation zum Einkommen festgesetzt werden – etwa auf 30 Prozent des Nettoeinkommens – oder durch eine generelle Mietpreisbegrenzung auf 4 bis 6 € pro m² Wohnfläche? Einigkeit bestand hingegen bei der Forderung, dass Mieterhöhungen in Folge einer energetischen Sanierung nur in Höhe der Energieeinsparung zulässig sein sollen. Eine solche Warmmietneutralität wird nur mit massiven staatlichen Zuschüssen zu verwirklichen sein.

Heidrun Bluhm, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, berichtete über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum sozialen Wohnungsbau. Um das Ziel ausreichend großer auf Dauer mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungsbestände zu erreichen, setzt DIE LINKE auf einen demokratisch regulierten Wohnungsbau in kommunaler Verantwortung, der über revolvingierende Fonds finanziert wird. DIE LINKE strebt hierzu den Aufbau eines wiederbelebten Sektors „neuer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen“ an. Zur Finanzierung dieses gemeinnützigen Wohnungsbaus ist es erforderlich, dass der Bund sich auch über 2013 an der sozialen Wohnraumförderung beteiligt.

Tomas Grohé, ebenfalls Sprecher der BAG Städtebau- und Wohnungspolitik der LINKEN, berichtete, dass in der Arbeitsgruppe über zukunftsfähige Kommunen Verhinderung der Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus ihren angestammten Quartieren und die Forderung nach einer wirklich partizipativen Planungskultur im Mittelpunkt gestanden habe.

Insgesamt vermittelte diese Konferenz einen interessanten Einblick in die wohnungspolitische Debatte der LINKEN. Neben thematischen Einzelaspekten ist ein wichtiges Kennzeichen dieser Debatte, dass sich DIE LINKE um eine Wohnungspolitik aus der Sicht der Mieter/innen bemüht und der Mobilisierung der Mieter/innen große Bedeutung beimisst.

Es war aber auch nicht zu übersehen, dass es der LINKEN noch an einer geschlossenen wohnungspolitischen Alternativkonzeption fehlt. Die ausliegenden Kopien mit Auszügen aus dem erst kürzlich beschlossenen Grundsatzprogramms der LINKEN unterstrichen diesen Eindruck noch. Dort sind einige Ideen aufgeführt und ist allenfalls eine grobe Richtung erkennbar, in die DIE LINKE wohnungspolitisch gehen will. Diese Lücke wird sich kurzfristig durch ein Wahlprogramm nicht schließen lassen. Die gewachsene Aufmerksamkeit für das Thema Wohnen kann aber Anstoß und Rückenwind sein, eine solche wohnungspolitische Alternativkonzeption zu erarbeiten.

Dies wird nicht von der LINKEN allein zu leisten sein. Die Partei sollte deshalb die Chance nutzen, die Kompetenz ihrer parlamentarischen und außerparlamentarisch Wohnungspolitiker/innen in diesen Prozess einzubringen und das Gespräch mit den Mieterverbänden, Gewerkschaften, wohnungspolitischen Basisinitiativen und alternativen Bauprojekten suchen.

Hans Günter Bell

Leidenschaft der Kritik

Tagung zu „Perspektiven Kritischer Theorie“ an der Universität Gießen, 18. bis 19. Januar 2013, Gießen

Am 18. und 19. Januar veranstaltete die Uni Gießen in Gemeinschaft mit der GEW, dem BdWi, der RLS Hessen, der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) und den Asten der Unis Gießen, Marburg und Frankfurt eine Tagung „Leidenschaft der Kritik. Perspektiven Kritischer Theorie“. Laut Tagungsbeschreibung sollten „zentrale Themen zeitgenössischer kritischer Gesellschaftstheorie“ zur Diskussion gestellt werden. Die „Aktualität und Notwendigkeit der Konferenz“ habe „sich nicht nur aus den dramatischen Umbrüchen im Zuge der vielfältigen gesellschaftlichen Krisen der letzten Jahre“ ergeben, „sondern auch aus der Tatsache, dass kritisches, eingreifendes Denken keinen selbstverständlichen Ort im öffentlichen Diskurs hat.“

Sonja Buckel (Frankfurt am Main, Institut für Sozialforschung) referierte über „Intersektionale Kapitalismusanalyse“. Darunter versteht sie eine Analyse konkreter Politiken und ihrer intersektionalen Auswirkungen „vom Ausgangspunkt miteinander verwobener gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse“ (Kapital, Gender, ‘Rasse’, Neokolonialismus etc.). Das Kapitalverhältnis stehe im Mittelpunkt der Analyse, weil es alle anderen Herrschaftsver-

hältnisse überforme und als bürgerliche Produktionsweise jene überhaupt erst „als Herrschaftsverhältnisse sichtbar mache und einer relationalen Erklärung“ zuführe. Da das Kapital jedoch nicht als „expressive Totalität“ gedacht werden könne, könnten nicht alle Herrschaftsverhältnisse auf jenes „reduziert werden“, sondern bilden „teils seine historischen Voraussetzungen“.

In *Rahel Jaeggis* (Berlin, Professorin für Praktische Philosophie an der HU) Vortrag ging es um das komplementäre Defizit von Sozialphilosophie und Soziologie. Einerseits herrsche der „Normativismus“ vor, andererseits die „antinormativistische Verkürzung von Normen auf Machtmittel“. Die Soziologie müsse Kritik materialistisch ‘im Handgemenge’ verorten und Normen nicht beim Wort nehmen, sondern materialistisch-praxisphilosophisch als funktionale Elemente und Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung und der ihr immanenten (Werte-)Krise begreifen.

Joachim Hirsch (Frankfurt/M., emer. Hochschullehrer) kritisierte die „Staatsleidschaft der Linken“. Er benannte die Haltungen ‘der’ Linken im Wechsel der Zeit und stellte programmatische Forderungen: „Materialistische Staatskritik in emanzipatorischer Absicht“ müsse den Staat als Herrschaftsverhältnis erkennen und seine historisch-spezifischen „Formzwänge reflektieren“. Sich diesen „unkritisch anzukommodieren“ und sich praktisch „auf sie einzulassen, bedeute[!] das Gegenteil“. Damit sei keiner abstrakt-radikalen Staatskritik, „die im Mob endet“, oder einer Abstinenz notwendiger reformistischer Politik das Wort geredet. Eine freie Gesellschaft werde auch eine „zentrale politische Gewalt“ brauchen, nur eben keine von der verselbständigten Produktionsweise erzwungene (= ‘Staat’).

Roland Atzmüller (Linz, Assistenzprofessor am Institut für Soziologie der Universität) konstatierte in seiner an Poulantzas orientierten Krisenanalyse eine soziale und ideologische Krise des Kleinbürgertums. Die kontinuierliche Durchsetzung des Neoliberalismus führe zur Krise seines hegemonialen Projekts, was sich in der „Erosion der Mittelklasse“ ausdrücke. Die Veränderung der „Konstitutionsbedingungen des Kleinbürgertums“ (z.B. Kommodifizierung staatlicher Leistungen, Transformation zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus) äußere sich in verschärfter „Statusangst und Unsicherheit“, zunehmend „anti-staatlicher und pro-marktwirtschaftlicher Orientierung“ und einer Erschütterung des Glaubens an Leistungsgerechtigkeit, der durch „soziale Schließung gegenüber Migranten und Arbeitern“ zu retten versucht wird.

Andreas Niederberger (Frankfurt/M., Vertretungsprofessor für Praktische Philosophie an der Universität Duisburg-Essen) behandelte das Verhältnis von ‘transnationalem Konstitutionalismus’ (tnK) und emanzipativer Demokratie. Der tnK sei „informell“, beruhe „funktional auf Interessen“ und bestehe aus „fragmentierten und sich überlagernden Rechtsprinzipien“. Recht überhaupt sei Macht gegenüber relational autonom und real ambivalent: einerseits könne es Gewalt zur Willkür „entformalisieren“ (z.B. Patriot Act), andererseits bewirke es durch Formalisierung „Empowerment bisher Rechtsloser“. Für das Recht und den tnK spräche, dass „die Kontingenz der Möglichkeit, an eigener

und fremder Selbstbestimmung und Herrschaftsfreiheit mitzuwirken“, aufgehoben werde. Es gebe zwar „keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Recht und Demokratie“, aber „ohne Verrechtlichung“ ließe „sich Demokratie im emanzipativen Sinne gar nicht realisieren.“ Buckel ergänzte, die ‚Ambivalenz‘ liege am ökonomisch formbestimmten Inhalt (Willensverhältnis der Warenhüter), der zur Verselbständigung der Rechtsform und deren Konkretisierung „in Hegemonieprozessen“ führe.

Christine Resch (Frankfurt/M., Privatdozentin am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse) zufolge liegt die Abwesenheit kritischer „Intellektueller in der Krise“ an der Unterrepräsentation kritischer Intellektueller in der medialen Öffentlichkeit. Das unterscheide die aktuelle Lage vom Fordismus (z.B. Adornos Rundfunkbeiträge). Aktuell habe die TINA-Formel uneingeschränkte Autorität und die neoliberale Politik kaum Legitimationsprobleme. Deshalb könne die Kulturindustrie weniger in die Pflicht genommen werden, kritische Stimmen zu berücksichtigen. „Die Macht der Drohung, Exklusion und Angst“ habe hegemoniale Integration abgelöst. Unter Bedingungen „repressiver Toleranz“ sei der Kritikinhalt zwar irrelevant gewesen, aber man habe wenigstens auf zukünftige Relevanz hoffen können. Heute habe „Flaschenpost aber keinen Sinn mehr.“ Buckel wandte ein, dass es im Fordismus nicht nur Hegemonie und Zwang, sondern auch materielle Zugeständnisse gab, was der entscheidende Unterschied zum Postfordismus sei. Hegemonie sei nie auf den Konsens Aller angewiesen.

Uwe Bittlingmayer (Freiburg, Professor am Institut für Soziologie der PH) ging ebenfalls von einem aktuellen Defizit kritischer Gesellschaftstheorie aus, jedoch vor dem Hintergrund der sogenannten ‚Wissengesellschaft‘. Diese sei eine „Anti-Bildungsgesellschaft“, in der Bildung einerseits zur Ware verkomme, andererseits zum Bildungskapital im Bourdieu’schen Sinne (nützliches „Wissen über das zufällige ‚So-sein-der-Dinge‘,“) und Herrschaftsinstrument. In „Distinktionspraxen“ werde Individuen durch das Bildungsbürgertum Bildung und Reflexionsfähigkeit zu- oder abgeschrieben. Wer z.B. Abitur hat, gelte als gebildet. Nach Adornos normativem und zugleich kritischem Begriff sei *Bildung* weder ein Kanon noch Selbstzweck, sondern die Bildung eines im Ansatz bei jedem vorhandenen kritischen Vermögens, „Mittel der Gesellschaftskritik“.

Manuela Bojadžijev (Berlin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der HU) sprach über „kritische Rassismusforschung“. Der auf dem Rassekonzept beruhende biologische Rassismus sei durch den modernen Kulturrassismus abgelöst worden. In diesem würde die „Menschheit nach Effizienzkriterien unterteilt“ und sozial bedingte „Eigenschaften, wie z.B. Intelligenz“, gleichzeitig „individualisiert und naturalisiert“, wozu die Inwertsetzung des Körpers, z.B. in der Pharmaindustrie, beitrage. In der Rassismustheorie wiederhole sich dagegen das „alte Problem der Geschlechterforschung“: die Unklarheit darüber, ob man die „Hierarchisierung oder die Unterschiede selbst abschaffen will“. Als Strategie kritischer Rassismusfor-

schung schlug sie vor, „rassistische Erzählungen“ auf einem vertrauteren Feld, z.B. der Ökonomie, und in dessen Begriffen zu rekonstruieren, um dann den ‘Rest-Rassismus’ besser zu erklären und zu kritisieren.

Das Schlusswort hatte *Alex Demirović* (Gießen/Basel, derzeit Gastprofessor an der Universität Gießen), der nach der Kritik nochmal „das Positive, die Utopie“ hervorheben wollte. Er verglich Joachim Hirsch und sich selbst mit Adorno und Horkheimer, der zu jenem einmal gesagt haben soll: „Teddy, uns fehlt das Positive.“ Es gehe ihm dabei jedoch nicht um die abstrakte Utopie einer konfliktfreien Gesellschaft. Man solle „nur die Aufgaben lösen, die sich einem geschichtlich stellen.“

Ingmar Gräff

Einladung zur SALZ – Konferenz Ökologie, (Anti-) Militarismus, (Anti-)Imperialismus & Weltwirtschaft

13. und 14. April 2013, Cafe´Buch-Oase Kassel

Kapitalismus ohne Ausbeutung, Rohstoffkriege & Umweltzerstörung... gibt es nicht.

Aber vielleicht fällt uns ja etwas Besseres ein!



Mit den ReferentInnen Ecehan Balta, Klaus Engert, Claudia Haydt, Inge Höger, Hans-Gerd Öfinger, Peter Strutynski, Rudolf Schäfer

Kultursaal, Cafe´Buch-Oase, Germaniastraße 14, 34119 Kassel. Einlass: 09:30, Beginn: 10:00

www.bildungsgemeinschaft-salz.de



Neue Edition des „Manifests“

Gareth Stedman Jones, *Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Einführung, Text, Kommentar aus dem Englischen von Catherine Davies, Verlag C. H. Beck, München 2012, 319 S., 14,95 Euro*

Noch ein englischer Professor, den es treibt, sich zu Marx zu äußern. Die Freude über Terry Eagletons *Warum Marx recht hat* (Berlin 2012) war noch lebendig, Eric Hobsbawms schönes Buch *Wie man die Welt verändert* (München 2012) – übrigens auch mit einem Kapitel über das *Kommunistische Manifest* – war eben aus der Hand gelegt, als vorliegende Edition ins Haus flatterte.

Wie verschieden sie sind, und wie es doch einen objektiven Grund für diese Häufung geben wird. Großbritannien muss wohl, wie schon zu Marx' und Engels' Zeiten, ein bevorzugtes Pflaster für die Beobachtung von Widersprüchen der kapitalistischen Welt sein? Der katastrophale Niedergang der Industrie mit hoher Arbeitslosigkeit und Jugendunruhen im Gefolge, die lang andauernde Auflösung des Commonwealth, die überdimensionierte Rolle des Banken- und Finanzzentrums London, die unklare Haltung zum vereinigten Europa, die unlösbare Krise in Nordirland und manch andre trübe Anzeichen lassen nach Autoritäten für Krisenanalyse umschauen.

Zunächst ist zu begrüßen, dass wieder eine Ausgabe mehr des *Manifests* vorliegt, mit allen späteren Vorreden von Marx und Engels und mit vielen gelehrten Anmerkungen.

Der Hauptteil des Buches, die Einfüh-

rung mit ca. 200 S., wurde schon 2002 geschrieben und veröffentlicht, jedoch ist seitdem erschienene Literatur jetzt teilweise berücksichtigt, darunter neue Bände der MEGA, deren Bedeutung J. würdigt. Aber der Haupttext ist mehr als ein Jahrzehnt alt, entstand in der nun schon wieder ein wenig antiquierten Atmosphäre des (zumindest in dieser Form und diesem Tempo) unerwarteten Zerfalls der Sowjetunion, der Euphorie des Berliner Mauerfalls, des „Sieges über den Kommunismus“, und man sollte dem Autor zugutehalten, dass er heute diese oder jene Formulierung vielleicht schon wieder etwas anders fassen würde.

Gerade in einem Text über das *Manifest* sollte klar und deutlich hervorgehoben werden, dass seine auf die freie und allseitige Entfaltung des Individuums gerichtete Kernforderung („An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“) in den Ländern des „realen Sozialismus“ weder erkannt noch erfüllt wurde. Aus diesem Grunde – aber bei weitem nicht nur aus diesem – hat Marx mit dem Fiasco des „realen Sozialismus“ im Prinzip nichts zu tun. Gerade am ständigen aber unverständigen Berufen aufs *Manifest* und im Zitieren seines Kernsatzes in den Parteiprogrammen dieser Zeit zeigte sich theoretische Stagnation, enthüllte sich das Abweichen von Marx, der sein Leben lang auf unvoreingenommenes, kritisches Weiterforschen bestanden hatte. Daher liegt der Versuch, eine Gesellschaftsordnung (auch) auf den Erkenntnissen von

Marx zu gründen, nicht hinter, sondern vor uns, wenn wohl auch in einer ziemlich fernen Zukunft.

Wenn J. postuliert (S. 17), vieles, was im *Manifest* behauptet wird, sei „eher dem Reich der Mythologie als dem der Fakten zuzuordnen“, liegt das zum einen an seiner Hauptthese, der Marxismus stamme aus „einer religiösen Reformbewegung“, zum anderen an der Tatsache, dass im *Manifest* die Ökonomie noch wenig begründet ist. Aber Marx hat – und das sollte man doch bei dieser Gelegenheit erwähnen – in den ihm nach dem *Manifest* noch verbliebenen drei Jahrzehnten seine Gesundheit und das Glück seiner Familie dafür geopfert, diesen wissenschaftlichen Beweis nachzuliefern!

Umfassender als andere Autoren bezieht J. die junghegelianische Debatte in die Vorgeschichte des *Manifests* ein, aber das war keine religiöse Bewegung, sondern von Anfang an, schon bei Strauß, eine religionskritische, wenn auch nicht in der provokativen, schädlichen Form wie dann später bei Bruno Bauer. Theoretisch führende Junghegelianer wie Heine, Hagen, Echtermeyer, Köppen sprachen von einer „neuen Reformation“, in der es nicht um Änderungen der Kirchenlehre ging, sondern um eine vom Gedankengut der Aufklärung inspirierte Vermittlung des antiken Denkens mit der Weltanschauung des 16. bzw. 19. Jahrhunderts, um völlige Überwindung von Mystizismus, Scholastik und Lebensfeindlichkeit. Es ging Hegel und den Junghegelianern nicht um Religion, sondern um Aufklärung, freie Wissenschaft, Herrschaft der Vernunft, Befreiung des Individuums.

Die Tendenz der Einführung von J. geht dahin, den Kern der kommunistischen Analyse von 1848 verschwimmen zu lassen. Der Leser wird nicht genügend auf die einfache aber entscheidende Tatsache hingeführt, dass das *Manifest* aus einer jahrelangen Programmdiskussion hervorging, dass es als Auftragsarbeit einer sich konstituierenden Partei, des Bundes der Kommunisten, verfasst wurde, dass diese Partei und das *Manifest* in untrennbarer Einheit entstanden. Die seit 1973 vorliegende Broschüre *Wie das Manifest entstand* (in 8 Sprachen übersetzt) wird nicht erwähnt, die 3-bändige Dokumentenpublikation *Der Bund der Kommunisten* ohne Herausgebervermerk zitiert und die einzige Monografie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (Frankfurt a.M. 2003) – die Eric Hobsbawm noch kurz vor seinem Tode mit Interesse zur Kenntnis nahm – mit keinem Wort erwähnt. Diese ungenügende Vertrautheit mit der Spezialliteratur führte (S. 24) zum Reinfallen auf einen irreführenden Artikel; natürlich erfolgte der Erstdruck des *Manifests* nicht in Deutschland, sondern im Februar 1848 in London.

In einer Fußnote auf S. 24 ist Helen Mcfarlane erwähnt, die Autorin der ersten Übersetzung des *Manifests* ins Englische aus dem Jahre 1850. Das ist Anlass genug zu erwähnen, dass nun endlich eine Biografie dieser mutigen und lebensvollen Frau vorliegt, aus der Feder der schottischen Historiker David Black und Louise Yeoman¹.

Martin Hundt

¹ Woman with a Past. Episode 3 Helen Mcfarlane Presented by Susan Morrison <http://www.bbc.co.uk/programmes/b01nxxw6g>

Engels' Geschichte Irlands

Marx-Engels Jahrbuch 2011, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2012, 263 S., 39,80 Euro

Der Themenschwerpunkt des Jahrbuches lautet: „Friedrich Engels, Geschichte Irlands‘ (1869/70) im Kontext der deutsch-irischen Beziehungen im 19. Jahrhundert.“ Es handelt sich also um ein Buch über ein Buch, das nie zu Ende geschrieben und dessen zwei tatsächlich vorhandene Kapitel nicht einmal ins Jahrbuch aufgenommen wurden.

Faktisch ist es ein Tagungsband. Im August 2011 führten die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und das Zentrum für deutsch-irische Studien in Limerick mit Unterstützung der irischen Botschaft in Berlin eine Konferenz zu diesem Thema durch. Sie behandelte neben dem Fragment auch Engels' umfangreiche Vorarbeiten zu diesem Buch, seine Exzerpte zur Natur-, Sozial- und Politikgeschichte Irlands, die noch nicht in der MEGA erschienen sind. Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis ruft daher Verwunderung darüber hervor, dass von den zehn Autoren zu diesem Themenschwerpunkt sich nur zwei direkt mit Engels' Texten und weitere zwei mit seinem praktischen Verhältnis zu Irland beschäftigen.

In der Tat hatte Friedrich Engels im Jahr nach seiner zweiten Irlandreise von 1868 damit begonnen, eine Geschichte Irlands zu schreiben. Er studierte die umfangreiche Literatur, seine Liste umfasst allein 150 Titel, und sichtete zahlreiche historische

Quellen. Er vertiefte sich in altirische Quellen und begann, Irisch zu lernen, um die englischen Quellenübersetzungen mit den irischen Originalen vergleichen zu können. Von den Darstellungen zog er vor allem englischsprachige und deutschsprachige heran. 1870 begann er mit der Niederschrift: Zwei Kapitel wurden fertig, eines über „Naturbedingungen“, ein anderes über „Altirland“. Diese Fragmente sind im MEGA-Band I/21 publiziert. Für zwei weitere Kapitel, „Englische Eroberung“ und „Die englische Herrschaft“, existieren vorbereitende Exzerpte, Notizen und Bemerkungen. Außerdem liegen umfangreiche Textauszüge in 16 Heften von Engels zu Irland vor, deren Edition einen ganzen Band der MEGA füllen wird. Wegen des deutsch-französischen Krieges 1870 unterbrach Engels die Arbeit – und nahm sie nicht wieder auf.

Friedrich Engels wollte eine wissenschaftlich fundierte Geschichte und Landeskunde Irlands schreiben, er berücksichtigte naturhistorische, historische, juristische, wirtschaftliche und soziale Aspekte dieser Geschichte. Jürgen Herres umreißt im Jahrbuch Engels' Herangehen und resümiert dessen Positionen. Er zitiert zustimmend die Auffassung von Jenny Marx (Tochter), dass Engels sein Irland-Buch als eine Art Fortsetzung seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von 1844 plante. (15)

Sein Ausgangspunkt sind die Naturbedingungen der Insel. „Wofür bestimmte das Klima die irische Insel? Für Ackerbau oder für Viehzucht oder für beides? Derlei Naturtatsachen waren für Engels historisch und politisch bedingte Tatsachen.“ (Herres,

S. 15) Aus Engels' Sicht „konnte Englands Eroberung der Nachbarinsel weder durch geographische Notwendigkeiten noch durch moralisch-historische Überlegenheitsansprüche gerechtfertigt werden. Ursache waren vielmehr Machtwille und ökonomischer Ehrgeiz“. (Ebd.)

Einen kursorischen Überblick über die Fragen, Positionen und Analysen von Marx und Engels zu Irland in ihren Artikeln, Briefen, Manuskripten und Schriften gibt Herres in seinem Beitrag. Die meisten anderen Beiträge zum Thema geben bestimmte Facetten der deutschen Rezeption der irischen Geschichte und Gegenwart im 19. Jahrhundert wieder, in die sich Engels' Beschäftigung mit Irland einordnet. Die theoretisch und politisch interessantesten Punkte der Stellungnahmen von Marx und Engels zu Irland sind m.E. einmal die wirtschaftlichen Grundlagen der englischen Herrschaft über Irland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zum anderen die Hoffnungen beider auf eine Initialzündung der englischen Revolution durch die irischen Revolutionäre – mit Hilfe der englischen Arbeiterklasse, versteht sich.

Marx ging davon aus, dass seit der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Katastrophe der großen Hungersnot 1846 der ökonomische Gehalt und daher auch der politische Zweck der englischen Herrschaft sich wandelten. Wie Marx bestimmte auch Engels die Iren gegenüber den Engländern als eine eigene Nation. Er übernahm von Marx die Periodisierung der Kolonialherrschaft und wollte in dem geplanten Buch die irische Geschichte des 19. Jahrhunderts

untergliedern in die „Zeit der Kleinbauern 1801-1846“ und die „Zeit der Ausrottung 1846-1870“. Auch er sah die große Hungersnot als die entscheidende Epochenwende der englischen Kolonialherrschaft in Irland.

Was den ökonomischen Inhalt der englischen Herrschaft nach dieser Wende angeht, so schrieb Marx in einem Brief an Engels vom 10. Oktober 1868: „Während die Herrn Ökonomen es als reinen Dogmenstreit behandeln, ob die Grundrente Zahlung für natürliche Bodendifferenzen oder aber bloßer Zins für das im Boden angelegte Kapital sei, haben wir hier (in Irland, WR) einen praktischen Kampf auf Leben und Tod zwischen farmer u. landlord, *wieweit* die Rente *außer* der Zahlung für Bodendifferenz *auch* die Zinsen des nicht vom Landlord, sondern vom Pächter im Boden angelegten Kapitals einschließen *solle*. Nur dadurch, daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgnen Hintergrund bilden, kann man die politische Ökonomie in eine positive Wissenschaft verwandeln.“ (MEW, 32, S. 180f.). Bereits 1855 hatte Marx in einem Zeitungsartikel *Irlands Rache* geschrieben, eine angelsächsische Revolution wälze die irische Gesellschaft von Grund auf um: „Diese Revolution besteht darin, daß das irische Agricultursystem dem englischen Platz macht, das kleine Pachtsystem dem großen – ebenso wie die alten Grundeigentümer modernen Kapitalisten.“ (17), (MEGA I/14, S. 188ff.)

So sehr Marx glaubte, das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durch das Beispiel Ir-

lands illustrieren zu können, und so geeignet dieser Wandel in Irland für Marx war, einige grundsätzliche Probleme der Grundrente klären zu helfen – seine Prognose bewahrheitete sich nicht. Das hing nicht zuletzt mit dem zweiten zentralen Problem zusammen, nämlich mit der Rolle, die Engels und Marx den irischen Revolutionären zuschrieben bzw. von ihnen erwarteten.

Der englisch-irische Konflikt hatte sich seit dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs enorm zugespitzt, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Millionen Iren, die seit 1846 nach Amerika ausgewandert waren. Für diese Zuspitzung verweist Jürgen Herres auf die gewaltsamen Aufstandsversuche der Fenier. „Marx entwickelte nun die Vorstellung, dass es sich bei der irischen Frage nicht nur um national oder lokal begrenzte soziale Gegensätze handele, sondern um einen Konflikt, der das Signal zu einer europäischen Revolution geben könnte. Diese Überlegungen legte er in Reden, Vortragsentwürfen, Resolutionen und Briefen dar. In den Entwürfen zweier Reden im November und Dezember 1867 charakterisierte Marx den ‚Fenianism‘ als ‚Socialist, lower class movement‘.“ (18) (vgl. MEGA I/21, S. 20ff.)

Die signifikanten Thesen von Marx und Engels hinsichtlich der möglichen revolutionären Rolle der irischen Freiheitskämpfer können wie folgt bestimmt werden:

Sie nannten die Fenier-Bewegung eine lower-class-Bewegung, setzten sie praktisch der proletarischen Klassenbewegung gleich, obwohl Irland damals mangels Industrialisierung

eines entwickelten Proletariats ermangelte.

Sie bezeichneten die Fenier als sozialistische Bewegung, weil deren Kampf um nationale Befreiung wirtschaftlich ein Kampf um Land und eine darauf gegründete Existenz war.

Marx erklärte die Befreiung Irlands zu einer Vorbedingung für die soziale Revolution in Europa. Da England damals die Metropole des Weltkapitals war, könne es als Hebel für eine ökonomische Revolution dienen, jede Revolution in den ökonomischen Verhältnissen Irlands werde auf die ganze Welt zurückwirken. Irland sei der Punkt, von dem aus der Schlag gegen England beginnen könne. Die Befreiung Irlands von der Zwangsunion mit England werde dort die soziale Revolution auslösen, die Rolle Irlands als Initiator bedürfe allerdings des Bündnisses mit der (ja keineswegs revolutionären) englischen Arbeiterbewegung.

Bekanntlich ist die erst teilweise vollendete nationale Befreiung der Iren nicht zum Initiator der antikapitalistischen Revolution geworden. Die Ursachen sind hier nicht zu diskutieren. Bedauerlich ist für dieses Themenheft allerdings, dass diese beiden wichtigen Punkte in der irischen Geschichte einzig im Überblicksartikel von Jürgen Herres thematisiert, nicht aber in weiteren Beiträgen behandelt worden sind. Daher bleibt nur, auf den vorbereiteten MEGA-Band mit den Engels-Texten zu warten.

Wie jeder Jahrbuchband enthält auch dieser außerhalb des Themas eine Reihe weiterer Aufsätze, so von Claudia Reichel zur Arbeitsweise von Marx als Journalist, über einen

Quellenfund sowie Rezensionen, von denen hier eine ebenso paradoxe wie faszinierende hervorgehoben sei: Hanno Strauß rezensiert die Jenny-Marx-Biographie von Ulrich Tausch (Zürich 2011) und führt uns vor, wie eine schwache, vor Klischees strotzende, sentimentale Biographie so gekonnt und souverän kritisiert werden kann, dass die Freude an seinen Formulierungen den Erkenntnisgewinn noch übersteigt. Chapeau!

Werner Röhr

Bilanz der kommunistischen Weltbewegung

Theodor Bergmann, Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung, VSA: Verlag, Hamburg 2012, 278 S., 19,80 Euro

Theodor Bergmann will mit diesem Buch – wie er eingangs feststellt – „eine positive Bilanz der kommunistischen Weltbewegung [...] ziehen, ohne die Fehler, Irrtümer und Verbrechen auszusparen“ (7). Befürchtungen, dass die schlimmen Seiten der kommunistischen Bewegung heruntergespielt werden könnten, verflüchtigen sich schon beim Lesen der ersten Kapitel. Denn hier werden wesentliche Deformationen, Systemfehler und Schandtatzen aufgedeckt – so am Beispiel der Außenpolitik der UdSSR, der Bolschewisierung kommunistischer Parteien, der „Säuberungen“, des „Hitler-Stalin-Paktes“, der Kominform und ihres Verdiktes gegen den jugoslawischen Bund der Kommunisten und schließlich des Zerfalls des „Ostblocks“ wie auch des „Großen Sprungs“ und der „Kul-

turevolution“ in China. Der Autor kann das mit dem guten Gewissen eines Vertreters der kommunistischen Opposition tun, die frühzeitig vor Gefahren gewarnt hat. Aber sein genereller Ansatz ist eben der kommunistische Menschheitstraum und das Engagement opferbereiter Vorkämpfer für dessen Verwirklichung. Und das besondere Anliegen besteht darin, Verständnis für objektive Gegebenheiten, subjektives Verhalten, für die Ursachen strategischer Fehlentscheidungen und für mögliche, oft auch versuchte Alternativen zu wecken.

Ob in seiner kritischen Bestandsaufnahme auch die Volksfrontpolitik die vom Autor vorgenommene negative Bewertung verdient, weil sie im imperialen Interesse der UdSSR dem revolutionären Kampf des Proletariats demobilisierend und kompromisslerisch entgegengewirkt habe, wird wohl noch lange eine Streitfrage bleiben. Wie mir scheint, ordnet er der Volksfrontpolitik Deformationen zu, die sich nicht zwingend aus diesem strategischen Konzept ableiten lassen. Die Erfahrungen des Spanischen Bürgerkrieges und des „Hitler-Stalin-Paktes“ einerseits und die Zwänge einer gemeinsamen Abwehr des rassistischen Völkermordes und der Weltherrschaftspläne des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten andererseits sind zwei historische Gegebenheiten, die differenzierter analysiert werden müssen.

Seine besondere Aufmerksamkeit widmet der Autor den Reformprozessen in der Volksrepublik China, die er als Zeitgenosse auch mit mehreren Aufenthalten in China und dank enger Kontakte zu chinesischen

Genossen über die Jahre hinweg verfolgt hat. Er hebt hier vier große, von Deng Xiaoping angestoßene, zu realen Veränderungen führende Diskussionen hervor, und zwar zu Wirtschaftsfragen, zur Parteigeschichte und ihren Irrwegen, zum Niedergang der Staaten des Realsozialismus und die noch in Gang befindliche Debatte über Wege der sozialistischen Demokratie (62). 2011 sei darüber hinaus die Diskussion zur Weiterentwicklung des Marxismus und zu den Problemen der sozialistischen Gesellschaft eröffnet worden. Beim Lesen des im Anhang abgedruckten Interviews, das Deng Xiaoping der italienischen Journalistin Oriana Fallaci im August 1980 gewährt hat, drängt sich die Frage auf, ob nicht auch eine Diskussion zur Außenpolitik der Volksrepublik China jener Zeit dringlich wäre. Bergmann äußert sich auch eingehender zu den Ereignissen 1989 am Tian An Men, wobei er das rigorose militärische Vorgehen gegen die Demonstranten wesentlich als eine Folge innerer Machtkämpfe zwischen Konservativen und Reformern darstellt. Der Kampf zwischen zwei Linien der Politik der KP Chinas – personifiziert in Mao Zedong und Liú Shàoqí – wird von ihm als eine durchgehende, bereits mit dem Sieg der chinesischen Revolution und der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 einsetzende permanente Auseinandersetzung behandelt.

Bergmann stellt sich der viel erörterten Frage, wie sozialistisch oder wie kapitalistisch ist die chinesische Wirtschaft. Im Unterschied zu anderen Autoren (z.B. W. Adolph), die den Ausgang des chinesischen Expe-

riments als offen betrachten, sieht er den staatlichen Sektor der Wirtschaft und die Wirtschaftsplanung auf dem Vormarsch. In seinen Darlegungen zu Planwirtschaft, Autarkie und Teilnahme am Weltmarkt, Einkommen und Gleichheit, Wandel der Sozialstruktur, Rolle der Gewerkschaften verschweigt er nicht die in der chinesischen Gesellschaft wirkenden Widersprüche, aber er hält diese für lösbar.

Ausgesprochen oder unausgesprochen läuft vieles auf die Frage hinaus, warum die chinesischen Reformen unter Deng erfolgreich waren, Gorbatschows Perestroika hingegen gescheitert ist. Bergmann gibt darauf vor allem zwei Antworten. Zum einen verweist er darauf, dass die Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in China erfolgte Selbstkritik und Bestandsaufnahme gründlicher war als die sowjetische Abrechnung mit dem Stalinismus. Zum anderen erklärt er vieles damit, dass Gorbatschow innerhalb und außerhalb der UdSSR allein gelassen wurde. Seine vehemente Parteinahme für Gorbatschow vermag sicher nicht jeden Leser zu überzeugen, denn den Widerspruch zwischen damaligen Verkündungen und heutigem Auftreten Gorbatschows vermag auch er nicht überzeugend aufzulösen.

Vergleichsweise geht der Autor auch auf Reformen oder Reformbestrebungen in Kuba, Vietnam und Nordkorea ein (wobei er einräumt, dass seine Informationen über die KVDR spärlich sind), aber das soll hier nicht thematisiert werden.

Sind die ersten Kapitel vorwiegend chronologisch angelegt, so tragen die

letzten einen bilanzierenden Charakter, was allerdings unvermeidlich zu zahlreichen Wiederholungen führt. Hier äußert er sich zu Stalinismus, zum „persönlichen Faktor“, zu Strukturproblemen, zur Komintern und zu Problemen des Internationalismus, und er zieht eine vorläufige Bilanz mit Perspektiven. Seine optimistischen Erwartungen begründet er zum einen mit der Existenz der „vier sozialistischen Inseln“ China, Vietnam, Kuba und Nordkorea und zum anderen mit einem Wieder- oder Neuwachen der Arbeiterklasse in Europa, vor allem in Westeuropa. Seine häufigen Berufungen auf die Arbeiterklasse und den Klassenkampf hätten eigentlich eine Klarstellung erfordert, was er heute unter Arbeiterklasse versteht. Denn jene Arbeiterklasse, auf die sich die „klassische“ kommunistische Bewegung gestützt hatte, existiert heute nicht mehr oder nur noch rudimentär.

Ihre Zusammenfassung finden die Auffassungen des Autors in 24 Thesen. Neun Dokumente bzw. Textauszüge dienen der Untermauerung der im Text dargelegten Entwicklungen und Wertungen. Eine ausführliche Bibliografie verweist auf weiterführende Literatur. Im Anhang wie im ganzen Buch kommen auch andere Leute mit ihren Ansichten zu Wort – Verfasser, deren Standpunkte er teilt, wie auch Autoren, die er kritisiert. Das macht dieses Plädoyer für einen pluralen, zu steter Selbstkritik fähigen Kommunismus zu einer anregenden Bestandsaufnahme, die viele Anstöße für unerlässliche Diskussionen enthält.

Günter Benser

Von Dachau nach Spanien

Hans Beimler, Im Mörderlager Dachau, herausgegeben, kommentiert und um eine biographische Skizze ergänzt von Friedbert Mühlendorfer, PapyRossa, Köln 2011, 195 S., 12,90 Euro; Peter Rau, Der Spanienkrieg 1936-39, PapyRossa, Köln 2012, 131 S., 9,90 Euro

Das Schicksal Hans Beimlers – geb. 1895 in München als uneheliches Kind – ist eng verbunden mit seiner Tätigkeit für die bayerische KPD, seinen frühen Erfahrungen 1933 im KZ-Dachau (April und Mai) als naziverfolgter KPD-Arbeiterfunktionär und endet mit seinem frühen Tod mit 41 Jahren als Spanienkämpfer am 1. Dezember 1936 in Stellungen des Thälmann-Bataillons vor Madrid. Die Grabstätte befindet sich auf dem „Montjuic“ (Judenberg) in Barcelona, wo auch der populäre Führer der Arnarcho-Syndikalisten Buenaventura Durruti beerdigt ist, der am 20. November 1936 bei Kämpfen vor Madrid seinen Verletzungen erlag (Beimler, 160).

Dem Bericht Beimlers über seine brutale KZ-Behandlung in Dachau (knapp 50 Seiten) sind ein „Vorwort“ von Max Mannheimer und nachfolgend eine „Einführung“ und „biographische Skizze“ vom Herausgeber Friedbert Mühlendorfer beigegeben. Mannheimer, der selbst Auschwitzüberlebender ist, sieht im KZ-Dachau eine frühe „Schule der Gewalt“, die zur „Todesrampe von Auschwitz“ führt (7). Er bewundert „den Überlebenswillen Hans Beimlers, seinen Mut zum Widerstehen und vor allem zur Flucht“, die ihn 1936 zum Kampf in Spanien gegen die francistischen Putschisten führt (8).

Beimlers Erinnerungen erschienen erstmals 1933 in der Sowjetunion unter dem Titel „Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen“ (15). Sie wurden auch von bürgerlichen Medien in aller Welt als ein frühes Anti-Nazidokument rezipiert. Sie sind „die genaue Beschreibung der 28 Tage von seiner Verhaftung am 11. April bis zu seiner Flucht in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1933“ (17). Mit dem Bericht würdigt Beimler auch eine Vielzahl ermordeter bayerischer Kommunisten. In einem „Anhang“ sind „Todesfälle“ in Dachau mit Namen, Herkunftsort und Berufsangabe der Opfer aufgelistet (70-73).

Die bayerische KPD konnte auch unter den Bedingungen der Weimarer Republik nur eine quasi halblegale Existenz führen. Eindrücklich wird die „Stimmung unter den Aktiven an der Basis, diese Mischung aus theoretischer Erkenntnis, Bedrohung durch die Nazis und gleichzeitiger Lähmung angesichts eigener Isolierung“ (113) durch einen „Rückblick“ des damals 18-jährigen Alfred Andersch (als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes) verdichtet, wenn der Herausgeber eine längere Sequenz aus dem Andersch-Buch „Die Kirschen der Freiheit“ zitiert. Hier die ersten beiden Sätze: „Der Schatten, den die Flügel der Niederlage warfen, hatte uns schon erreicht. Oft ergriff mich in den Sitzungen der Bezirksleitung tiefe Melancholie.“

Der Herausgeber sieht in dem Beimler-Bericht „ein wichtiges Dokument für die Frühzeit des Konzentrationslagers, weil es, wie viele andere Häftlingsberichte, Details liefert zur Rekonstruktion des ersten Lagers,

das in einer ehemaligen Munitionsfabrik eingerichtet worden war.“ (21) Das Ausmaß der Nazi-Brutalität hatte auch Beimler nicht vorhergesehen. Er selbst bekam den Hass und den Triumph über die „Machtergreifung“ in den ersten Wochen nach Eröffnung des KZ Dachau auf furchtbare Weise zu spüren. „Einige der bekanntesten Funktionäre der südbayerischen KPD wie Fritz Dressel, Josef Götz oder Franz Stenzer fielen diesem Hass zum Opfer ...“ (119)

Friedbert Mühlendorfer gibt mit seiner umfangreichen „biographischen Skizze“ (111 Seiten) ein dichtes Lebensbild Hans Beimlers – jenseits aller Heroisierung und aller Zerrbilder. Beimler wird unsentimental mit all seinen „Ecken und Kanten“ beschrieben.

Die offizielle BRD ehrt bis heute den KPD-Funktionär und Reichstagsabgeordneten Hans Beimler nicht. Das 1992 eingeweihte Denkmal vor dem Deutschen Bundestag in Berlin (Reichstagsgebäude), das den durch die Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten gewidmet ist, erwähnt ihn nicht. „Eine offizielle Begründung dafür gibt es nicht“ (183).

Der zweite hier zu besprechende Band soll „Basis“-Wissen über den Spanischen Bürgerkrieg vermitteln. Beimlers Bericht führt über den biografischen Zugang zum „Spanischen Bürgerkrieg“. Der Band „Der Spanienkrieg 1936-39“ vermittelt in zeitlicher Abfolge „aus unvoreingenommener marxistischer Sicht“ (Rau, 8) einen Zugang zu den zum Spanienkrieg führenden Konflikten, die sich seit 1936 abzeichneten. Der Autor arbeitet sich zuerst an Begriff-

lichkeiten ab: „Wahr ist, dass dieser Krieg zunächst zwar als Bürgerkrieg begonnen hatte, doch schon nach wenigen Tagen jene internationale Dimension erreichte, dass von einem Bürgerkrieg ... nicht mehr die Rede sein kann.“ (7) Veröffentlichungen in der Sowjetunion und in der DDR waren „nicht frei von ideologischen Vorgaben und Beschränkungen“ (8). Rau stellt in Rechnung, dass viele Arbeiter dem „traditionell in Spanien verbreiteten Anarchismus“ anhängen (12). Als ihre Sprachrohre fungierten die CNT („Confederacion Nacional del Trabajo“) und die FAI („Federacion Anarquista Iberica“) (12f.)

Rau gibt einen Überblick zu den Kräften des Faschismus einschließlich der konservativ-reaktionären katholischen Kirche, bei der mehr Menschen arbeiteten als beim spanischen Staat (16), zu den Stoßtrupps der Bürgerkriegsarmee und zum historischen Ablauf: Vorgeschichte, Volksfront-Regierung von 1936, die von langer Hand geplante Revolte von Militär und Oligarchie, Intervention der faschistischen Mächte (Deutschland, Italien). Die „Legion Condor“ hatte im Kriegsverlauf mit „alles in allem 25.000 Mann (...) nahezu zehnmal soviel Personal im Einsatz wie die deutschen Antifaschisten in den Internationalen Brigaden“ (39).

Ausführlich widmet sich Rau der Rolle der „Kommunistischen Internationale“, so u.a. als „Spiritus rector“ bei der Besetzung von Führungsposition der Internationalen Brigaden (50). Er weist mit Blick auf „Geheimtelegramme der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg“ (publiziert 1999) die Behauptung zurück, dass sich „die Komintern als Reprä-

sentantin der kommunistischen Weltbewegung sowie die KPdSU als deren Hauptkraft nur höchst halbherzig zur Verteidigung der spanischen Republik bekannt hätten.“ (51)

Zu Diskussionen wird das Kapitel „VIII. Facetten am Rande: Die POUM und der Krieg im Krieg“ (74ff) anregen. Die Kontroverse um die kleine marxistische POUM ist bis zum heutigen Tage Thema ungezählter Bücher. Deren Eintreten für Trotzki als Weggefährten Lenins trug ihr „seitens der kommunistischen Propaganda den Stempel des ‚Trotzkismus‘ (ein), mit dem damals die meisten tatsächlich oder vermeintlich antisowjetischen Bewegungen gebrandmarkt worden sind“ (76). Für die Zeit nach dem Militärputsch kritisiert Rau das Engagement der POUM für sozialrevolutionäre Ziele als „kontraproduktiv“, weil „potenzielle bzw. tatsächliche kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Bundesgenossen im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus verprellt wurden oder hätten werden können.“ (76) Dieser Lesart stelle ich die Position des „Partisanenprofessors“ Wolfgang Abendroth gegenüber: „Vor allem aber übertrugen die sowjetischen Berater und die Vertreter ihrer Geheimpolizei die Methoden sowjetischer Säuberungen auf Spanien. Sie ließen im Mai 1937 in Barcelona die ‚trotzkistische‘ POUM und die mit ihr solidarischen syndikalistischen Arbeiter niederwerfen. (...) Auf diese Weise brach die stalinistische Politik der KPdSU den Schwung der im Bürgerkrieg verzweifelt kämpfenden spanischen Arbeiterbewegung: Trotz dem mutigen Widerstand der spanischen republi-

kanischen Truppen und der Internationalen Brigaden war von nun an der weitere Kampf nur noch der Ablauf eines Dramas, dessen Ausgang feststand, seit reguläre Einheiten Deutschlands und Italiens eingriffen. Im März 1939 war es beendet.¹ Auch gegen eine solche Sicht der Mai-Vorkommnisse 1937 bietet Peter Rau meinungsfreudige Autoren auf (84f.).

Eine bittere Zeit beginnt für die unterlegenen Republikaner nach dem Kriegsende 1939: Ermordungen („über 2.000 Massengräber in ganz Spanien“, 120); ca. 1,5 Millionen in Gefängnissen und in Kz's Inhaftierte (112f.). Franco unterstützt die deutsche Wehrmacht nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 mit mehreren 10tausend Soldaten („Blaue Division“, „Legion Azul“, 116f.). Eine „Zeittafel zum Krieg in Spanien 1936-39“ (121ff.) rundet neben der Auflistung der verwendeten Literatur den Band ab.

Die Niederlage der spanischen Republik war nicht nur eine Niederlage der spanischen, sondern auch eine der internationalen Arbeiterbewegung. Die Erinnerungsarbeit, für die die beiden hier vorgestellten Bände stehen, sollte zu Lehren aus den Fehlern führen. Sie ist auch mit Blick auf die aktuelle Gegenwehr der spanischen Arbeiterbewegung gegen die Austeritätspolitik dringlich geboten.

Thomas Ewald-Wehner

Stalingrad revisited

Jochen Hellbeck, Die Stalingrad-Protokolle: Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht, Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 608 S., 26,00 Euro

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler J. Bradford DeLong fragte unlängst in seinem Text „Was wir Stalingrad schuldig sind“: „Aber wie viele NATO-Führer oder Präsidenten und Premierminister der Europäischen Union haben sich jemals die Zeit genommen, das Schlachtfeld zu besuchen und vielleicht für diejenigen einen Kranz niederzulegen, deren Opfer ihre Zivilisation gerettet haben?“

Die Frage ist berechtigt. Sie verdeutlicht, dass das europäische Gedenken an Nazi-Faschismus und Weltkrieg auch heute noch durch den Kalten Krieg und Antikommunismus geprägt ist. Für die Bundesrepublik gilt dies insbesondere. Während die Erinnerung an die Ermordung der Juden längst inoffizielle Staatsdoktrin geworden ist und das Gedenken an die Sinti und Roma mit der Einweihung eines Mahnmals vor kurzem in Berlin ähnliche Formen annimmt, kann davon im Hinblick auf die zahlenmäßig größte Opfergruppe des deutschen Faschismus nicht die Rede sein. 20 bis 25 Millionen Tote hatte allein die Sowjetunion zu beklagen – das ist fast die Hälfte aller Toten des Zweiten Weltkrieges. Wenn man in Deutschland indes an Stalingrad denkt, so fallen einem vornehmlich die leidenden, eingeschlossenen Soldaten der 6. Armee ein. Weniger bekannt ist, dass die Opfer auf sowjetischer Seite die deutschen bei Weitem

¹ W. Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1965, S. 140.

überstiegen. Rund eine halbe bis eine Million Rotarmisten fielen bei Stalingrad, die Zahl der gestorbenen Zivilisten ist bis heute unbekannt. Auf deutscher Seite betrug die Opferzahl „nur“ 295.000.

In dieses subkutan antikommunistische Gedenken mischt sich ein weiterer Faktor: Die Angehörigen der Roten Armee seien durch den brutalen sowjetischen Geheimdienst auf Befehl Stalins ohne Rücksicht auf Verluste zum Verteidigungskampf gezwungen worden.

Die Chancen, diese Perspektive anlässlich der vor 70 Jahren tobenden Schlacht um Stalingrad etwas zu modifizieren, stehen nicht schlecht. Denn das soeben erschienene Buch „Die Stalingrad-Protokolle“ des in den USA lehrenden deutschen Historikers Jochen Hellbeck stellt die „zutiefst germanozentrische“ Perspektive und die insulare Sicht „eines deutschen Opferganges“ infrage.

Als Quellenmaterial dienen Hellbeck 215 Interviews, die eine Gruppe von sowjetischen Historikern während und unmittelbar nach den Stalingrader Kampfgeschehnissen mit Kommandeuren, einfachen Soldaten, mit Kommissaren, Scharfschützen und Sanitäterinnen geführt hatte, die dann jedoch in den Archiven verschwanden – und jetzt von Hellbeck erstmals systematisch ausgewertet worden sind.

Vor allem mit einer „schiefen“ herkömmlichen Ansicht räumt er auf: mit dem Bild der Roten Armee als einer unterdrückten Armee und ihrer Angehörigen als terrorisierten Individuen (oder als verführten Opfern) – eine Perspektive übrigens, die zuletzt

auch Jörg Baberowski in seiner viel beachteten Studie „Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt“ (2012) einnahm. In dieser charakterisiert er das Stalinsche Herrschaftssystem als im Krieg auf seinem Höhepunkt angelangt. Nur weil der Terror der Deutschen noch schlimmer als jener von Stalin ausgehende gewesen sei, habe die Sowjetunion, so Baberowski, den Angriff der Deutschen zurückschlagen können. Mit Hellbeck kann diese Sichtweise fundiert in Zweifel gezogen werden (wobei der Hass auf die Deutschen angesichts ihres Vernichtungskrieges freilich auch in den Interviews am häufigsten als Hauptmotivation genannt wird). Die Angehörigen der Roten Armee sahen sich als aktive Teilnehmer des Krieges und identifizierten sich mit dem Geschehen. „Sehr deutlich“, so Hellbeck, „zeichnet sich in den Gesprächen die breite Präsenz und der enorme Einsatz der Kommunistischen Partei bei der ideologischen Konditionierung der Soldaten ab. Die Partei war in der Armee allgegenwärtig – als institutionelles Netz, in der Gestalt von politischen Führungsoffizieren und in Form von inhaltlichen Appellen.“ Und weiter: „Bis hinunter zur Ebene von Kompanien durchdrang der Parteiapparat die Armee, schickte die Partei ihre Emisäre – Kommissare, Politruks, Agitatoren, Partei- und Komsomolsekretäre – in die Schützengräben, wo sie predigten, anspornten, nötigten, beruhigten, seelsorgten, erklärten, Sinn stifteten.“

In diesem Zusammenhang weist Hellbeck die (auch von Baberowski unkritisch übernommene) Zahl von 13.500 erschossenen sowjetischen

Soldaten wegen Desertion und Feigheit allein bei Stalingrad als nicht gesichert zurück. Tatsächlich seien nach neuesten Quellen zwischen dem 1. August und dem 15. Oktober 1942 lediglich 278 sowjetische Soldaten von Sonderabteilungen des NKWD erschossen wurden. Die von Hellbeck ausgewerteten Interviews stützen diese viel niedrigeren Angaben. Natürlich verschweigt der Autor nicht die berühmten Stalinschen Befehle Nr. 227 und 270, die drakonische Maßnahmen für Soldaten mit mangelnder Kampfbereitschaft und ihre Angehörigen vorsahen.

Des Weiteren ist interessant, dass Hellbeck das Ausmaß der Stalinschen Säuberungen in der Roten Armee für überschätzt hält. Zusammengenommen wurden bis 1939 mehr als 34.000 Offiziere verstoßen, davon wurden bei Weitem nicht alle exekutiert; vielmehr 11.000 von ihnen bis 1939 wieder in die Partei aufgenommen.

Hellbecks Buch zeichnet ein beeindruckendes Bild der Schlacht von Stalingrad aus Sicht der sowjetischen Verteidiger (und bisweilen auch aus der der deutschen Angreifer). Seine Charakterisierung der Roten Armee als einer „dezidiert kommunistischen Armee“, deren Angehörige sozialistische Werte verinnerlicht hatten und sich als bewusste Akteure im Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus/Faschismus sahen, steht somit in der sogenannten (post-)revisionistischen Tradition der Historiografie über die Geschichte der Sowjetunion, die in Abgrenzung zur Totalitarismustheorie mit ihrem Fokus auf Terror, Zwang und Unterdrückung konsensuelle Motive in den Vordergrund rückt. Ob Hellbeck dabei das Verhält-

nis von Zwang und Konsens angemessen bestimmt, ist sicher ein diskussionswürdiger Aspekt – in einem vorläufigen Fazit spricht er von einem Verbund von „mobilisierenden Parolen“ und „Strafandrohungen“ (74).

Der Verdienst der „Stalingrad-Protokolle“ ist, dass sie dem deutschen Publikum die Sicht jener näherbringt, die in den Worten von DeLong die Schlacht von Stalingrad zu jener machte, „die unter allen Schlachten der Geschichte die stärkste positive Auswirkung auf die Menschheit hatte.“

Guido Speckmann

Poststrukturalistische Gesellschaftskritik

Iris Dzudzek/Caren Kunze/Joscha Wullweber (Hrsg.) Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, transcript, Bielefeld 2012, 260 S., 28,80 Euro

Das 1985 in der englischsprachigen Welt veröffentlichte und 1991 ins Deutsche übersetzte Werk *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus* von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau gab der Hegemonietheorie Antonio Gramscis eine poststrukturalistische Wendung, die in der deutschsprachigen Welt eher randständig wahrgenommen wurde und noch immer zurückhaltend diskutiert wird. Diesem Zustand versucht der vorliegende Sammelband entgegenzuwirken; Mouffe und Laclau sind dabei zentrale Referenzpunkte.

Der Band umfasst neben einer Einleitung neun Beiträge. Abgesehen von Christoph Scherrer, der Profes-

sor in Kassel ist, stammen die übrigen Beiträge von NachwuchswissenschaftlerInnen und VertreterInnen des akademischen Mittelbaus. Sie sind das Ergebnis der Arbeit und Diskussionen des seit 2008 bestehenden Netzwerkes Hegemonie- und Diskurstheorien und verstehen sich explizit als interdisziplinäre Annäherung an das titelgebende Thema. So finden sich Beiträge aus der Politikwissenschaft, Philosophie, den Gender Studies und der Humangeographie sowie der Internationalen Politischen Ökonomie (18).

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass es zahlreiche Anknüpfungspunkte zwischen hegemonie- und diskurstheoretischen Arbeiten gibt und diese zudem über gesellschaftskritisches Potential verfügen (9). Die Verbindung der beiden ermögliche zu untersuchen, „wie aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse konstituiert“ werden (16). Verworfen wird die Ansicht, man könne sich mit Theorie der Realität annähern. Vielmehr gebe es eine vielfältige Anzahl „von Realitäts- und Wahrheitsvorstellungen“, die in umkämpfter Konkurrenz um die Deutungshoheit miteinander stünden (16). Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass „Realität [...] stets ein partikularer und spezifischer Wahrheitshorizont [ist], in den sich verschiedene Machtverhältnisse eingeschrieben haben“ (16). Es gibt demnach keine „vordiskursive gesellschaftliche Realität“ (17).

Der erste Beitrag von Joscha Wullweber ist zugleich Rekonstruktion und Einführung in die Theorie von Laclau und Mouffe entlang der Kernkonzepte Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. Dabei vertritt der

Autor die Auffassung, dass die beiden eine „umfassende Gesellschaftstheorie“ (29) vorgelegt haben.

Benjamin Opratko nähert sich Laclau und Mouffe in kritischer Absicht an. Er zeigt auf, dass die beiden „das Hegemoniekonzept von einer kapitalismustheoretischen zu einer *ontologischen* Kategorie“ verändert haben, da „Hegemonie [...] als ein Grundprinzip sozialer Interaktion“ angesehen werde, „als Mechanismus der Konstruktion von Bedeutung und Identität“ (70). Ihr Verständnis der Hegemonie als „*artikulatorische Praxis*“ beurteilt Opratko als überaus fruchtbare Erweiterung genuin marxistischer Ansätze, da so die „spezifische [...] Funktionsweise hegemonialer Strategien und Projekte“ und die Frage nach der Qualität von Hegemonie beleuchtet werden können (75).

Drei Beiträge beschäftigen sich mit der theoretischen Verknüpfung zwischen Hegemonie- und Subjektivierungstheorie. Friedericke Habermann verknüpft hierbei die Erkenntnisse von Laclau und Mouffe mit denen von Stuart Hall und Judith Butler. Gundula Ludwig unternimmt den Versuch „queerfeministische Überlegungen in Anschluss an Judith Butler mit hegemonietheoretischen Überlegungen in Anschluss an Antonio Gramsci“ (105) zusammenzubringen und Kathrin Ganz befasst sich mit der Thematik Intersektionalität und kommt zu dem Schluss, dass „die Hegemonietheorie die intersektionale Mehrebenenanalyse“ (141) sinnvoll ergänzt.

Mit den Beiträgen von Georg Glasze und Shadia Husseini de Araújo wird

der Bogen zu raumtheoretischen Fragen gespannt. Ersterer ist der Meinung, dass mit Rückgriff auf Diskurs- und Hegemonietheorie die „dezidiert politische Konzeption von Räumen in den Sozial- und Kulturwissenschaften“ (167) ermöglicht wird, was allerdings „Übersetzungs- und Kontextualisierungsarbeit“ (ebd.) zur Voraussetzung hat.

Insgesamt bewegt sich der Sammelband auf einem theoretisch sehr anspruchsvollen Niveau, ist aber sprachlich verständlich geschrieben. Die Beiträge benötigen Vorkenntnisse insbesondere des Vokabulars und den theoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe, um sie umfassend zu verstehen. Der Leser/die Leserin gewinnt einen guten Überblick darüber, in welchen vielfältigen Zusammenhängen Hegemonie- und Diskurstheorie fruchtbar angewendet werden können und gibt Aufschluss über bestehende Analyseansätze. Die Beiträge bilden dabei den aktuellen Stand der jeweiligen Theoriediskussionen ab und müssen zugleich als Ausgangspunkt für weitergehende Debatten verstanden werden. Die Möglichkeit zum Dialog poststrukturalistischer Ansätze mit materialistisch ausgerichteten Theorien ist augenscheinlich gegeben und sollte weiter vorangetrieben werden, wie es auch Opratko mit Bezug auf Theorien des Politischen richtigerweise fordert (77).

Sebastian Klauke

Geschichtsmythen und Nation

Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen und Till Sträter (Hrsg.), Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Westfälisches Dampfboot, Münster 2012, 205 S., 19,90 Euro

Zur Kritik nationaler Geschichtspolitik und mythologisierender Vergangenheitsbetrachtung gibt es inzwischen eine ganze Reihe Publikationen. Die Auseinandersetzung mit den Legenden, die um die alliierte Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg gesponnen wurden, gehört schon seit längerem zum Kanon der ideologiekritischen Linken und auch die erinnerungspolitische Bewegung der EnkelInnen des Spanischen Bürgerkriegs wird inzwischen breit rezipiert.

Doch zum Themenkomplex kollektive Erinnerung und Geschichtspolitik ist noch längst nicht alles gesagt, wie das AutorInnenkollektiv Loukanikos, benannt nach dem bei Straßenschlachten in Griechenland allgegenwärtigen *riot dog*, eindrücklich aufzeigt. Die fünf WissenschaftlerInnen gehen sowohl thematisch als auch methodisch einen Schritt weiter als viele Veröffentlichungen in diesem Bereich. In der Auseinandersetzung mit der Musealisierung der Vergangenheit und ihrer legitimatorischen Funktion für die gegenwärtigen Verhältnisse entsteht im gemeinsamen Arbeitsprozess der AutorInnen eine Methodik, die es ernst meint mit dem Anspruch an einen „emanzipatorische[n] Umgang mit Geschichte und Vergangenheit, der nicht zur Legiti-

mation, sondern zu einem kritischen Hinterfragen der Gegenwart beiträgt.“ (9) Weil darüber hinaus auch die Kritik herrschender Geschichtsdarstellungen eine eigene Darstellung hervorbringt, kann schließlich die Genererzählung nicht von der Kritik ausgenommen sein.

Ausgehend von einer reflektierten theoretischen Grundlegung beschäftigen sich die vier folgenden Einzelbeiträge mit relevanten Aspekten der Geschichtspolitik in Deutschland und Spanien. Der Beitrag von Henning Fischer untersucht die Entwicklung des um die Bombardierung Dresdens entstandenen Mythos im Kontext des Wandels der deutschen Geschichtspolitik. Dabei legt er besonderes Gewicht auf die Modernisierung des Gedenkens an diese Bombardierung, die sich in den letzten Jahren keineswegs ideologiefrei vollzog, sondern bei der vor allem eine Anpassung an das Vergangenheitsbild unter den Vorzeichen der Berliner Republik vorgenommen wurde: Die deutschen Opfer in Dresden werden nicht mehr als singuläre hervorgehoben, sondern eingereiht in die Liste der Opfer im „Jahrhundert des Leids“ zwischen Auschwitz, Hiroshima und dem 11. September 2001.

Till Sträter beschäftigt sich mit der Erinnerungsbewegung in Spanien, die seit mehr als zehn Jahren die immer noch dominante Erinnerungslandschaft der Diktatur untergräbt. Mit den Exhumierungen von Tausenden Repressionsopfern werden der Mythos von der zwischen den Bürgerkriegsparteien gleich zu verteilenden Schuld, der Mythos der modernisierenden Rolle der Diktatur für das rückständige Spanien und zu-

nehmend auch die Transition zur Demokratie in Frage gestellt.

Uwe Fuhrmanns Artikel über Proteste in Westdeutschland gegen die Preissteigerungen im Kontext der Währungsreform 1948 nimmt einen der Gründungsmythen der BRD aufs Korn: Wer weiß schon, dass erst die monatelangen Proteste breiter Bevölkerungsschichten gegen das ursprünglich marktliberale Programm Ludwig Erhards zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft geführt haben, das heute vom national integrierten „Alltagsverstand“ so stark mit Erhard identifiziert wird? Fuhrmanns Fokussierung auf die sozialen Kämpfe Ende der 1940er Jahre beleuchtet dankenswerterweise einen Punkt, der in der ideologiekritischen Linken in der Regel unbeachtet bleibt.

In der letzten Fallstudie untersuchen Jana König und Elisabeth Steffen, wie die DDR in das gesamtdeutsche Geschichtsbild integriert wird und wie dabei die 'andere', sozialistische DDR-Kritik außen vor bleibt. Sie kritisieren die Konstruktion der Geschichte als angeblich linearer Entwicklung, von der die DDR nur eine vorübergehende Abweichung gewesen sei. Ihr „Irrweg“ endete 1989/90 mit der zum Telos der Entwicklung verklärten 'Wiedervereinigung' und wird inzwischen vor allem als Negativfolie zum heutigen Deutschland-Bild benutzt. Dagegen holen die Autorinnen auch eine DDR-Kritik ans Licht, die sich nicht in das Geschichtsbild des heutigen Deutschlands integrieren lässt.

Anregend wird das Buch noch einmal in seinem letzten Kapitel, in dem das Kollektiv eine Collage aus Dis-

kussionsfragmenten, Fragen, Thesenpapieren und Zitaten präsentiert, die einen Raum entstehen lassen, in dem die LeserInnen zu MitdiskutantInnen werden. Auch diese explizite Einladung zur praxisnahen Diskussion auf hohem theoretischem Niveau macht die Veröffentlichung zu etwas Besonderem.

Moritz Krawinkel

Gier und Kapitalismus

Rudolf Hickel, Zerschlagt die Banken. Zivilisiert die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Econ, Berlin 2012, 224 S., 14,99 Euro

Das Buch ist zunächst eine polemische Abrechnung mit den Akteuren der Finanzindustrie, die die Welt seit mehr als fünf Jahren immer wieder an den Rand wirtschaftlicher Katastrophen bringen, die Verarmung ganzer Länder verursachen und immer noch fette Profite und Boni einstreichen. Akteure, die oft die Grenze zur Kriminalität überschritten haben und weiter überschreiten (siehe Geldwäsche durch die britische Großbank HSBC; Manipulation der Referenzzinsen LIBOR und EURIBOR durch 18 Großbanken; Betrug an Bankkunden durch den Verkauf von Risikopapieren, deren Platzen sie dann selbst betreiben; usw.) und sich doch strafrechtlichen Konsequenzen durch die Zahlung von Abschlagsgeldern entziehen können. Dabei sind dies nur wenige: Hickel zitiert jüngere Untersuchungen, denen zufolge maximal 140 Finanzgruppen die Weltökonomie bedrohen (39). Das gut lesbare Buch ist eine Streitschrift im besten Sinne, in der moralische Em-

pörung mit Analyse und produktiven Vorschlägen verbunden wird.

Sicherlich, dem gelernten Marxisten mögen sich manchmal die Nackenhaare sträuben, wenn er liest, dass „schaffendes Geld (...) durch fiktives Geld“ überlagert werde (13), dass eine „Spaltung zwischen realem und fiktivem Geld“ die „ökonomische Wertschöpfung“ belaste. Weder „schafft“ Geld noch gibt es einen Unterschied „zwischen realem und fiktivem Geld“ (26) (wohl aber zwischen seinen Funktionen). Der manchmal etwas schlampige Umgang mit Worten (Autor und Verlag hätten wissen müssen, dass das Wort „schaffend“ im Zusammenhang mit Geld und Kapital in Deutschland definitiv verbrannt ist) ist aber m.E. eine ‚lässliche‘ Sünde. Der Autor will schließlich keinen Kapital-Lesekurs einleiten, er bedient sich eben der Umgangssprache – und da wird durchaus klar, worum es geht, nämlich um den Druck hypertropher Finanzmärkte auf die produzierende Wirtschaft. In der weiteren Darstellung werden die Zusammenhänge z.B. zwischen Finanz- und Produktionswirtschaft, zwischen Gier und Kapitalismus, durchaus richtig und überzeugend entwickelt. Die Gier der Finanzakteure ist nicht die Ursache, sondern die Folge einer Entwicklung im Kapitalismus, deren ökonomische und politische Ursachen in aller Deutlichkeit analysiert werden. Aber: Das entschuldigt die real existierende Gier der Banker und Spekulanten, ihr unverantwortliches, durch das Streben nach maximalen Profiten und Boni angetriebenes Handeln nicht. Die im Buch in aller Deutlichkeit geschilderten, „oftmals an der Grenze

von Recht und Gesetz“ (120) betriebenen Geschäfte werden von Menschen abgeschlossen, und ihre Folgen sind eben diesen Menschen zuzuschreiben. Die Tatsache, dass es kriminelle Strukturen gibt, entschuldigt nicht die Kriminellen.

Im Übrigen beschränkt sich das Buch keinesfalls darauf, die fragwürdige ‚Moral‘ der Finanzakteure zu geißeln. In einem kurzen, gelungenen ersten Abschnitt analysiert Hickel die Ursachen der Entwicklung hin zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ (29), nämlich die Konzentration von Einkommen und Vermögen und die neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung. Für Deutschland arbeitet er die zentrale Verantwortung der rot-grünen Schröder/Fischer-Regierung heraus – er hätte vielleicht hinzufügen können, in welchem Ausmaß es unglaublich ist, wenn das Duo Steinbrück/Trittin, die gleichen Personen, die unter rot-grün Umverteilung und Deregulierung vorangetrieben haben, heute als Kämpfer für Mindestlöhne und Bankenregulierung auftreten. Und beim mehrfachen Bezug auf Helmut Schmidt und dessen Formel vom „Raubtierkapitalismus“ (53) erinnert sich zumindest der ältere Leser noch sehr gut daran, dass es eben dieser Helmut Schmidt war, der die ersten Schritte auf dem Weg zum Sozialabbau und zur Umverteilung zugunsten der Gewinne gegangen war, der so dem Raubtierkapitalismus die (sozialdemokratische) Käfigtür geöffnet hat.

In weiteren Abschnitten setzt das Buch sich mit den Behauptungen der Verteidiger der Spekulation auseinander, diskutiert die einzelnen In-

strumente und Akteure des ‚Kasinos‘ von Derivaten über Hochfrequenzhandel bis zu Ratingagenturen. (Abschnitte 2 und 3). Im Hauptteil des Buches (Abschnitte 4 bis 6) geht es aber um Maßnahmen zur „Zivilisierung“ der Finanzwirtschaft, also darum, wie das Finanzgewerbe auf seine Rolle als Finanzier der produzierenden Wirtschaft zurückgestutzt werden kann. Hier werden Instrumente wie die Finanztransaktionssteuer, Trennbankensysteme, Einlagensicherung usw. vorgestellt und diskutiert. Im letzten Abschnitt (7) entwickelt Hickel die Konturen eines solchen Bankensystems, wobei er sich stark am deutschen „Drei-Säulen-Modell“ (186) orientiert (Privatbanken, Öffentlich-Rechtliche Banken, Genossenschaftsbanken). Ob die auf dem Papier stehende Gemeinwohlorientierung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der Finanzkrise wirklich einen großen Unterschied gemacht hat, soll hier nicht untersucht werden. Der Rezensent ist kein Bankfachmann – er kann sich allerdings nicht des Verdachts erwehren, dass der Autor hier etwas mit dem Weichzeichner arbeitet. Auch ist die Tatsache, dass viele Kommunen den Banken hochspekulative Papiere abkauften, nicht nur der „Verzweigung über die Not ihrer Haushalte“ (124) zuzuschreiben: Mancher Kämmerer wollte einfach auch mit am Kasinotisch sitzen und aus Nichts Geld machen – auch hier sind gierige Akteure zu finden. Opfer und Täter sind nicht immer klar zu unterscheiden.

Trotzdem hat Hickel mit dem Verweis auf existierende Ansätze für ein funktionsgerechtes Geld- und Kredit-system recht: Um ein zukunftsfähig-

ges Bankensystem aufzubauen „braucht das Rad nicht komplett neu erfunden zu werden.“ (202) Ansätze hierzu sind in Form des Regionalprinzips, dezentraler Eigentumsstrukturen und Kontrollgremien vorhanden – die Tatsache, dass diese Prinzipien unter dem Sog der finanzwirtschaftlichen Dynamik oft missachtet wurden, spricht nicht gegen sie. Das hebt auch Hickel in seinen abschließenden Bemerkungen hervor: Es geht um eine Veränderung der Machtverhältnisse im Kapitalismus – was impliziert, dass Hickel einen zivilisierten, demokratisierten Kapitalismus für möglich hält. Das setzt allerdings die Entmachtung der Finanzmärkte und ihre demokratische Kontrolle voraus.

Jörg Goldberg

Die Welt der 0,1 Prozent

Hans Jürgen Krysmanski, *0,1 Prozent. Das Imperium der Milliardäre*, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2012, 240 S., 19,99 Euro

Wem gehört die Welt? Schenkt man den Parolen der Occupy-Bewegung Glauben, ist der finanzielle Reichtum eines Prozents der Bevölkerung wirtschaftlich und gesellschaftlich tonangebend. Nicht ein Prozent, sondern lediglich 0,1 Prozent, 0,01 Prozent oder ein noch geringerer Bruchteil der Menschheit halte als Klasse der superreichen Milliardäre die machtpolitischen Zügel in der Hand, konkretisiert der emeritierte Professor für Soziologie, Hans Jürgen Krysmanski in seiner im August 2012 erschienenen Monografie. Auf 240 Seiten unternimmt es Krysmanski im Sinne seines Credos „Man muss die

0,1 Prozent sehen lernen“ (44) überblicksartig, aktuelle soziologische, ökonomische und kulturelle Definitionsversuche dieser scheinbar unnahbaren *Gated Community* des riesenhaften Geldes zusammenzuführen und zu verknüpfen.

Beachtlich sind nicht zuletzt Krysmanskis Überlegungen, inwiefern es sich bei den global aufgestellten Superreichen um eine neue Klasse handeln könnte und inwiefern marxistische Kategorien bei der Analyse deren ökonomischer Verortung innerhalb des modernen Finanzkapitalismus weiterhelfen. Im Rückgriff auf den deutschen Politologen Carl Schmitt kreidet Krysmanski der modernen Soziologie eine frappierende Leerstelle an: Die Geschichte der Eliten sei eine ungeschriebene; mit den üblichen Methoden der soziologischen Empirik sei den Superreichen nicht auf die Spur zu kommen, allen Annäherungsversuchen wie der US-amerikanischen *Power Structure Research (PSR)* zum Trotz. Genau diese Unsichtbarkeit einer im Prinzip allumfassenden Finanzmacht, diese Privatheit des Ultrareichtums als ihr letztes und größtes Geheimnis (30) benennt der Autor als wesentliche Voraussetzung respektive als integrales Wesensmerkmal des Imperiums der Milliardäre, eines Imperiums an sich, nicht für sich (82). Doch ohne dialektisches Gegenüber kann auch diese Form der Arkanherrschaft nicht existieren, sodass Krysmanski folglich unter anderem über das Organisationsprinzip der Vermögensverwaltung und -mehrung Aussagen trifft. Wie interagiert der weltentrückte Superreiche mit seiner Umwelt? Im *Ringburg-Modell* (38ff.)

wird eindrucksvoll beschrieben, wie Superreiche mittels eines großen Expertenheeres, einer wissenschaftlich gebildeten Funktionseelite, bestehend aus Managern und Beratern ihre Firmenimperien verwalten lassen. Private Think-Tanks erweitern die wissenschaftliche Basis, arbeiten intensiv an der argumentatorischen Verteidigung der Kapitalstrukturen und verengen gleichsam mit ihrer Abhängigkeit vom jeweiligen Sponsor den Wissenschaftsbegriff auf eine grundlegende Nützlichkeit für den Superreichen. Das angesprochene quasi leibeigenschaftliche Management- und Legitimationssystem ist für Krysmanski Teil einer umfassenden „kapitalismusbasierten High-Tech Re-feudalisierung“ der Erde (75). Plutokratische Tendenzen von Konzernverflechtungen, die im Zuge ihrer globalen Organisiertheit nationalstaatliche Reglungsmechanismen aushebeln oder ganze Regierungen ungenieiert vor sich hertreiben, münden in einer Form der rein monetarisierten Macht (39) – *Richistan*¹ sei überall, Nationalstaaten würden dabei zu Satelliten dieses nichteuklidischen Konstrukts.

Kritisch beleuchtet Krysmanski weiterhin die grassierende Philanthropie solcher Superreicher wie Jan Philipp Reemtsma, deren großzügige Spenden für Kunst, Kultur oder schlicht für „die Armen“ sich in zweiter Instanz als Fürsorge-Voluntarismus ohne demokratische Kontrollmöglichkeit entpuppen. Auch die US-amerikanische *Giving-Pledge*-Bewegung, i.e. die

freiwillige Verpflichtung diverser Milliardäre, die Hälfte ihres Vermögens zu spenden, entlarvt der Autor als egoistisches „Piratenstück erster Ordnung“ (140), einzig dem eigenen Gusto verpflichtet und als öffentliche Inszenierung sympathisch wirkender sozialer Verantwortung gedacht. Die Überwindung des Kapitals von Seiten seiner höchsten Vertreter schließt Krysmanski aus, zu stark ist der Trieb nach Selbsterhaltung, zu egoistisch sind selbst scheinbar progressive Projekte, über die Finanzierung wissenschaftlich-technologischen Fortschritts den Menschen und sein Wirtschaften auf neue Ebenen zu heben. Diejenigen, die von den Gipfeln der Geldberge aus die Lösung für kapitalistische Probleme suchen, wollen und können nicht die am Grunde liegende radikale Forderung aufnehmen: „Expropriert die Expropriateure! Oder auch: Eignet euch der Aneigner an!“ (247).

Im Gegensatz zur teilweisen Starrheit des historischen Feudalismus insistiert der Autor im Falle des Neo-feudalismus der Superreichen im besonderen Maße auf dessen extreme Mobilität. Das bei Krysmanski wiederkehrende Symbol der Luxusyacht vereint in doppelter Hinsicht die festgestellte Hypervolatilität dieser Personengruppe: Die Staatenlosigkeit der Person sowie der weltumwabernde Charakter ihres Kapitals mache sie zu Motoren der Globalisierung. Als Großkunden von Banken bestimmten sie maßgeblich die Finanzwirtschaft (und somit auch deren Krisenhaftigkeit), sind aber stets *too big to fail* und somit die feste Burg des Finanzkapitalismus.

Insgesamt gelingt es Hans Jürgen Krysmanski, nicht zuletzt durch ei-

¹ Krysmanski nimmt an dieser Stelle Bezug auf Robert Franks, *Richistan*. Eine Reise durch die Welt der Megareichen, dt. Ausgabe Frankfurt/M. 2009.

nen ansprechenden Schreibstil sowie mittels grafischer Darstellungen komplexer Strukturen in Anlehnung an künstlerische Schaubilder Mark Lombardis, dem Leser einen oftmals von Mythen und Spekulationen umwobenen Teil des modernen kapitalistischen Weltsystems kritisch nahezubringen. Querverweise auf namhafte Wissenschaftler und deren theoretische Arbeiten zum Thema Superreichtum ermöglichen einen vertiefenden Einstieg in den Forschungskomplex.

Valentin Hemberger

Bürgerliche und soziale Demokratie – Theorie und Praxis

David Salomon, Demokratie, Reihe Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie, PapyRossa, Köln 2012, 131 S., 9,90 Euro

Eine Einführung in den Mammut-Begriff „Demokratie“ auf knapp 130 Seiten erscheint auf den ersten Blick als ein schwieriges Wagnis. Die gängigerweise im Wissenschaftsbetrieb und darüber hinaus eingesetzten und inzwischen mehrere Auflagen zählenden demokratietheoretischen „Grundlagenwerke“¹ zählen in ihrer aktuellen Edition im Vergleich 366 respektive 574 Seiten und dokumentieren, wie im ersteren Falle, umfänglich Originalquellen, um diese dann von fachkundigen Autoren interpretieren

zu lassen. Um das Fazit dieser Rezension jedoch deutlich vorwegzunehmen: David Salomon, der zur Zeit die Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen vertritt und das genannte Unterfangen mit einem Beitrag zur inzwischen zwölf Bände zählenden „Basiswissen“-Reihe des Kölner PapyRossa-Verlags gewagt hat, gelingt sein Wagnis mit Bravour! Ganz im Gegenteil sogar rückt sein Buch, welches freilich über eine gänzlich andere Anlage verfügt als die exemplarisch angeführten „Klassiker“ der deutschsprachigen demokratietheoretischen Literatur, nicht nur historische wie aktuelle theoretische Diskussionen zur Demokratie in den Fokus, sondern fragt auch nach deren Konsequenzen für die reale Politik und trägt damit der „wesenhafte[n] Einheit von Theorie und Praxis“² Rechnung.

Die Darstellung Salomons entfaltet sich vor dem Hintergrund zweier zentraler Begriffe, die im Einleitungskapitel im Anschluss an einen kurzen Blick (7-10) auf begriffliche „Nebelkerzen“, die sich vermittels der „Demokratie“ zünden lassen, entwickelt werden: namentlich die bürgerliche und die soziale Demokratie, die durch ihre Bindung an gesellschaftliche Interessen erklärt werden (10-17) und letztlich den entscheidenden sozialen Inhalt der mit „Volksherrschaft“ apostrophieren politischen Ordnung kennzeichnen. Entgegen seiner heutigen gängigen Konnotation verweist der Begriff der

¹ Z. B. Peter Massing, Gotthard Breit, Hubert Buchstein (Hrsg.), *Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen*. 8. Auflage, Schwalbach/Taunus 2011; Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 5. Auflage, Wiesbaden 2010.

² Leo Kofler, *Die Wissenschaft von der Gesellschaft* [1944], Frankfurt/Main 1971, S. 88.

sozialen Demokratie jedoch nicht auf eine Formel der kontemporären Sozialdemokratie, sondern auf eine Konzeption des Marburger Politologen Wolfgang Abendroth. Salomon führt zwei weitere zentrale Begriffe ein, die als mögliche Antworten der Herrschenden auf die Vorstöße der gesellschaftlichen Träger der sozialen Demokratie (die Gramscianische „Subalterne“) zu betrachten sind: die defensive Demokratisierung und der Bonapartismus als „oftmals in plebiszitär-demokratische Rhetorik gekleidete *offene Entdemokratisierung*“ (17-22). Beide Schlüsselworte tauchen ebenfalls im Buch immer wieder auf, wodurch sich ihr Inhalt beispielhaft weiter erhellt.

Nach einem Exkurs zur den „Demokratie“-Begriff produzierenden Epoche der Antike (22-29), in dem überzeugend dargelegt wird, dass weniger die oft rhetorisch bemühte Athener Demokratie, sondern vielmehr die Römische Republik realiter das inhaltliche Vorbild für die meisten heutigen bürgerlichen Demokratien darstellt, werden in vier Hauptkapiteln die historischen Entwicklungslinien, von der Englischen Revolution im 17. Jahrhundert (31-38) bis zur gegenwärtigen „Postdemokratie“-Diskussion (115-123) nachgezeichnet, die auch ohne detaillierte Vorkenntnisse der neueren und neuesten Geschichte mitverfolgt werden können, da Salomon die zeitgeschichtliche Einordnung stets anschaulich mitliefert. Hierbei werden die Auseinandersetzungen um die Demokratie nicht als eine rein theoretische Angelegenheit, sondern ideologische Debatten stets als Ausdruck konfligierender sozialer Interessen ver-

standen. So liest sich die Schilderung der Ereignisse in den verschiedenen Phasen der Französischen Revolution (43-58) als eine Darstellung steter Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen des Bürgertums über die Gestaltung ihrer Herrschaft nach dem Sturz des Absolutismus, wobei diese Konfrontationen zunehmend auch die soziale Frage berührten. Mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse und der organisatorischen und politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert stellt sich eine Einheit von Sozialismus und Demokratie (58-73) her, die mit dem Proletariat als gesellschaftlichem Träger zum Vorkämpfer von Grundrechten wird, welche im Zuge defensiver Demokratisierungen zum Teil auch tatsächlich implementiert werden. Zudem fällt in diese Epoche der erste Versuch des Aufbaus einer proletarischen Gesellschaftsordnung mit neuen (räte-)demokratischen Verfahrensweisen in Gestalt der blutig unterdrückten Pariser Kommune von 1871. Diese unübersehbare Übereinstimmung von demokratischem Fortschritt und Sozialismus sieht Salomon im 20. Jahrhundert durch die historische Erfahrung des Stalinismus (85-90) gebrochen. Allerdings verweist Salomon ausdrücklich auf die dennoch existierenden Mitbestimmungs- und Kontrollmechanismen im real existierenden Sozialismus, die insbesondere nach der Stalin-Periode wieder instand gesetzt wurden, wie auch auf den antifaschistischen Impetus bei der Etablierung sozialistischer Gesellschaftssysteme nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa (108f.). Zusätzlich macht Salomon auf den progressiven Impuls

aufmerksam, den demokratische Bewegungen trotz alledem weltweit durch die Existenz des realsozialistischen Lagers erfahren haben (103f.). Dass die heutige Diskussion über die Agonie einer sogenannten „Postdemokratie“ nicht dazu führen darf, einen vergangenen Zustand als mustergültiges Beispiel real existierender Demokratie zu verklären, sondern konkrete Demokratisierung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit auch von Akteuren abhängt, steht für den Autor außer Zweifel, denn: „Entscheidend für die Zukunft der Demokratie wird sein, ob es gelingt [...] Proteste und Aktionen in einer neuen Bewegung der Unterklassen zu bündeln, deren Forderungskatalog nicht vor der Infragestellung bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln halt macht.“ (127)

Der Didaktiker Salomon versteht es mit bestimmten Signalwörtern, die dem Leser als Orientierungsbojen auf seiner *tour de force* durch die Geschichte der Demokratietheorie und vor allem -praxis dienen, auch sprachlich einen stringenten roten Faden zu ziehen, der jedoch keineswegs nur in eine Richtung zeigt. Ganz im Gegenteil lädt dies nach einem ersten Lesen des Buchs dazu ein, beispielsweise noch einmal alle Stellen gründlicher zu studieren, an denen der „Demokratie“-Begriff als eine „Nebelkerze“ gezündet wurde, um so bestimmte Zusammenhänge zu erkennen. Die Bibliographie, welche von den Schriften Wolfgang Abendroths über die Studien Frank Deppes zum Politischen Denken im 20. Jahrhundert und historischen Arbeiten Walter Markovs zur Französischen Revolution bis hin zu Ellen

Meiksins Woods reicht, bietet zahlreiche Hinweise auf Literatur, die es ermöglicht, Einzelaspekte zu vertiefen. David Salomon hat mit „Demokratie“ nicht nur ein ansprechendes wissenschaftlich-fundiertes, sondern (gerade wegen dieser Wissenschaftlichkeit bei gleichzeitiger Zugänglichkeit) auch politisch-kämpferisches Buch vorgelegt. Es sei daher ausdrücklich nicht nur als Hilfsmittel für die theoretische Erfassung des „Demokratie“-Begriffs und damit als Ergänzung zu den eingangs erwähnten „Standardwerken“ empfohlen, wofür es mehr als dienlich ist. Auch als Kompendium in praktischen Auseinandersetzungen demokratischer und sozialer Bewegungen unserer Tage, dessen Lektüre nicht nur nützlich ist, sondern auch Spaß macht, dürfte es seinen Nutzen unter Beweis stellen.

Phillip Becher

Medien und Demokratie in Lateinamerika

Hanno Bruchmann u.a. (Hrsg.), Medien und Demokratie in Lateinamerika, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 298 S., 16,90 Euro

Die Meldungen über Ereignisse in der lateinamerikanischen Medienlandschaft, die der interessierte Leser in den als seriös geltenden Organen der bundesdeutschen Presse in den vergangenen zwei bis drei Jahren lesen konnte, mussten ihn verwundern. Ob „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ oder „Süddeutsche Zeitung“: Gerade die ganz legal durch Wahlen an die Macht gekommenen linken Regierungen Lateinamerikas wurden demokratiefeindlicher Angriffe auf

die Pressefreiheit angeklagt. Auch Institutionen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung widmeten sich ausführlich dem Thema Gängelung von Journalisten durch Lateinamerikas „Linksruck“-Regierungen. Gegen diese, wie sie es nennen „gezielte Diffamierung“ haben sich linke Lateinamerika-Forscher aus der Bundesrepublik und im Medienbereich tätige Basisaktivisten Lateinamerikas auf einer im Januar 2011 von der Lateinamerika-Gruppe an der Universität Marburg organisierten Tagung gewandt. Der Sammelband enthält hauptsächlich die auf dieser Konferenz gehaltenen Beiträge.

Anlass für die Tagung und die Veröffentlichung des Konferenzbandes war nicht nur die einseitige Berichterstattung, sondern auch die Unkenntnis des deutschen bzw. europäischen Lesers über charakteristische Züge der lateinamerikanischen Medienlandschaft, die das Verständnis der jüngsten Medien- und Kommunikationsgesetzgebung der Linksregierungen in Argentinien, Ecuador, Venezuela und Bolivien erschweren.

Der Sammelband verfolgt somit zwei Anliegen: die Struktur der Medienlandschaft in Lateinamerika vorzustellen und beim Leser Verständnis für die als Knebelung der freien Presse charakterisierten gesetzgeberischen Maßnahmen der Linksregierungen zu wecken.

In den letzten Jahrzehnten, verstärkt in den 1990er Jahren – Lateinamerikas „neoliberalem Jahrzehnt“ – sind auf dem Kontinent, so Dieter Boris in seinem grundlegenden Beitrag, monopolistische Medienkonzerne entstanden, die mit ihrem Interesse an

größtmöglichen Gewinnen aus Werbung, Sport und Unterhaltung die Medienlandschaft in großen Teilen des Kontinents beherrschen. Die mexikanische Televisa z.B. deckt allein 85 Prozent des dortigen TV-Marktes ab. Die führenden Unternehmen in Brasilien und Venezuela bringen es auf 53 bzw. 44 Prozent. Die fünf größten Tageszeitungen beherrschen im Durchschnitt knapp 50 Prozent des Marktes dieser lateinamerikanischen Staaten. Ein öffentlich-rechtlicher Mediensektor existiert im Unterschied zu Mittel- und Westeuropa so gut wie nicht. Angesichts dieser Rahmenbedingungen konnte sich ein objektiv berichtender und urteilender Journalismus in Lateinamerika kaum herausbilden. Nicht verwunderlich ist es, dass die Print- und Telemedien, die sich in der Hand der vielfach mit der Privatwirtschaft verflochtenen Medienmogule befinden, sich über kurz oder lang auf die linken Regierungen einschossen und an Stelle der an Einfluss verlierenden rechten Parteien zur wichtigsten Stimme und zum einflussreichsten Führer der konservativen Opposition wurden.

Anders als die Berichterstattung in der Mehrzahl der bundesdeutschen Medien glauben machen will, versuchen die Linksregierungen kaum, mit inhaltlichen Vorgaben direkt die Programme zu beeinflussen. Über Veränderungen der Kommunikationsstruktur sind sie vielmehr bemüht, indirekt auf die Medieninhalte einzuwirken. Das geschieht auf zweierlei Weise: Einerseits lassen die „Linksruck“-Regierungen die Lizenzen der marktbeherrschenden Sender auslaufen, andererseits unterstützen sie unabhängige Basis-Radiostationen und lokale TV-Sender, die – eine La-

teinamerika von Europa unterscheidende Tradition – bereits bei Machtantritt der linksliberalen Regierungen zu Beginn des neuen Jahrtausends in Anfängen vorhanden waren. Die Anzahl dieser Sender hat sich im vergangenen Jahrzehnt vervielfacht. Sie werden privat, durch die Kommunen oder auch durch den Staat geführt. Das Medienangebot wird auf diese Weise diversifiziert und demokratisiert, wenn auch die großen Privatsender immer noch Radio und TV dominieren. Von einem medialen Gleichgewicht, urteilt Boris, „oder sogar der Gewinnung einer Gegenhegemonie“ kann in den lateinamerikanischen „Linksruck“-Ländern noch nicht die Rede sein (42).

Auf diesem Wege sehr hilfreich sein könnte die 2005 vom venezolanischen Präsidenten Chavez geschaffene transnationale Nachrichtenagentur Telesur, die im Unterschied zu den großen Privatsendern nicht gewinnorientiert ist und die sich als Sprachrohr sozialer Bewegungen und der lateinamerikanischen „Linksruck“-Regierungen begreift.

Speziell dem Verhältnis von Medien, Politik und Ökonomie in Lateinamerika vor dem Hintergrund der aktuellen Medienreformen ist der zweite der drei grundlegenden Beiträge des Sammelbandes von Andreas Hetzer gewidmet. Aram Aharonian, ein uruguayisch-venezolanischer Journalist und Begründer von Telesur spitzt im dritten Beitrag die Forderung nach Kommunikationsverbesserung für die Völker Lateinamerikas bewusst zu: „Eine öffentliche Kontrolle der kommerziellen ... Medien wird immer notwendiger. Sie haben sich in die Hauptgewalt gewandelt – noch über den drei klassischen Exekutive, Judi-

kative und Legislative. Es gilt eine fünfte Macht zu bilden, die der Bürger, um die vier vorherigen zu überwachern.“ (66)

Den drei Grundsatzbeiträgen folgen Länderbeispiele: zu Medien und Medienpolitik in Venezuela, in Bolivien und in Ecuador, in Brasilien, Kolumbien und Honduras, in El Salvador und anderen zentralamerikanischen Staaten. Mit besonderem Interesse wird man den Beitrag von Johannes Schulten lesen, der auf Recherchen beruht, die der jetzige Redakteur der „jungen Welt“ im Frühjahr 2010 vor Ort, in Buenos Aires, zu den Reaktionen auf die neue argentinische Mediengesetzgebung unternommen hat. Gerade die Auseinandersetzungen zwischen der Claríngruppe, dem argentinischen Multimediengiganten, und der Regierung Fernández de Kirchner um die Durchsetzung des 2009 verabschiedeten Mediengesetzes sind in Deutschland immer wieder zum Anlass genommen worden, den lateinamerikanischen Linksregierungen Verletzungen der Pressefreiheit vorzuwerfen. Das Mediengesetz markiert den Bruch zwischen den Kirchners und Clarin, nachdem die Gruppe ihre Unterstützung für die Regierungen von Nestor Kirchner und Cristina Fernandez Kirchner 2008 mit tendenziösen Berichten über die Agrarpolitik aufgekündigt hatte. Seitdem bombardiert sie die argentinische Öffentlichkeit ständig mit Nachrichten über eine drohende Rezession, hohe Verschuldung, schlechte ökonomische Stimmung und die Isolierung des Landes in der Welt, während Argentinien in Wirklichkeit zu den Schwellenländern gehört, die kaum

von der 2008 einsetzenden Weltwirtschaftskrise betroffen sind. Mit dem Mediengesetz verfolgt die Regierung vier Ziele: Eine Pluralisierung, die einher geht mit der Verstärkung nationaler Produktionen und Programme, eine Entmonopolisierung des Medienbereichs, eine stärkere Regulierung der Inhalte, z.B. zur Sicherung der Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen, und die Schaffung einer Aufsichtsbehörde, die den Mediensektor erstmals in Argentinien Geschichte der parlamentarischen Kontrolle unterwerfen soll.

In den vier Beiträgen des zweiten Teils des Sammelbandes, in dem vor allem Basisaktivisten zu Wort kommen, geht es einmal um eine kritische Analyse der deutschen Auslandsberichterstattung über Lateinamerika. Zum anderen werden dem Leser das Nachrichtenportal „amerika21.de“, die Zeitschrift „Lateinamerika Nachrichten“ und der „Nachrichtenpool Lateinamerika“ (npla) vorgestellt, die sich um eine realitätsnahe Berichterstattung über Entwicklungen auf dem Kontinent bemühen.

Der Sammelband rückt verzerrte Darstellungen zurecht und füllt eine Informationslücke über die jüngste Geschichte Lateinamerikas im Bereich der Kommunikation aus. Das gilt insbesondere für die Staaten der „Linksruck“-Regierungen. Die Publikation der Lateinamerikagruppe Marburg ist allen an den Geschehnissen auf diesem zukunftssträchtigen Kontinent Interessierten unbedingt zu empfehlen.

Jörg Roesler

Europäische Union und EU-Krise

Andreas Wehr, Die Europäische Union, PapyRossa, Köln 2012, 134 S., 9,90 Euro

Andreas Wehr kann aufgrund seiner theoretischen als auch praktischen Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament als ein profunder Kenner der Europäischen Union gelten. Sein Buch ist eine kritische Geschichte der EU, die mit einigen langläufigen – teils bis heute bemühten – Mythen aufräumt.

Er teilt die Geschichte der Europäischen Union in drei Phasen ein. Nach einer Phase von „Aufstieg und Stagnation“ (1950-1985) folgte eine „Zeit der schnellen Integration“ (1985-2005), die in eine Phase mündete, die er mit „Rückschlägen und Krisen“ (2005-2012) umschreibt. In letztem Kapitel „Die Europäische Union: Entdemokratisierung und Sozialabbau“ – widmet er sich dem Phänomen EU, er beschreibt seine aktuelle Verfasstheit und wagt einen Ausblick auf mögliche Entwicklungsperspektiven.

Die „mystische Suche nach der verlorenen Einheit Europas“ lehnt er ab und sieht vielmehr die wirklich eingelegte Tat Europas „in der geschichtlichen Tatsache, dass sich auf diesem Kontinent – unter Ausbeutung der restlichen Welt – die kapitalistische Produktionsweise herausgebildet hat, die die Existenz der gesamten Menschheit bis heute prägt“ (9). Auch den Mythos, es wäre bei der Europäischen Union primär um die Verwirklichung des Friedens gegangen, widerlegt er kenntnisreich. Er sieht dahinter das politische Kalkül, sich mit der Gleichsetzung: „Europa bedeutet

Frieden“ gegen „jede Kritik an der konkreten Form der europäischen Integration“ (17) zu immunisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es maßgeblich die USA, die „die Bedingungen, unter denen (Westdeutschland) seine Rückkehr in die Weltwirtschaft antreten musste“ (18), diktierten. Da auch Frankreich durch die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Marshall-Plan-Hilfe angewiesen war, musste es ebenfalls US-amerikanische Bedingungen erfüllen. Wehr erläutert anschließend den von der Schaffung der Montanunion (dem Beginn der institutionellen europäischen Integration) ausgehenden Prozess von Aufstieg und Stagnation (bis 1985). Als große Last der Entwicklung einer Europäischen Union sieht er das Scheitern einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, denn „die angestrebte politische Union muss [...] ohne einen Zusammenschluss im Kernbereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine Fiktion bleiben.“ (28)

Im Kapitel über die „Zeit der schnellen Integration“ beschäftigt der Verfasser sich mit den Folgen der Krise 1974/75. Als Antwort auf die Krise konstatiert er eine „umfassende Revitalisierung des Kapitalismus“ (49). Der ‚Eurosklrose‘ sollte durch mehr Wettbewerb und mehr Binnenmarkt begegnet werden. Sehr erhellend ist an dieser Stelle die von Wehr hergestellte Kausalität zwischen der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der heutigen Krise in einigen europäischen Staaten (etwa Griechenland); denn der „europaweit aufgenommene Wettbewerb der Beitrittsländer ging zu Lasten der schwachen Peripherieländer der alten

EU, verfügten diese Volkswirtschaften doch über ein vergleichbares Produktionsniveau wie die neu Hinzukommenden“ (74).

Die „Rückschläge und Krisen“ von 2005 bis 2012 (faktisch bis heute) skizzieren die letzte Phase. Nach dem sich der Autor mit dem gescheiterten Verfassungsvertrag auseinandergesetzt hat, wendet er sich der Euro-Krise zu. In diesem Kontext führt er den diagnostizierten Gegensatz zwischen Kern und Peripherie an und erläutert, dass es vor allem „die überlegenen Konzerne Kerneuropas seien, insbesondere die Deutschlands“ (104), die durch den freien EU-Binnenmarkt bevorteilt werden.

Abschließend analysiert Wehr die EU als neues Phänomen und wendet sich dann der Entdemokratisierung und dem Sozialabbau zu. Die Europäische Union sei „Ausdruck der objektiven Vergesellschaftung der Ökonomie im Sinne einer immer arbeitsteiligeren und immer größere Räume umfassenden Produktion und Konsumtion“ (116). Allerdings sind der beschriebenen Vergesellschaftung Grenzen gesetzt, da „die EU als regionale Form dieser Internationalisierung (gemeint ist die Globalisierung der kapitalistischen Produktion, P. Ö.) von imperialistischen Staaten getragen wird“ (117). Für Wehr ist die EU „kein neuer Staat“, denn es fehle „an der entscheidenden Grundlage für eine solch neue Qualität, an einer übergreifenden transnationalen Klasse“ (117). Für ihn bildet die EU „eine entwickelte Form der Kooperation von Staaten“, ist aber zugleich auch „Austragungsort des Kampfes zwischen ihnen“ (118). Im Zusammenhang dieser Analyse führt er auch das

grundlegende Defizit an Demokratie der EU als „Ergebnis der imperialistischen Vergesellschaftung als deformierte Vergesellschaftung“ (120) an. Da europäische Mitgliederparteien, handlungsfähige Gewerkschaften und Räume für öffentliche Auseinandersetzungen so gut wie nicht existent sind, könne auf dieser Ebene der Kampf um Demokratie und soziale Rechte nicht geführt werden. Daher sei es „nur konsequent, wenn die Arbeiterbewegung, die für erfolgreiche Kämpfe auf den Erhalt und den Ausbau der Demokratie existentiell angewiesen [ist], jeder weiteren Übertragung von Kompetenzen an die EU Widerstand“ (123) leiste.

Andreas Wehr zeichnet die Geschichte der Europäischen Union kenntnisreich nach. Ein analytischer und argumentativer roter Faden ist vorhanden und ermöglicht viele heutige Umstände aus der historischen Entwicklung heraus zu verstehen. Sehr überzeugend ist die Dekonstruktion einiger europäischer Mythen, instruktiv die Einbeziehung von Verträgen, Bestimmungen und deren Auswirkungen auf die Europäische Union.

Wehrs Ansatz ist von einem „klassischen“ Imperialismusbegriff geprägt – „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Lenin). Entlang ökonomischer Leitlinien skizziert er ein Bild der Union, dass durch imperialistisches Machtstreben und vor allem das (Konkurrenz-)Verhältnis Deutschland-Frankreich bestimmt ist. Nach Wehr ist es das (imperialistische) Monopolkapital, das die Europäische Integration bestimmt hat. Dem ist grundsätzlich zu zustimmen, allerdings liegt in der rein ökonomischen Betrachtungsweise auch eine Schwä-

che der Analyse. Denn es wird kaum analysiert, welche spezifische Formbestimmung der Staat im engeren Sinne im heutigen internationalisierten Kapitalismus aufweist. Gemeint ist hier das Problem der Trennung verselbständigter staatlicher Apparate von der Gesellschaft, in denen gesellschaftliche Auseinandersetzungen – wenn auch gebrochen – stattfinden und sich dort materialisieren und widerspiegeln.

Dies ist zweifellos ein aktuelles Diskussionsproblem. Wehrs Analyse beinhaltet ein neorealistic inspiriertes Hegemoniekonzept, das Hegemonie als Dominanz eines ökonomisch und militärisch mächtigen Nationalstaats begreift. Im „Neo-Gramscianismus“ der „Internationalen Politischen Ökonomie“ wird Hegemonie dagegen anders, „als ein konsensual abgestützter Modus transnationaler Vergesellschaftung“ (Deppe), verstanden. Anhand einer neogramscianischen Perspektive kann aufgezeigt werden, wie es den Herrschenden (und vor allem welchen) gelungen ist, den Kapitalismus zu transformieren – gemeint ist der „Strukturwandel der Europäischen Union“ (Ziltner) von der monnetschen hin zur wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise. Wehr spricht hier lediglich von einer „umfassenden Revitalisierung des Kapitalismus“ (49). Aber in welchen Formen ist dies erfolgt? Gerade im Hinblick auf mögliche Widerstandsperspektiven und deren (europäische) Vernetzung wäre eine genauere Analyse der zahlreichen kapitalistischen AkteurInnen im nationalen wie im europäischen Kontext hilfreich.

Patrick Ölkrug

Global City Frankfurt – Wem gehört die Stadt?

AK Kritische Geographie (Hrsg.), Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk, Frankfurt/M. (= Forum Humangeographie 9, 2012. Online unter: <http://www.neuordnungen.info/2012/09/17/neuerscheinung-wem-gehört-frankfurt/>

Die Verschärfung sozialer Ungleichheiten, eine zunehmende Postdemokratisierung der lokalen Politik und eine Ökonomisierung der Stadtentwicklung sind Stränge neoliberaler Stadtentwicklung, deren Auswirkungen sich anhand der Frage erfassen lassen: „Wem gehört die Stadt?“ Um diesen Entwicklungen in Frankfurt nachzuspüren und sie in einen übergreifenden Kontext neoliberaler Stadtentwicklung einzuordnen, fand im März 2012 der aktionistische Kongress „Wem gehört Frankfurt?“ statt, dessen Dokumentation hier zu besprechen ist.

Die Tagung hatte den Anspruch, „eine schlaglichtartige Analyse und Kritik urbanen Lebens in und um Frankfurt“ zu geben. Bei thematischer Gliederung in drei Teile: (I.) „Wem gehört die Stadt?“, (II.) „Wem gehört Frankfurt?“ und (III.) „Wie weiter?“, ist es gelungen, eine große Bandbreite zwischen (theoretischer) Analyse und (praktischer) Kritik auf lokaler wie überregionaler Ebene abzudecken. Die Dokumentation führt in aktuelle Konflikte und Konfliktsituationen in und um die Stadt Frankfurt ein. Darüber hinaus bietet sie Material und fundierte Analysen zu einigen überregionalen Tendenzen neo-

liberaler Stadtentwicklung – und ermöglicht es so, lokale Erfahrungen auf einer theoretischen wie praktischen Ebene mit den Erfahrungen aus anderen Kontexten zu vergleichen. Der Band wendet sich an wissenschaftlich Interessierte zu den Themen Neoliberalisierung und (soziale) Konflikte in urbanen Kontexten sowie an Aktivist_innen in „Recht-auf-Stadt“-Zusammenhängen.

In dem Band finden sich bekannte Autor_innen kritisch-geographischer Stadtforschung und Aktivist_innen verschiedener Initiativen. Neben den „typischen“ Recht-auf-Stadt-Themen Wohnraum und Mieten werden auch die Situation von Migrant_innen, die Frage nach den Arbeitsverhältnissen in der Stadt, die Verbindung von sozialen und ökologischen Fragen und der Diskurs um „Kreativität und Vielfalt“ in den Blick genommen. Eine nahezu ironische Anekdote stellen die Querelen der Stadt Frankfurt mit dem Standort der Frankfurter Börse dar, die deutlich machen, dass „städtische Eliten (...) es nicht in der Hand haben, dass und wie sich ihr ‚Unternehmen Stadt‘ auf dem Weltmarkt schlägt, und zwar u.a. in dem Maße nicht, wie scheinbar ortsgebundene Unternehmen strategisch die Region gegen die Stadt nutzen, um auf dem Weltmarkt zu reüssieren (...)“. Ein besonders erschreckendes Beispiel ist die Auseinandersetzung um Arbeits- und Gewerkschaftsrechte beim Unternehmen „Maredo“, bei der die prekäre Lage Lohnabhängiger deutlich wird, die sich in der Verschneidung mit Diskriminierungsformen wie „Migrationshintergrund“ noch verschärfen kann.

Anspruch des Readers ist es, neben der Analyse problematischer und kon-

flikthafter Entwicklungen auch Möglichkeiten des „wie weiter“ aufzuzeigen. Die in diesem Teil versammelten Beiträge sind durchaus spannend (lokales online-Zeitungsprojekt, gemeinschaftliches Wohnen, Vergleichsmieten und der Ansatz des „guten Lebens“), lassen aber mehr Fragen offen, als sie beantworten: Inwiefern können diese Ansätze die – in den Analysen zumeist konstatierten – systemimmanenten Ursachen der Probleme überwinden? Stellt nicht z.B. gerade das Vergleichsmietensystem eine Form der Legitimierung marktangepasster Mieter dar? Inwiefern können gemeinschaftliche Wohnprojekte über ein (Halb-)Insel-Dasein im Kapitalismus eine (soziale) Veränderung bewirken, wo stoßen sie an Grenzen? Wären die unter „wie weiter“ aufgeführten Beiträge nicht auch als Analysen des Bestehenden im Abschnitt „Wem gehört Frankfurt?“ besser aufgehoben? Oder anders gefragt: könnten und sollten nicht auch grundlegendere Utopien (wieder-)angeeignet werden, um die neoliberale Stadt herauszufordern? Eine interessante Perspektive bietet dabei der im Beitrag über gemeinschaftliches Wohnen genannte „Leerstandsmelder“, der vielleicht nicht nur zu einer „Leerstandsabgabe“ zugunsten kommunaler Haushalte dienen könnte, sondern auch eine Plattform zur ganz praktischen Aneignung von (öffentlichen) Räumen darstellen kann.

Joscha Metzger

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In der Ausgabe Februar 2013 u. a.:

- **Weltpolitik und Waffenexporte:**
Die sicherheitspolitische Wende der Bundesregierung
- **Pooling and sharing:** Wie die EU zur Militärunion wächst
- **Praxistest:** EU-Intervention in Mali
- **Arbeitskämpfe** in Nordafrika
- **Grundsicherung einmal anders:** das Bündnis der Erwerbslosen mit den Bauern
- **Volksfrontillusionen:** Sarah Wagenknecht und Ludwig Erhard

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96

redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Phillip Becher – Siegen, Sozialwissenschaftler

Dr. Hans Günter Bell – Köln, Sozialwissenschaftler und Stadtplaner, Fachreferent für Bauen und Wohnen bei der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Valentin J. Hemberger – Lohra, Student der Geschichtswissenschaft

Prof. Dr. Martin Hundt – Schwielowsee, Historiker

Thomas Ewald-Wehner – Frankfurt/M., Steuerberater, Vorstand der Heinz-Jung-Stiftung

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler und Z-Redakteur

Prof. Dr. Hans-Gert Graebe – Leipzig, Informatiker

Ingmar Gräf – Gießen, Student der Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie

Dr. Otto Holman – Amsterdam, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand im Bereich politische Soziologie

Prof. Dr. Eike Kopf – Erfurt/Peking, Mitarbeiter der MEGA-Edition und der 2. chines. Ausg. der Werke von Marx und Engels

Moritz Krawinkel – Frankfurt/M., Soziologe und Publizist

Claudia Krieg – Berlin, Soziologin, Journalistin und Filmemacherin

Prof. Dr. Wolfgang Küttler – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Jürgen Leibiger – Dresden, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. André Leisewitz – Frankfurt/M., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Ottokar Luban – Berlin, Historiker, Sekretär der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“

Prof. Dr. Mohssen Massarrat – Osnabrück, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Joscha Metzger – Hamburg, Geograph und Historiker, wiss. Mitarbeiter Uni Hamburg

Prof. Dr. Lothar Peter – Bremen, Sozialwissenschaftler

Patrick Ölkrug – Marburg, Student der Politikwissenschaft

Dr. Holger Politt – Warschau, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker

Prof. Dr. Josef Schleifstein (1915-1992) – Historiker, ehem. Leiter des IMSF, Frankfurt/M.

Guido Speckmann – Hamburg, Politikwissenschaftler, Verlagsmitarbeiter, Z-Redakteur

Dr. Elke Steven – Köln, Soziologin, Mitarbeiterin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Mitherausgeberin des jährlich erscheinenden Grundrechte-Reports

Robert Swoboda M.A. – Jena, Politikwissenschaftler, Freier Mitarbeiter im Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V. (EWNT) und in der Fachbibliothek für Entwicklungspolitik und Globales Lernen

Mark Szau – Siegen, Student der Sozialen Arbeit

Prof. Dr. Kees van der Pijl – Amsterdam/Sussex, Politikwissenschaftler, em. Hochschullehrer Universität Sussex

Prof. Dr. Jörg Wollenberg – Bremen, em. Hochschullehrer für Weiterbildung

Prof. Dr. Jörg Zimmer – Girona/ Spanien, Philosoph, Hochschullehrer



FORUMRECHT
SUCHT UND ORDNUNG

WIDERSPRÜCHE STAATLICHER
 DROGENPOLITIK

Heft 04/12 jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de

Das rechtspolitische Magazin für Uni
 und soziale Bewegung.

ISW institut für sozial-ökologische
 wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.

Garnreiter, Schubert, Schuhler, Selinger

GRÜNE WENDE

NEUE FARBE ODER NEUES SYSTEM?

Unterwegs in die Öko-Katastrophe?
 Elemente einer echten Energiewende
 Globale Klimagerechtigkeit



Schutzgebühr: 3,50 Euro

ISW **REPORT NR.91**
 Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Ausgangspunkt und roter Faden dieses reports zur notwendigen "ökologischen Transformation" unserer Gesellschaft ist die Marxsche Erkenntnis: "Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur".

Conrad Schuhler:

Unterwegs in die Ökokatastrophe? Warum der Kapitalismus die "Grüne Wende" nicht schafft

Franz Garnreiter:

Elemente einer echten Energiewende

Helmut Selinger:

Globale Klimagerechtigkeit – wie könnte das konkret gehen?

Joachim Schubert:

"Grüner" Kapitalismus und die IG Metall

isw-report 91, Dezember 2012

36 Seiten / 3,50 EUR + Versand

isw e.V., Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
 fon 089-130041, fax 089-168 94 15
 email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

VSA: Europa in der Krise



Steffen Lehndorff
(Hrsg.)
**Ein Triumph
gescheiterter Ideen**
Warum Europa tief in der Krise steckt –
zehn Länder-Fallstudien
288 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-89965-511-7
Europa driftet auseinander –
was ist zu tun?



BEIGEWUM
Mythen des Sparens
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse.
Hrsg. vom Beirat für gesellschafts-, wirt-
schafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten | € 11,80
ISBN 978-3-89965-
555-1



Claus Matecki/
Thorsten Schulten
(Hrsg.)
**Zurück zur
öffentlichen Hand?**
Chancen und Erfahrungen
der Rekommunalisierung
192 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-
535-3



Die Monatszeitschrift **Sozialismus**, das Forum für die politische und theoretische Debatte der Linken: jeweils ca. 65 Seiten, Einzelpreis € 6,50, Jahresabo € 62,- (nur € 44,- für Arbeitslose, Studierenden, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen).
www.sozialismus.de



Alexander Gallas/
Jörg Nowak/
Florian Wilde (Hrsg.)
**Politische Streiks
im Europa der Krise**
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-
Stiftung
240 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-89965-
532-2



Forschungsgruppe
Europäische Integration
(Hrsg.)
**Rechtspopulismus
in der Europäischen
Union**
168 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-
530-8



Klaus Dörre/Anja Hänel/
Ingo Matuschek (Hrsg.)
**Das Gesellschaftsbild
der LohnarbeiterInnen**
Soziologische Untersuchungen
in ost- und westdeutschen
Industriebetrieben
192 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-
540-7



Das Abo enthält alle zwei Monate ein Supplement (auch separat bestellbar). Im Januar 2013 erschien:

Frank Deppe
**Der »Antimachiavell«
des Friedrich II.**
32 Seiten | € 4,20
ISBN 978-3-89965-
969-6

Jetzt bestellen!



Die Broschüre zur XVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2013 – mit allen Vorträgen sowie Auszügen aus der Podiumsdiskussion.

Die Broschüre erscheint voraussichtlich Mitte März 2013 (Verlag 8. Mai GmbH, ca. 60 Seiten)

Ja, ich bestelle von der Broschüre zur XVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2013

zum Preis von 3,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten)

Exemplare

Gesamtsumme: Euro

Frau Herr

Name

E-Mail
Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:

Vorname

Kontonummer

Straße/Nr.

Geldinstitut

PLZ/Ort

Bankleitzahl

Telefon

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44



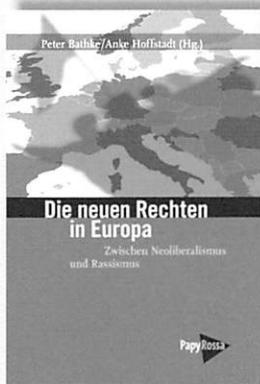
Alexander Bahar / Wilfried Kugel

Der Reichstagsbrand

Geschichte einer Provokation

Wer hat 1933 den Reichstag angezündet? Die Autoren widerlegen die Legende einer Alleintäterschaft des Holländers Marinus van der Lubbe und entlarven Hermann Göring als Anstifter. Und sie zeigen, wozu die Nazis diese Provokation inszenierten.

360 Seiten | € 17,90



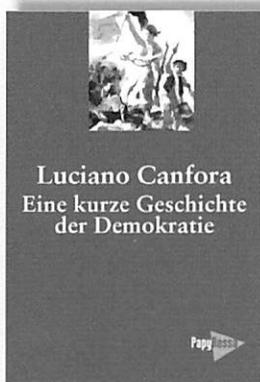
Peter Bathke / Anke Hoffstadt (Hg.)

Die neuen Rechten in Europa

Zwischen Neoliberalismus und Rassismus

Wie erklärt sich der Aufschwung der extremen Rechten in Europa? Ist er nur eine vorübergehende Folge der Finanzkrise? Oder sind es die neoliberalen Bedingungen, die die Verlierer in die Arme der Rechten treiben? Wo müssen Gegenstrategien ansetzen?

362 Seiten | € 18,00



Luciano Canfora

Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union

Um dieses Buchs gab es viel Wirbel. Es wurde mit fadenscheinigen Vorwänden angegriffen. Schließlich begreift Canfora Demokratie nicht im Sinne bundesdeutscher Staatsideologie als bloße Fassade, sondern als Macht im Interesse der Subalternen. Paperbackausgabe mit einem Nachwort von Oskar Lafontaine.

407 Seiten | € 19,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt



Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

**„Und es stehen die Menschen entschert auf rollendem Boden /
Endlich gezwungen, mit nüchternen Augen Ihr Dasein zu sichten.“**

**Bertolt Brecht, Das Manifest [1945], Gesammelte Werke 10, Frankfurt
am Main 1967, S. 916**

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648